

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Russland: Rückkehr der Politik?

Ivan Krastev	Autokratie im Zeitalter der Globalisierung
Stephen Holmes	Weder autoritär noch demokratisch
Gleb Pawlowski	Die Politik der Alternativlosigkeit oder: Ein Gespräch
Vladislav Inozemtsev	Wie Macht in Russland funktioniert
Ekaterina Kuznetsova	Ist Russland modernisierbar? Russland in die europäische Union? Vielleicht, vielleicht auch nicht
Samuel A. Greene	Gesellschaft ohne Bürger
Rossen Djagalov	Volksverächter
Ilya Budraitskis	Unmögliche Umwälzungen »Extremismus« in Russland
Zakhar Prilepin	Rebellen. Prosa
Anna Jermolaewa	Russland 2011/2012. Photographien

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main

Herausgeber: Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

Mitherausgeber dieses Heftes: Ivan Krastev (Wien/Sofia)

Kurator des Bildteils: Walter Seidl (Wien)

Redaktion: Klaus Nellen (Wien)

Redaktionskomitee: Cornelia Klinger (Wien), János M. Kovács (Budapest/Wien), Ivan Krastev (Sofia/Wien), Timothy Snyder (Yale/Wien)

Beirat: Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Elemer Hankiss (Budapest), Claus Leggewie (Essen), Petr Pithart (Prag), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Fritz Stern (New York)

Redaktionsanschrift: Transit c/o IWM, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+43) 1 31358-0, Fax (+43) 1 31358-30, www.iwm.at

Website von Transit: *Europäische Revue* und *Tr@nsit_online*: www.iwm.at/transit

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt am Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, e-mail: verlag@neuekritik.de



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0505-9

Transit ist Partner von *Eurozine – the netmagazine* (www.eurozine.com), einem Zusammenschluss europäischer Kulturzeitschriften im Internet. *Transit* is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the International Bibliography of the Social Sciences.

Textnachweise: Der Beitrag von Samuel A. Greene wurde für das vom Carnegie Moscow Center organisierte Projekt *Russia 2020: Scenarios for the Future* (<http://russia-2020.org>) verfasst und erschien zuerst auf Russisch in *Pro et Contra*, Bd. 15, Nr. 1-2, 2011; Dank an Maria Lipman. Dank auch an Gertraud Auer Borea d'Olmo und das Kreisky Forum, Wien, wo zentrale Fragen des Projekts diskutiert wurden. Der Artikel von Rossen Djagalov erschien zuerst auf Russisch in *Neprikosnovennij Zapas (NZ)* 75 (1/2011); Dank an Irina Prokhorova. Der Beitrag von Ilya Budraitskis erschien zuerst in der ukrainischen Ausgabe von *Krytyka Polityczna*, Nr. 2, 2011; Dank an Oleksiy Radynski. Das Kapitel aus Zakhar Prilepins Roman *Sankya* ist ein Vorabdruck aus der deutschen Ausgabe, die im Frühjahr in der Übersetzung von Erich Klein bei Matthes & Seitz Berlin erscheint; Dank an Erich Klein und Andreas Rötzer.

© 2012 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen *Transit* / IWM.

Transit 42 (Winter 2011/12)

Russland: Rückkehr der Politik?

Editorial	3
Ivan Krastev <i>Totgesagte leben länger</i> Autokratie im Zeitalter der Globalisierung	7
Stephen Holmes <i>Weder autoritär noch demokratisch</i> Verborgene Kontinuitäten im postkommunistischen Russland	24
<i>Die Politik der Alternativlosigkeit</i> <i>oder: Wie Macht in Russland funktioniert</i> Ein Gespräch mit Gleb Pawlowski	48
Vladislav Inozemtsev <i>Ist Russland modernisierbar?</i>	78
Ekaterina Kuznetsova <i>Russland in die Europäische Union?</i> <i>Vielleicht, vielleicht auch nicht</i>	93
Anna Jermolaewa <i>Ohne Titel. Russland 2011/2012</i>	nach Seite 104
Samuel A. Greene <i>Gesellschaft ohne Bürger?</i>	105
Rossen Djagalov <i>Volksverächter</i> Der Antipopulismus der postsowjetischen Intelligentsia	123

Ilya Budraitskis	
<i>Unmögliche Umwälzungen</i>	
Staatsgewalt und »Extremismus« in Russland	144
Zakhar Prilepin	
<i>Rebellen</i>	156
<i>Zu den Autorinnen und Autoren</i>	187

Editorial

Alexej Slapovskys Roman *Der Marsch zum Kreml* (2010) beginnt mit dem Tod eines jungen Schriftstellers, der versehentlich Opfer der Polizei wurde. Ihren toten Sohn in den Armen, macht sich die verzweifelte Mutter auf den Weg, den Schuldigen zu finden. Von der Polizeistation zum Krankenhaus, von dort zum Büro des Staatsanwalts und von dort zum Kreml. Als erste schließen sich ihr die Freunde des Schriftstellers an, dann ein alter Trinker, überzeugt davon, dass sein in der Nacht zuvor verstorbener Bruder ein Grab an der Kreml-Mauer verdient. Der Gruppe gesellt sich bald eine zufällig vorbeiziehende Begräbnisprozession bei, im Glauben, die Kreml-Mauer stehe nun für Privatbegräbnisse zur Verfügung. Passanten schließen sich an. Der kleine Trauermarsch erregt schnell die Aufmerksamkeit der Opposition, die ihre Chance gekommen sieht und erfolgreich mobilisiert. Ein Traum wird wahr: Die Massen marschieren zum Kreml! Die Regierung setzt ihre Spezialkräfte ein, um die rasch wachsende Menge zu zerstreuen, mit dem Resultat, dass sich deren Zorn und Zahl nur verdoppeln. Schließlich erreicht ein gewaltiger Zug von Menschen den Roten Platz. Es gibt nicht viel, was sie vereint. Die meisten wissen nicht so recht, warum sie sich angeschlossen haben. Sie haben keinen gemeinsamen Traum, kein Programm, keinen Anführer. Was sie zusammenhält ist die Überzeugung »Genug ist genug!«. Der Präsident tritt auf und versucht, die aufgebrachte Masse zu besänftigen. Er spricht von Demokratie und Wandel, aber niemand hört ihm zu. Das ist der Moment, in dem die Regierung ihre Macht verliert.

Es sollte nicht lange dauern, bis Slapovskys Szenario Wirklichkeit wurde, freilich mit noch offenem Ende. In ganz Russland kommt es seit Ende 2011 zu Massenprotesten. Der Anlass war zwar ein anderer – Wahlfälschungen –, doch haben die Empörten einiges gemeinsam mit jenen im Roman: Es scheint, dass sie aus dem Nichts kommen, überraschend für die ganze Welt, ja für sie selbst; was sie vereint, ist eher der Unmut über das Bestehende als eine Vision für die Zukunft; und der fragmentierten Opposition fehlt es an einer charismatischen Führungsfigur.

Noch vor Kurzem hätte niemand eine breite Protestbewegung in Russland für möglich gehalten. Das Land schien immun gegen den Arabischen Frühling, wie es schon unbeeindruckt geblieben war von den »Farbrevolutionen« in der Ukraine, in Georgien oder Kirgistan. Lange herrschte ein tiefer Pessimismus unter jenen, die nicht mit Putins System einverstanden waren. Viele verließen das Land.

Und nun ist, wie es scheint, die Politik zurückgekehrt, die Bürger melden sich wieder zu Wort. Auch wenn Putin seine Macht wohl nicht so rasch verlieren wird, scheint das System, das ihm erlaubt, das Land ruhigzustellen, doch angeschlagen. Alternativen zum Status quo lassen sich freilich noch kaum ausmachen.¹ Das vorliegende Heft will dazu beitragen, die Hintergründe und Ausgangsbedingungen für einen Systemwechsel besser zu verstehen.

Die ersten drei Beiträge geben einen tieferen Einblick in die Mechanismen der Macht in Russland: Ivan Krastev untersucht Russlands »gelenkte Demokratie« als exemplarischen Fall eines neuen Typus von Autokratie unter den Bedingungen der Globalisierung: Die Autokratien des 21. Jahrhunderts sind gemäßigt repressiv, kapitalistisch und in die Weltwirtschaft integriert, auf den Ruinen der traditionellen Gesellschaft errichtet, nicht ideologisch und funktionieren trotz offener Grenzen und eines freien Informationsflusses. Gerade deshalb scheint Widerstand gegen sie so schwer zu sein.

Stephen Holmes arbeitet die verborgenen Kontinuitäten zwischen der Ära Jelzin und Putins Regime heraus. Bis heute prägt uns die Logik des Kalten Krieges und lässt uns die Konflikte des postsowjetischen Russlands in die Polarität von Demokratie und Autokratie pressen. Dass sich nach dem Zusammenbruch eines autokratischen Systems naturwüchsig eine Demokratie herausbildet bzw. dass autoritäre Kräfte die Schuld tragen müssen, wo eine demokratische Entwicklung ausbleibt, stellt einen doppelten Fehlschluss dar. Um sinnvoll über die Perspektiven der Demokratie im heutigen Russland nachzudenken, so Holmes, müssen wir das politisch aufgeladene Narrativ des Regimebruchs ebenso fallen lassen wie die Dichotomie von Autokratie und Demokratie, auf der es basiert. Erst dann werden die vielen unterschweligen Kontinuitäten sichtbar, die Jelzins und Putins Regime miteinander verbinden.

Gleb Pawlowski begann seine Zusammenarbeit mit der russischen Regierung zur Zeit der Kampagne für die Wiederwahl Jelzins 1996 und

fungierte fortan als ein wesentlicher Teil der politischen Maschinerie des Kreml. Lange Zeit war er Berater Putins, zuletzt Dmitri Medwedews, bis er im April 2011 entlassen wurde. Die russische liberale Öffentlichkeit sieht in ihm ein Symbol der Putin-Dekade. *Transit* hat ihn als Zeitzeugen befragt. Seine Reflexionen über die späte Sowjetunion, die Erfahrung der Ohnmacht der Dissidenten und die Metamorphosen der Macht nach dem Zusammenbruch des Imperiums geben einen tiefen Einblick in die Vorgeschichte und Geschichte des postsowjetischen Russlands.

Dass in Russland Modernisierungsbedarf herrscht, ist allgemeiner Konsens. Vladislav Inozemtsev zeigt, wie die gegenwärtigen Machtstrukturen jeden Versuch, das Land zu modernisieren, zum Scheitern verurteilen. Ekaterina Kuznetsova entwickelt Szenarien für das scheinbar Undenkbare: den Eintritt Russlands in die Europäische Union.

Einen dramatischen Zerfall des öffentlichen Raums im postsowjetischen Russland diagnostiziert Samuel A. Greene. Zu beobachten sei eine Flucht der Bürger aller Schichten aus der Politik ins Private. Ob die neuen Protestbewegungen diesen Trend umkehren, bleibt abzuwarten. Auf einen weiteren Grund für die Atomisierung der russischen Gesellschaft macht Rossen Djagalov aufmerksam. Die russische Intelligentsia war ursprünglich ein entscheidender Faktor für die Emanzipation und Politisierung der Massen. Djagalov verzeichnet eine historische Verschiebung: Auf unterschiedlichen Wegen haben der Stalinismus und der Menschenrechtsdiskurs zum Bruch des »historischen Blocks« zwischen Intelligentsia und »Volk« geführt, mit der Folge, dass die intellektuelle Elite in Russland heute ein stark ausgeprägtes Ressentiment gegen das Volk hegt und das Volk verstummt ist.

Die Entwicklungen der letzten Monate lassen die Welt voller Hoffnung auf Russland blicken. Umwälzungen scheinen fällig. Doch wenn sie denn kommen, ist nicht ausgemacht, dass sie die ersehnte Freiheit bringen. Die Frage, ob ein Machtwechsel ohne Blutvergießen möglich ist, hat in Russland Tradition, und sie steht heute wieder auf der Tagesordnung. »Bewahre uns Gott vor einem russischen Aufstand, sinnlos und erbarmungslos. Diejenigen, die sich bei uns unmögliche Umwälzungen ausdenken, sind entweder zu jung und kennen unser Volk nicht, oder sind Menschen mit bereits verhärteten Herzen, für die ein fremder Kopf ein Knopf ist und auch der eigne Hals nicht mehr wert als ein Pfifferling.« So heißt es in Alexander Puschkins Roman *Die Hauptmannstochter*.²

Ilya Budraitskis erinnert daran, dass Massenproteste in Russland nichts Neues sind: Seit Putins Machtantritt kommt es im ganzen Land immer wieder zu Gewaltausbrüchen von rechts, die das System bereitwillig für den Abbau von Bürgerfreiheiten und den Ausbau seiner Macht nutzt – ein gefährliches Spiel, das jederzeit außer Kontrolle geraten kann, zumal wenn die Regierung in die Defensive gerät. Die Nationalisten suchen nun ihren Platz in der neuen Protestbewegung, die ohne sie wohl kaum zu einer Massenbewegung wird. Das wissen die liberalen Oppositionsführer und müssen sich entscheiden, ob sie eine Allianz mit ihnen eingehen wollen.

In seinem Roman *Sankya*, aus dem wir hier ein Kapitel abdrucken, stellt Zakhar Prilepin Protagonisten aus dem Milieu latenter Gewalt vor. Der jugendliche Held und seine Freunde gehören einer militanten regimekritischen Gruppierung an. Nach heftigen Krawallen in Moskau ist ihm die Sicherheitspolizei auf der Spur. Prilepin zeigt drastisch die Dynamik und Ambivalenz der politischen Radikalisierung.

Die Photographin Anna Jermolaewa hat an Anti-Putin-Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg teilgenommen und eindrucksvolle Bilder mitgebracht. Wir möchten an dieser Stelle Walter Seidl willkommen heißen, der die Künstlerin zu uns gebracht hat und der fortan die photographischen Essays in *Transit* kuratieren wird. Bei Josef Wais, der dies von 1997 bis 2010 getan hat, möchten wir uns herzlich bedanken.

Wien, im Januar 2012

Anmerkungen

- 1 Der Mitherausgeber des vorliegenden Heftes, Ivan Krastev, und Stephen Holmes loten die Optionen in ihrem Artikel »The Weakest Strongman« aus, der am 2. Februar 2012 in *The New Republic* erscheint.
- 2 Alexander Puschkin, Die Romane. *Die Hauptmannstochter. Der Mohr Peters des Großen. Dubrowski*, neu übersetzt und herausgegeben von Peter Urban, Friedenauer Presse, Berlin 1999.

Ivan Krastev

TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER Autokratie im Zeitalter der Globalisierung

»Die Geschichte«, so hat es Kenneth Jowitt formuliert, »ist in der Regel ›protestantisch«, nicht ›katholisch«, will sagen, sie ist vor allem durch institutionelle, kulturelle und ideologische Vielfalt gekennzeichnet.¹ Allerdings habe sie, so fährt er fort, von Zeit zu Zeit ihre »katholischen Momente«, wenn ein »universelles ideologisches ›Wort« zu institutionellem ›Fleisch« wird« und sich das starke Gefühl Bahn bricht, die Geschichte bewege sich auf ein bestimmtes Ziel zu.² Die Periode nach dem Kalten Krieg war ein solcher »katholischer Moment«. Zumindest eine Zeitlang erschienen da die freiheitlichen westlichen Demokratien als die letzte Etappe der Menschheitsgeschichte. Regierungen konnten das moralische Recht zur Herrschaft nicht länger aus der Tradition (Religion) oder aus einer Revolution (Ideologie) schöpfen: Der sich in freien und gleichen Wahlen äußernde Volkswille ist zur einzigen Quelle legitimer Herrschaft geworden, die moderne Gesellschaften zu akzeptieren bereit sind. Die globale Ausbreitung von (häufig freien und manchmal fairen) Wahlen und die universelle Anerkennung der Sprache der Menschenrechte sind zu Beginn des neuen Jahrhunderts zu zentralen Elementen der Politik geworden. So ist der Eindruck entstanden, dass die Demokratie in dieser oder jener Ausprägung zur universellen Regierungsform menschlicher Gesellschaften werden würde, in der gleichen Weise, wie der Nationalstaat ein Jahrhundert zuvor zur vorherrschenden Form ihrer Selbstorganisation geworden war.

So ist denn auch die Mehrheit der Politikwissenschaftler nach dem Ende des Kalten Krieges zu der Auffassung gelangt, dass die heutigen autoritären Regime auf tönernen Füßen stehen. Am treffendsten brachte dies Samuel Huntington auf den Punkt, als er 1991 bemerkte, dass »die liberalisierte Autokratie kein stabiles Gleichgewicht besitzt; sie kann nicht auf halber Strecke stehen bleiben«.³ Wenn autoritäre Regime »keine Leistung bringen, verlieren sie an Legitimität, da Leistung die einzige Rechtfertigung ihrer Herrschaft ist. Doch (...) wenn sie soziale und wirtschaftliche

Erfolge haben, lässt dies im Volk den Wunsch nach politischer Mitbestimmung und Partizipation entstehen, den sie nicht befriedigen können, ohne ihrer eigenen Existenz ein Ende zu setzen.«⁴ Die Versuche gewiefter Autokraten, der Geschichte ein Schnippchen zu schlagen, indem sie ihrer Herrschaft ein demokratisches Mäntelchen umhängen und sich liberale Verfassungen geben, Wahlen veranstalten etc., würden ihnen nicht helfen; im Gegenteil, mit der Übernahme demokratischer Institutionen und der Fälschung demokratischer Verfahren brächten sie sich in Gefahr. »Wenn bei dir im ersten Akt eine Pistole an der Wand hängt«, so soll Anton Tschechow einmal einem angehenden Schriftsteller geraten haben, »muss sie im letzten losgehen.«⁵ Wo autoritäre Herrscher Wahlen und andere demokratische Institutionen einführen – und sei es nur begrenzt und in manipulativer Absicht –, werden diese zu irgendeinem Zeitpunkt »losgehen«. Kurz, in der politischen Theorie besteht die Erwartung, dass Autokratien im Zeitalter der Demokratisierung nicht überleben werden, so wie die Dinosaurier unfähig waren, die Eiszeit zu überstehen.

Die arabischen Revolutionen von 2011 haben dieser Erwartung noch zusätzliche Nahrung gegeben. Die Welle der Massenproteste in der Region und der Sturz von zwei der stabilsten Diktaturen der Welt haben die politischen Beobachter gezwungen, ihre geliebte These vom arabischen Sonderweg fallen zu lassen. Die arabischen Revolutionen schienen den Beweis zu liefern, dass die einzige Diktatur, die in der globalisierten Welt fortbestehen kann, die Diktatur des Vergleichs ist. Die Tatsache, dass Ägypter und andere Araber ihre Situation mit dem Leben der Türken oder Europäer vergleichen können, raubt den arabischen Regimen die Möglichkeit, sich als attraktiv darzustellen. Die Existenz sozialer Netzwerke, die über Nacht Millionen auf die Straße bringen können, stellt eine Herausforderung dar, auf die diese Regime nicht vorbereitet sind.

In den letzten Jahren haben Wissenschaftler wie Jason Brownlee, Steven Levitsky und Lucan Way bedeutende Beiträge zur Beantwortung der Frage geleistet, welche Faktoren zum Überleben der Autokratie im 21. Jahrhundert beitragen und warum einige autoritäre Regime überleben, während andere scheitern. Brownlee versuchte zu zeigen, dass ein Autoritarismus, der sich auf Mehrparteienwahlen einlässt, sich nicht nolens volens zu einer Demokratie entwickelt, ebenso wenig wie die Manipulation von Wahlen ihn vor internationalem Druck schützt und die Opposition unter Kontrolle hält.⁶

Bei ihrer Untersuchung zahlreicher Wahlautokratien⁷ kommen Levitsky und Way zu dem Schluss, dass diese die besten Überlebenschancen in solchen Ländern haben, die kaum unter westlichem Einfluss stehen und nur geringe Verbindungen zum Westen haben.⁸ Ein funktionsfähiger Staatsapparat mit der Fähigkeit zur Repression und eine effiziente herrschende Partei sind weitere entscheidende Faktoren, die dem Überleben autoritärer Regime zuträglich sind. Solche Regime sind in großen, atomar bewaffneten Staaten, die nie westliche Kolonien waren, die von einer gefestigten herrschenden Partei regiert werden und bereit sind zu schießen, wenn Menschen auf die Straße gehen, schwerer zu stürzen. In kleinen, schwachen Staaten in räumlicher Nähe zur Europäischen Union und zu den USA, die auf Darlehen vom IWF angewiesen und wirtschaftlich und kulturell mit dem Westen verbunden sind, die keine starke herrschende Partei haben und nicht auf Protestierende schießen können oder wollen, haben autoritäre Herrscher dagegen geringere Chancen, sich an der Macht zu halten. Vieles spricht für diese Befunde, und es scheint unmittelbar einzuleuchten, dass die Autokratie in China größere Überlebenschancen hat als in Weißrussland.

Allerdings sollten wir, wenn wir die Überlebensfähigkeit heutiger Autokratien verstehen wollen, die Dichotomie Autokratie/Demokratie mit Vorsicht genießen. Die Wahrheit ist, dass die Autokratie heute am besten im Niemandsland *zwischen* Demokratie und Autoritarismus gedeiht. Die Verwischung der Grenzen zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft bzw. die gegenwärtige Metamorphose sowohl autoritärer wie demokratischer Regierungsformen könnte das wahre Erbe der demokratischen Revolution des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts sein. Es stimmt zwar, dass sich in den letzten beiden Dekaden der Globalisierung die Zahl der Demokratien auf der Welt drastisch erhöht hat, im selben Zeitraum verzeichnen Meinungsforscher aber auch einen dramatischen Anstieg der Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Leistung demokratischer Regierungen. Es scheint, dass es keine Alternative zur Demokratie gibt, dass die Bürger demokratischer Länder aber zugleich von ihr enttäuscht sind.

Wenn Politikwissenschaftler Demokratie und Autokratie ausschließlich als Gegensatzpaar betrachten, laufen sie Gefahr, in den beiden Annahmen gefangen zu bleiben, die diese Opposition implizit enthält: erstens, dass sich nach dem Zusammenbruch eines autoritären Systems naturwüchsig

eine demokratische Herrschaft aus seiner Asche erhebt; und zweitens, dass dort, wo sich keine Demokratie entwickelt, autoritäre Kräfte daran schuld sein müssen. Das Verhältnis zwischen Demokratie und Autokratie wird als klassisches Nullsummenspiel dargestellt.

Doch was, wenn die Überlebenschancen neuer Autokraten gerade durch jene Kräfte gestärkt würden, die zur globalen Ausbreitung der Demokratie geführt haben? Könnte es sein, dass die Globalisierung nicht nur für die Demokratie zuträglich ist, sondern auch für autoritäre Herrschaft, oder ist sie beiden gleichermaßen abträglich?

In seinem einflussreichen Buch *Das Globalisierungsparadox*⁹ legt der Harvard-Ökonom Dani Rodrik dar, was aus seiner Sicht das grundlegende politische Trilemma der Weltwirtschaft ist: Wir können nicht gleichzeitig Demokratie, nationale Selbstbestimmung und wirtschaftliche Globalisierung verfolgen. In seiner Analyse gibt es drei Optionen, um mit den Spannungen zwischen nationaler Demokratie und globalen Märkten umzugehen. Wir können die Demokratie im Interesse der Minimierung internationaler Transaktionskosten beschränken und die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen außer Acht lassen, die von der globalen Ökonomie gelegentlich hervorgerufen werden. Wir können die Globalisierung beschränken, in der Hoffnung, daheim demokratische Legitimität zu schaffen. Oder wir können die Demokratie auf Kosten der nationalen Souveränität globalisieren. Kurz, die wachsende Globalisierung führt nicht automatisch zur Ausbreitung der Demokratie. Aber bedeutet die Globalisierung wirklich das Ende der Autokratie?

Man nimmt gewöhnlich an, dass allein schon die Offenheit der heutigen Welt dafür sorgt, dass der Autoritarismus passé ist. Ian Bremmer spricht für viele, wenn er in seinem vielgelesenen Buch *The J Curve* argumentiert, dass unter den Bedingungen des freien Handels, der Reisefreiheit und des freien Informationsflusses nur Demokratien stabil sein können.¹⁰ Wollen autoritäre Regime Stabilität erreichen, müssen sie entweder ihre Grenzen im weitesten Sinne schließen (d.h. nicht nur ihre geographischen Grenzen unpassierbar machen, sondern sich auch gegenüber den vielfältigen Einflüssen der Außenwelt abschotten) oder ihr politisches System öffnen. Kurz, man muss wählen, ob man Teil einer globalisierten Welt sein möchte oder eine autokratische Insel.

Indes, das Ende der Autokratie wird zwar seit langem vorhergesagt, doch lässt es bislang auf sich warten. Die Massen auf den Straßen von

Kairo und Tunis waren die klassische Illustration der Schwäche traditioneller Autokraten, aber der Aufstieg Chinas legt für die Zukunft ein anderes Szenario nahe. Während die traditionelle Autokratie in den letzten Zügen liegt, erleben wir den Aufstieg einer neuen Gestalt autoritärer Herrschaft, die nicht in den Strukturen der traditionellen Gesellschaft verankert ist und ihre Legitimität nicht aus ihrem Widerstand gegen die Globalisierung zieht. Dieser neue Autoritarismus hat sich in verschiedenen Formen an unterschiedlichen Orten herausgebildet, doch gibt es einige Gemeinsamkeiten: Er ist gemäßigt repressiv, er ist kapitalistisch und in die Weltwirtschaft integriert, er ist auf den Ruinen der traditionellen Gesellschaft errichtet, er ist nicht ideologisch, und er funktioniert trotz offener Grenzen und eines freien Flusses von Informationen. Singapur, China und Russland sind die am meisten diskutierten Vertreter dieser neuen Spielart nichtdemokratischer Regime. Nie wird die Frage gestellt, ob es nicht sein könnte, dass diese neuen Autokratien gerade im Zeitalter der Demokratisierung überleben und sogar gedeihen. Und nie wird eine Antwort gegeben auf die Frage, warum Widerstand gegen diese Regime so schwer ist. Um den Autoritarismus des 21. Jahrhunderts zu begreifen, müssen wir unsere traditionellen Definitionen von Autokratie in Frage stellen.

Ich möchte hier argumentieren, dass sich die Erwartung eines endgültigen Zusammenbruchs der Autokratie auf unser mangelhaftes Verständnis zurückführen lässt, wie sich das komplexe Wesen der Globalisierung auf politische Regime auswirkt. In Wirklichkeit ist der schwache Widerstand gegen zeitgenössische Autokratien weniger eine Folge wirkungsvoller Repression, also des Angstfaktors, als gerade der Offenheit dieser Regime. Entgegen der üblichen Annahme der Demokratietheorie können die Öffnung der Grenzen und der freie Informationsfluss Autokratien tatsächlich eher stabilisieren als destabilisieren. In gleicher Weise trägt, wie ich zu zeigen versuche, das unideologische Wesen der neuen Autokratien eher zu ihrer Stärkung als zu ihrer Angreifbarkeit bei.

Russlands postkommunistische Erfahrung und Putins politisches Regime werden mein politische Versuchsfeld sein, auf dem ich die komplexen Effekte der Globalisierung auf das Wesen politischer Regime studieren möchte. Allerdings muss ich sogleich hinzufügen, dass Russlands Autokratie ein atypischer Fall ist. Man darf wohl sagen, dass sein historischer Moment verstrichen ist. Russland ist heute ein riesiges, ethnisch

vielfältiges und unterbevölkertes Land, konfrontiert mit Bedrohungen, die sich aus seiner Geographie, Geschichte, Demographie und Wirtschaft ergeben. Stephen Kotkin hat treffend bemerkt, dass Russland »alles geerbt hat, was den sowjetischen Zusammenbruch verursachte, ebenso wie den Zusammenbruch selbst«¹¹. Gegenwärtig hat Russland europäische Geburtenraten und eine afrikanische Lebenserwartung; es besitzt das zweitgrößte Atomwaffenarsenal des Planeten, aber es fertigt weniger als ein Prozent der Hightech-Produkte der Welt. Sein Netz von Gas- und Ölpipelines ist das längste der Erde und sein Bruttoinlandsprodukt ist größer als das von Südkorea, aber *Transparency International* zufolge ist es korrupter als Sierra Leone. Russland taugt daher kaum, die Attraktivität des neuen Autoritarismus zu erklären. Es ist nicht der Trendsetter für die Rückkehr der autokratischen Mode, das russische System wirkt im Vergleich zu Chinas Kapitalismus mit kommunistischem Antlitz trist und billig. Während die Chinesen experimentieren und mit Innovationen aufwarten, sind die Russen in Stagnation verfallen. Russland hat nicht nur seinen Status als Supermacht eingebüßt, sondern auch seine geheimnisvolle Aura. Anders als das chinesische Regime, dessen Erfolge verblüffen, gibt das russische, das selbst seine Verteidiger für wenig aussichtsreich halten, Rätsel auf. Putins Herrschaft überlebt, obwohl sie weder die Eliten noch das gewöhnliche Volk begeistert und von beiden als dysfunktional betrachtet wird. In Putins Jahrzehnt hat die russische Wirtschaft aufgrund des steigenden Ölpreises zugelegt, doch davon abgesehen verschlechtern sich die meisten anderen Indikatoren weiter. Die jüngste Erhebung des russischen Meinungs- und Marktforschungsinstituts Lewada-Zentrum zeigt, dass die Mehrheit der Bürger die gegenwärtige Situation als Stagnation empfindet. Warum sind die Menschen bereit, eine solche »Zombieautokratie« zu akzeptieren, der jegliche inspirierende Wirkung abgeht, statt auf demokratischen Wandel zu drängen? Dass sich diese Herrschaft ungeachtet ihres ständigen Versagens am Leben hält, ist das eigentliche Rätsel, das Putins Russland der Welt stellt.

Weder Demokratie noch Diktatur

Es ist, so meine These, gerade das widersprüchliche Wesen von Russlands Autokratie – die stabil und dysfunktional zugleich ist –, das uns besser verstehen lässt, warum die Autokratie im Zeitalter der Demokratisierung

überlebt und warum es so schwer ist, sich heutigen Autokratien zu widersetzen.

Zu den zentralen Merkmalen der neuen Autokratie gehört, dass sie sich für ihren Regierungsstil demokratische Legitimation verschafft, gemäßigt repressiv ist, ohne Ideologie auskommt und in einer Welt mit offenen Grenzen und freiem Informationsfluss überlebt. Das klassische Gegensatzpaar Demokratie/Autokratie hilft uns zum Verständnis solcher Regime nicht weiter.

Der gegenwärtige westliche Diskurs über Russland hebt auf den Unterschied zwischen Putins Autokratie und Jelzins unvollkommener Demokratie ab und erkennt darin den Gegensatz zwischen Tyrannei und Freiheit. In Wirklichkeit stellen Jelzins Liberalismus und Putins »Souveränismus« zwei unterschiedliche, aber miteinander in Beziehung stehende nichtrepräsentative politische Systeme dar. Sie unterscheiden sich darin, wie sie die Rolle des Staates im öffentlichen Leben verstehen, welches Maß an Pluralismus sie für angemessen und notwendig halten sowie im Hinblick auf die Quellen ihrer politischen Legitimation. Der Übergang von Jelzin zu Putin war nicht der Wechsel von einer wackligen Demokratie zu einer Autokratie, sondern von einem gescheiterten Staat, der im Tausch gegen westliche Freigebigkeit Demokratie vortäuschte, zu einem autoritären Ölstaat, der sie nicht nötig hat.

Auch die Kontrastierung von Putins autoritärer Effizienz und Jelzins demokratischem Chaos führt in eine Sackgasse. Die meisten Indikatoren deuten darauf hin, dass der Staat in Putins achtjähriger Amtszeit als Präsident trotz des Zuflusses von Ressourcen ineffizienter statt effizienter geworden ist. Es wurden pro Jahr weniger Wohnungen und Straßen gebaut und weniger Wasser- und Gasleitungen verlegt als unter Jelzin. Die Zahl der öffentlichen Schulen und Verkehrsmittel sank rascher als zuvor. Nur 22 Prozent der Russen waren der Meinung, dass es unter Putins Präsidentschaft weniger Korruption und Unterschlagung gab als unter Jelzin. Unter Putin gab es 3,1 Millionen Verbrechen pro Jahr, unter Jelzin 2,6 Millionen. Kurz, in Putins Amtszeit sind die Russen zwar wohlhabender geworden, sie wurden aber nicht besser oder auch nur mehr regiert. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetstaates galten unter Jelzin wie unter Putin die Hauptanstrengungen zur Bildung des neuen Staates nicht dem Aufbau von Kapazitäten, sondern dem Verbergen von Unfähigkeit.

Putin erbt von Jelzin das System der sogenannten gelenkten Demokratie, in dem Eliten politische Parteien aufstellen, Wahlen veranstalten und Medien ins Leben rufen zu dem ausschließlichen Zweck des Machterhalts der Herrschenden. Wahlen werden nicht abgehalten, um einen Machtwechsel zu ermöglichen, sondern um die herrschende Macht zu legitimieren. Der Schlüssel zu diesem System ist die Schaffung einer parallelen politischen Realität. Das Ziel besteht nicht nur darin, ein Machtmonopol zu etablieren, sondern auch, den Wettbewerb um die Macht zu monopolisieren – ein Ziel, das weder Zeit noch Ressourcen übrig ließ, um das Land tatsächlich zu regieren. »Die Herrschenden oben«, so sagte Stephen Holmes über Jelzins Russland, »beuten die Menschen, die unten stehen, weder aus noch unterdrücken sie sie. Sie regieren sie nicht einmal; sie ignorieren sie einfach.«¹²

Ein entscheidendes Element des Modells der gelenkten Demokratie ist, dass die Quelle seiner Legitimität im Westen liegt. Das Projekt der vorgetauschten Demokratie beruht darauf, dass die Fälscher die Überlegenheit des Modells der Demokratie anerkennen. Sich vom Westen belehren zu lassen und eine kleine Armee westlicher Berater zu ertragen, war der Preis, den die russische Elite dafür bezahlte, die Ressourcen des Westens zu nutzen, um ihre Macht zu bewahren. Die Strategie des Regimes bestand darin, die Illusion der politischen Repräsentation und des freien Marktes aufrechtzuerhalten, während es gleichzeitig verhinderte, dass die Interessen der Verlierer des postsowjetischen Übergangs wirkungsvoll vertreten wurden.

Als Jelzins erwählter Nachfolger hätte Putin dieses System beibehalten können, hätte es nicht die Orange Revolution und den sprunghaften Anstieg des Ölpreises gegeben. Die Ereignisse von 2004/2005 in Kiew stellten in seinen Augen die denkbar größte Bedrohung dar – einen ferngesteuerten Volksaufstand. Die gelenkte Demokratie war schlicht zu gefährlich geworden, um fortgesetzt zu werden.

Putins Konsolidierung der Staatsmacht nahm nun die Gestalt der Nationalisierung der Elite und der Marginalisierung jener Gruppe an, die sein Berater Wladislaw Surkow als »Offshore-Aristokratie« bezeichnet hat – Beresowski, Gussinski und andere nomadisierende Oligarchen. Der Kreml verstaatlichte den Energiesektor weitgehend, verschaffte sich die totale Kontrolle über die Massenmedien und kriminalisierte vom Westen finanzierte nichtstaatliche Organisationen. Die Auslandsoligar-

chen wurden durch staatstreue Oligarchen ersetzt. Die anderen Zutaten in Putins Rezept zum Umbau des Regimes waren vom Kreml initiierte Parteigründungen, die demonstrative strafrechtliche Verfolgung von politischen Gegnern (Michail Chodorkowski ist das prominenteste Beispiel) und die Schaffung von Strukturen, die das Regime in Zeiten der Krise stützen sollen (wie die *Naschi*-Bewegung – »Die Unseren«).

Die Paradoxie von Putins Autokratie besteht darin, dass es ein nicht-demokratisches Regime ist, dessen Legitimation auf der Wahrnehmung der Bürger beruht, dass Putin auch gewinnen würde, wenn die Wahlen frei und fair wären. Putin machte 2008 eine große Tugend daraus, die Verfassung nicht zu ändern, um sich eine dritte Amtszeit zu sichern. Warum erlaubt Putin keine freien Wahlen, wenn doch alle erwarten, dass er sie gewinnen würde, und warum strebte er keine dritte Amtszeit an, obschon sowohl die Öffentlichkeit als auch die Eliten dies am liebsten gesehen hätten? Die Beantwortung dieser beiden Fragen wird uns dabei helfen, das Wesen von Putins Herrschaft zu verstehen.

Russlands Regime ist nur mäßig repressiv, gewissermaßen »vegetarisch«. Laut einer Umfrage des Lewada-Zentrums gaben nur zwei Prozent der Russen staatliche Repression als ihre Hauptsorge an. Das ist eine kleine Steigerung im Vergleich zum demokratischen Jahr 2000, als nur ein Prozent diese Angst äußerte, aber auf Basis dieser Daten ist es schwer, sich das Russland Putins als eine Sowjetunion 2.0 vorzustellen. Zweifellos gibt es politische Repression, und Menschenrechtsorganisationen haben die Verfolgung von Journalisten und anderen Regimegegnern dokumentiert, doch lässt sich wohl sagen, dass die meisten Russen heute freier sind als in jeder anderen Epoche ihrer Geschichte. Sie können reisen, sie können frei im Web surfen – anders als in China oder im Iran versucht die Regierung nicht, das Internet zu kontrollieren – und sie können ihren Geschäften nachgehen, solange sie ihre »Korruptionssteuer« entrichten. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die eine in sich geschlossene Gesellschaft mit abgeriegelten Grenzen war, ist das postsowjetische Russland ein Land mit offenen Grenzen. An die 28 Millionen Russen reisen jährlich ins Ausland.

Im Folgenden möchte ich mich zum einen näher mit der Bedeutung von Wahlen und Ideologie, zum anderen mit der Funktion von Grenzen für Putins Regime beschäftigen.

Wahlen ohne Alternative

Russlands Geschichte der letzten 25 Jahre lässt sich am besten am Leitfaden der Wahlen erzählen – Wahlen, die stattfanden, und solchen, die unterblieben. Viele sind der Meinung, dass die wichtigsten Wahlen jene waren, die nicht stattfanden. Gorbatschows Angst, sich in einer allgemeinen Wahl zum Präsidenten der Sowjetunion wählen zu lassen, war wohl einer der Gründe für den Zusammenbruch des Sowjetreiches.

Warum aber sind Wahlen, die weder frei noch fair sind (wir wissen, wer gewinnen wird, was wir nicht wissen, ist lediglich, wer antritt), für Putins Russland so wichtig? Niemand käme schließlich auf den Gedanken, die Geschichte der Sowjetunion anhand von Wahlen zu erzählen. Warum hat Putin nie freie Wahlen zugelassen? Es besteht kein Zweifel, dass er sie 2004 gewonnen hätte. Wenn er gegen Wahlen ist, warum lässt er dann regelmäßig welche abhalten und schenkt ihnen Beachtung? Und warum entschloss er sich nicht zu einer dritten Amtsperiode, wo diese doch im Volk breite Zustimmung gefunden hätte?

In ihrem berühmten Artikel »Dictatorship and Double Standards« argumentierte Jeane Kirkpatrick 1979, dass totalitäre Regime, die auf einer revolutionären Ideologie gründen, nicht nur repressiver sind als traditionelle Autokratien, sondern auch weit schwerer zu liberalisieren oder zu demokratisieren.¹³ Ihrer Auffassung nach ist Ideologie für solche Regime eine Quelle transzendenter Legitimation und verleiht ihnen Attribute von Theokratien. Nicht zufällig betrachtete ja der französische Denker Raymond Aron den Kommunismus als säkulare Religion.

Ideologie kann auch als Mittel zur Sicherung des Zusammenhalts der herrschenden Elite dienen. Die Vorstellung von der korrekten Parteilinie leistete, wie Ken Jowitt bemerkt, für leninistische Regime das Gleiche wie demokratische Verfahren im Westen.¹⁴ Das Vorhandensein einer ideologisch fundierten herrschenden Partei war von entscheidender Bedeutung, um das Problem der Nachfolge zu lösen, die gefährlichste Quelle der Instabilität autokratischer Herrschaften. Die kommunistische Ideologie diente auch als Werkzeug politischer Mobilisierung. Wie die Geschichte der Sowjetunion zeigt, war es manchmal leichter, für das Regime zu sterben, als unter ihm zu leben.

Die Vorstellung, dass Ideologie eine Quelle der Stärke von Autokratien ist, gehört so sehr zum Erbe des Kalten Krieges im Westen, dass man

überrascht ist, in Russland selbst der gegenteiligen Meinung zu begegnen. Die postsowjetische Elite blickt einerseits nostalgisch auf die Zeit zurück, als die kommunistische Ideologie das Herz der »weichen Macht« der Sowjetunion bildete, sie sieht in ihr jedoch gleichzeitig eine der Schwächen des alten Regimes. Der Zusammenbruch der UdSSR demonstrierte, dass Ideologie ein Regime stärken, aber auch verwundbar machen kann. Ideologie zersetzt autokratische Herrschaften auf zweierlei Weise: Sie nährt die reformistischen Täuschungen der Eliten und sie gibt den Regimegegnern eine Sprache und eine Plattform, um ein Ideal hochzuhalten, an dem das Regime gemessen und für unzulänglich befunden werden kann.

In den letzten 20 Jahren sind Hunderte von Büchern über das Wesen von Michail Gorbatschows Revolution erschienen. Doch für meine Argumentation ist der entscheidende Punkt, dass Gorbatschow seine Reformen nicht deshalb in Angriff nahm, weil er den Glauben an den Kommunismus verloren hätte, sondern weil er zutiefst davon überzeugt war, dass sich der wahre Sozialismus, den er zu errichten hoffte, dem demokratischen Kapitalismus des Westens als überlegen erweisen würde. Reformen von oben entspringen häufig den Fehleinschätzungen der Herrschenden.

Ideologie befördert nicht nur reformistische Täuschungen auf Seiten der Eliten, sie gibt der Opposition auch einen Diskurs an die Hand, mit dessen Hilfe sie das Regime von unten unter Druck setzen kann. In der Regel waren Dissidenten im Sowjetblock ehemals überzeugte Verfechter des Kommunismus; bevor sie sich radikal gegen ihre Regime wandten, hatten sie diese oft in der Sprache des Marxismus kritisiert. Vor ihrer Opposition gegen den Kommunismus hatten sie an ihn geglaubt. Man kann die Macht des Prager Frühlings oder der »sich selbst begrenzenden Revolution« der *Solidarność* nicht voll verstehen, wenn man nicht das bewusst »dialektische« Wesen dieser Bewegungen begreift. Die Revolutionen von 1989 waren das vereinte Werk der kommunistischen Eliten, die zum Untergang ihrer eigenen Regime beitrugen, indem sie aufrichtig ihre Reformierung anstrebten, *und* von Oppositionellen, die den Sturz dieser Herrschaften vorantrieben, indem sie vorgaben, sie reformieren zu wollen, obwohl sie in Wirklichkeit längst ihre vollständige Beseitigung herbeiwünschten.

Diese historische Erfahrung hat die postsowjetische Elite skeptisch gegenüber Ideologien gemacht. Das hinderte den Kreml aber nicht daran, eine eigene auszubrüten: die Ideologie der »souveränen Demokratie« – der bis heute ehrgeizigste Versuch, dem herrschenden Regime eine intellek-

tuelle Rechtfertigung zu verschaffen. Das Konzept der »souveränen Demokratie« schlägt die beiden ideologischen Lieblingsfeinde des Kreml mit einer Klappe: die liberale und die populistische Demokratie. Es versöhnt, zumindest theoretisch, Russlands dringendes Bedürfnis nach einer Modernisierung westlichen Stils mit seinem Willen, die Unabhängigkeit vom Westen zu bewahren.

Bei der Konstruktion des Modells der »souveränen Demokratie« griffen Putins Ideologen auf das geistige Erbe Kontinentaleuropas zurück, insbesondere auf den politischen Rationalismus François Guizots und den berüchtigten »Dezisionismus« Carl Schmitts.

Antipopulismus und Antipluralismus sind die beiden zentralen ideologischen Merkmale des gegenwärtigen Regimes in Moskau: Populismus würde die Macht des schwachen russischen Staates über die Belastungsgrenze hinaus beanspruchen; Pluralismus würde die ethnisch heterogene Russische Föderation zerreißen. Was den Kreml also zu Guizot und Schmitt zieht, ist deren fundamentales Misstrauen gegenüber zwei herrschenden Konzepten des gegenwärtigen demokratischen Zeitalters: der Idee der Repräsentation als Ausdruck des pluralistischen Wesens der modernen Gesellschaft und der Idee der Volkssouveränität, wonach sich Demokratie als Herrschaft des Volkswillens definiert. Im Gefolge Schmitts ziehen die Verfechter der »souveränen Demokratie« es vor, die demokratische Herrschaft als »Identität von Herrscher und Beherrschten, Regierenden und Regierten, Befehlenden und Gehorchenden« zu definieren.¹⁵ Und im Anschluss an Guizot sind für sie nicht die Wähler oder das Volk der Souverän, sondern ist es die im Konsens der verantwortlichen nationalen Eliten verkörperte Vernunft. In der im Kreml zusammengebrauten Mixtur aus Guizots Antipopulismus und Schmitts Antiliberalismus dienen Wahlen nicht als Instrument zur Artikulation und Vermittlung widerstreitender Interessen; es gibt sie, um dem Volk zu zeigen, wer die Macht hat.

Freilich erlitt der Versuch zur Schaffung einer neuen Ideologie Schiffbruch. Die »souveräne Demokratie« scheiterte, weil nicht nur das Volk, sondern auch die Eliten nicht an sie glaubten. Man kann über die »souveräne Demokratie« schreiben, aber man wird nicht für sie sterben wollen. PR-Leute taugen eben nicht zu Ideologen, weil eine Ideologie, anders als eine Werbekampagne, etwas ist, an das ihre Urheber glauben müssen. Dass es an einer überzeugenden Ideologie fehlt, scheint Putins Herrschaft aber keinen Abbruch zu tun, ja macht Widerstand gegen sie nur schwie-

riger. Die Abwesenheit von Ideologie erklärt im Übrigen die Neigung der russischen wie auch anderer neuer Autokratien, sich als Unternehmen zu betrachten. Um an der Macht zu bleiben, versuchen sie, die Idee des öffentlichen Interesses auszuradieren. Vor diesem Hintergrund untergräbt die Glorifizierung des Marktes nicht den neuen autoritären Kapitalismus; sie kann ihn sogar stärken. Wenn das öffentliche Interesse nicht mehr ist als die Resultante der Privatinteressen von Millionen von Individuen, dann ist jedes Opfer im Namen des Gemeinwohls überflüssig.

Abstimmung mit den Füßen

Hinter dem Glauben, die Autokratie sei zu einem schleichenden Tod durch Reformen oder zum plötzlichen Zusammenbruch verurteilt, steckt auch die Annahme, dass die Öffnung der Grenzen eine fatale Wirkung auf sie haben müsse. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Astolphe de Custine, jener französische Aristokrat, der 1839 nach Russland reiste, um Argumente für seinen Konservatismus zu finden, und als Verfechter des Konstitutionalismus zurückkehrte, erklärt: »Das politische Regime Russlands würde der freien Kommunikation mit dem Westen Europas nicht 20 Jahre widerstehen.«¹⁶ Seine Auffassung ist heute weit verbreitet: Offene Grenzen ermöglichen es den Menschen, andere Lebensstile kennenzulernen und ihnen nachzueifern, was die Forderung nach Wandel vorantreibt. Sie erleichtern es den Menschen auch, sich mit ausländischer Hilfe zu organisieren.

Aber sorgen offene Grenzen tatsächlich für die Destabilisierung autoritärer Regime? Josef Stalin war davon zutiefst überzeugt. Er schickte Millionen sowjetischer Soldaten, deren einziges Verbrechen es war, den Westen oder auch nur Mitteleuropa gesehen zu haben, in den Gulag. Doch Putin ist nicht Stalin. Er versucht nicht, Russland zu regieren, indem er die Menschen vom Reisen abhält. Er regiert es, indem er es ihnen erlaubt. Während offene Grenzen es einer Regierung erschweren, ihre Bürger zu manipulieren und ihre Gegner zu verfolgen, bieten sie doch auch Chancen, das Überleben des Regimes zu sichern.

Vor etwas mehr als 40 Jahren erklärte der Ökonom Albert Hirschman in seinem brillanten Buch *Abwanderung und Widerspruch*, warum in Nigeria die Eisenbahn im Wettbewerb mit Lastwagen und Bussen so schlecht abschnitt:

Das Vorhandensein einer leicht zugänglichen Alternative zur Eisenbahn macht es nicht mehr, sondern weniger wahrscheinlich, dass man die Schwächen der Bahnen bekämpfen wird, anstatt sie zu dulden. Wenn Lastkraftwagen und Autobusse vorhanden sind, ist eine Verschlechterung der Transportleistungen der Bahn bei weitem nicht so schwerwiegend, als es der Fall wäre, wenn die Eisenbahnen ein Monopol auf Ferntransporte hätten – eine solche Verschlechterung lässt sich lange ertragen, ohne dass in der Öffentlichkeit nachdrücklich zum Ausdruck gebrachte Forderungen nach jenen (...) Verwaltungs- und Betriebsreformen entstehen, die nötig wären. Es könnte dies der Grund dafür sein, dass öffentliche Unternehmen (...) merkwürdigerweise in Sektoren am schwächsten sind, wo sie wie z.B. im Transport- und Schulwesen der Konkurrenz unterliegen: Anstatt diese Betriebe zu verbessern oder Spitzenleistungen anzuregen, beraubt sie das Vorhandensein eines leicht zugänglichen und zufriedenstellenden Ersatzes für die von ihnen gebotenen Dienstleistungen nur eines wertvollen Rückkoppelungsmechanismus, der dann am besten funktioniert, wenn die Kunden sicher und fest eingeschlossen sind. Denn die Unternehmensleitung der öffentlichen Unternehmen, die immer ziemlich sicher ist, dass sie der Finanzminister nicht im Stich lassen wird, ist unter Umständen gegenüber dem Einkommensverlust, der durch Abwanderung von Kunden zur Konkurrenz entsteht, weniger empfindlich als gegenüber Protesten des aufgebrachtsten Publikums, für das die betreffende Dienstleistung lebenswichtig ist und das keine Alternative hat und daher Krach schlagen wird.¹⁷

Laut Hirschman können Kunden und Angehörige von Unternehmen und Organisationen auf zwei entgegengesetzte Weisen auf die Verschlechterung von Waren oder Dienstleistungen reagieren. Die erste ist die »Abwanderung« (*exit*): Man kauft ein anderes Shampoo, tritt aus der Partei aus oder verlässt das Land. »Widerspruch« (*voice*) dagegen ist der Akt der Beschwerde oder des Protestes. Wie Hirschman jedoch hervorhebt, kommt es dort, wo Abwanderung leicht ist, tendenziell zur Verminderung des Widerspruchs, weil Abwanderung weniger Zeit und Engagement erfordert.

Die Abwanderung ist besonders für Russen aus der Mittelklasse verlockend, die zu Konsumenten aufgestiegen und gleichzeitig entmutigt sind, was die Erfolgsaussichten kollektiven Handelns angeht. Russlands demographische Situation – seine alternde und schrumpfende Bevölkerung – und seine schwache nationale Identität haben die Abwanderung zu einer ganz natürlichen Option für jene gemacht, die vom Regime enttäuscht sind. Der russische Ökonom Leonid Grigoriev geht davon aus,

dass etwa zwei Millionen russische Bürger, vor allem solche mit guter Ausbildung, das Land seit den neunziger Jahren verlassen haben.¹⁸ Mit den Füßen abzustimmen, um Russland aufgrund seines Mangels an Demokratie den Rücken zu kehren, ist nicht dasselbe, wie seine Stimme bei Wahlen ins Spiel zu bringen, um das Land zu demokratisieren.

Tatsächlich wirft Hirschmans Erklärung dafür, warum die nigerianische Eisenbahn im Wettbewerb mit Lastwagen und Bussen so schlecht abschnitt, ein Licht auf beides: das Ende der kommunistischen Regime und die Überlebensfähigkeit des neuen russischen Regimes. Während die Abschottung der Grenzen des Sowjetimperiums den Reformdruck im Inneren erhöhte und so zu seinem Zusammenbruch beigetragen hat, hat deren Öffnung in Russland zu einem Schwund des Reformgeistes geführt.

Die Menschen, die sich hier am meisten über die schlechte Regierungsführung empören, sind ebenjene, die Russland am ehesten zu verlassen bereit und dazu in der Lage sind. Für sie ist es leichter, dem Land, in dem sie leben, den Rücken zu kehren, als es zu reformieren. Warum versuchen, Russland in ein zweites Deutschland zu verwandeln, wenn es keine Garantie gibt, dass eine Lebensspanne für diese Aufgabe ausreicht, und Deutschland nur eine kurze Reise entfernt ist? In der Tat belegen Meinungsumfragen, dass ein großer Teil von Russlands Mittelklasse es vorzieht, im Ausland zu arbeiten und nur in den Ferien nach Russland zurückzukehren, um Freunde und Verwandte zu besuchen.

Das Sowjetsystem hatte seine Bürger eingesperrt. Die einzige Möglichkeit, sein Leben zu ändern, bestand in der Veränderung des Systems. Das heutige Russland ähnelt dagegen stark der nigerianischen Eisenbahn: Es wird ineffizient bleiben, solange genügend Ölerlöse sprudeln, um seine Ineffizienz zu kompensieren. Der Hauptgrund, warum die Russen unwillig sind zu protestieren, ist nicht Angst; vielmehr haben eben jene Menschen, die das größte Interesse an Reformen hätten, das Land bereits verlassen oder beschlossen, ihm in naher Zukunft den Rücken zu kehren – oder sie sind einfach in die virtuelle Realität des Internets abgetaucht (Russen verbringen im Durchschnitt doppelt so viel Zeit in sozialen Netzwerken wie Westler). Die Folge ist, dass es in Russland keine kritische Masse von Bürgern gibt, die Wandel einfordert.

Ohne Zweifel stellen die Globalisierung und in ihrem Gefolge die Öffnung der Grenzen für Menschen, Kapital und Informationen eine Herausforderung für heutige autoritäre Regime dar, jedoch kann diese Öffnung,

wie das Beispiel Russland zeigt, paradoxerweise auch zur Entstehung einer vor Reformanstrengungen zurückscheuenden, abwanderungsbereiten Mittelklasse beitragen und damit dem neuen Autoritarismus helfen zu überleben.

Wohin das führen wird, ist nicht leicht vorherzusagen. Ich würde meinen, dass dysfunktionale Autokratien wie das heutige Regime in Russland eher in Verfall als in Demokratie münden. Nicht »nach Putin die Sintflut«, sondern »nach Putin die Dürre«.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 Kenneth Jowitt, »Setting History's Course«, in: *Policy Review*, Nr. 158 (2009); www.hoover.org/publications/policy-review/article/5477.
- 2 Kenneth Jowitt, *New World Disorder. The Leninist Extinction*, University of California Press 1992, S. 250 ff.
- 3 Samuel P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, University of Oklahoma Press, 1991, S. 137.
- 4 Larry Diamond, »Introduction: Persistence, Erosion, Breakdown, and Renewal«, in: Larry Diamond / Juan J. Linz / Seymour Martin Lipset, *Democracy in Developing Countries. Asia*, Boulder 1989, S. 39.
- 5 Donald Rayfield, *Anton Chekhov. A Life*, London 1997, S. 203.
- 6 Jason Brownlee, *Authoritarianism in an Age of Democratization*, Cambridge 2007, S. 9.
- 7 Wahlauskokratien: autoritäre Herrschaften, in denen eine Opposition und ein gewisser Parteienwettbewerb zugelassen sind. (A.d.Ü.)
- 8 Vgl. Steven Levitsky / Lucan A. Way, *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*, New York 2010.
- 9 Dani Rodrik, *Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*, Bonn 2011.
- 10 Ian Bremmer, *The J Curve. A New Way to Understand Why Nations Rise and Fall*, New York 2006.
- 11 Stephen Kotkin, »How Did Russia Rebuild Itself? Sorry, But You're Wrong«, History News Network, 25. Januar 2009, <http://hnn.us/articles/59713.html>.
- 12 Zitiert nach Vladimir Petukhov / Andrei Ryabov, »Public Attitudes About Democracy«, in: Michael McFaul u.a., *Between Dictatorship and Democracy. Russian Post-Communist Political Reform*, Washington, DC, 2004, S. 268-291, hier S. 287.
- 13 Vgl. Jeane J. Kirkpatrick, »Dictatorship and Double Standards«, in: *Commentary*, November 1979; www.commentarymagazine.com/article/dictatorships-double-standards/.
- 14 Vgl. Jowitt, »Setting History's Course«, a.a.O.
- 15 Carl Schmitt, *Verfassungslehre*, Berlin 1993 (1928), S. 234.

- 16 Astolphe de Custine, *Russland im Jahre 1839*, 4 Bde., Leipzig 1843/44, Bd. 4, S. 236.
- 17 Albert O. Hirschman, *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*, unveränderte Neuauflage, Tübingen 1974, S. 37f.
- 18 Vgl. Leonid Grigoriev / Alla Salmina, »Inequality in Russia during transformation: to Europe or Latin America?«, www.sigma-econ.ru/.files/2083/IGS.pdf, S. 3.

Stephen Holmes

WEDER AUTORITÄR NOCH DEMOKRATISCH
Verborgene Kontinuitäten im postkommunistischen Russland

Wenn man heute nach Russland reist, stellt man fest, dass es seiner sagenhaften Unlesbarkeit nach wie vor alle Ehre macht. Versucht man, die politische Situation des Landes zu analysieren, steht man vor einem kaum ergründlichen Phänomen, das von noch undurchsichtigeren Palastintrigen überlagert wird. Doch damit nicht genug, es legt sich ein weiterer Schleier über den Gegenstand der Untersuchung: Die Logik des Kalten Krieges prägt unsere Wahrnehmung bis heute und scheint uns zu zwingen, die Konflikte des postsowjetischen Russlands in die Polarität von Demokratie und Autokratie zu pressen. Verständlich, dass eine solche simplistische Dichotomie der amerikanischen Nostalgie nach einem moralischen Endkampf zwischen den Rechtschaffenen und den Bösen entgegenkommt – zu einem Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Russland von heute trägt sie freilich kaum bei.

Eine fatale Dichotomie

Dass sich nach dem Zusammenbruch eines autokratischen Systems naturwüchsig eine Demokratie herausbildet bzw. dass autoritäre Kräfte die Schuld tragen müssen, wenn eine demokratische Entwicklung ausbleibt, dieses weit verbreitete Verständnis der Begriffe Demokratie und Autokratie stellt einen doppelten Fehlschluss dar. Obwohl selten mit hinreichender Klarheit formuliert, um sich widerlegen zu lassen, liegen diese Kausalhypothesen vielen Analysen zugrunde und haben eine verheerende Wirkung auf das Verständnis der Entwicklung bzw. des Scheiterns von Demokratien, insbesondere auch in Bezug auf Russland.

Ein bescheidenerer Ansatz könnte mit der Beobachtung beginnen, dass die Demokratie ein winziger Abschnitt in der Geschichte der Menschheit ist. Sie ist ein historisch derart seltenes politisches Arrangement, dass die Voraussetzungen für ihr Entstehen und ihr Überleben schon sehr unge-

wöhnlich sein müssen. Dies leuchtet ein, wenn wir Demokratie als ein System der Übertragung legislativer und exekutiver Macht definieren, in dem eine gut organisierte amtierende Partei mit beträchtlicher öffentlicher Unterstützung eine Wahl an eine gut organisierte Oppositionspartei mit ebenfalls starker öffentlicher Unterstützung verliert und wo, wenn die Stimmen ausgezählt sind, die vormaligen Amtsinhaber im Falle einer Niederlage ihre Ämter freiwillig räumen, in der Gewissheit, dass ihren wirtschaftlichen Interessen kein Schaden zugefügt wird, dass sie keinen rechtlichen Schikanen ausgesetzt sein werden und es ihnen freisteht, nach nur wenigen Jahren bei den nächsten Wahlen wieder anzutreten.

Was diese etwas gewundene, aber durchaus gängige Definition nahelegt, ist, dass die Demokratie komplexe soziale und ökonomische Voraussetzungen hat. Es ist unvernünftig anzunehmen, dass eine lebendige politische Gesellschaft, in der sich politische Parteien an der Macht abwechseln, wie eine Brotscheibe aus dem Toaster springt, sobald ein repressives System die Zügel lockert. Das Fehlen von Hindernissen ist nicht dasselbe wie das Vorhandensein der erforderlichen Voraussetzungen. Die Schwächung autokratischer Beschränkungen mag eine notwendige Bedingung für die Herausbildung einer Demokratie sein, hinreichend ist sie gewiss nicht.

Diese Einsicht ist so offenkundig, dass sie geradezu banal erscheint. Dennoch wird sie von kaum einem Kommentator des postkommunistischen Russlands beherzigt. Im Gegenteil, selbst jene Russlandbeobachter, die mit der wolkigen Kategorie der »Semiautokratie« hantieren, akzeptieren die Demokratie-Autokratie-Polarität als angemessenen Rahmen, um jenen Punkt zu lokalisieren, an dem Russland auf seinem im Übrigen natürlichen oder zumindest ernsthaft angestrebten Weg von einem autoritären zu einem demokratischen System »stecken geblieben« ist. Das Gleiche lässt sich von den Exponenten der »souveränen Demokratie« (wie zum Beispiel Andranik Migranyan) sagen, von denen die gegenwärtige Führung enthusiastisch als ein Kader autoritärer Modernisierer verteidigt wird, der übergangsweise eine cäsaristische Strategie einsetzt, um Russland bis zu jenem Punkt erfolgreicher staatlicher Konsolidierung voranzubringen, an dem echte Demokratie endlich möglich wird.

Die schärferen westlichen Kritiker Russlands sind nicht weniger in der Autokratie-Demokratie-Polarität gefangen, obwohl sie unterschiedlicher

Meinung sind, warum im Russland Putins die »Saat der Demokratie«, die doch offensichtlich in den 1990er Jahren gepflanzt worden war, nicht aufgegangen ist. Bei den Differenzen zwischen den Kritikern Putins stehen Voluntaristen gegen Fatalisten. Die Voluntaristen weisen darauf hin, dass Putin und sein Gefolge, durch Zufall an die Macht gekommen, das oppositionelle Fernsehen geschlossen, die Duma in eine Versammlung von Abnickern verwandelt, die Gouverneurswahlen abgeschafft haben etc. Aus ihrer Sicht wurden die autoritären Instinkte und Fähigkeiten der neuen, nach dem Jahr 2000 installierten Herrschaftszirkel, die sich weitgehend aus dem bewaffneten Arm der Staatsbürokratie rekrutierten, dafür eingespannt, die neugeborene russische Demokratie in der Wiege zu erdrotseln. Dieser politische Kindsmord wäre nicht geschehen, so behaupten sie, wenn Jelzin einen anderen Nachfolger gewählt hätte, und nicht Putin mit seiner Vorliebe, ergebene Kader aus den Reihen der Geheimdienst- und Armeeleute (*Silowiki*) zu rekrutieren.

Die Fatalisten argumentieren, dass das autoritäre Erbgut Russlands, ob mit oder ohne Putin, dazu bestimmt war, nach den schwachbrüstigen Demokratieexperimenten der neunziger Jahre wieder hervorzubrechen.¹ Sie bemerken – ganz zutreffend –, dass es Russlands »Demokraten« (Nemtsov, Jawlinski, Tschubais etc.) nie vermocht haben, einen nennenswerten Rückhalt in der Wählerschaft zu gewinnen, und das nicht nur, weil das System manipuliert war (was stimmt), sondern auch, weil sie wirklich unpopulär waren. Die Fatalisten betonen ferner, dass Putin selbst, zumindest bis vor Kurzem, eine enorme Popularität besessen habe. Wenn er die »demokratische Opposition« zertreten hat, so habe er das mit beträchtlicher öffentlicher Zustimmung getan. Ein Großteil seiner Popularität innerhalb Russlands stammt, wie die Fatalisten – wiederum zutreffend – bemerken, aus Handlungen, die vom Westen mit Abscheu und Entrüstung betrachtet werden, darunter die Inhaftierung des Oligarchen Michail Chodorkowski, der Krieg in Georgien und die Grobheit, mit der sich Putin regelmäßig über unausgesprochene Regeln des gesitteten Umgangs unter Staatsführern hinwegsetzt.

Bezeichnenderweise sind Putins Apologeten der Autokratie-Demokratie-Polarität nicht minder hörig als seine Kritiker. Und auch sie benutzen die irreführende Dichotomie, um Phasen einer imaginären Chronologie zu unterscheiden. Während Putins Widersacher die Knospen der Demokratie in den neunziger Jahren erspähen, um lautstark den zermal-

menden Stiefel des Autoritarismus im folgenden Jahrzehnt zu beklagen, stellen Putins Verteidiger die Neunziger als Hochzeit des Chaos, der wilden Privatisierung, des organisierten Verbrechens, der Schwäche des Staates und der internationalen Erniedrigung dar. Sie feiern daher Putins Präsidentschaftsantritt als Wiederherstellung der Ordnung, als Aufrichtung des auf die Knie geworfenen Landes, als schrittweisen Aufbau staatlicher Handlungsfähigkeit, genauer: als Rückführung einer fragmentierten Autorität in eine einzige, geeinte, vertikale Machtstruktur – und das alles als notwendige Voraussetzung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Das chronologische Schema, das Putins Apologeten und Kritiker paradoxerweise teilen, spiegelt übrigens eine weit verbreitete Tendenz wider, die Dekade nach 1990 und das Jahrzehnt nach 2000 miteinander zu kontrastieren. Erstere wird häufig als Ära der wirtschaftlichen Globalisierung und Entwicklung dargestellt, garniert mit einer wohlmeinenden Einstellung zu den Menschenrechten. Die zweite Periode wird im Gegensatz dazu gerne als Zeit der Terrorismusbekämpfung verstanden, in der Regierende rund um den Globus die Angst der Öffentlichkeit vor einer Bedrohung der nationalen Sicherheit ausnutzen, um sich ihrer Rechenschaftspflicht für korrupte, kriminelle oder grob inkompetente Handlungen zu entziehen.

Wie dem auch sei, alle Seiten in der zeitgenössischen Debatte über Russland scheinen die Idee einer gähnenden Diskontinuität zwischen dem Russland Jelzins und jenem Putins zu akzeptieren. Einige sehen den Übergang als Demontage der Demokratie, andere erkennen darin die Wiederherstellung der Ordnung. Aber alle stimmen darin überein, dass der Wechsel höchst bedeutsam und folgenschwer war.

Das ist ein Irrtum.

Zwei Inkarnationen, ein System

Die Wurzeln des Putinismus liegen im Jelzinismus. Putin selbst ist ein Produkt der Vergangenheit. Er ist ein Kind nicht nur des KGB, sondern auch des Jelzin-Regimes. Er war nicht »der erste demokratisch gewählte Führer in eintausend Jahren russischer Geschichte«, wie die Zeitungen zur Zeit seiner Wahl frohlockten. Vielmehr überreichte man ihm sein Amt auf dem Silbertablett, nachdem eine Clique von Kreml-Insidern eine andere ausmanövriert hatte. Und er regierte nicht nur mit Unterstützung

von Geheimdienst- und dubiosen Wirtschaftsseilschaften, sondern von 2000 bis 2008 auch auf der Grundlage von Jelzins »superpräsidentieller«
Verfassung von 1993.

Um sinnvoll über die Demokratie im postkommunistischen Kontext Russlands nachzudenken, müssen wir das politisch aufgeladene Narrativ des Regimebruchs ebenso fallen lassen wie die Polarität von Autokratie und Demokratie, auf der es basiert. Wir müssen im Gegenteil die vielen unterschwelligeren Kontinuitäten in Augenschein nehmen, die Jelzins und Putins Regime miteinander verbinden. Eine solche Herangehensweise stellt die Hoffnungen oder Befürchtungen in Frage, welche die Apologeten und Kritiker von Jelzin und Putin hegen, und kann einem skeptischen Common Sense den Weg ebnen.

Bei genauer Untersuchung zeigen Jelzinismus und Putinismus mehr Ähnlichkeiten, als ihre Kritiker und Verteidiger gerne wahrhaben möchten, und die Kontinuitäten zwischen den beiden Administrationen erweisen sich als bedeutsamer als die Brüche. In Wahrheit ist es der unbelangbaren russischen Elite unter Jelzin gelungen, sich ohne nennenswerte soziale Turbulenzen in die ebenso jeglicher Rechenschaftspflicht entthobene Elite unter Putin zu verwandeln.

Um zu verstehen, worum es bei der Kontroverse um Kontinuität versus Diskontinuität geht, ist es von wesentlicher Bedeutung zu begreifen, dass eine Autokratie genauso schwer zu schaffen und zu stabilisieren ist wie eine Demokratie. Putins Gefolgschaft hatte, ob sie nun autoritäre Wunschträume hegte oder nicht, weder jemals die Fähigkeiten noch die Anreize, die russische Gesellschaft einer autoritären Disziplin zu unterwerfen. Mit eiserner Faust zu regieren ist weder so leicht noch so lukrativ, wie es klingt. In Ermangelung einer inspirierenden Ideologie, die es Putin erlaubt hätte, Unterstützer um sich zu scharen, waren die autokratischen Optionen seines Regimes stets bescheiden. Für eine echte Wiederherstellung der Herrschaft sowjetischen Stils hätte man die Grenzen wieder schließen und Moskau zum alleinigen Einreisetor des Landes machen müssen, zumindest aber hätten die ungezügelteren Kontakte zum Westen drastisch beschnitten werden müssen. Ein solcher Rückfall in die Autarkie stand aus vielerlei Gründen niemals zur Debatte. Nicht nur würde er den materiellen Interessen einflussreicher Leute im russischen Establishment einen direkten Schlag versetzen, Russland würde dadurch auch mit Problemen allein bleiben (wie die Aufrechterhaltung der terri-

torialen Integrität des Landes trotz militärisch exponierter Südflanke), die ohne ernsthafte westliche Hilfe langfristig nicht zu bewältigen sind.

Russlands Bürger mögen nicht regelmäßig zur Wahl gehen, aber sie verreisen gerne. Tatsächlich reisen jedes Jahr an die zehn Millionen Russen ins Ausland. Dieses Muster kontrastiert scharf mit den autoritären Zwängen früherer Zeiten. Stalin kontrollierte seine Elite, indem er sie an ungeschützten Kontakten zu Ausländern hinderte. Putin »kontrolliert« seine Elite in umgekehrter Weise, indem er ihr solche Kontakte erlaubt. Seine Distanz zu Stalin zeigt auch in dieser Hinsicht seine Nähe zu Jelzin. Das systemrelevante Offenhalten der Grenzen ist nur ein weiterer Grund, die abgedroschene journalistische Behauptung zurückzuweisen, dass Putin Russland »zurück in die Autokratie« geführt habe.

Was im Russland Putins eine vollständige autokratische Restauration verhindert hat, war zugegebenermaßen ebenso wenig der hartnäckige Widerstand demokratischer Kräfte. Solche Kräfte waren schlecht organisiert, ohne tiefere soziale Wurzeln und praktisch wirkungslos. Es hat sich aus einem ganz anderen Grund als schwierig erwiesen, in Russland ein wahrhaft autoritäres Regime zu schaffen. Das Haupthindernis für die Wiederherstellung einer alles durchdringenden zentralisierten Kontrolle ist das Missverhältnis zwischen den beängstigenden Problemen des Landes und den dürftigen Werkzeugen und Ressourcen, die dem Kreml zu Gebote stehen. Mit Problemen meine ich Russlands besorgniserregende Kombination von europäischen Geburtenraten mit einer afrikanischen Lebenserwartung und die Krise der Entmodernisierung, die vom Desaster der öffentlichen Gesundheitsversorgung über vergiftete Flüsse und die scheinbar unaufhaltsame Verrottung der Verkehrsinfrastruktur bis hin zum Niedergang des Erziehungssystems und anderer grundlegender öffentlicher Dienstleistungen reicht. Mit den unzureichenden Werkzeugen meine ich die erbitterten Querelen innerhalb der politischen Elite und die Unmöglichkeit, eine zersplitterte Bürokratie zu disziplinieren oder auf gemeinsame Ziele zu verpflichten, eine Bürokratie, deren Beamte in die eigene Tasche wirtschaften, sich von Bestechungsgeldern nähren und im Gerangel um die Aneignung und Umverteilung öffentlicher und privater Güter, die sie sich selbst oder ihren Vertrauten zuschanzen, Einschüchterung und Gewalt anwenden.

Selbst ohne massive Korruption neigen ausführende Organe und Ministerien, die gewohnheitsmäßig wichtige Informationen voreinander

verbergen und aneinander vorbeiarbeiten, dazu, eine inkohärente und kontraproduktive Politik zu verfolgen, sich periodisch in Sackgassen festzufahren und auf unerwartete Krisen gefährlich langsam zu reagieren. Dass Russlands Machthabende nicht immer nach demselben Gesangbuch singen, wird zum Beispiel an den merklichen Spannungen zwischen Gazprom und Rosneft deutlich. Heute eskaliert die mangelnde Koordination innerhalb der Machtzentren häufig zur öffentlich sichtbaren Konkurrenz um räuberische Geschäftsübernahmen (*Raiderstwo*). Solche Grabenkämpfe spiegeln die massive, aber verborgene Schwäche des Staates wider und belegen nachdrücklich, dass die vielberedete Konsolidierung der vertikalen Macht im Zeitalter Putins mehr Illusion als Realität ist.

Es ist hilfreich, Russlands Bürokratie als die hinterbliebene Waise der Kommunistischen Partei der UdSSR zu beschreiben. Das offenbarte sich unter Jelzin und hat sich unter Putin nicht wesentlich geändert. Als Bruchstücke aus dem alten System wurden zum Beispiel Gazprom (das ehemalige sowjetische Gasministerium) und die Prokuratur² aus der Oberaufsicht der Kommunistischen Partei entlassen. Beide Institutionen wurden konkreten Individuen überantwortet und haben folglich starke Eigeninteressen entwickelt, die sich nicht unbedingt mit jenen des Kreml decken. Die Partei Einiges Russland, jene von der herrschenden Gruppe geschaffene politische Maschine, kann nicht tun, was die Kommunistische Partei in der Sowjetära leistete, nämlich allen Abteilungen der immensen und weit verstreuten Sowjetbürokratie und -industrie auf nationaler und lokaler Ebene Disziplin und ein gewisses Maß an Koordination aufzwingen. Sie kann weder den verwaisten Platz der Kommunistischen Partei neu besetzen noch die zersplitterte Einheit der herrschenden Elite wiederherstellen.

Hier liegt die eigentliche Einzigartigkeit der politischen Entwicklung im postkommunistischen Russland. Das Verschwinden der Kommunistischen Partei hat in Russland eine politische Landschaft hinterlassen, die übersät ist mit hoch entwickelten Fragmenten eines hoch entwickelten Staates, denen jedoch das traditionelle System abhandengekommen ist, um den Myriaden von Abteilungen und Behörden mit überlappenden Zuständigkeitsbereichen ein gewisses Maß an Kohärenz und Koordination aufzuzwingen. Für diesen merkwürdigen Zustand gibt es keinen historischen Vorläufer. Die mächtige Sowjetbürokratie verschwand nicht, sondern überlebte in Bruchstücken unter schwacher Kontrolle des Kreml, und das

bedeutet, ohne einen nennenswerten Anreiz, sich von anarchischen Formen der Selbstbereicherung oder dem Futtern aus jedem gerade verfügbaren Trog fernzuhalten. Die von oben nach unten reichende Korruption des innerlich fragmentierten russischen Staates ist eines der größten, fast unüberwindlichen Hindernisse für die politische Konsolidierung, sei sie autoritär oder demokratisch.

Es ist schwierig, die Macht eines politischen Führers in einer Situation einzuschätzen, in der die Plagegeister, die er bekämpft und gelegentlich vernichtet, schwach und wehrlos sind. Pflanzen mit kurzen Wurzeln sind schnell ausgerissen. Die Oligarchen Wladimir Gussinski und Boris Bersowski ins Exil zu treiben oder Chodorkowski ins Gefängnis zu stecken, erwies sich als nicht sonderlich schwierig. Um Putins Erfolg als Festiger der Macht einzuschätzen, müssen wir den Widerstand messen, den er mit solchem Getöse niedergewalzt hat. Ein paar Privatisierungsmilliardäre zu brechen, verrät uns wenig. Ein besseres Maß für Putins Macht ist, dass er die Prokuratur zwar gelegentlich für Zwecke der privaten Rache missbrauchen kann, er bislang aber nicht in der Lage war, sie in eine disziplinierte Behörde zu verwandeln, die fähig wäre, nationalen im Gegensatz zu privaten Zielen zu dienen.

Und was die Oligarchen betrifft, so wird heute allgemein eingeräumt, dass, abgesehen von prominenten Ausnahmen, Putin ihre Macht nicht wirklich gebrochen, sondern ihre Reihen lediglich um eigene Günstlinge ergänzt hat. Er hat die große Privatisierung nie in Frage gestellt, lediglich die weitgehend unbehelligten Oligarchen der Jelzin-Ära gezwungen, sich bedeckt zu halten und sich etwas weniger sicher zu fühlen, während er sie dessen ungeachtet im Genuss ihres unrechtmäßig erworbenen Reichtums ließ.

Nicht nur die Oligarchen, auch die politischen Amtsträger selbst scheinen die Kunst perfektioniert zu haben, sich zu ducken. Wenn Putins Zirkel mit einer inkompetenten Reaktion staatlicher Amtsträger auf eine nationale Krise konfrontiert war (wie beim Untergang der Kursk, beim Anschlag von Beslan etc.), hat er nicht mit der Behebung des Problems reagiert, sondern indem er den Staat noch undurchschaubarer machte. Ein Beispiel ist die Reaktion des Kreml auf die Moorbrände um Moskau im Sommer 2010. Damals verwehrte die Moskauer Regionalverwaltung Journalisten ohne Sondererlaubnis »aus Sicherheitsgründen« den Zugang zu den Wäldern. Mit anderen Worten, der Kreml ist beharrlich bestrebt,

die Transparenz zentraler Regierungsbehörden niedrig zu halten und den Privatbürgern die Möglichkeit zu nehmen, auf Grundlage schnell verfügbarer Informationen aus unabhängigen und verlässlichen Quellen alternative Maßnahmen vorzuschlagen.

Ein außenstehender Beobachter muss folglich den Verdacht hegen, dass besonders unter der Tandemokratie von Putin und Medwedew weniger ein Aufbau staatlicher Leistungsfähigkeit stattfindet als vielmehr eine Verschleierung der Unfähigkeit des Staates. Vielleicht sind Russlands Herrscher so ratlos, wie sie die endlose Serie von Krisen bewältigen sollen, die das Land heimsuchen, dass sie das öffentliche Vertrauen in die Regierung nur aufrechterhalten (oder die öffentliche Erniedrigung der Regierung verhindern) können, indem sie Nachrichtensperren verhängen. Der Wunsch und die Fähigkeit des Regimes, seine Handlungen für die Öffentlichkeit undurchschaubar zu machen, machen aus ihm noch kein autoritäres Regime im klassischen Sinn. Der anscheinend grenzenlose Drang nach Geheimhaltung ist jedenfalls kein bloßes Überbleibsel der KGB-Ausbildung. Er ist vor allem ein Indiz dafür, dass die Führung genau versteht, wie schwach und bar praktikabler Optionen sie ist. Dieses Bewusstsein verleiht dem politischen Imperativ »Zeig niemals Schwäche« wohl eine besondere Dringlichkeit, denn offensichtlich sind die Verhältnisse so, dass das kleinste Anzeichen von Verwundbarkeit Ungehorsam und Revolte heraufbeschwören kann.

Man sollte sich in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass das Sowjetsystem nicht von einer Art Orangen Revolution gestürzt wurde. Es brach unter der Last seiner eigenen Unfähigkeit und Insolvenz zusammen. Das Sowjetsystem war durch und durch autokratisch und kollabierte dennoch. Diese Erfahrung lässt die Überlebenden, und besonders die Angehörigen des Sicherheitsdienstes, wohl daran zweifeln, dass Autokratie ein geeignetes Mittel gegen Verfall ist. Das macht aus ihnen noch keine Demokraten, aber es bewahrt sie vor der Nostalgie nach einer autoritären Vergangenheit, die die Probleme, mit denen sie heute fertig werden müssen, erst hervorgebracht hat.

Staat und Gesellschaft: Die große Entfremdung

Das Fehlen von Hindernissen impliziert nicht die Präsenz von hinreichenden Voraussetzungen, und so erlaubt die Lockerung autoritärer Kon-

trollen nicht ohne weiteres die Herausbildung einer Demokratie. Dieses Argument lässt sich noch einen Schritt weiter führen. Man könnte behaupten, dass eben jene Faktoren, die heute unter Putin und Medwedew eine autokratische Konsolidierung verhindern, zuvor einer demokratischen Konsolidierung unter Jelzin im Weg standen. Unter diesen Faktoren spielen die internen Querelen der Elite und die Fragmentierung von Regierungsinstitutionen und Behörden eine wichtige Rolle. Doch das Problem liegt noch tiefer.

Was wir über die letzten 20 Jahre beobachten konnten, ist ein inkohärenter, nur kümmerlich mit einer schwachen Gesellschaft verbundener Staat. Das ist weder eine demokratische noch eine autoritäre Konstellation. Grob gesagt disziplinieren in einer Demokratie die Regierten die Regierenden. Umgekehrt disziplinieren in einer Autokratie die Herrschenden die Beherrschten. Sowohl im Russland Jelzins wie im Russland Putins wandten Staat und Gesellschaft sich voneinander ab und versteckten sich so gut wie möglich voreinander. Eine kleine Übertreibung ist hilfreich, um dies zu verdeutlichen. Im Russland Jelzins regierte niemand und niemand wurde regiert. Dasselbe gilt heute. Die wenigen plündern und die vielen halten sich heraus. Die Selbstbereicherung von Eliten, die keiner Rechenschaftspflicht unterworfen sind, hat den Wandel von einem Präsidenten zum anderen überlebt. Das ist der Grund, warum wir den Übergang von Jelzin zu Putin weder als Demontage der Demokratie noch als Wiederherstellung der Autokratie beschreiben können.

Es besteht allgemeine Übereinstimmung darüber, dass die russische Politik in den 1990er Jahren von demokratisch nicht rechenschaftspflichtigen Geschäftemachern beherrscht wurde. Wohl gab es Mehrparteienwahlen, aber diese gaben den Reichen und Mächtigen kaum einen Grund, großes Interesse für das Wohlergehen der breiten Bürgerschaft zu entwickeln. Die unsinnige Opposition der Duma unter Jelzin machte für den Durchschnittsrussen so oder so keinen Unterschied. So wurde weder das Verschwinden unabhängiger Parteien noch der Haltungswandel der Duma zu opportunistischer Unterwürfigkeit als großer Verlust betrachtet. Während der beiden postkommunistischen Jahrzehnte hat die Öffentlichkeit die Politik, wie sehr sich diese auch mit demokratischen Ritualen und Symbolen schmücken mochte, als Spiel betrachtet, das Insider im Interesse von Insidern spielen, als etwas, das wenig oder gar nichts mit dem Alltagsleben der meisten Menschen zu tun hat.

Etwas Ähnliches lässt sich von der Pressefreiheit sagen. Die halbwegs pluralistischen Medien unter Jelzin waren zwar oft lebendig, ihre Rolle als Kontrollinstanz gegenüber der Regierung war jedoch unerheblich. Das lag vor allem an der überwältigenden Konzentration von Medien in den Händen einiger weniger Oligarchen mit ihren ganz spezifischen eigenen Zielen, die mit dem Recht einer demokratischen Öffentlichkeit auf vielfältige Informationsquellen nichts zu tun hatten. Als Folge wurde die Pressefreiheit unter Jelzin gewöhnlich nur als eine weitere Waffe im Arsenal rivalisierender Unternehmergruppen wahrgenommen, denen es darum ging, durch die selektive Veröffentlichung von *Compromat* (kompromittierendem Material) aufeinander einzudreschen. Da die Pressefreiheit unter Jelzin offenkundig den Interessen einiger weniger diente, ohne das Leben der vielen wirklich zu verbessern, ist es nicht überraschend, dass zum Beispiel die staatliche Übernahme von Rundfunkmedien unter Putin in der breiten Öffentlichkeit keine großen Proteste auslöste.

Jeder funktionierende Staat braucht, was Machiavelli »gute Freunde« nannte, d.h. politische Unterstützung. Das bedeutet zugleich, dass jeder Staat bis zu einem bestimmten Grad Günstlinge pflegt. Es geht immer um die Wahl, ob man mit der einen Gruppe von Partnern oder mit einer anderen regieren will. Russland ist nicht deshalb ein schwacher Staat, weil es seinen Regierenden an »politischem Willen« fehlte, sondern weil es nur über begrenzte Optionen verfügt, politische Unterstützung zu mobilisieren. Wohin wandte sich Anatoli Tschubais 1996, als er angesichts einer ernstzunehmenden Herausforderung durch die kommunistische Rumpfpartei finanzielle Unterstützung für Jelzins Bewerbung um die Präsidentschaft suchte? Er richtete seinen Blick nicht auf gut organisierte Gruppen, deren Interessen weitgehend mit dem Wohlergehen des Landes zusammenfielen, allein schon weil es solche Gruppen in Russland nicht gab. Stattdessen traf er eine Abmachung (»Darlehen gegen Anteile«)³ mit eben jenen Raub- und Umverteilungsseilschaften, die das Land gnadenlos ausplünderten. Dieser Deal der Jelzin-Ära mit den Oligarchen unterscheidet sich kaum von der Abmachung mit den *Silowiki* zu Putins Zeiten. Als Folge war die Präsidentschaftswahl 1996 genauso »undemokratisch« wie die des Jahres 2008, obwohl die antidemokratische Maschinerie in beiden Fällen unterschiedlich war.

Fassen wir zusammen: Das Argument für Kontinuität statt Diskontinuität zwischen Jelzinismus und Putinismus stützt sich auf die mangelnde

Bindung zwischen der Elite des Landes und der allgemeinen Öffentlichkeit unter beiden Präsidenten. Unter Jelzin ebenso wie unter Putin wurden Macht und Privilegien von einer abgehobenen Elite monopolisiert. Die Reichen und Mächtigen bleiben im Wesentlichen von der Bevölkerung abgesondert und haben einzig und allein ihr eigenes Wohlergehen im Sinn. In den beiden postkommunistischen Jahrzehnten inszenierten Russlands Herrscher demokratische Rituale, ohne irgendein ernsthaftes Interesse daran zu zeigen, sich regelmäßig mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu beraten. Zugegebenermaßen veränderte sich das Profil der einflussreichen Mitglieder der herrschenden Koalition von einem Regime zum nächsten. Die repressiven Eliten sind etwas stärker in den Vordergrund getreten, während die Ausbeutungseliten sich eher bedeckt halten. Diese Relationen können sich natürlich wieder verschieben. Aber die Erfahrung legt nahe, dass wir, wie immer sich die Identität der Mächtigen in Russland von Jahr zu Jahr auch verändern mag, in naher Zukunft wohl kaum die Herausbildung einer Form der Macht erleben werden, die sich in irgendeiner Weise gegenüber den gewöhnlichen Bürgern verantwortet. Der Staat wird entrückt bleiben und nicht auf die Gesellschaft reagieren. Er wird eine »Firma« bleiben, die sich, wie ramponiert sie durch interne Kämpfe auch immer ist, nur um sich selbst kümmert. Diese Verweigerung des russischen Staates, sich gegenüber der Gesellschaft zu verantworten, ist der rote Faden, der sich durch die beiden postkommunistischen Jahrzehnte zieht. Was Putin am System Jelzin abstieß, war nicht die fehlende Rechenschaftspflicht der Macht, sondern nur die mangelnde Konsolidierung dieser Macht.

Ein weiterer Faktor für die wachsende Abgehobenheit des Staates ist die zentrale Bedeutung natürlicher Ressourcen für die russische Wirtschaft. Der Kreml unter Putin kann sich sehr viel wohlhabender dünken als der unter Jelzin: Er schwimmt auf einem Strom von Petrodollars, der die Staatsschatulle füllt. Nicht zuletzt enthebt das die Regierung der Notwendigkeit, Steuern von der breiten Öffentlichkeit zu erheben. Besteuerung weckt notorisch Widerstand und funktioniert nur dann gut, wenn die Regierung den Steuerzahlern im Tausch gegen ihre Steuergroschen öffentliche Dienstleistungen bietet. In diese Verlegenheit kommt sie erst gar nicht. Hinzu kommt, dass eine Wirtschaft, die auf dem Verkauf von Rohstoffen ins Ausland beruht, kaum dazu angetan ist, die Herrschenden zu motivieren, sich um die Sorgen des heimischen Wahlvolks zu kümmern.

Vielleicht erklärt der »Öl- und Gasfluch« tatsächlich die Schwäche der (Bürger-)Gesellschaft im heutigen Russland. Der gesamte Prozess des Gebens und Nehmens zwischen Staat und Gesellschaft kann umgangen werden, indem die Staatskasse aus diesen Ressourcen gespeist wird. Politische Eliten, die wie in Russland von der Rohstoffausbeutung für den Export leben, haben wenig Anreize, in das Wohlergehen ihrer eigenen Bevölkerung zu investieren. Lieber verkaufen sie die nationalen Gasreserven zu hohen Preisen an zahlungskräftige ausländische Kunden, als damit zu Nettoverlusten die Wohnungen mittelloser heimischer Pensionäre zu heizen. Diese Einstellung findet ihre Grenze nur in der Angst, dass eine Unterversorgung der eigenen Gesellschaft das Einzige ist, was in Russland eine zweite Orange Revolution auslösen könnte.

Wahlen ohne Wahl

Um die Unangemessenheit der Autokratie-Demokratie-Polarität für die politische Wirklichkeit in Russland und die Kontinuitäten zwischen den Systemen von Jelzin und Putin weiter zu erkunden, müssen wir uns der paradoxen Funktion zuwenden, die Wahlen in Russland spielen.

Am 28. September 2010 wurde Juri Michailowitsch Luschkow durch Präsidentenerlass als Bürgermeister von Moskau entlassen. Dieser Gnadenstoß illustriert sehr schön ein untergründiges Rätsel der gegenwärtigen russischen »Demokratie«. Luschkow wurde 1992 von Boris Jelzin zum Bürgermeister ernannt und in den Wahlen 1996 (mit 95 Prozent der Stimmen), 1999 (70 Prozent) und 2003 (73 Prozent) vom Volk im Amt bestätigt. In Russland wie anderswo hat die Terrorbekämpfung dem Kreml dann einen bequemen Vorwand für die Schwächung oder Beseitigung rivalisierender Machtzentren geliefert. Genauso wie das unabhängige Fernsehen nach dem Desaster im Dubrowka-Theater im Oktober 2002 geschlossen wurde, schaffte Präsident Putin nach der Tragödie in Beslan im September 2004 die gewählten Gouverneure ab und ersetzte sie durch ernannte Amtsträger (darunter auch Moskaus Bürgermeister, der zugleich den Status eines Gouverneurs hat). Dabei blieben viele zuvor gewählte Gouverneure, einschließlich Luschkow, als Ernannte im Amt.

Warum wurde er dann doch entlassen? Ein Grund ist wohl, dass der Wechsel von einem System gewählter zu einem System ernannter Gouverneure dem Kreml nicht die gewünschte Kontrolle über das Verhalten der

fraglichen Amtsträger gab. Anders formuliert, die unabhängige Legitimität, auf die sich Luschkow vor und nach 2004 stützen konnte, oder vielmehr die Trumpfkarte, die er in Verhandlungen mit dem Kreml besaß, verdankte sich nicht dem Umstand, dass er gewählt war, sondern stammte aus anderen, dunkleren Quellen. Die überwältigende Unterstützung von Wählern, die der Bürgermeister bei seinen drei Wahlsiegen demonstrieren konnte, war vermutlich Resultat der gleichen Fähigkeit, Ressourcen zur Bewältigung realer urbaner Probleme in die Waagschale zu werfen, die es ihm erlaubte, dem Kreml nicht als Untergebener oder Bittsteller zu begegnen, sondern als eine Art unabhängige, wenn nicht ebenbürtige Macht. Luschkow behielt nicht nur seinen Posten, sondern auch einen relativ weiten Spielraum für unabhängiges Handeln, weil er in der Lage war, der nationalen Führung etwas von Wert zu liefern, das diese allein nicht hätte zustande bringen können. In diesem Sinn war Luschkows Position analog der des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow. So wie Kadyrow ein hohes Maß an Freiheit genießt, solange er Tschetschenien aus den Nachrichten heraushält, so wurde Luschkow Freiheit gewährt, solange er dafür sorgte, dass Moskau eine relativ sichere, funkelnde moderne Metropole blieb.

Obwohl die Umwandlung von Luschkows Posten im Jahr 2004 von einem durch das Volk gewählten Amt in eine vom Kreml ernannte Funktion für sich allein genommen nicht ausreichte, um ihn gefügig zu machen, bereitete sie doch seine vorsorgliche Entlassung von 2010 vor. Theorien über den Grund seiner Entlassung gibt es zuhauf, darunter natürlich solche über ruchlose Komplote verschiedener Mächtiger aus dem Kreml, um der sprudelnden Einnahmen habhaft zu werden, die dem Bürgermeister von Moskau und seinem Gefolge zu Gebote stehen. Aber betrachten wir einmal die folgende Interpretation eines ausländischen Journalisten, die eine verbreitete Wahrnehmung widerspiegelt:

Präsident Dmitri A. Medwedew ernannte am Freitag einen loyalen Gefolgsmann zum Bürgermeister von Moskau, wodurch er weniger als drei Wochen nachdem er einen der schillerndsten und unabhängigsten Politiker des Landes dieses Postens enthoben hatte, die Kontrolle des Kreml über das politische Leben festigte. Medwedew ernannte Sergei S. Sobjanin, ein Vizepremierminister und Kabinettschef von Premierminister Wladimir Putin, auf den Posten. Sobjanin, 52, ein Kreml-Insider aus Sibirien, ist der russischen Öffentlichkeit praktisch unbekannt. (...) Die Wahl von Sobjanin zeigt, wie Medwedew und Putin noch vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den nächsten 18 Monaten verlässliche Verbündete auf wichtige politische Posten hieven.⁴

Das Paradox, auf das der letzte Satz die Aufmerksamkeit lenkt, ist, dass der Kreml Wahlen für Ämter auf Provinzebene abschafft, um sich auf die nationalen Wahlen vorzubereiten, die er schlechterdings nicht abschaffen kann. Periodische Wahlen in Russland sind heute, mit anderen Worten, gleichzeitig ein Ärgernis und ein Imperativ, von dem es kein Entkommen gibt. Russland mag ein Ölstaat sein, der von sich selbst bereichernden, mit den Sicherheitsdiensten verbundenen Clans regiert wird.⁵ Doch die herrschenden Gruppen sind überzeugt, und wahrscheinlich zu Recht, dass sie ohne periodische Wahlen des Staatsoberhauptes (so wenig Wettbewerb diese auch bieten mögen) nicht an der Macht bleiben können.

Hier treffen wir auf eine weitere wichtige Kontinuität zwischen den Systemen von Jelzin und Putin. Putin *musste* 2004 wiedergewählt werden, so wie Jelzin 1996 wiedergewählt werden *musste*. Die gefühlte Notwendigkeit, eine Wahl zu inszenieren, hing nicht von den subjektiven Präferenzen der herrschenden Gruppe ab. Sie folgte vielmehr ihrem Verständnis objektiver politischer Imperative. Die Präsidentschaft hätte ohne eine nationale Wahl im Jahr 2000 nicht auf Putin und 2008 nicht auf Medwedew übertragen werden können. Und im März 2012 will sich Putin wieder per Wahlen als Präsident bestätigen lassen. Warum ist das so?

In Jelzins Fall könnten wir womöglich sogar auf einen idealistischen Glauben an die Demokratie verweisen. Aber warum fühlt sich eine Führung, die periodische Wahlen augenfällig nicht mag und ihnen misstraut, gezwungen, regelmäßig solche Wahlen zum höchsten politischen Amt zu organisieren?

Die Entscheidung, die Wahlen auf Bürgermeisterebene abzuschaffen, fiel offenbar, nachdem Einiges Russland, die herrschende Partei, Bürgermeisterwahlen in Irkutsk und Bratsk verloren hatte. Wie die Gouverneure 2004 stimmten viele amtierende Bürgermeister dieser Veränderung unter der Bedingung zu, dass sie als ernannte Amtsträger auf ihrem Posten bleiben können.⁶

Und erinnern wir uns, dass sowohl Putin wie Medwedew aus der Obskurität zu vom Volk gewählten Präsidenten aufstiegen, nachdem sie in einem heimlichen Auswahlprozess von einer Schar Kreml-Insider ausgewählt worden waren. Beide waren praktisch »Ernannte«, deren Ernennung ex post von einem Volksreferendum ratifiziert wurde, nicht Kandidaten, die gegen andere Kandidaten um Unterstützung im Volk werben mussten. Die russische Öffentlichkeit spielte weder 2000 noch 2008 eine Rolle beim

Transfer der Präsidentschaft von Jelzin auf Putin bzw. von Putin auf Medwedew. Im postkommunistischen Russland ist der Machttransfer ein Insider-Spiel, und die Öffentlichkeit darf die Zeremonien beobachten, ohne die interne Dynamik und die Fraktionskämpfe zu verstehen. Aber stellen die Machttransfers von Jelzin auf Putin und von Putin auf Medwedew ernstlich Adam Przeworskis These in Frage, dass Wahlen nur dann sinnvoll sind, wenn ihr Ausgang ungewiss ist?⁷ Es gab nichts Unvorhersehbares an den russischen Präsidentschaftswahlen von 2000, 2004 und 2008. Den Wählern wurden keine klaren Alternativen präsentiert. Das bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, dass Wahlen bedeutungslos oder unnötig wären. Was also verraten uns die russischen »Wahlen ohne Wahl« über das politische System Russlands?

Warum gewann Putin im Jahr 2000 die Wahlen? Warum wurde Medwedew 2008 gewählt? Die Wahlen waren nicht unbedingt frisiert, eher erwiesen sich die Wähler als folgsam. Warum? Ein Grund dafür ist, dass der Öffentlichkeit zu verstehen gegeben wurde, dass ihr keine realistische Alternative zu Verfügung steht. Was den Präsidentschaftswahlen von 2000 und 2008 »Bedeutung« verlieh, war also das Gegenteil von Unvorhersagbarkeit. Gerade durch den Flirt mit einem Wechsel an der Spitze scheinen diese Inszenierungen gezielt eine »Du hast keine Wahl«-Botschaft vermittelt zu haben. Wenn eine Parteimaschine über Nacht einen Kandidaten fabrizieren und im Nu einen so gut wie unbekanntem Bürokraten in einen überwältigenden Wahlsieger verwandeln kann, scheint das zumindest nahelegen, dass jemand die Kontrolle hat. Das mag in einer Gesellschaft, in der die politische Führung kaum etwas unter Kontrolle zu haben scheint (am wenigsten den Weltölpreis, von dem das Überleben des Regimes möglicherweise abhängt) und in der das alltägliche Leben mit Unvorhersehbarkeiten und Unsicherheit nur so gespickt ist, psychologisch eine Quelle der Linderung und des Trostes sein.

Russlands »Wahlen ohne Wahl« haben viele Kommentatoren veranlasst, von »Demokratie-Imitation« zu sprechen.⁸ Betrachten wir folgende typische Charakterisierung der Wahl von 2000, die Putin zum ersten Mal ins Präsidentenamt brachte:

Im Fernsehen, an Plakatwänden, in den Zeitungen fanden sich alle sichtbaren Kennzeichen der Demokratie: ein breites Feld wetteifernder Kandidaten, echte Meinungsunterschiede über die Zukunft des Landes (...). Doch statt als Zierden einer pulsierenden Demokratie erwiesen sie sich als Trugbilder,

in denen sich die russische Geschicklichkeit in der Kunst der *Pokasucha* widerspiegelte – Vorfürhungen, die der reinen Schau dienen.⁹

Es spricht einiges dafür, das gegenwärtige russische System der Rekrutierung von Personen für hohe Ämter als »Potemkinsche Demokratie« zu bezeichnen. Doch beantwortet diese Idee beispielsweise nicht die wesentliche Frage, ja wirft sie nicht einmal auf, was denn die politische Funktion manipulierter Wahlen im heutigen Russland ist.

Wir verstehen mehr oder weniger die Funktion der Schauprozesse unter Stalin. Inszenierte Anklagen und Verurteilungen, insbesondere angesichts der offenkundigen Unschuld der Angeklagten, sind ins Auge springende Demonstrationen der unbegrenzten Macht des Staates. Die Zuschauer werden gewarnt, die Mächtigen nicht zu reizen. Die öffentliche Erniedrigung und Liquidierung ehemals treuer Anhänger stärkte den eisernen Griff, mit dem der Diktator das Land umklammert hielt. Schauprozesse haben eine einschüchternde Wirkung. Aber was ist die Funktion von Schauwahlen?

Geübte Einbrecher verschwenden wohl kaum Zeit auf den Diebstahl wertloser Gegenstände. Warum also Wahlen stehlen? Sie müssen in den Augen der »Polittechnologen«, die den Diebstahl organisieren, doch einen Wert besitzen. Die Antwort könnte etwas mit der Legitimation eines Regimes zu tun haben, das sich innerlich zerbrechlich fühlt.

Wahlen ohne Überraschungen helfen nicht, Konflikte gewaltfrei zu lösen, noch kanalisieren sie Frustrationen innerhalb des Systems, um zu verhindern, dass sie von außerparlamentarischen Bewegungen zur Mobilisierung genutzt werden. Sie erschweren auch nicht die Bestechung von Amtsträgern, indem sie die Transparenz der Regierung erhöhen. Sie geben den gewöhnlichen Bürgern nicht die Möglichkeit, in regelmäßigen Abständen die Mächtigen von ihrem Sockel zu stürzen. Sie richten offensichtlich nichts aus, um die Eliten zu disziplinieren, indem sie diese dazu zwingen, um öffentliche Zustimmung zu wetteifern oder ihre Handlungen einem kritischen Publikum zu erläutern. Sie erteilen gewählten Amtsträgern keine Mandate, die sie befolgen müssten. Was also leisten sie? Zunächst einmal die öffentliche Demonstration, dass die Regierung stark genug ist, ein Kaninchen aus dem Hut zu zaubern. Dimitri Medwedew gewann 2008 die Präsidentschaftswahlen mit etwa 71 Prozent der Stimmen. Er wurde also in das höchste Amt der Russischen Föderation gewählt, obwohl er

nicht lange zuvor noch ein völlig unbekannter Beamter war. Kaum ein russischer Wähler hätte ihn auf der Straße erkannt. Das legt nahe, dass Schauwahlen einen Demonstrationseffekt haben, der, wenn auch weniger grausam, den Schauprozessen entspricht. Sie demonstrieren schlicht *Wlast*, Macht, in einer Gesellschaft, in der die »Popularität« eines Führers ein Effekt, nicht ein Quell seiner wahrgenommenen Macht ist.

Aber das ist noch keine erschöpfende Antwort auf unsere Frage. Eine weitere interessante Hypothese ist, dass die russischen »Wahlen ohne Wahl« wie Militärmanöver funktionieren. Vielleicht sind sie Übungen für den eigentlichen »Kampfeinsatz«. Vielleicht dienen sie dazu, die Bereitschaft der »Truppen« einzuschätzen. Vielleicht erlauben sie es dem Kreml zu testen, welche Regionalführer kompetent und verlässlich sind und welche nicht – welche zum Beispiel die meisten Wähler für Einiges Russland mobilisieren können. Militärmanöver unterscheiden sich in einer wichtigen Hinsicht von echten Kampfeinsätzen, und das gilt auch für die russischen Wahlen: Hier gewinnen immer die »Guten«. Bei Manövern ist der Sieg vorherbestimmt und eine Niederlage von vornherein ausgeschlossen.¹⁰

Demokratie, Kultur, Staat

Fragt man, warum die Demokratie sich weder unter Jelzin noch unter Putin als funktionsfähig erwiesen hat, so fragt man zugleich danach, was außer regelmäßigen Mehrparteienwahlen noch zu einer Demokratie gehört. Was lehren uns die beiden Phasen der gescheiterten Demokratisierung im postkommunistischen Russland über die unverzichtbaren Bedingungen der Demokratie? Was lernen wir von Russland über Bedingungen, die eine Demokratisierung besonders schwierig oder sogar unmöglich machen?

Auf die Frage, warum die Demokratisierung in Russland gescheitert ist, sind verschiedene Antworten im Umlauf, darunter die Annahme, dass »noch nicht genug Zeit vergangen« sei, als ob die Zeit demokratische Impulse nicht auch verkümmern lassen könnte, statt sie zu stärken. Doch die am weitesten verbreitete Antwort wurde bereits erwähnt, nämlich die »Kultur«. Die zu Beginn erwähnten Fatalisten haben uns wiederholt erinnert, dass Demokratie in der russischen Kultur nicht gedeihen könne. Aber kulturelle Erklärungen von Politik sind notorisch unbefriedigend, weil jede nominell einheitliche »Kultur« in Wirklichkeit so heterogen

und formbar ist, dass sie über einen Zeitraum von Jahren hinweg viele sich wechselseitig ausschließende Systeme stützen kann. Ein und dieselbe deutsche Kultur hat in nur wenigen Jahrzehnten eine Monarchie, eine liberale Republik, das Nazi-regime und eine fortgeschrittene freiheitliche Demokratie unterfüttert. Zu argumentieren, dass Russland es nicht fertiggebracht habe, ein demokratisch verfasstes System zu schaffen, weil Demokratie seiner Kultur fremd sei, folgt der Logik des Baccalaureus in Molières *Malade Imaginaire*, der über die Ursache und den Grund der Wirkung des Opiums examiniert wird: »Mihi a docto doctore / Fragatur causa et ratio quare / Opium facit dormire. / Worauf ego respondeo: / Quia est in eo / Virtus dormitiva.«¹¹

Statt auf kulturelle Prädispositionen sollten wir unser Augenmerk lieber auf strukturelle Faktoren richten. Zum Beispiel wird das postkommunistische Russland viel schwerer durch das wirtschaftliche als durch das kulturelle Erbe der Sowjetunion belastet. Zu diesem Erbe zählt eine veraltete Industriewirtschaft, die sich in Isolation vom Weltmarkt entwickelt hatte und sich nicht an dessen Erfordernisse anpassen ließ, sondern geschleift und wieder neu aufgebaut werden musste – mit wenig Rücksicht auf das Schicksal einer qualifizierten und alternden Arbeiterschaft.¹² Diese Last wird verdoppelt durch ein weiteres sowjetisches Erbe, nämlich eine Bürokratie, die fähig ist, unliebsame Personen einzuschüchtern, aber unfähig, die grundlegenden Spielregeln der Privatwirtschaft verlässlich durchzusetzen.

Wie bereits erläutert, hat sich der russische Staat, der nach dem Abtritt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf der Bühne zurückblieb, paradoxerweise als zu schwach und inkohärent erwiesen, um demokratisiert werden zu können.¹³ Tatsächlich liegt das Problem der Staatsbildung »tiefer« als die Probleme der Demokratisierung, unter anderem, weil Selbstregierung unmöglich ist, wo das Recht nicht herrscht. Warum sollte sich die Öffentlichkeit mühen, die Gesetzgebung mitzugestalten, wenn niemand das Gesetz befolgt? Warum sollte eine soziale Bewegung die Amtsträger auf Missstände aufmerksam machen, wenn der Staat zu schlecht organisiert ist, um Abhilfe zu schaffen?

Natürlich kommt im russischen Kontext keine Diskussion über den Staat als Voraussetzung der Demokratie ohne einen Verweis auf das Konzept der »souveränen Demokratie« aus. Hierzu möchte ich nur drei kurze Anmerkungen machen.

Erstens ist souveräne Demokratie ein politisches und polemisches Konzept. Migranyan und andere greifen damit ausdrücklich die amerikanische Wahnvorstellung an, dass ein Land, wenn es demokratisch wird, automatisch die amerikanische Politik unterstützen wird. Diese Erwartung der amerikanischen Außenpolitik schien durch die Erfahrung in Osteuropa bestätigt zu werden, wo antirussischer Nationalismus die »neuen Demokratien« dazu führte, sich auf die Seite der USA zu schlagen, um der russischen Einflussphäre zu entkommen. Dieses Muster dürfte sich anderswo auf der Welt kaum wiederholen – und gewiss nicht in Russland. Migranyan hat daher nicht notwendigerweise unrecht, die Politik der Demokratieförderung amerikanischen Stils weniger als idealistisches Projekt denn als zynische Machenschaft zu interpretieren. Indem sie traditionelle Formen nichtdemokratischer Autorität zerstört, bringt solche Demokratieförderung eher »verwaltete Anarchie« als Demokratie hervor, das heißt, schwache politische Systeme, die sich von der amerikanischen Diplomatie nach Gutdünken manipulieren lassen. Vor diesem Hintergrund wird, wie ich glaube, Putins (andernfalls unverständliche) Behauptung, die USA schmiedeten ein Komplott zur territorialen Zerschlagung Russlands, noch am ehesten verständlich.¹⁴

Zweitens besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass die unabhängigen Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit an Russlands Südgrenzen, die früher Teil der UdSSR waren, im Fall einer ernstlichen »Demokratisierung« in islamischen Fundamentalismus abgleiten – und zwar mit Regimen, die Instabilität auslösen und zum Separatismus innerhalb der Sowjetunion aufwiegeln könnten. Diese Aussicht liefert den Russen einen weiteren Grund, dem Projekt der Demokratieförderung, das früher zentraler Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik in dieser Region und anderswo in der Welt war, ambivalent gegenüberzustehen. Angesichts der 10 bis 20 Millionen Muslime, die in Russland leben, ist Demokratie innerhalb des Landes selbst nicht notwendigerweise eine Formel zur Bewahrung des staatlichen Zusammenhalts, genauso wie ein gänzlich deregulierter kapitalistischer Markt die Einheit des Landes untergraben und Russland zerreißen könnte, indem die östlichen Provinzen nach Asien und die westlichen in die Sphäre des europäischen Marktes gezogen würden.

Drittens verweise ich auf die von John Ferejohn formulierte scharfe Kritik der Idee der souveränen Demokratie. Damit eine Staatsbildung auf

Demokratisierung vorausdeuten oder ihr den Weg bereiten kann, muss der errichtete Staat nicht nur effizient sein. Er muss auch in der Lage sein, der Gesellschaft gegenüber »verantwortlich« zu werden oder auf sie »einzu-gehen«. Was, wenn Putin das Unmögliche erreichen und die fragmentierte russische Staatsbürokratie wieder vereinen würde? Wäre das ein Schritt in die Richtung einer auf die Bürger eingehenden oder ihnen gegenüber verantwortlichen Regierung? Warum sollte man das glauben? Was hat die Wiederherstellung der vertikalen Macht letztlich mit der Stabilisierung jener Art fortlaufender konsultativer Beziehungen zwischen staatlichen Amtsträgern und den breiten gesellschaftlichen Kräften zu tun, die Demokratien auszeichnen?

*

Demokratie (um Madison zu paraphrasieren) ist ein System, das den Zweck hat, dem Staat ausreichende Macht zu geben, um die mutwillige Anwendung von Gewalt und Betrug unter seinen Bürgern zu unterdrücken, und sodann den Staat daran zu hindern, Gewalt und Betrug zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen. Selbst wenn Putin die erste Aufgabe lösen sollte, besteht kein Grund zu der Annahme, dass er auch die zweite bewältigen würde. Tatsächlich haben die Reichen und Mächtigen im heutigen Russland kaum ein Interesse am Wohlergehen der Armen und Schwachen. Die russische Erfahrung der gescheiterten Demokratisierung stützt deshalb die Hypothese, dass periodische Mehrparteienwahlen nur dann zu einer Regierung im öffentlichen Interesse führen, wenn die wenigen zwischen den Wahlen die Kooperation der vielen brauchen und die vielen sich glaubhaft weigern können, den wenigen diese Zusammenarbeit zu gewähren. Das mag, zusammen mit einem kohärenten Staat, die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratisierung sein. Die Abhängigkeit der wenigen von der freiwilligen Kooperation der vielen zwischen den Wahlen ist eine notwendige (wenngleich offenkundig keine hinreichende) Voraussetzung dafür, Wahlrituale in eine effektive Demokratie zu verwandeln. Machiavelli erkannte den Ursprung des Republikanismus in der Notwendigkeit für Krieg führende Fürsten, ihre einfachen Bürger zu bewaffnen und sie am Gedeihen des Staates zu beteiligen. Aber Regierungen werden erst dann wirklich demokratisch, wenn die Regierenden auch in Friedenszeiten öffentlicher Kooperation bedürfen.

Putins Staatsbildungsstrategie hat nichts dazu beigetragen, die wechselseitige Abwendung von Staat und Gesellschaft zu beheben. Während Jelzin sich stärker auf die Oligarchen und weniger auf die Sicherheitsdienste stützte, macht es Putin umgekehrt. Diese Verlagerung von der Bevorzugung von Gaunern zur Bevorzugung von Geheimdienstlern ist wichtig, stellt aber keinen Bruch dar. Schließlich haben sich viele der Geheimdienstler selbst in Gauner verwandelt.

Die Demokratietheorie geht davon aus, dass ein Staat stärker werden kann, wenn er vermehrt auf die sozialen Bedürfnisse der Mehrheit eingeht, einfach weil dies verstreutes soziales Wissen und Kooperation bei der Erkennung und Lösung gemeinschaftlicher Probleme unter staatlicher Leitung mobilisiert. Die Demokratie ist von daher ein System, die Regierung an die Gesellschaft anzubinden und dazu zu bringen, auf die Bedürfnisse und Hoffnungen, Interessen und Meinungen der Gesellschaft einzugehen, ohne die Fähigkeit zu kohärentem Handeln zu verlieren.

Verteidiger Putins wie Migranyan haben wiederholt geäußert, dass dieser daran arbeite, den russischen Staat zu »stärken«. Aber wie stark kann ein Staat ohne gesellschaftliche Wurzeln tatsächlich werden? Besser als Michail Chodorkowski kann man das Trugbild des starken Staates nicht zertrümmern:

Ich muss einfach lachen, wenn Leute sagen, dass die JUKOS-Affäre zu einer Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft geführt habe. Die Leute, die gegenwärtig damit beschäftigt sind, die Werte von JUKOS zu unterschlagen, könnten sich nicht weniger um die Interessen des russischen Staates scheren. Sie sind skrupellose, selbstsüchtige Bürokraten, nichts weiter. Die ganze Welt weiß, warum ich ins Gefängnis gesteckt wurde: um sie nicht bei der Plünderung des Unternehmens zu behindern.¹⁵

Tatsächlich hat Putin Jelzins System einer nicht auf die Gesellschaft eingehenden, dem Volk nicht verantwortlichen und von ihm losgelösten Regierung nicht abgeschafft, sondern lediglich neu konfiguriert. Er hat nichts getan, um die Fähigkeit der gewöhnlichen russischen Bürger zu verbessern, auf Forderungen zu pochen, die von der Elite nicht straflos ignoriert werden können. Im Gegenteil, er hat sein Bestes getan, um sicherzustellen, dass Wahlen Russlands Herrschern nichts anhaben können. Er hat die Macht seines Klüngels gestärkt, indem er Angst in der Partei des Geldes verbreitet und gestohlenen Eigentum zur Partei des Blutes verschoben hat. Der Transitologie scheinen Kategorien zu fehlen, die scharf oder sub-

til genug sind, um diese zwielichtige Reorganisation zu erfassen. Wenn das System eines Tages zusammenbricht, was passieren könnte, wird es nicht aufgrund demokratischer Mobilisierung von unten fallen, sondern nur, weil ein ineffizienter Kreml es geschehen ließ, dass Rivalitäten unter raubgierigen Insidern außer Kontrolle gerieten.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Literatur

- Baker, Peter und Susan Glasser, *Kremlin Rising: Vladimir Putin and the End of the Revolution*, New York 2005.
- Colton, Timothy, *Transitional Citizens: Voters and What Influences them in the New Russia*, Harvard UP 2000.
- Crozier, Michel, *Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York UP 1976.
- Dahl, Robert, *Polyarchy: Participation and Opposition*, Yale UP 1971.
- Freeland, Chrystia, *Sale of the Century: Russia's Wild Ride from Communism to Capitalism*, New York 2000.
- Hedlund, Stefan, *Russian Path Dependence*, London 2005.
- Hoffman, David, *Oligarchs: Power and Wealth in the New Russia*, New York 2002.
- Illarionov, Andrei, »The Siloviki in Charge«, in: *Journal of Democracy* 20 (2), April 2009.
- Kotkin, Stephen, *Armageddon Averted: The Soviet Collapse: 1970-2000*, Oxford UP 2001.
- Linz, Juan and Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Johns Hopkins UP 1996.
- Przeworski, Adam e.a. (eds.), *Democracy and development: Political institutions and well-being in the world, 1950-1990*, Cambridge UP 2000.
- Przeworski, Adam, *Sustainable Democracy*, Cambridge UP 1995.
- Shevtsova, Lilia, *Lonely Power*, Washington, DC 2010.
- Sixsmith, Martin, *Putin's Oil: The Yukos Affair and the Struggle for Russia*, London 2010.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hedlund 2005.
- 2 Aufsichtsbehörde der Russischen Föderation, die nach sowjetischem Vorbild für die Einhaltung der Gesetze zuständig ist und weit über staatsanwaltliche Zuständigkeiten westlichen Typs hinausreichende Kompetenzen besitzt. (A.d.Ü.)
- 3 Vgl. Freeland 2000.
- 4 Clifford J. Levy, »Medvedev Names New Mayor of Moscow«, in: *Moscow Times*, October 15, 2010.

- 5 So schreibt zum Beispiel Andrei Illarionov, dass »die wahre Macht [im heutigen Russland] keiner einzelnen Person, Familie, Partei oder ethnischen Gruppe gehört, sondern eher einem De-facto-Unternehmen von Geheimdienstagenten«. Illarionov 2009, S. 71.
- 6 Derselbe Wechsel vom Wahl- zum Ernennungsprinzip ist auch auf nationaler Ebene in der Staatsduma erkennbar, wenn auch weniger sichtbar. Das frühere System, nach dem die eine Hälfte der Dumasitze nach Verhältniswahlrecht über Listen und die andere aus Wahlbezirken über die Direktwahl einzelner Kandidaten mit einfacher Mehrheit besetzt wurden, hat Putin 2005 beseitigt, was die »Wahl« in die Duma praktisch davon abhängig macht, ob man auf die Liste von Einiges Russland gesetzt wird.
- 7 Przeworski e.a. 2000, S. 16f.
- 8 Vgl. Shevtsova 2010, S. 1, 35, 76, 215, 319-328, 330ff.
- 9 Baker und Glasser 2005, S. 5.
- 10 Andere mögliche Funktionen periodischer Wahlen, die keine Wirkung auf die Politik oder das Verhalten der Regierung haben, kommen ins Blickfeld, wenn wir uns von den Präsidentschafts- zu den Dumawahlen wenden. Die Rolle der Parteien Sjuganows und Schirinowskis ist wohl auch, regimefeindliche Gefühle einzuhegen und zu neutralisieren und das Regime dadurch noch stärker von sozialer Unzufriedenheit und sozialen Forderungen zu isolieren.
- 11 Molière, *Der eingebildete Kranke*, übers. v. Wolf Heinrich Graf Baudissin, Leipzig 1945, S. 77.
- 12 Vgl. Kotkin 2001.
- 13 Vgl. Adam Przeworskis These, dass es »ohne einen effizienten Staat keine Demokratie« geben könne (Przeworski 1995, S. 110). Auch Juan Linz und Alfred Stepan gehen davon aus, dass »ohne einen Staat (...) keine moderne Demokratie möglich« ist (Linz und Stepan 1996, S. 17).
- 14 Diese Anschuldigung ist inzwischen womöglich überholt. In einem seiner wenigen radikalen Brüche mit der Politik seines Vorgängers gab Obama Bushs Agenda der Demokratieförderung vollständig auf und bereitete die Bühne für einen Neuanfang (»reset«) in den Beziehungen zu Russland.
- 15 Zitiert in Sixsmith 2010, S. 199.

DIE POLITIK DER ALTERNATIVLOSIGKEIT ODER: WIE MACHT IN RUSSLAND FUNKTIONIERT

Ein Gespräch mit Gleb Pawlowski

Am 27. April 2011 berichtete RIA Novosti, dass die russische Präsidentialadministration ihren Vertrag mit dem Fonds für effektive Politik, geleitet von dem Politikberater Gleb Pawlowski, gekündigt habe. Die Nachricht fand in den russischen und internationalen Medien ein weites Echo. Die meisten Kommentatoren vermuteten, dass der Anlass für Pawlowskis Vertreibung aus dem Kreml indiskrete Äußerungen zu den Präsidentschaftswahlen 2012 waren.

Im Monat zuvor war Pawlowski, Russlands bekanntester »Polittechnologe«, Gast am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien, wo wir ein Interview mit ihm führten, ohne zu wissen, dass es sein letztes als Kreml-Berater sein würde. Unsere Fragen galten indes nicht den gegenwärtigen politischen Intrigen in Russland oder dem Rätsel, wer der nächste Präsident werden wird. Unsere Neugier richtete sich vielmehr auf Pawlowski, den auf die Seite der Macht gewechselten Dissidenten und öffentlichen Intellektuellen, auf seine persönlichen Erfahrungen und seine Innensicht der russischen Politik, auf Pawlowski, den Historiker.

1951 in Odessa geboren, gehörte Gleb Pawlowski in seinen frühen Jahren zu jenen jungen nonkonformistischen Intellektuellen, die von den 1968er-Ideen angezogen wurden und die an den Kommunismus glaubten, aber nicht an seine sowjetische Version. In seinen eigenen Worten war er damals »Zen-Marxist«. Er promovierte in Geschichte und Politikwissenschaft und schloss sich 1974 (als er seine erste Begegnung mit dem KGB hatte) der russischen Dissidentenbewegung an. 1982 wurde er verhaftet, verurteilt und ins Exil geschickt. 1985 kehrte er nach Moskau zurück und engagierte sich in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen. 1986 bis 1994 war er Redaktionsmitglied der einflussreichen Zeitschrift *Vek XX i Mir* (Das 20. Jahrhundert und die Welt), 1995 gründete er den Fonds für effektive Politik, 1997 rief er das *Russische Journal* ins Leben, dessen

Herausgeber er bis heute ist, und 2008 gründete er die literarische Zeitschrift *Puschkin*.

Pawlowski begann seine Zusammenarbeit mit der russischen Regierung zur Zeit der Kampagne für die Wiederwahl Jelzins 1996 und fungierte fortan als ein wesentlicher Teil der politischen Maschinerie des Kreml. Man geht davon aus, dass er der Vordenker für Putins Wahlkampagne 2000 war; auch an der Kampagne zu dessen Wiederwahl 2004 war er beteiligt. Nach 2008 blieb er im Kreml, diesmal als politischer Berater Dmitri Medwedews. Die russische liberale Öffentlichkeit sieht in ihm ein Symbol der Putin-Dekade. Aber das war nicht das Thema unseres Gesprächs, es drehte sich vielmehr, ausgehend von der Erfahrung der Ohnmacht der Dissidenten, um die Logik und die inneren Mechanismen der Macht im postsowjetischen Russland.

Ivan Krastev und Tatiana Zhurzhenko

Transit: Sie wurden 1982 wegen antisowjetischer Tätigkeit verhaftet und verurteilt. Wie beurteilen Sie rückblickend diese Ereignisse von vor 30 Jahren? Und wie bewerten Sie das intellektuelle Erbe der Dissidentenbewegung?

Gleb Pawlowski: Als vergessene Erfahrung. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre ging eine Epoche zu Ende, für die es damals keine politische Sprache gab. Innerhalb der Dissidentenbewegung wurde »politisch« als Gegenbegriff zu »ethisch« verstanden, das Wort war daher suspekt. Wir haben damals keine klare Verbindung zwischen den Entwicklungen zu Hause und den Ereignissen außerhalb der UdSSR gesehen, selbst bei so bedeutenden Phänomenen wie der *Solidarność* in Polen, der *Charta 77* in der Tschechoslowakei oder dem Krieg in Afghanistan. Das Dissidenten-Milieu ging fast autistisch davon aus, dass alles Wesentliche in Moskau geschieht, dass hier über die Zukunft der Welt entschieden werde.

Meine Generation wurde in den Jahren zwischen 1956 und 1976 erwachsen, zwischen der Entstalinisierung unter Chruschtschow und der Entspannung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Mit jedem Jahr fühlten wir uns freier und lernten neue unabhängig und frei handelnde Menschen kennen. Das bestärkte uns in dem Glauben an eine fortschrittliche Entwicklung. Manches kam von oben, durch Entscheidungen

des Politbüros, das meiste ging aber »von unten« aus, von der Stimmung in der Gesellschaft, vom florierenden Samisdat und von der produktiven Spannung zwischen Dissidenten und Regime. Die Kehrtwende an der Spitze nach 1968 und dem Einmarsch in die Tschechoslowakei fachte den öffentlichen Protest an; das Gefühl wuchs, dass das Regime der Entwicklung einer offenen Gesellschaft nichts entgegenzusetzen hatte. Heute würde man wohl von einem Liberalisierungsprozess sprechen.

Dieser Prozess geriet aber um 1980 plötzlich ins Stocken. Der Druck von oben nahm zu, das Regime ging gezielt gegen Aktivisten der Bürgergesellschaft vor, der Zustrom zur Dissidentenbewegung brach ab. Für die Inhaftierten rückten keine jungen Leute mehr nach. Hätte mich Mitte der 1970er Jahre jemand nach der Zukunft der UdSSR gefragt, ich hätte eine optimistische Prognose abgegeben. Aber in den frühen achtziger Jahren wurde deutlich, dass für die Welt eine neue Phase der Konfrontation angebrochen war und die Dissidenten im Land in einen unerbittlichen Konflikt mit dem Regime getrieben wurden.

Das Jahr 1980 markierte also einen Wendepunkt für die Dissidentenbewegung. Damals rechnete ich mit einer Krise, zu Hause und weltweit. Gemeinsam mit einigen Freunden versuchte ich, einen Kompromiss mit dem Regime anzuregen, aber es war bereits zu spät. 1982 wurde ich verhaftet und in die Verbannung geschickt, und als ich 1984 einen Urlaub in Moskau verbrachte, hatte sich das freiheitliche Milieu schon aufgelöst. Manche waren in den Westen gegangen, andere saßen im Gefängnis, die Mehrzahl war noch da, bildete aber keine funktionierende Gemeinschaft mehr. Das Dissidententum als soziales Netz hatte aufgehört zu existieren. Wer weitermachen wollte, musste sich als Einzelkämpfer versuchen, bei den anderen gab es keinen Rückhalt mehr. Die Enklave der Freiheit war geschrumpft und schließlich verschwunden, wir sahen uns in die Situation der späten fünfziger Jahre zurückversetzt. Allerdings fehlte nun das kulturelle Umfeld der Schriftsteller, Wissenschaftler und liberalen Köpfe, die sich so lange schützend vor die Dissidentenbewegung gestellt hatten.

Was hat sich Ende der 1970er Jahre so dramatisch gegenüber den sechziger Jahren geändert?

1969 kam ein neuer Faktor ins Spiel – die Möglichkeit, legal in den Westen auszureisen. Wer kein Sitzfleisch mehr hatte, verließ das Land mit

einem Israel-Visum. Freunde gingen, die Dissidentenszene wurde löchrig, und wer blieb, fiel nun besonders auf. Bald zeigte sich, dass die Verbliebenen nun schneller im Gefängnis landeten. Solange Autoritätsfiguren wie Tschukowski, Twardowski oder Solschenizyn noch lebten und in der UdSSR waren, war es mit den Verhaftungen nicht so leicht – vielleicht in der Provinz, in den größeren Städten aber kaum. Ich spreche nicht nur von Moskau: Charkow, Leningrad, Odessa, Lwow, Tbilisi, Baku oder Jerewan waren kosmopolitische Zentren mit einer traditionell starken Intelligentsia, wo man ohne Zustimmung des ZK kaum jemanden festzunehmen wagte. Sobald aber die führenden Intellektuellen, die sich für andere stark machen konnten, ausgereist waren, erschienen die Verbliebenen nur noch als kleine Fische und wurden nach und nach eingebuchtet.

Könnte man sagen, dass mit der teilweisen Öffnung der Grenzen und der Möglichkeit zur Ausreise vor allem nach Israel oder in die USA das Regime die Opposition »ethnisiert« hat?

Mit Sicherheit war das eine provozierte, erzwungene Ethnisierung der Dissidenten, sie wurden rassistischen Kriterien unterworfen. Wer ausreisen wollte, musste sich als Jude ausweisen. Dabei waren natürlich nicht alle, die ausreisten, Juden.

1984 betrat Gorbatschow die politische Bühne. Wie haben Sie ihn damals wahrgenommen?

Dazu muss ich noch einmal auf die Frage nach dem Erbe der Dissidentenbewegung zurückkommen. Zu Beginn der 1980er Jahre steckte die Ideologie der Dissidenten selbst in einer Krise. In ihrer Hochphase Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre war es den Dissidenten nicht gelungen, ihr Hauptziel, die »Remoralisierung« des Sowjet-Regimes, zu erreichen. Alle Versuche, die Bewegung wiederzubeleben, etwa unsere Samisdat-Zeitschrift *Poiski* (1978-82), fruchteten nicht. Die politischen Erfahrung der sechziger und siebziger Jahre konnte nicht in die achtziger Jahre übertragen werden. Ohne politische Sprache war die Kontinuität von Unabhängigkeit und Aktion zerrissen. Voraussetzung für die Weitergabe von Erfahrungen ist ihre Verarbeitung, eine Übereinkunft über Sprachgebrauch und grundlegende Prinzipien. Aber wir hatten keine Sprache, da

wir nicht in der Lage waren, uns über die Bedeutung von 25 Jahren politischer Erfahrung in der Nachkriegs-Sowjetunion zu verständigen.

Die Dissidenten hatten einen Intimfeind, den sie zur Zielscheibe ihrer Moralkritik erkoren hatten – die liberalen Apparatschiks der 1960er-Generation, die uns damals als hoffnungslose Kollaborateure galten. Inzwischen ist das in Vergessenheit geraten, heute wird in Russland kein Unterschied mehr gemacht zwischen Dissidenten und den »Sechzigern« (*Schestidesjatniki*). Dabei definierten sich die Dissidenten in Abgrenzung zu den »Sechzigern«: Nein, *wir* lassen uns nicht kaufen! Wir sind keine Mitglieder sowjetischer Parteien oder Organisationen, die mit Billigung des KGB nach Paris reisen! Außerdem sahen wir in den »Sechzigern« eine Generation, die alles durch eigenes Verschulden verspielt hatte, noch dazu unter günstigeren Bedingungen als wir sie vorfanden: Chruschtschow und die Entstalinisierung, das Tauwetter Ende der 1960er Jahre, die Zeitschrift *Nowy mir* – sie hatten die Infrastruktur, sie hatten eine historische Chance, aber sie haben aufgegeben und alles verpfuscht. So dachten wir damals. Und jetzt sollten wir für diese Versager die Knochen hinhalten und die Sache zu Ende bringen!

Natürlich arbeiteten wir dann doch eng mit ihnen zusammen und nutzten, wenn notwendig, ihre Verbindungen. Aber die liberalen »Sechziger« waren für uns nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Deshalb war ich so schockiert, als sie Mitte der 1980er Jahre plötzlich wieder auf die Bühne drängten und ihre antistalinistischen Plattitüden von vor 20 Jahren ausgruben. Lauter lebende Leichname! Mit welchem Recht belehrten sie uns, nachdem sie 20 Jahre geschwiegen und als Parteimitglieder Privilegien genossen hatten, während sie zuließen, dass unsere Leute ins Lager geschickt oder ins Exil gedrängt wurden?

Paradoxerweise verstummten aber die Dissidenten, als die »Sechziger« in den 1980er Jahren ihr Comeback hatten. Gorbatschow und seine Initiativen genossen bei den Menschenrechtlern alter Schule keinerlei Vertrauen. Sie vermuteten hinter allem eine Provokation des KGB. Und Gorbatschow pflegte natürlich dieselbe Weltanschauung wie die »Liberalen« in der Nomenklatura. Seine Sprache, das trockene sowjetische »Kaderwelsch«, versetzt mit der hochtrabenden moralischen Diktion der »Sechziger«, verdrängte die Probleme der sowjetischen Realität durch die Suche nach »Verstößen gegen die Norm« – zunächst gegen die Lenins, dann gegen die der »europäischen Zivilisation«.

Sie scheinen ein recht ambivalentes Verhältnis zu den liberalen Dissidentenkreisen zu haben.

In der Dissidentenbewegung gab es von Anfang an unterschiedliche Handlungsmodelle. Bis in die 1970er Jahre verkörperten Sacharow und Twardowski mit seiner Zeitschrift *Nowy mir* das osteuropäische Modell, wie ich es nennen würde, also die Bereitschaft prominenter Intellektueller, öffentlich Stellung zu beziehen und sich in die Politik einzumischen, ohne sich mit dem Staat zu überwerfen. Man könnte das auch als sowjetischen Republikanismus bezeichnen, vergleichbar mit der polnischen Opposition in der ersten Hälfte der 1970er Jahre und dem Prager Frühling. Dieses Modell brach Anfang der 1970er Jahre zusammen. Mit dem Tod Twardowskis, der Verbannung Solschenizyns und der Wandlung Sacharows zum radikalen Einzelkämpfer zerfiel das Netzwerk der Dissidentenbewegung. Als Dissident gehörte man nun einer Sekte an, einer Gruppe von Individuen, die unter dem unzuverlässigen Schutz westlicher Politiker eine moralische Position vertraten. Wenn sich Anfang der 1970er Jahre die prominenten »Republikaner« mit den »Sechzigern« zusammengesetzt hätten, um die Dissidenten öffentlich zu unterstützen, hätte die Bewegung meiner Einschätzung nach gerettet werden können. Ich habe mich von meinen liberalen Freunden am Institut für Philosophie zu dem Zeitpunkt getrennt, als sie die Unterstützung der Dissidenten, also der eigenen Leute, verweigerten.

Wenn wir von »der Dissidentenbewegung« sprechen, meinen wir also nicht nur ein Projekt, sondern mindestens zwei. Obwohl sich das moralistische Menschenrechts-Projekt in den 1970er Jahren endgültig durchgesetzt hatte, blieb es doch politisch wirkungs- und fruchtlos. Wir verteidigten die politischen Gefangenen, dann verteidigten andere uns, als wir verhaftet wurden, etc. Irgendwann fragte man sich: Weshalb soll ich diese Irren verteidigen, die nicht einmal den Versuch unternehmen, mich nach meinen Interessen zu fragen? Der Großteil meiner Samisdat-Texte aus den 1970er Jahren war genau gegen diesen ethischen Autismus gerichtet, gegen den Diskurs der moralischen Reinheit, der Unfehlbarkeit der Opfer. Aber mit Publizistik ist gegen einen moralischen Diskurs nicht ankommen. Mein Versuch, die Opfer zu einer Politik des Kompromisses zu bewegen, war aussichtslos.

Wenn wir das Erbe der Dissidentenbewegung verstehen wollen, müssen wir auch über die Menschenrechte sprechen.

Innerhalb der klassischen Dissidentenbewegung spielte die Philosophie der Menschenrechte eine bedeutende Rolle, die aber später in Vergessenheit geriet. Anfang der 1960er Jahre band sich die Bewegung an die sowjetische Verfassung – die Dissidenten pochten nicht auf die Menschenrechte allgemein, sondern auf ihre Rechte als Bürger der UdSSR. Da die Verfassung das Grundgesetz des Staates ist, habe ich als loyaler Bürger das Recht, jegliche Einschränkung meiner Rechte als Sowjetbürger seitens des Kreml zu ignorieren. Natürlich versteckte sich hinter dem Bezug auf das Phantasma der sowjetischen Verfassung etwas anderes: eine moralisch verfasste Gemeinschaft, gegründet auf Recht und Prinzipien. Die Konstitutionalisten von 1965 waren der Auffassung, sie verkörperten in ihrem Tun die wahre Republik im Sinne Kants, und beriefen sich hartnäckig auf eine kantianische Interpretation der Verfassung Stalins von 1936. Ich glaube, dieses Modell der Menschenrechtsbewegung hatte ein politisches Potential. Ende der 1960er Jahre entstand in der UdSSR tatsächlich eine offene, aber nicht antisowjetische Gemeinschaft, an der wissenschaftliche Institutionen und prominente Kader aktiv teilhatten. In manchen Instituten und Wissenschaftsstädten regierte faktisch eine Sowjetmacht »mit menschlichem Antlitz«. Denkt man das Szenario einer »weichen Sowjetmacht« weiter, hätte der unabhängige Teil der sowjetischen Gesellschaft den Kreml dazu zwingen können, Chruschtschows Kurs fortzusetzen. Aber diese Chance wurde nicht wahrgenommen, nicht zuletzt, weil dafür die politische Sprache fehlte.

Und so begann sich die Strategie der Menschenrechtler langsam zu wandeln – die Dissidenten wandten sich nun an die internationale Presse, sie appellierten an die Weltgemeinschaft – auch mit dem Ziel, die USA zu bewegen, Druck auszuüben. Die Devise war: Wenn wir im eigenen Land keine starke Öffentlichkeit schaffen können, dann nutzen wir eben die Weltöffentlichkeit! Ab Mitte der 1970er Jahre begannen die sowjetischen Dissidenten, ihre Legitimität aus dem Westen zu beziehen. Kant war tot (oder mit einem Israel-Visum ausgereist), und die neuen Autoritäten hießen Kissinger, Carter und Reagan. Der Akzent verschob sich vom Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und zur KSZE-Schlussakte von Helsinki,

deren Einhaltung auch im Sowjetblock von lokalen Menschenrechtsgruppen überwacht wurde. Das war ein gänzlich anderes, nicht mehr autonomes Menschenrechtskonzept. Unser Ziel zu Beginn der 1980er Jahre musste es sein, einen Dialog mit dem Regime einzufordern. Aber mit welchen Moskauer Menschenrechtlern hätte die sowjetische Führung diesen Dialog denn führen sollen und worüber? Wir hatten keine Vorschläge und wir brachten auch keine echte Kampfansage zustande. Die sowjetischen Menschenrechtler sorgten zwar international für Schlagzeilen, nahmen sich aber angesichts der Diktatur in Chile, der Revolution im Iran und der *Solidarność* in Polen ziemlich blass aus.

Die 1960er Jahre waren die Zeit des Optimismus und der großen utopischen Projekte. Während der Perestroika verschwand dieser Optimismus dann irgendwie und alle sprachen nur noch von der Vergangenheit.

Die Science-Fiction der »großen zwei Jahrzehnte« der UdSSR ersetzte die Sozialtheorie, sie wurde von den späteren Aktivisten als Anleitung zum politischen Handeln gelesen. Die Utopie selbst verschwand allerdings schon gegen Ende der 1960er Jahre aus der Literatur. Dies reflektiert das Ende des Glaubens an das sowjetische Projekt, denn die Utopie wurde ja als Endresultat einer Evolution verstanden, die vom Sowjetstaat vorwärts getrieben wird. Iwan Jefremow schrieb kurz vor seinem Tod mit *Die Stunde des Stiers* (1970) den letzten utopischen Roman der Sowjetunion, der allerdings zensiert wurde. Seit den 1970er Jahren gab es bei uns überhaupt keine optimistische Science-Fiction-Literatur mehr. In den antiutopischen Romanen der Brüder Strugazki ist der Held ein Pionier, der in eine Situation in der Vergangenheit oder in der Zukunft katapultiert wird, in der alle überkommenen moralischen Orientierungshilfen fehlen. Er muss auf die Herausforderungen einer aus den Fugen geratenen Welt antworten, und seine gefährlichen Begegnungen mit dem Unbekannten spielen mit der damals jedem Leser vertrauten Mythologie einer sich in das Alltagsleben einmischenden Geheimpolizei. Diese Tradition der sowjetischen Science-Fiction ist für die Herausbildung der dissidenten Denkkultur von kolossaler Bedeutung, sie prägt die Vorstellungswelt russischer Intellektueller bis heute.

Kam denn der Optimismus der 1960er Jahre von oben oder doch von unten?

Auf jeden Fall gab es einen »Optimismus von unten«. Die jungen Leute vom Land strömten in die Städte, um dort zu studieren und zu arbeiten. Der Nomenklaturmythos der Stalinzeit war in sich zusammengefallen, sogar im Kino lachte man darüber, und die Kinder aus den Industrievierteln mischten sich mit den Kindern der Nomenklatura. In den 1950er Jahren hatte sich die Einteilung in »Sowjetmenschen« und Abkömmlinge der vorrevolutionären Klassen verwischt. Schließlich waren beide durch die Mühlen des Lagers und des Großen Krieges gegangen. Die unbändig optimistische Kultur der 1960er Jahre gedieh auf den Schrecken der Vergangenheit. Alles schien vorüber, Hitler und Stalin waren tot, der Bürgerkrieg war Vergangenheit. Ein dritter Weltkrieg? Unsinn! Es war keinerlei Angst zu spüren. Wenn ich die Memoiren von Amerikanern aus den 1950er Jahren lese, kann ich über ihre damalige Furcht vor der Sowjetunion nur staunen. Eine Furcht vor Amerika kannten wir umgekehrt nicht, und uns wurde in der Schule keine Angst vor einem neuen Krieg eingepfht. Der sowjetische offizielle Pazifismus bestimmte die Atmosphäre nach Stalins Tod, den Kindern wurde immer wieder gesagt: »Ihr braucht nicht mehr zu kämpfen, das haben wir schon für euch getan!« Darauf gründete auch die Autorität der Kriegsgeneration, die nach Chruschtschow an die Macht kommen sollte.

Der freie Mensch der 1960er Jahre war der stalinistische Sowjetmensch, der nun von Stalin befreit war. Die sowjetische Gesellschaft der sechziger und siebziger Jahre stützte sich auf Menschen, die unter Stalin sozialisiert worden waren, und auch der pazifistische, träumerische und liberale Sozialismus wurde von ihnen getragen. Es waren durch die Arbeitsethik und die Produktionsquote der Stalinzeit disziplinierte Menschen, die in ständiger Angst vor dem Arbeitslager gelebt hatten. Solange diese Menschen schufteten, lief die Industrie, konstruierten unterbezahlte Ingenieure und Techniker mit ihrer Hände Arbeit einen Sputnik nach dem anderen. Diese Menschen waren gar nicht in der Lage, schlechte Arbeit abzuliefern. So prägte die Verbindung aus Angst, Traum und Fortschrittsglauben den Stil der sowjetischen 1960er Jahre in der Kultur, der Wirtschaft und der Politik.

Könnte man sagen, dass mit der Perestroika politisches Handeln möglich wurde?

Ja, aber diese Möglichkeit haben wir vertan. Erst ab Mitte der 1990er Jahre begann man in Russland, Politik als gesondertes Handlungsfeld jenseits von Regierungsmacht und moralischer Selbstverwirklichung zu verstehen. Im moralistischen Perestroika-Diskurs der 1980er Jahre, ob jenem der Politiker oder jenem der Dissidenten, wurde Politik in der Regel als etwas Anstößiges verstanden. Es war Stalin, der dem Wort die Konnotation von Schrecken und schmutzigem Tun verliehen hatte. In den 1920er Jahren konnte man Parteimitglieder nach dem politischen Sinn ihres Handelns fragen. Nach dem Großen Terror war diese Frage eine Provokation, ja eine Art Denunziation. Die Tabuisierung des Wortes nach der Stalinzeit ging so weit, dass sogar die offizielle Tätigkeit von Mitgliedern der KPdSU nach Möglichkeit nicht als politisch bezeichnet wurde.

Ich kam Ende 1985 aus der Verbannung zurück, zu Weihnachten. Im September 1986 gründeten wir dann den ersten legalen politischen Club für soziale Initiativen. Ich verkehrte in verschiedenen aktiven Milieus und kann daher schwerlich als distanzierter Beobachter sprechen. Die Tabuisierung der Politik stand aber einer Debatte über unser Tun im Weg, und sie erschwerte eine realistische Einschätzung der Chancen und Risiken von Gorbatschows Politik. Besonders deutlich wurde mir das, als Adam Michnik 1989 während der Verhandlungen am polnischen Runden Tisch nach Moskau kam, um ein Abkommen über Nichteinmischung der Sowjets zu erreichen. Ich weiß noch, wie ich damals dachte, dass unsere Dissidenten nie und nimmer eine solche politische Forderung hätten formulieren können.

Haben Sie in den Jahren 1988/89 geglaubt, die Sowjetunion könnte den Zusammenbruch des Kommunismus überstehen?

Ja, es war nur falsch, diese Hoffnung an die Regierung zu delegieren. Niemand von uns machte diese Hoffnung zu einem politischen Ziel. Vereinfacht gesagt, hatten wir die Wahl zwischen dem Projekt Jelzin und dem Projekt Gorbatschow. Es gab keine Zensur, es gab aber auch keinen Raum für eine Diskussion über eine künftige Politik. Grigori Jawlinski unternahm einen Versuch mit seinem kontroversen Reformprogramm »500 Tage«. Es galt der Liberalisierung der sowjetischen Wirtschaft, im Grunde interessierten sich aber alle bloß für die Frage, ob Jawlinski im Interesse Jelzins oder Gorbatschows handelte. Das Programm scheiterte,

und Jawlinski trat zurück. Ich bin überzeugt, dass fast alle aktiven Gruppen, außer im Baltikum und im Kaukasus und einiger weniger in der Ukraine, weiter in sowjetischen Kategorien dachten. Aber Alternativen, wie die Sowjetunion transformiert werden könnte, wurden überhaupt nicht diskutiert. Diese Frage wurde entweder an Gorbatschow oder an Jelzin delegiert. Ernsthaft auf der Suche nach dem Modell für eine neue Sowjetunion war allein Gorbatschow. Aber das interessierte praktisch niemanden, nicht einmal in seinem unmittelbaren Umfeld. Alles versank in einem Sumpf aus Komplotten.

Und Gorbatschows Idee eines Unionsvertrags?

Niemand, der an einer Erneuerung der UdSSR interessiert war, war willens, dafür zu kämpfen. Ideen wurden zwar artikuliert, verfestigten sich aber nicht zu politischen Positionen. Dafür eigneten sich einige Weitsichtige, ohne sich um Diskussionen zu scheren, in jener Zeit beträchtliche Besitztümer an, die sie auch zu behalten gedachten. Die Verteilung des Kuchens hatte längst begonnen, das wurde aber erst nach 1990 sichtbar. Als Erstes wurden die zentralen Massenmedien vergeben, ohne dass jemand das mitbekommen hätte. Das waren äußerst lukrative Monopolunternehmen. Zeitschriften aus der Glasnost-Zeit mit Millionenauflagen gingen in den Besitz ihrer Chefredakteure und Geschäftsführer über. Später beteiligten sich auch Unternehmer. Industriebetriebe wurden ab 1989/90 ebenfalls privatisiert, zunächst über Kooperativen. Anscheinend hat Gorbatschow all das damals einfach nicht registriert. Er hatte ein elegantes, aber völlig formalistisches Modell der künftigen UdSSR entworfen, das den Schwerpunkt auf die Außenpolitik setzte. Ihm schwebte ein geopolitisches Tandem in Gestalt der Sowjetunion und des wiedervereinigten Deutschlands vor, abgesichert durch privilegierte Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Aber das interessierte damals in Moskau niemanden.

Welche Erwartungen hatten die Menschen damals, was machte ihnen am meisten Angst?

Ab 1989 fungierten die Medien schon als Generator und Verstärker von Massenängsten. Teilweise hatte das eine ganz reale Grundlage: die Serie von Pogromen Ende der 1980er Jahre, die Konflikte in Alma-Ata, Sum-

gait, Baku, Osch und Bendery – da hatte sich einiges angestaut. Präsen-ter aber war eine Rückkehr diffuser Ängste aus der vorsowjetischen Zeit, historische Schreckensszenarien von Machtzerfall und Bürgerkrieg lebten wieder auf. Ich kann mich noch gut an die plötzliche Nachfrage nach gepanzerten Stahltüren in Moskau erinnern. Dabei war die Hauptstadt damals noch ein vergleichsweise sicheres Pflaster, die Kriminalität war noch nicht besonders hoch. Trotzdem sicherten Zehntausende von Moskauern für viel Geld ihre ärmlichen Wohnungen, in denen sie weder Geld noch Wertsachen aufbewahrten. Auch diejenigen, die in den Westen ausgewandert waren, schürten Ängste (Ende der 1980er Jahre war die Emigrationswelle auf ihrem Höhepunkt). Ständig erzählte man sich Märchen von einem unmittelbar bevorstehenden »Judenpogrom« in Moskau. Selbst in der Zeitschrift *Ogonjok* war zu lesen, dass aus Malachowka, einem Arbeitervorort im Südosten von Moskau, ein bis an die Zähne bewaffneter Mob Richtung Hauptstadt marschiere.

Welche Rolle spielte die Verfassungskrise von 1993?

Nach meiner Wahrnehmung fand das entscheidende Spiel um Russland in den Jahren 1991 bis 1993 statt. In dieser Zeit wurden die Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt, vielleicht sogar bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts. Damals polemisierte ich heftig gegen Jelzin, der nicht nur der Sowjetunion, sondern auch jeglicher vernunftorientierten Politik den Garaus machte. Ich war der Überzeugung, dass man Gorbatschow Handlungsspielraum lassen müsse. Mir gefiel es, dass er im Landesinneren kaum noch etwas kontrollierte, dafür aber versuchte, den staatlichen Rahmen für den gesamten Prozess zu sichern. Dass da jemand war, der mit dem »Freiheitsperimeter« die gesamte UdSSR vermaß, während innerhalb der Union ganz unterschiedliche soziale, politische und nationale Modelle durchgespielt wurden. Für die russischen Liberalen erschien mir diese Situation optimal, daher sollten sie, d.h. wir, zu Gorbatschow halten.

Insgesamt beherrschte aber immer noch die alte provinzielle Clubatmosphäre die Politik. Die ausgetragenen Konflikte waren Scheingefechte. Ich kämpfte gegen Jelzin, was aber nichts an meiner Freundschaft zu Leuten aus seinem direkten Umfeld änderte, etwa aus der Mannschaft um Jegor Gaidar. Die Spaltung war noch nicht vollzogen. Wir haben damals nicht wahrgenommen, wie zerbrechlich die neue Bürgergesellschaft noch war.

Die vom sowjetischen System überkommene kulturelle Infrastruktur garantierte, dass Staat und Regierung der Öffentlichkeit ein Minimum an moralischer Autorität und Würde zubilligten. Mit dem endgültigen Zerfall des Sowjetsystems 1993 war auch der Respekt vor der Gesellschaft und der Unantastbarkeit des Einzelnen dahin. Die republikanische Option für Russland war vom Tisch. Solange der Konflikt zwischen Präsident und Parlament anhielt, waren die politischen Spielregeln und Akteure kraft Verfassung und Institutionen noch einigermaßen geschützt. Nach 1993 aber verlor die Verfassung ihre Bedeutung und flatterte nur noch als Siegesbanner Jelzins über dem Weißen Haus. Hunderte unabhängiger Zeitungen mit kleiner Auflage wurden geschlossen. Die Aktivisten der Bürgergesellschaft suchten nun ihr Glück in der Wirtschaft oder in der Politik.

Wann wurde Ihnen bewusst, dass die Sowjetunion zerfallen war?

Nach der Farce des Putschs gegen Gorbatschow und Jelzins Spott für den nach Moskau Zurückgekehrten machte ich mir keine Illusionen mehr. Ich hatte gleich begriffen, dass dies das Ende der Sowjetunion war, das Ende des Vielvölker-Imperiums, und dass nun die Zeit der Präsidenten anbrechen würde, die ihre Länder und deren Bevölkerung regieren. Und doch war ich überrascht, wie das Belwescher Abkommen¹ zustande kam. Das war ja keine durchdachte Überführung der UdSSR in ein neues politisches Gebilde, sondern ein Deal über die Verteilung von Territorien und ihren Bewohnern. Die Art und Weise, wie da im Belwescher Wald verfahren wurde, schuf eine neue Form von Machtverhandlungen, die fortan fester Bestandteil des Präsidentschaftskonzepts sein sollte: Man trifft sich unter Präsidenten und schiebt die Bürger einander zu, als verfüge man über sie. Ich stellte damals in einem Beitrag für die Zeitung *Moskowskije novosti* die Legitimität der Russischen Föderation als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion in Frage: Genauso gut hätte Kiew für sich beanspruchen können, die Hauptstadt der russischen Welt zu sein. Mir schien in diesem Moment die Situation Nordamerikas im 18. Jahrhundert erstrebenswert: Freie Menschen auf jungfräulichem Boden werden als alleinige Träger der Staatlichkeit anerkannt, und der Staat wird neu gegründet. Land und Leute sind vorhanden, sollen sie sich doch eine Verfassung geben und verhandeln, wie sie zusammenleben wollen!

So gesehen war ich ein Feind der neuen Ordnung. Die Nomenklatura hatte sich mit den einstmaligen Apparatschiks genauso arrangiert wie mit den Maklern der Sowjetaktiva, die die Demontage und den Ausverkauf der Sowjetwirtschaft betrieben. Boris Beresowski brachte es auf diesem Gebiet zu wahrer Meisterschaft. Im Grunde wurde in Belowesch das Ei gelegt, aus dem Beresowski schlüpfte. Interessanterweise stimulierte die unerwartet einfache Liquidierung der UdSSR auch Osama bin Laden und Schamil Bassajew im Kaukasus: Sie erkannten, dass es technisch möglich ist, Imperien zu stürzen.

Wie sahen Sie die Privatisierung?

Die Architekten der Privatisierung herrschten durch Angst. Jegor Gaidar, damals stellvertretender Ministerpräsident und mit der Reform der russischen Wirtschaft betraut, hat ständig gepredigt: »Zu meinem Programm gibt es keine Alternative, wir haben keine Wahl, sonst haben wir Hunger und Bürgerkrieg.« Aus Deutschland gingen Tausende Hilfspakete in Moskau ein. Dabei hatten wir keine Hungersnot, und wie sich später herausstellte, stand auch keine bevor, das war ein Mythos. Aber er entfaltete politische Kraft. Und auch der angeblich drohende Bürgerkrieg war solch ein Mythos. Die Situation in der Sowjetunion war mit Jugoslawien überhaupt nicht zu vergleichen, nur im Kaukasus machten die Kriege um Karabach und in Georgien sowie der tschetschenische Separatismus zu schaffen. Tatsächlich waren erst 1993/94 Millionen Familien mit der Verarmung konfrontiert, zum Teil gerade infolge der Reformen. Wer die Presse und die politischen Debatten jener Zeit unter die Lupe nimmt, wird immer wieder auf Ängste stoßen, die beschworen wurden. Die Angst vor Hunger und Bürgerkrieg, die Angst, Jelzin könnten »die Hände gebunden« sein. Die Demokraten schürten die Angst vor »rot-braunen Kräften« und einem neuerlichen Putsch. Die Kommunisten fürchteten eine antikomunistische Hexenjagd, in der sie an Laternenmasten baumeln würden. Mythische Ängste führen schnell ein Eigenleben, und sie halfen den »Reformern«, ihre Willkürherrschaft zu legitimieren.

Das System hat also mit Ängsten gespielt und die Bevölkerung eher paternalisiert als sie zu regieren. Andererseits glaubten die Liberalen um Jelzin doch immer noch, sie regierten eine »Gesellschaft der Leser«.

Ja, aber nach 1991 hatte sich die »Gesellschaft der Leser« aus der Perestroika-Zeit zum Fernsehpublikum gewandelt. Für Jelzin bestand Russland aus Räumen, die es zu verwalten galt, später hießen sie dann »Regionen«. Jede Region hatte ihren Grundherrn: Rachimow², Schaimijew³, Luschkow. Jeder war für sein Territorium samt Bevölkerung zuständig und hatte gegenüber dem Präsidenten, dem obersten Herrn, loyal zu sein. Jelzin hatte schon bald das Modell von lokalen Beratern und Kommissaren verworfen. Denn diese sind keine Herrscher, sondern Günstlinge, Jelzin aber brauchte ihm rechenschaftspflichtige Grundherren für jede Region, über denen er selbst als oberster Grundherr thronte. Die Grundherren und die »roten Direktoren« waren für Jelzin Schlüsselfiguren. Sie waren Teil der neuen Elite, auch wenn Jelzin das Wort nicht in den Mund nahm. Dazu gehörten auch Leute wie der Schauspieler Nikulin⁴, die Schriftsteller Pristawkin⁵ und Below⁶, der Regisseur Nikita Michalkow, der »Geschäftsmann« Beresowski ... Das war die Entourage, mit der er sich umgab und in deren Glanz er sich als ihr Gönner sonnen konnte.

Es muss 1993 gewesen sein, als mich Jumaschew⁷ zu einem *Ogonjok*-Jubiläum einlud (die Zeitschrift ließ keine Gelegenheit aus, ihr hundertjähriges Bestehen zu feiern), noch vor der Parlamentsauflösung und dem großen Blutvergießen. Dort traf ich befreundete Demokraten genauso wie Akademiemitglieder, Schriftsteller, Bankiers, Zirkusartisten und Gangster, von denen bekannt war, dass sie Menschenleben auf dem Gewissen hatten und auch Auftragsmorde für Unternehmer ausführten. Mich beeindruckte, wie gut diese Leute miteinander auskamen, wie sie herumgingen und einander freundschaftlich zur Begrüßung umarmten. In jener Zeit kam auch die aus dem Gangstermilieu stammende Mode auf, sich mit Wangenkuss zu begrüßen.

Und wann betrat Gleb Pawlowski, der Polittechnologe, die Bühne? Wie entstand die Foundation for Effective Politics (FEP)?

Der Begriff »Polittechnologe« wurde nach der Wiederwahl Jelzins 1996 geprägt. Wir wollten uns endlich ins Politikgeschäft einmischen, und zwar strategisch. Durch das Referendum von 1993 hatte sich Jelzin dank des intensiven Einsatzes von Medien⁸ eine (wenn auch knappe) Mehrheit sichern können. Das war beeindruckend. Schon damals, 1993, konnte man auf die Angst setzen, dass jeder andere noch gefährlicher als Jelzin

sein könnte. Die Botschaft war folglich, dass es keine Alternative zu Jelzin gab.

Wir erinnerten uns, dass wir auch Gorbatschow und seine Perestroika für alternativlos gehalten hatten. Dann gab es mit dem Auftritt Jelzins plötzlich doch eine Alternative und sofort war dieser »alternativlos«. Daher auch der große Skandal um den Artikel »Ich stehe als Alternative zu Jelzin bereit« von Jawlinski, den er im Frühjahr 1993 publizierte und mit dem er als Politiker bekannt wurde. Damals habe ich verstanden, dass, auch wenn man über keine Macht verfügt, man doch jederzeit mächtig werden kann, indem man die Macht der anderen herausfordert oder ihnen irgendwie in die Quere kommt. 1999, als Putin kam, waren wir vorbereitet. Doch nicht wir lancierten den Slogan »Es gibt keine Alternative zu Putin«, er kam von unten, ohne unser Zutun. Aber wir haben ihn sofort aufgegriffen.

Seit Medwedew Präsident ist, kann man nicht mehr sagen: Es gibt keine Alternative zu Putin. Und ebenso wenig: Es gibt keine Alternative zu Medwedew.

Genau, das Tandem hat die Logik der Alternativlosigkeit zerstört. Als sich damals die Vorstellung von der Alternativlosigkeit Jelzins an der Wahlurne bewährt hatte, fragte ich mich, wie denn die Macht in Russland tatsächlich funktioniert. Mit Michail Gefter⁹ sprach ich auch über die historische Dimension dieser Frage. Nachdem ich begriffen hatte, dass wir es immer noch mit derselben alten Form der Macht zu tun hatten, überlegte ich mir, wie sich aus dem Konzept der Alternativlosigkeit politisches Kapital schlagen ließe.

Die Polittechnologen sind also Experten in Sachen Alternativlosigkeit geworden?

Ganz genau. »Effektive Politik« ist eine Politik der nichtpolitischen Herrschaft. Erinnern Sie sich nur an die Regierung Jelzin-Gaidar. Dort zeichnete sich erstmals eine Herrschaft jenseits der Politik ab. Gaidar erklärte, er sei für Wirtschaft zuständig, die Politik sei Sache des Präsidenten. Zum Wohle des Volkes müsse man Jelzin die Möglichkeit geben, persönlich die Politik zu führen, was nichts anderes hieß, als zu herrschen. Gaidar argu-

mentierte: »Die Leute müssen einsehen, welche Verantwortung wir auf uns nehmen. Wir werden von der Unterstützung Jelzins in der Bevölkerung profitieren. Der Präsident vertraut uns sein persönliches Machtkapital an, und wir geben es für Reformen aus.« Und Jelzin ergänzte seinerseits: »Ja, eines Tages wird dieses Kapital, das Vertrauen des Volkes in mich, von den Reformern verbraucht sein, aber bis dahin wird alles Notwendige erledigt sein.« Das ist die perfekte Beschreibung einer Herrschaft ohne Repräsentation und ohne Berücksichtigung der Interessen der Regierten. Die Regierung setzt technisch um, »was zu tun ist«, erklärt aber nicht, was sie eigentlich tut. Die Sprache der Regierenden verliert ihre kommunikative Bedeutung und wird von den Polittechnologien übernommen.

Also haben wir eine Herrschaft ohne Repräsentation, dennoch behält die öffentliche Meinung große Bedeutung. Wir sprechen hier ja nicht von einer klassischen autoritären Herrschaft, die nicht darauf Rücksicht nehmen muss, was die Leute denken, weil sie davon ausgehen kann, dass sich darum die Geheimpolizei kümmert.

Es ist eher das archaische Modell, regieren nach alter russischer Gutsherrenart: die Herrschaft des Gutsherrn, der nach Moskau oder Paris fährt und sein Gut seinem deutschen Verwalter anvertraut. Wenn der Verwalter allzu harsch regiert, proben die Bauern vielleicht den Aufstand, zerstören das Gut und töten ihn. Er regiert aber immer im Namen des Gutsherrn, nicht in seinem eigenen. Auch das Belowescher Abkommen folgt dem Gutsherrenmodell: Jelzins Land und Leute werden Russland, Krawtschuks Land und Leute die Ukraine.

Lassen Sie uns noch einmal auf die Alternativlosigkeit zurückkommen. Wenn ihr nicht Jelzin wählt, dann kommen die Kommunisten wieder ans Ruder – wurde dieses Szenario 1996 tatsächlich als reale Bedrohung empfunden?

Wenn man sich vor Augen hält, dass die Umfragewerte für den Chef der Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow, im Januar 1996 bei annähernd 40 Prozent lagen, während Jelzin bei fünf Prozent rangierte, ist die Antwort klar. Aber im Grunde war die »Rückkehr der Kommunisten« ein Mythos, auf dem unsere Wahlkampagne für 1996 aufbaute. Der Mythos

vom bösen Bolschewisten mit dem Messer zwischen den Zähnen, der den Bürgern ihr Eigentum, ihre Wohnung nehmen will etc. Doch schon 1995 spielte für mich die Einsicht eine große Rolle, dass in Sachen Freiheit in Russland Konsens herrschte. Faktisch waren sich Demokraten und Kommunisten einig, dass nicht ins Leben der Bürger eingegriffen werden sollte. Die liberale Grundausstattung – Reisefreiheit, Freiheit von Handel und Wirtschaft, Versammlungsfreiheit, das Recht auf Demonstrationen und Wahlen – nichts davon war in Gefahr.

Und in welchen Punkten war die Gesellschaft gespalten?

In ihrer Haltung zur Sowjetunion und zu Jelzin. Rechts oder links spielte praktisch keine Rolle. Eigentlich hat vor allem Jelzin polarisiert. Für oder gegen Jelzin, darum ging es. Natürlich sprachen die Umfragen gegen ihn, aber es gab eine Bereitschaft im Volk, die bestehende Macht zu bestätigen. Daran haben wir 1996 angeknüpft. Ja, Jelzin lag bei fünf Prozent, aber selbst seinen Feinden galt er als die letzte Bastion der Macht. Die Menschen waren bereit, alles Mögliche zu glauben, aber Sjuganow als Machthaber konnten sie sich am Ende doch nicht vorstellen.

Welches Wissen hatten die Polittechnologen in den 1990er Jahren den Politikern voraus?

Die Parlamentswahlen 1995 waren für uns ein wichtiges Experiment. Sie fanden unter der gemeinsamen Ägide von Jelzin und seinem Sicherheitschef Alexander Korschakow statt. Es gab das Projekt des Kongresses der Russischen Gemeinden (KRO), mit dem ich befasst war. Der Kongress war ganz gezielt geschaffen worden, um die Liberalen und die Sozialpopulisten zusammenzuführen. Ein Modell ähnlich der Tea-Party in den USA – ein rechtes Programm, vorgestellt in der Sprache der Linken. Unser Kalkül war: Wenn du einen Wähler von etwas überzeugen willst, was seinen ureigenen Interessen zuwider läuft, musst du es ihm als alternativlos verkaufen. General Lebed wurde erkoren, dem KRO ein Gesicht zu geben. Er hatte eine furchterregende Stimme, die im Transnistrienkonflikt eingesetzt wurde, um den Widerstand zu brechen – in die Schützengräben übertragen, sollte sie die Studenten aus Chişinău demoralisieren. Dabei war Lebed eigentlich ein sensibler und fragiler Intellektueller. Er

stilisierte sich als Monster, in Wahrheit mangelte es ihm aber an Selbstbewusstsein – wie übrigens vielen russischen Politikern.

Das Programm des KRO stand für Liberalismus im Namen des kleinen Mannes. Pünktlich zum Wahltermin war unsere virtuelle Blase ordentlich angeschwollen: Der Kongress der Russischen Gemeinden lag in allen Umfragen hinter den Kommunisten auf Rang zwei. Die Kommunisten waren schockiert, doch dann nahm der KRO nicht einmal die gesetzliche Hürde. Wahrscheinlich hätten wir sie sogar genommen, wenn man uns gelassen hätte. Entscheidend war aber, dass wir keinen Apparat in den Regionen hatten. Damals lernten wir, dass man zwar leicht eine Blase erzeugen kann, dass es aber zusätzlich eines Apparates vor Ort bedarf, der die Stimmen einsammelt. Die Kommunisten waren da gut aufgestellt, wir hatten das verpasst. Daraus zogen wir die Lehren für 1996. Diesmal setzte die Kampagne bei den lokalen Bossen an, die nur teilweise loyal waren. Im ersten Durchgang mussten wir ihnen beweisen, dass Widerstand zwecklos war und sie sich zu Jelzin schlagen sollten. Den ersten Durchgang konnte er zwar nicht gewinnen, er musste aber zeigen, dass er den zweiten nicht verlieren würde, unter keinen Umständen. Die Strategie der Polittechnologien war also, Jelzins Hegemonie als alternativloser Führer durchzusetzen.

In der Vorstellung des Westens herrschte im Russland Jelzins Demokratie, unvollkommen zwar, aber immerhin gab es politischen Pluralismus. Dann kam Putin und installierte mit seinem autoritären Regime ein gänzlich anderes Modell. Wie stellt sich für Sie aus der Innensicht der Unterschied zwischen dem System Jelzin und dem System Putin dar?

Schon unmittelbar nach Putins Amtsantritt war von einem »neuen Regime« die Rede. In den ersten Jahren unterschied sich seine Politik kaum von seinem Wahlkampf. Die öffentliche Meinung und die Eliten wurden im Rahmen der bestehenden Institutionen unter Druck gesetzt. Das System Jelzin wurde nicht einfach ausgewechselt. Die neuen regionalen Statthalter des Präsidenten und die Föderalbezirke agierten eher auf symbolischer Ebene. So sollte der Anspruch und die Entschlossenheit des Zentrums demonstriert werden, Russland zu einen, klassisch gesagt, die »russische Erde zu sammeln«. Stück für Stück klaubte die Mannschaft um Putin Macht zusammen, wo immer sie zu holen war.

Was im Apparat noch zur Konsolidierung der Macht brauchbar war, wurde reaktiviert, stimuliert durch Putins triumphalen Sieg, diesen fast zufällig geglückten Handstreich, der in ein Dauerplebiszit mündete. Bei jeder Gelegenheit sollte sich die Gesellschaft nun äußern, ob sie für oder gegen Putin war. Die jelzinsche Infrastruktur des alternativlosen Präsidenten wurde übernommen, das Personal weitgehend beibehalten. Aber auch neue Aufgaben wurden angegangen. Beispielsweise hatte Jelzin keine Vorstellung davon, wie mit dem Erbe des sowjetischen Militärs umzugehen sei. Er verbannte die Armee faktisch aus dem Staat und damit auch aus der regulären Finanzierung. Hier litt Jelzin offensichtlich unter einer Schizophrenie sowjetischen Ursprungs. Einerseits glaubte er, eine Supermacht sei auf eine schlagkräftige Armee angewiesen, andererseits war er ein Pazifist sowjetisch-radikaler Prägung. Wegen dieser Unentschiedenheit gab es kein Budget für die Armee, sie hing wie eine drohende Lawine über der konstitutionellen Ordnung. Das war eine Parodie auf das lateinamerikanische Modell: eine darben­de Armee sah sich einer prosperierenden pazifistischen Elite gegenüber. Niemand wusste genau, was in der Armee vor sich ging. Generäle unterschlugen Staatsgelder, während Offiziere und einfache Soldaten hungerten. Welche Auswirkungen kann eine solche Armee auf ein Land haben? Bestimmt keine guten.

Hatte die Situation in der Armee auch mit Tschetschenien zu tun?

Ein heute in Vergessenheit geratenes Motiv für den Tschetschenienkrieg war es, die aufgebrachte Armee irgendwie zu beschäftigen. Allerdings war der Staat in den 1990er Jahren kaum in der Lage, seine Soldaten in den Krieg zu schicken. Wer im ersten Kaukasuskrieg gekämpft hatte, hatte das entweder für seine moralische Pflicht gehalten oder hatte irgendwie unter Druck gesetzt werden können. Schnell wurde deutlich, dass die Armee nicht einsatzfähig war, weshalb Abteilungen der Miliz und der OMON¹⁰ nach dem Rotationsprinzip aus den Regionen verpflichtet wurden. Fast die gesamten Truppen des Innenministeriums sind durch diesen blutigen Krieg gegangen und verroht. Erst vor diesem Hintergrund wird ihre spätere »Devolution« verständlich. Während viele im Krieg noch heroisch gekämpft hatten (die OMON von Rjasan hatte sich in einer umkämpften Schlucht nicht ergeben, sondern bis zum letzten Mann gekämpft wie die 300 Spartaner), wurden sie nach ihrer Rückkehr, nachdem sie einmal Blut

geleckt hatten, zu einer Gefahr. Viele schlossen sich der kriminellen Unterwelt an.

Unter Gorbatschow konnte die Miliz kaum die Waffen gegen das eigene Volk erheben – das ist auch ein osteuropäisches Phänomen. Hat Tschetschenien der Miliz die Schießhemmung genommen?

Ja, aber das fing schon früher an. Bei der Erstürmung des Weißen Hauses 1993 fanden sich Söldner, die für Geld schossen. Die regierungsnahen Oligarchen, darunter auch die späteren JUKOS-Chefs, schleppten säckeweise Geld an, um Panzermansschaften zu kaufen. Das ist allgemein bekannt. An die 900 Personen wurden getötet, davon 700 insgeheim.¹¹ Vor Putin waren Armee, Miliz und Geheimdienst vom Staat isoliert. Jelzin bezahlte sie nicht, löste sie aber auch nicht auf und reformierte sie nicht. Er überließ sie einfach sich selbst. Niemand weiß, wie es tatsächlich in diesen Institutionen aussah. Die Leute saßen in staatlichen Büros, gingen offen kommerziellen Tätigkeiten nach oder deckten Verbrecher. Und was tat Putin? Er holte Armee und FSB zurück ins staatliche Machtgefüge, und wer nicht einverstanden war, wurde aussortiert. So kamen die Geheimdienstleute und die *Silowiki* wieder an die Macht – diesmal mit ihren neuen Geschäften, ihren kriminellen Verbindungen und ihrer Profitgier. Dagegen ging Putin nicht vor, das war ihm zu riskant.

Wie sah Jelzin die Zukunft des postsowjetischen Raumes? Warum haben sich beispielsweise die Beziehungen zur Ukraine und zu Belarus so unterschiedlich entwickelt? Warum wurde die Idee eines russisch-belarussischen Bündnisstaates verworfen?

Alle Bündnisprojekte mit Belarus waren letztlich auf Lukaschenka zugeschnitten, der als Nachfolger Jelzins der Präsident der Staatenunion Russland-Belarus werden wollte. Bei freien Wahlen hätte sich mit ziemlicher Sicherheit Lukaschenka durchgesetzt, da es vor Putin keinen ebenbürtigen Populisten gegeben hatte.

Auch Teile der russischen Wirtschaftselite, besonders die Industriellen, waren pro-Minsk eingestellt. Belarus beherbergte den am höchsten entwickelten, erst in den 1980er Jahren modernisierten Teil des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes. Lukaschenka wollte Belarus

gegen den Kreml eintauschen, während man im Kreml schon 1996 anfang nachzurechnen, um welchen Preis man Lukaschenka sein Land abkaufen könnte, ohne ihm den Kreml zu überlassen. So entwickelten sich die russisch-belarussischen Verhandlungen, und so gerieten sie auch in eine Sackgasse. Mit Kutschma war das ganz anders. Er lavierte zwischen Russland und dem Westen, erweckte aber nie den Eindruck, er sei bereit, die Ukraine Russland zur Annexion freizugeben.

Aber was für eine Ukraine hätte denn Jelzins Vorstellungen entsprochen?

In meinen Augen war Jelzin ein geopolitischer Autist. Er liebte zwar den politischen Prunk internationaler Gipfeltreffen und dergleichen, wichtige Entscheidungen gingen in seinen Augen aber immer von Moskau aus. Auf die Ereignisse in der Ukraine reagierte er kaum. Kutschma verstand er als Manager sowjetischen Typs, die beiden fanden schnell zueinander. Aber sie verfolgten zu keiner Zeit eine Wiederbelebung der Sowjetunion. Außerdem hatte Kutschma Angst vor Jelzin. Nach dem Belwescher Abkommen hielten viele Jelzin für unberechenbar. Deshalb hatte Kutschma im Kreml seine Leute sitzen, die ihn informierten, welches Süppchen dort gerade gekocht wurde.

Holten sich denn die Widersacher Kutschmas Rat in Moskau?

Alle Kiewer Politiker waren hin und wieder im Kreml, aber echte Verhandlungspartner tauchten erst spät auf. In den 1990er Jahren existierten in der Ukraine autonome quasipolitische Kräfte, Parteien, die es in dieser Form in Russland noch nicht gab. Jelzin konnte mit Parteien nichts anfangen. Die Parteien ukrainischen Typs mit ihren regionalen Apparaten waren ihm unverständlich. Damals traten auch die Wirtschaftsbosse auf den Plan, die unter Kutschma groß geworden waren und später in die Politik gingen. Oligarchen wie in Russland, mit denen Jelzin hätte reden können, gab es in der Ukraine erst nach seiner Zeit.

Wie konnte Moskau bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Jahr 2004 so danebenliegen? Sie waren ja damals vor Ort und für Janukowytsh aktiv. Wie ist diese Niederlage im Lichte der heutigen Situation zu beurteilen?

Kutschma hatte von Anfang an quergeschossen. Er hat uns ein Spiel aufgezwungen, das wir gar nicht spielen wollten.

Also fand in diesem Fall die »Operation Nachfolger« nicht statt?

Doch, nur war es nicht unser Kandidat. Kutschma spielte die ganze Zeit sein eigenes Spiel. Zugleich suchte er unsere Zustimmung für jeden seiner Schritte. Dabei änderte sich sein Konzept andauernd. Zuerst wollte er selbst eine weitere Amtszeit bestreiten, noch bis kurz vor den Wahlen, im Frühjahr 2004. Wolodymyr Lytwyn, der Parlamentspräsident, und andere hatten ihm lange zugeredet, er solle weitermachen. Es gab da dieses legendäre dreitägige Besäufnis, bei dem Lytwyn Kutschma fast überzeugen konnte, zu bleiben.

Dann entschied er sich doch, nach einem Nachfolger zu suchen und verfiel auf Janukowytsch. Er verfolgte keinen klaren Plan. Janukowytsch war wohl so etwas wie sein Notnagel für den Fall der Fälle, der dann ja durch diese verunglückte Kandidatur auch eintrat. Janukowytsch war für diese Rolle völlig ungeeignet. Ähnlich wie Lebed ist er nur scheinbar ein harter Knochen, in Wahrheit hat er kein Rückgrat. Sobald es kritisch wird, ist er verloren. Zu Sowjetzeiten wäre sicher ein ordentlicher Apparatschik aus ihm geworden. Aber zum Politiker taugte er nicht.

Kutschma selbst hatte also Janukowytsch vorgeschlagen, und Moskau hat nicht einmal versucht, sich einzumischen. Im Juni 2004, als Kutschma sich dann endlich entschieden hatte, war es ohnehin schon zu spät, etwas zu ändern, der Wahlkampf war schon angelaufen. Und selbst dann kontrollierte Kutschma noch die Janukowytsch-Kampagne und untersagte ihm, sich als künftigen Präsidenten zu präsentieren. Kutschma wollte sich bis zuletzt die Möglichkeit offenhalten, alle noch einmal auszutricksen. Er ließ sich nicht in die Karten schauen, was die Kampagne und alle Beteiligten natürlich stark beeinflusst hat. Sie mussten nicht Janukowytsch, sondern Kutschma gegenüber loyal sein. Im Grunde war die Janukowytsch-Mannschaft in Kiew isoliert, sie stellte eine Enklave innerhalb eines Systems dar, das völlig von Kutschma und seinen Leuten kontrolliert wurde.

Ich glaube, dass diese Schizophrenie Kutschmas die Hauptursache für den Lauf der Ereignisse war. Seine Leute waren überall, um zu kontrollieren und Fragen zu stellen. Da kam es mitunter zu grotesken Situationen: Ich wurde in einen Raum geführt, wo ich auf Kutschma warten sollte.

Kurz darauf wurde der amerikanische Botschafter in denselben Raum geführt. Man entschuldigte sich und führte mich wieder hinaus. Köstlich. Der Kreml ist ja schon ein verrückter Ort, aber das ... Was da in Kiew passierte, vor allem die Geschwindigkeit, mit der Kutschmas nächstes Umfeld sich auflöste, hat Putin ziemlich beeindruckt. Er kannte solche Prozesse natürlich aus der Theorie, hier aber konnte er selbst mit ansehen, wie ein Apparat zusammenbrach und dessen Herrn plötzlich alles entglitt. Alle arbeiteten plötzlich für jemand anders, sogar Kutschmas Bodyguards.

Warum hatte Moskau alles auf eine Karte gesetzt?

Das war die alte Politik der Alternativlosigkeit. Im postsowjetischen Raum wird ein erzkonservativer Politikstil gepflegt. So eine Art Legitimus à la Metternich. Die einzige Ausnahme war Swiad Gamsachurdia in Georgien; einzig dort galt der Präsident nicht als alternativlos. In allen anderen Fällen lautete die Devise: Wir setzen auf den Präsidenten und den von ihm benannten Thronfolger. Warum, ist mir ein Rätsel.

Lassen Sie uns über Putin sprechen. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts war er eine authentische Figur, ein populärer Politiker, zu dem es tatsächlich keine Alternative zu geben schien. Hätte er sich 2004 für freie Wahlen entschieden, er hätte auch sie gewonnen. Wozu dann die Kontrolle?

Die Verhaftung Chodorkowskis 2003 bedeutete einen Einschnitt. Damals wandelte sich nicht nur die politische Stimmung, sondern auch das Konzept für die zweite Amtszeit. Parlamentswahlen sind in Russland der Auftakt zu den Präsidentschaftswahlen, eins geht ins andere über. Und bei den Parlamentswahlen 2003 hat nicht nur JUKOS seinen Kandidaten für eine Post-Putin-Ära aufgebaut. JUKOS wollte zunächst *Jabloko* und die *Union der rechten Kräfte* (SPS) vereinigen, entschied dann aber überraschend, die Liberalen in zwei Reihen aufzustellen. Das machte Putin ziemlich nervös. Unabhängig davon stand der Beschluss fest, die Partei Einiges Russland durch die Wahlen zu bringen. Hätte sie 2003 nicht teilgenommen, wäre sie einfach als eines von vielen Wahlprojekten der Regierung in der Versenkung verschwunden. Man brauchte wenigstens eine Partei mit Perspektive. Und auf diesem Kurs segelt man immer noch, hin zu einem Anderthalb-Parteiensystem. Wir hatten uns damals vor allem

auf die Kommunisten eingeschossen. Jabloko und SPS haben dann wider Erwarten den Einzug ins Parlament nicht geschafft. Also haben wir das Konzept umgestellt und die Liberalen bei zukünftigen politischen Vorhaben kaum noch berücksichtigt.

Putin sah weit und breit keinen ernstzunehmenden Rivalen. Unsere Idee war, die Präsidentschaftswahlen 2004 zu einem positiven Volksentscheid zu machen. Damals gab es tatsächlich keine Alternative zu Putin, und diese politische Realität sollte durch das Wahlszenario demonstriert werden. Wie es sich für Wahlen gehört, gab es naturgemäß auch andere Kandidaten. Die Hauptsache war, dass Putin sich nicht mit ihnen gemein machte, ihnen nicht einmal virtuell begegnete. Das Problem war also eher ein ästhetisches, es ging darum, den zeremoniellen Auftritt des »ersten Bürgers«, des konkurrenzlosen Basileus, zu inszenieren. Damals war das noch Kampagnendesign. Später hat sich daraus ein Politikstil entwickelt.

Dann war Putins Alternativlosigkeit Problem und Lösung zugleich?

Die wichtigste Botschaft für die Wahlkampagne war: Es gibt keine neue Revolution. Die Revolution von 1999/2000 sollte die letzte gewesen sein. Vorher waren Wahlen in Russland immer mit Revolutionen einhergegangen. Putins Aufgabe war es nun, nicht einmal den Gedanken an etwas Derartiges aufkommen zu lassen. Daher die ganze Stabilitätsrhetorik und der inszenierte Triumphalismus.

Die Demonstration von Stabilität gelang zwar, doch in den Jahren 2003/2004 ereigneten sich neben der Verhaftung Chodorkowskis auch das Geiseldrama in Beslan und die Orange Revolution in der Ukraine.

Das waren alles einschneidende Erfahrungen. Sie haben Putin vor Augen geführt, dass es keine zuverlässigen Schutzvorkehrungen gibt, weder in der Außen- noch in der Innenpolitik. Russland ist empfänglich für Nihilismus, immer steht alles auf der Kippe. Damals begann in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bereits eine neue Art der Politik. Und schon vorher war der Bush-Faktor von entscheidender Bedeutung. Putin hatte eine starke Affinität zum Erscheinungsbild Bushs, er galt ihm als Muster für das Auftreten eines Präsidenten. Gleichzeitig dämmerte ihm, dass dieser Bush sich nach dem Irak und Afghanistan durchaus auch Russland

vorknöpfen könnte. Nach den Ereignissen in der Ukraine verfiel man im Kreml wieder in das alte russische Denkmuster: Teufel noch mal, erst sind wir gut Freund mit den Amerikanern, und dann erleben wir einen zweiten 22. Juni.¹² Bushs Programm eines weltweiten Demokratieexports tat ein Übriges. Diese neue Bedrohung bestimmte die Innenpolitik Putins in seiner zweiten Amtszeit. Sie war geprägt von der Suche nach einem Soft-Power-Konzept zur Verteidigung gegen Angriffe von außen.

Wie stabil ist das System Putin? Wie wichtig ist Stabilität für Putin überhaupt?

Stabilität ist letztlich ein Propaganda-Begriff. Es gibt mehr oder weniger überprüfbare faktische Stabilität, und es gibt Stabilität als politisches Ziel. Dieses Ziel wurde Anfang des vergangenen Jahrzehnts ausgerufen, als es in jeder Hinsicht an faktischer Stabilität fehlte. Nicht einmal Putins Mannschaft war stabil, er hatte sie nicht unter Kontrolle. Seine Leute waren wie Rosinen in einem Kuchen, sie saßen in einer anderen Mannschaft, eben der Jelzins. Das war eine verschworene Gemeinschaft, zusammengehalten durch ihre Vergangenheit und ihre Nähe zu Jelzin, durch ihren Besitz und ihre Überzeugungen. Angesichts dieser Situation machte Putin Stabilität zur Priorität.

Aber was verstand er überhaupt unter Stabilität? Er sah sich nicht als Interims-Präsidenten. Viele nahmen ihn nur als Übergangsfigur wahr, die ihnen Zeit zur Vorbereitung der nächsten Wahlen sichern sollte, das wusste er. So schätzten ihn wohl auch viele Jelzin-Leute ein. Aber Putin wollte kein Lückenbüßer sein, er wollte sich nicht von anderen kontrollieren lassen. Er konnte zwar das eine oder andere eigene Projekt durchsetzen, etwa die russische Hymne, aber die meisten Entscheidungen zu Beginn seiner Amtszeit kamen nicht von ihm. Im Jahr 2003 begann er, dieses Problem anzugehen. Er ging auf Konfrontation mit dem mächtigen Chef der Kreml-Administration, Alexander Woloschin.¹³ Ansatzpunkt war der Chodorkowski-Fall, der für Putin aber nur Mittel zum Zweck war. Nach meinem Verständnis ging es damals nicht wirklich um JUKOS. Im Mittelpunkt stand vielmehr eine Neuordnung der Kräfteverhältnisse im Kreml. Es ging darum, sich vom Jelzin-Clan, der »Familie«, zu emanzipieren. Wichtig war dabei, nicht in direkten Konflikt mit Jelzin zu geraten. Darauf hat Putin immer geachtet. Daher ließ er konsequent die Fin-

ger von Leuten aus Jelzins näherem Umfeld, etwa dem Oligarchen Oleg Deripaska. Chodorkowski aber stand Jelzin nie besonders nahe.

Hingegen konnten Woloschin und seine Leute angesichts von Putins Angriff auf Chodorkowski nicht einlenken und der Konflikt eskalierte. Putin suchte nicht nach einem Kompromiss, der anfangs noch möglich schien. Er setzte sich gegen Woloschin durch, seine Macht wuchs, und er verstand es, sie zu festigen. So wurden die Wahlen 2004 zu einem demonstrativen Triumphzug und zum Ausdruck eines neuen Machtanspruchs, der mit dem Versprechen von Stabilität verbunden war.

Wollte Putin sich denn mit Chodorkowski verständigen?

Ich glaube schon, dass es vor dem Ausbruch des Kriegs gegen JUKOS, zwischen dem Sommer 2003 und der Verhaftung Chodorkowskis im Oktober, eine Phase gab, in der nach einer Einigung gesucht wurde. Aber soweit ich weiß, war Michail zu diesem Zeitpunkt nicht mehr an einer Einigung interessiert. Er wollte etwas anderes, aber niemand verstand, was. Daher kursierten allerlei Schauernmärchen, manche sahen in ihm einen dämonischen Rothschild, es gab Gerüchte um das Atomwaffenarsenal der Russischen Föderation. Chodorkowski war immer unterwegs und äußerte sich ständig, er meldete sich kritisch zu Wort, ohne Taten folgen zu lassen.

Er hat alles verkehrt gemacht. Zu diesem Zeitpunkt hätte er eine Einigung suchen, klar Stellung beziehen oder das Land verlassen müssen. Erst später ließ er eine politische Position erkennen, davor aber sah es so aus, als schare er ein unsichtbares Heer um sich, um mit Putin konkurrieren zu können. Chodorkowski brachte seine Leute in eine fatale Lage, einige kamen in echte Schwierigkeiten.

Faktum ist, dass es keine Einigung mit JUKOS gab. Ob Putin sie wirklich gesucht hat, ist heute schwer zu beurteilen, vielleicht weiß er es selbst nicht mehr. Ich glaube, dass niemand ein so tragisches Ende wollte. Putin hätte damals kaum versprochen, dass JUKOS unangetastet bleibt, wenn er schon seine Vernichtung geplant hätte. Und mit Ausnahme dieses einen Menschen ist er sich letztlich mit allen einig geworden. Woloschin hat heute sein Büro im selben Gebäude wie Putin.

Wir haben über Alternativlosigkeit in Bezug auf Gorbatschow, Jelzin und Putin gesprochen. Ist nun, vor den Präsidentschaftswahlen von 2012, viel-

leicht das Ende der Politik der Alternativlosigkeit erreicht? Oder lässt sich die Zeit anhalten und der aktuelle Status quo einfrieren?

Ich glaube, dass weder Medwedew noch Putin davon ausgehen, sie könnten den Status quo auf eine weitere Amtszeit ausdehnen. Sie beurteilen die Situation zwar unterschiedlich, aber keiner von beiden glaubt, dass das Tandem weitermachen kann. In ihrem Umfeld würden das sicher einige gern sehen, sie schätzen die klaren Spielregeln. Sicher sind zwei Telefone etwas unhandlich, doch daran kann man sich gewöhnen. Putin kann aber nicht einfach auf den alten Posten zurück, er sucht noch nach einem neuen Modell für sein Comeback.

Und was hindert ihn daran, einfach zurückzukehren?

Er soll einen Kandidaten beerben, den er selbst lanciert hat? Dann wäre ja er die lahme Ente. Er müsste über die gesamte nächste Amtszeit erklären, warum er sich diesen Fehler erlaubt hat. Nein, so tickt er nicht. Er braucht einen starken, überraschenden Zug, er will eine Tür aufstoßen, an die noch niemand denkt. Gleichzeitig ist Medwedew wütend, dass nichts funktioniert, was Putin geschaffen hat. Das Schaltpult auf Medwedews Schreibtisch hat Knöpfe genug, man kann sie auch alle drücken, nur fehlen die Kabel dahinter. Aber Medwedew ist auch klar, dass er seine Präsidentschaft jetzt eigentlich nicht beenden kann. Im Unterschied zu Putin hat er ein eigenes Konzept für Russland. Das müsste er in einer zweiten Amtszeit umsetzen.

Einen Konflikt mit Putin kann Medwedew sich aber auch nicht leisten. Es ist alles sehr heikel. Schließlich gibt es auch das ethische Prinzip, dass man einen Freund nicht verrät. Für Jelzin wäre das kein Hindernis gewesen. Sein Weg ist gepflastert mit alten Freunden, die er fast ausnahmslos schwer düpiert hat. Das Tandem ist also keine Lösung. Medwedew will nicht mehr vier Jahre so weitermachen, Putin auch nicht. Aber noch bizarrer wäre ja die Konstellation mit Putin als Präsidenten und Medwedew als Premier. Das wäre geradezu surreal. Und Putin weiß sehr wohl, dass es globale Regeln gibt, an die man sich besser hält. Allzu viel Exzentrik verbietet sich.

Jetzt bräuchte es eine Idee wie die der »Stabilität« Ende der 1990er Jahre. Damals sehnte sich die Mehrheit nach einer starken Regierung. Ob das nun

Stabilität, Ordnung oder sonst wie genannt wurde, es ging um eine starke Hand und um Sicherheit und Frieden im Innern. Heute ist die Stimmung anders. Die in den vergangenen Jahrzehnten in Russland entstandene Mittelschicht ist nicht gerade optimistisch. Diese Leute sind in einem Zustand ständiger Irritation und scheinen alles andere als verlässlich. Sie reden viel und schimpfen mit Vorliebe auf die Regierung. Auch die sozialen Netzwerke haben ihren Teil zu einem neuen Stil im Diskurs über die Macht beigetragen. Das russische Internet ist extrem negativ eingestellt. Positive Stimmen verhallen dort ungehört.

Das Internet ist eben das Medium der Radikalen. Dort sind vor allem extreme Positionen vertreten.

Sicher, die virtuelle Polarisierung ist von der realen zu unterscheiden, sie ist rhetorisch und diskursiv, aber sie existiert nun einmal. Wir haben das Problem, dass die passive Unterstützung für die Regierung, wie sich bei den Wahlen zeigt, zwar sehr breit ist, dass sie sich aber nicht aktivieren lässt. Diese Unterstützung lässt sich nicht in politische Mobilisierung übersetzen. Eine Lösung dafür ist nicht in Sicht. Alle schielen ständig auf ihre Umfragewerte. Die mögen zwar gut sein, aber die Angst bleibt, da alle Appelle folgenlos bleiben. Medwedew musste das mit seinen Modernisierungsplänen erleben. Es dürfte eine unangenehme Erfahrung für ihn gewesen sein, dass selbst aus den Kreisen der Unternehmer, die seinen Plänen gegenüber aufgeschlossen sein müssten, kaum Reaktionen kamen. Auch diejenigen, die Angst vor Putin haben, bleiben stumm. Vielleicht haben sie ja auch gar keine Angst vor ihm? Kurz, es ist nicht klar, was man in einer solchen Situation tun kann.

Das Problem lässt sich nicht mit einem Politikwechsel lösen. Vielleicht mit einem Regimewechsel? Für Regimewechsel steht im russischen Diskurs die Perestroika: Alles, was irgendeinen Einfluss auf das System hat, wird abgeschaltet, und dann schaut man, was passiert. Ein Horrorszenario für alle. Und nach den Ereignissen auf dem Manegeplatz¹⁴ auch für die Liberalen.

Russland stand noch nie so kurz vor den Wahlen ohne Lösung da. Formell beginnt ja der Parlamentswahlkampf schon in einem halben Jahr. Das Jahr 2012 hat etwas Apokalyptisches. In Moskau beschwört man bereits den Maya-Kalender, gemäß dem in jenem Jahr das Ende der Welt kommt.

Die Erde wird beben, und unter Donnerrollen wird ein gigantischer Stein mit einem neuen Kalender vom Himmel stürzen. Und eine Stimme wird sagen: Danke, dass ihr euch an unseren Kalender haltet. In Wahrheit wird das Drehbuch wohl ziemlich tautologisch sein: Viele meinen, dass Medwedew für eine zweite Amtszeit kandidieren wird, während sich Putin eine Rolle für die Zeit nach den Wahlen ausdenkt. Was das für eine Rolle sein könnte, darüber rätseln alle.

Aus dem Russischen von Thomas Weiler

Anmerkungen der Redaktion

- 1 Am 8. Dezember 1991 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der Russischen Föderation, der Ukraine und von Belarus das Belowescher Abkommen, mit dem das Ende der Sowjetunion offiziell besiegelt wurde. Gleichzeitig gründeten sie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).
- 2 Murtasa Rachimow war von 1993 bis 2010 Präsident der Republik Baschkortostan.
- 3 Mintimer Schaimijew war von 1991 bis 2010 Präsident der Republik Tatarstan.
- 4 Juri Nikulin (1921-1997) war ein populärer Clown und Filmschauspieler.
- 5 Anatoli Pristawkin (1931-2008), Schriftsteller, war von 1992 bis 2001 Vorsitzender der Begnadigungskommission des russischen Präsidenten.
- 6 Wassili Below (*1932) ist Schriftsteller.
- 7 Walentin Jumaschew (*1957), Journalist, war zeitweise Leiter der Präsidentialadministration.
- 8 So legte der durch Rundfunk und Fernsehen damals verbreitete Slogan »Ja-Ja-Nein-Ja« den Stimmberechtigten nahe, wie sie im Sinne Jelzins ihre Kreuzchen zu setzen hatten.
- 9 Michail Gefter (1918-1995) war ein Historiker und Philosoph.
- 10 OMON ist eine dem Innenministerium unterstellte Spezialeinheit der Miliz.
- 11 Diese Zahlen sind umstritten. Nach offiziellen Angaben gab es 187 Tote und 437 Verletzte, Vertreter der Kommunisten sprechen von bis zu 2000 Toten. Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/1993_Russian_constitutional_crisis
- 12 Am 22. Juni 1941 überfiel Hitler-Deutschland die Sowjetunion.
- 13 Alexander Woloschin (*1956) war Mitglied der Regierungsmannschaft Jelzins, Leiter der Präsidentialverwaltung unter Jelzin, dann unter Putin. Nach der Verhaftung Chodorkowskis trat er im Oktober 2003 zurück.
- 14 Auf dem Moskauer Manegeplatz gab es im Dezember 2010 ausländerfeindliche Ausschreitungen nach der Ermordung eines Fußballfans. Siehe dazu den Artikel von Ilya Budraitskis in diesem Heft.

Vladislav Inozemtsev
 IST RUSSLAND MODERNISIERBAR?

Die im heutigen Russland geführte Debatte über Modernisierung gibt westlichen Forschern, die an ein strenges Verständnis des Begriffs gewöhnt sind, bisweilen Rätsel auf. Tatsächlich betrachten viele Russland als ein Land, das die Schwierigkeiten traditioneller Industrialisierung bereits vor Jahrzehnten überwunden hat. Seine Modernisierung ist jedoch nach wie vor ein sehr reales Problem, das im Folgenden analysiert werden soll – mit dem Blick auf die Frage, ob es in absehbarer Zukunft gelöst werden kann.

Was bedeutet Modernisierung für das heutige Russland?

Modernisierung lässt sich aus meiner Sicht auf zweierlei Weise interpretieren. Einerseits wird sie als rein wirtschaftlicher und technologischer Prozess verstanden, dessen Ziel in der Erlangung globaler Wettbewerbsfähigkeit besteht. Andererseits kann sich Modernisierung auch auf eine Transformation sozialer und politischer Institutionen beziehen, die eine Gesellschaft näher an das von den entwickelten westlichen Demokratien verkörperte Ideal heranzuführt. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs kann zu einer widersprüchlichen Verwendung führen. Es ist naheliegend, einerseits von Modernisierung als Industrialisierung und andererseits als Liberalisierung zu sprechen. Das wäre, wie mir scheint, allerdings verfehlt: Erstens, weil sich in der heutigen Welt wirtschaftliche Modernisierung nicht allein auf Industrialisierung reduzieren lässt, und zweitens, weil eine Konsolidierung von Institutionen nicht immer die Voraussetzungen für Liberalismus schafft. Die gegenwärtige russische Wirtschaft zum Beispiel ist weit »liberaler«, als es die quasisozialistischen Wirtschaften Europas sind. Auf diese Weise riskieren wir, uns ohne einen echten Zugewinn an Erkenntnis in den üblichen Terminologiestreitigkeiten festzufahren.

Ich ziehe es vor, von Modernisierung als einem im Wesentlichen ökonomischen Prozess zu sprechen, der zu einer modernen, sich selbst regu-

lierenden Wirtschaft führt und zu einer stabilen selbständigen Entwicklung fähig ist. Gleichzeitig erfordert der Aufbau einer Wirtschaft von der Gesellschaft wie vom Staat ernsthafte Anstrengungen zum Abbau überkommener ökonomischer Strukturen, zur Öffnung des Landes und zur Umorientierung des gesellschaftlichen Bewusstseins von traditionellen Werten und Idealen der Vergangenheit auf die Zukunft. In diesem besonderen Zusammenhang würde ich sagen, dass das Kriterium für den Erfolg von Modernisierung die Abwesenheit jeder Notwendigkeit für neue Modernisierungen ist.¹ Ist die Modernisierung eines Landes in einer historisch gesehen relativ kurzen Spanne von etwa 50 bis 100 Jahren von Erfolg gekrönt, bedarf es keiner neuerlichen Modernisierung. Die wichtigsten Auswirkungen wirtschaftlicher Modernisierung sind: ein höherer Lebensstandard für die Bevölkerung; die Herausbildung einer wettbewerbsfähigen, Konsum- und Investitionsgüter produzierenden Industrie; die Eingliederung des Landes in den Welthandel (als Lieferant solcher Güter); die Entstehung einer stabilen Nachfrage nach einheimischen Technologien und deren allmähliche Einführung auf dem Weltmarkt. Auf institutioneller Ebene führt Modernisierung unmittelbar zur Stärkung der Macht der Judikative. Sie beflügelt das Wirtschaftsleben, konsolidiert private Institutionen und liberalisiert die Investitionsmöglichkeiten innerhalb des Landes für einheimische wie ausländische Investoren.

Erfolgreiche wirtschaftliche Modernisierung schafft die Voraussetzungen für einen Prozess, den ich mit Theodore Von Laue und Serge Latouche »Verwestlichung« nennen würde.² Es geht hierbei um die Akzeptierung westlicher Normen und Institutionen (ich spreche bewusst nicht von »Werten«, da ich überzeugt bin, dass sie eine weitaus geringere Rolle spielen als soziale Normen)³, die Schaffung eines demokratischen politischen Systems, die Rechenschaftspflichtigkeit von Regierung und Verwaltung gegenüber den Wählern, die Garantie der freien Rede und des Zugangs zu Informationen sowie eine Reihe weiterer Merkmale westlicher Gesellschaften. In ihrer praktischen Entwicklung hat die Verwestlichung allerdings bei vielen Gesellschaften gezeigt, dass eine erfolgreiche Modernisierung bis zu einem gewissen Grad nicht von der Akzeptierung westlicher Normen begleitet sein muss (obwohl wir heute, unter den gegenwärtigen Umständen, nicht wissen, für wie lange). Das ist der Grund, warum ich glaube, dass Modernisierung und Verwestlichung wechselseitig komplementäre, aber nicht identische Prozesse sind.

Die Verbindung zwischen ihnen wird – mit etwas ungewöhnlichen Begriffen – in einem bekannten Buch von Fareed Zakaria beschrieben, demzufolge die »liberale Autokratie« eine ideale Basis für die Entwicklung einer vollkommen freiheitlichen, für westliche Werte empfänglichen Gesellschaft ist. Zakaria glaubt außerdem, dass die Voraussetzungen für den Übergang von ersterer zu letzterer von der Erreichung eines bestimmten Lebensstandards abhängig seien, der dazu führe, dass die Forderung nach Demokratie unabweisbar wird.⁴ Ich stimme dieser Analyse zu und betrachte die Modernisierung Russlands als wichtigste Vorbedingung seiner Verwestlichung. Das ist der Grund, warum ich mich heute für eine energische wirtschaftliche Modernisierung des Landes ausspreche.

Zakarias Logik gilt, wie ich anmerken möchte, im Hinblick auf Russland noch mehr als in Bezug auf andere Länder. Bedauerlicherweise fielen in der Geschichte der Sowjetunion und Russlands Perioden der Demokratie mit Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen zusammen (wie 1917 und später 1990-1998). Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Ursachen dieser Wirtschaftskrisen nichts mit der Demokratisierung zu tun hatten, dennoch wird in der öffentlichen Meinung die Demokratie heute mit Chaos assoziiert. In einem Land wie Russland sollte die Modernisierung unzweifelhaft der Verwestlichung vorausgehen (die einzige Ausnahme könnte ein simultanes, brachiales Aufzwingen westlicher Normen – etwa wenn Russland in die EU aufgenommen würde – und die Abtretung einiger souveräner Rechte Russlands sein, was gegenwärtig unwahrscheinlich erscheint)⁵. Abgesehen von historischen Faktoren sollte man auch im Gedächtnis behalten, dass Russland gegenwärtig von einer Umverteilungswirtschaft beherrscht wird – über 60 Prozent des Haushalts stammen aus Erlösen, die mit der Förderung und dem Export von Rohstoffen verbunden sind, und ein weiterer großer Anteil kommt nicht aus Steuern, sondern aus Zöllen. Das heißt, dass die Regierenden die Bürger Russlands auf Kosten einzelner Sektoren und Unternehmen füttern, in denen eine kleine Minderheit der Menschen beschäftigt ist. Das erklärt weitgehend die gesellschaftliche Passivität der Bevölkerung. Solange die Russen nicht anfangen, ihren nationalen Reichtum zu produzieren, statt ihn aus der Erde zu pumpen, wird es im Land keine Grundlage für die Herausbildung einer Gesellschaft westlichen Stils geben. Schließlich war die westliche Gesellschaft jahrhundertlang eine Gemeinschaft von Produzenten, bevor sie zu einer »Konsumgesellschaft« wurde.

All das unterstreicht, dass das zentrale Thema im heutigen Russland eine wirtschaftliche und technologische Modernisierung sein sollte, die das Land in eine große Industriemacht verwandelt. In erster Linie auf den Rohstoffsektor ausgerichtete Wirtschaften sind eher nicht liberal (obwohl liberale Wirtschaften, die Zugang zu großen Rohstoffressourcen erlangt haben, nicht aufhören, liberal zu sein). Es gibt viele Beispiele, die dies bestätigen. Folglich sollte Russland, wenn es anstrebt, ein liberales westliches Land zu werden, eine Industrielandschaft werden. Dazu ist eine neue Modernisierung notwendig.

Bevor ich die gegenwärtige Modernisierung Russlands mit verschiedenen Modernisierungen vergleiche, die dort in der Vergangenheit unternommen wurden, möchte ich eine Anmerkung zu dem Zusammenhang zwischen Industrialisierung und technologischer Entwicklung machen. Das Programm der Modernisierung, das Präsident Medwedew vorgeschlagen hat, basiert auf der Idee einer beschleunigten technologischen Entwicklung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Atomenergie und Weltraumforschung. Aus meiner Sicht ist es für Russland aus einer Reihe von Gründen allerdings unmöglich, den Übergang von einer »Rohstoffwirtschaft« zu einer »Wissensökonomie« zu schaffen. Erstens mangelt es dem Land an Wissenschafts- und Technologieexperten, die die Technologieentwicklung mit substantiellen Beiträgen in neue Richtungen lenken könnten. Zweitens sind wir Zeugen eines rapiden Zerstörungsprozesses des Hochschulwesens, mit der Folge, dass immer mehr junge Spezialisten das Land verlassen. Drittens schafft die einheimische Industrie keine Nachfrage nach neuen Technologien; aufgrund des hohen Maßes an Monopolisierung sperrt sie sich in den meisten Sektoren vielmehr gegen sie. Viertens macht der Export von Patenten und Rechten an geistigem Eigentum selbst in den USA im Vergleich zum Export von Industriegütern nur einen kleinen Anteil aus. In Russland ist dieser Anteil noch geringer, folglich ist es unwahrscheinlich, dass die Entwicklung einer »Wissensökonomie« die russische Modernisierung vorantreiben könnte. Darüber hinaus zeigen Analysen der Weltbank aus den letzten Jahren, dass Länder, die die neuesten Technologien anwenden, höhere Wachstumsraten erzielen als jene, die sie erfinden.⁶ Und schließlich zeigt die Praxis, dass im Hochtechnologiebereich eine immer härtere weltweite Konkurrenz Platz greift und die Preise für Hightechprodukte rasch fallen, nachdem diese auf dem Markt weithin verfügbar geworden

sind. Die russische Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form kann sich nur unter den Bedingungen eines stetigen Ausgabenwachstums und Preisanstiegs entwickeln.⁷ All das sind Gründe für die Annahme, dass eine Modernisierung im heutigen Russland nur industrieller Art sein kann.

Modernisierung heute und früher

Diese Auffassung dringt sukzessive auch nach Russland durch, wenngleich viele Beobachter sowohl hier wie im Ausland an der Notwendigkeit einer solchen »neuen Industrialisierung« Zweifel äußern. Ihre Einwände lassen sich auf zwei Hauptargumente zurückführen.

Auf der einen Seite wird eingewandt, dass Russland bereits ein Land mit einem relativ hohen Lebensstandard sei. Daher sei es unangemessen, auf die klassische Methode der Industrialisierung zu setzen, die in den meisten Fällen auf der Verwendung billiger Arbeitskräfte beruhe. Die Vertreter dieser Auffassung stellen sich zumeist hinter jene, die sich für einen »großen Sprung nach vorn« von der Rohstoff- in eine postindustrialisierte Wirtschaft aussprechen.

Auf der anderen Seite wird gerne auf die Tatsache verwiesen, dass die Sowjetunion in den 1930er Jahren bereits eine mächtige industrielle Basis aufgebaut hat und in den fünfziger und sechziger Jahren zu einer der weltweit führenden Technologiemächte wurde. Folglich sei die Phase der industriellen Entwicklung vorüber, und das Richtige sei heute, sich auf die Lösung der längerfristigen Probleme zu konzentrieren. Auch diese Position stärkt die Unterstützer einer Entwicklung zu einer »Wissensökonomie«.

Das zentrale Gegenargument scheint mir, dass sich in der Sowjetunion Industrialisierung und Fortschritt in Forschung und Technik gänzlich ohne einen Gedanken an die Wirtschaftsgesetzgebung und die Wettbewerbsfähigkeit vollzogen haben. Die UdSSR blieb eine stark abgeschottete Wirtschaft – selbst in den letzten Jahren vor ihrem Zusammenbruch machte der Export nicht mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Davon gingen etwa 58 Prozent in die sozialistischen Länder, wo es für sowjetische Produkte keine erkennbare Konkurrenz gab. Ihre Industrieproduktion war erstens durch extrem schlechte Qualität und eine hohe Energieintensität und zweitens durch einen nahezu vollständigen Mangel an Entwicklung gekennzeichnet (außer in den Fällen, in denen

Entwicklung unverzichtbar war, wie im Militärbereich). Ja, die Sowjetunion war eine Industriemacht und ihre Wirtschaft war die zweitgrößte der Welt, aber wenn man die Präsenz chinesischer Waren auf dem Weltmarkt Anfang dieses Jahrhunderts mit der Präsenz sowjetischer Produkte zu Beginn der 1980er Jahre vergleicht, wird der Preis der sowjetischen Industrialisierung sofort klar. Das besondere Merkmal dieser Zeit war, dass die Sowjetunion als Industriemacht existierte, aber weltweit nicht als solche anerkannt wurde.

Gorbatschows Perestroika – also der Versuch, die Entwicklung der Wirtschaft mittels ihres Umbaus zu beschleunigen – zerstörte die Sowjetindustrie alten Stils, ohne eine neue zu schaffen. Statt der Welt eine konkurrenzfähige Industrie anzubieten, verwandelte sich Russland in ein Rohstofflager für die entwickelte Welt. Mächten fossile Brennstoffe 1990 noch 37,5 Prozent des Exports aus, so stieg ihr Anteil bis Mitte der neunziger Jahre auf 48 Prozent und bis 2008 auf 65,3 Prozent. Eine auf die Eroberung des internationalen Marktes zielende Industrialisierung erwies sich als zu komplex für russische Industrieunternehmer und wurde aus diesem Grund verworfen. Bis zum heutigen Tag reicht Russland nicht einmal entfernt an die Indikatoren der Sowjetzeit für die Produktion von Industriegütern heran: Zwischen 1985 und 2009 fiel die russische Produktion von Mineraldünger, Papier, Stahl, Zement und Pkws um etwa das 1,2-, 1,3-, 1,5-, 1,6- bzw. 2-Fache, während die Produktion von Lkws und Traktoren um das 6- bzw. 35-Fache und jene von Uhren und Kameras um das 91- bzw. 600-Fache (!) sank.⁸ Reden wir erst gar nicht davon, dass das Land keine Mobiltelefone herstellt, dass nur eine grobschlächtige Computermontage verfügbar ist und dass es keine nennenswerte Produktion von Unterhaltungselektronik oder von anspruchsvolleren Haushaltsgeräten gibt. In allen aufgeführten Sektoren ist das Land gegenwärtig zu mindestens 90 Prozent auf Importe angewiesen.

Michail Gorbatschow sagte einmal, das Hauptziel der Perestroika sei der Aufbau eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Heute sollten wir, wie ich meine, über eine »Industrialisierung mit menschlichem Antlitz« nachdenken. Sie sollte sich nicht auf die Schwerindustrie konzentrieren und zur Abschottung der Wirtschaft beitragen wie in der Vergangenheit. Sie sollte und kann nicht »brachial« sein. Das Ziel einer »neuen Industrialisierung« in Russland sollte es sein, neue, auf die Endkunden ausge-

richtete Industriesektoren zu schaffen, diese in die globale Arbeitsteilung einzubinden und Russland in ein Land zu verwandeln, das nicht nur als größter Ölproduzent, sondern als bedeutender Exporteur von Industriegütern bekannt ist. Japan und China haben den Westen gezwungen, sich mit den langfristigen Implikationen einer globalisierten Wirtschaft auseinanderzusetzen – nicht als sie Raumfahrtforschung betrieben oder Atomwaffentests unternahmen, sondern als sich die Regale der amerikanischen Supermärkte mit Waren »Made in Japan« und »Made in China« füllten. Wenn Russland einen Platz in der Wirtschaft des 21. Jahrhunderts ergattern möchte, muss »Made in Russia« unter den Konsumenten aller Kontinente als Markenzeichen bekannt werden.

Die neue Industrialisierung Russlands sollte vorhandene Nischen in der Weltwirtschaft und die natürlichen Wettbewerbsvorteile des Landes nutzen (zuerst seine reichen und billigen natürlichen Ressourcen). Ihr wichtigstes Merkmal sollte nicht das Streben nach Importsubstitution sein, sondern nach Exportförderung. Es ist ganz richtig zu sagen (wie es einige Wirtschaftswissenschaftler tun), dass eine auf Importsubstitution beruhende Industrialisierung nicht nur versäumt, auf heutige Probleme zu reagieren, sondern auch nie die Ziele erreicht hat, die man sich mit ihr gesetzt hat.⁹ Das ist der Grund, warum die Modernisierung Russlands im 21. Jahrhundert, wenn sie erfolgreich sein soll, nicht auf die Modelle vorangegangener Modernisierungsversuche zurückgreifen darf.

Die Bedingungen einer erfolgreichen Modernisierung könnten sein: höhere Kapitalakkumulationsquoten; eine drastische, staatlich regulierte Verminderung der Profitabilität des Rohstoffsektors zugunsten einer Steigerung der Attraktivität des Industriesektors für Investoren; die Einführung europäischer Standards und technischer Anforderungen; die Verbesserung des Investitionsklimas durch eine massive Reduzierung der Rolle und des Ausmaßes bürokratischer Regulierung und schließlich ein allmählicher Abschied von der Vetternwirtschaft bei der Personalrekrutierung und ein Übergang zur Meritokratie. Eine fortschrittliche Entwicklung in Russland ist erst dann möglich, wenn nicht mehr die Repräsentanten von Rohstoffmonopolen das Sagen über den politischen und wirtschaftlichen Kurs des Landes haben, sondern dieser von Unternehmen mitgestaltet wird, die im Verlauf der »neuen Industrialisierung« ihre Position gestärkt haben.

Die »Diskussion« über Modernisierung: Wer ist dafür, wer dagegen

In der Regel werden dramatische historische Umbrüche nicht nur von politischen Kämpfen begleitet, sondern ihnen gehen auch intensive Diskussionen über Ideen voraus. Das gilt von der Französischen Revolution über die Oktoberrevolution bis hin zu Gorbatschows Perestroika. Führt man sich die Auswirkungen historischer Umbrüche auf das persönliche Leben der Menschen vor Augen, ist es nicht überraschend, dass sich eine Gesellschaft in solchen Zeiten zuweilen in zwei unversöhnliche Lager spaltet. Tatsächlich kann eine derartige Konfrontation zur Herauskristallisierung von Reformplänen führen.

Nichts dergleichen geschieht im heutigen Russland. Die von Präsident Medwedew angekündigte Modernisierung fand kaum Resonanz, geschweige denn, dass sie mit Enthusiasmus begrüßt worden wäre. Niemand sprach sich gegen den vorgeschlagenen Plan oder die darin umrissenen Prioritäten aus. Die meisten Leute, die vehement für Modernisierung eintreten, haben keinerlei Anteil an den Entscheidungen, die die russische Wirtschaft und Politik verwandeln könnten. Das ist einerseits verständlich: Die Modernisierung, wie sie vom russischen Staatsoberhaupt präsentiert wurde, ist für alle akzeptabel – selbst die »großrussischen Chauvinisten« erheben keine Einwände gegen die Idee, dass der russische Staat gestärkt und technologisch fortschrittlicher werden soll. Genauso wenig haben die politischen Kräfte (nicht einmal die Partei Einiges Russland, deren Mitglieder in der Mehrzahl nur für ihre unkontrollierbare Verschwendung öffentlicher Gelder bekannt sind) die Idee der Modernisierung zurückgewiesen, obwohl sie erst kürzlich die Schaffung einer »Energiesupermacht« auf der Grundlage der »souveränen Demokratie« enthusiastisch begrüßt hatten. Präsident Medwedew erkennt dies wohl, sieht darin aber anscheinend nichts Ungewöhnliches. Im September 2010 traf er eine Gruppe russischer und ausländischer Politikexperten in Jaroslawl. Als er gefragt wurde, ob es nicht eine gute Idee wäre, eine mächtige soziale Bewegung zur Unterstützung der Modernisierung ins Leben zu rufen, verneinte er dies mit der folgenden Begründung: »Mir hat nie jemand in die Augen geblickt und gesagt: ›Wir sind gegen Modernisierung, lassen Sie alles so, wie es ist, wir haben uns in der richtigen Weise entwickelt. Alles ist gut hier. Rühren Sie es nicht an. Gott verhüte, dass Sie irgendetwas davon beschädigen oder zerstören!«¹⁰ Darin erkenne ich einen klaren gedanklichen Fehlschluss,

denn nur weil sich niemand gegen etwas ausspricht, bedeutet das ja noch nicht, dass alle dafür sind. Die Abwesenheit von Kritik sollte nicht als Zeichen von Unterstützung missdeutet werden.

Aus meiner Sicht weist all das auf eine extreme Gefahr für die Modernisierungsagenda in Russland hin. Die gravierendste Bedrohung erwächst aus drei heute deutlich zu erkennenden theoretischen Postulaten.

Da ist, *erstens*, Präsident Medwedews Position. Heute käme eine Modernisierung Russlands vielen Leuten sehr ungelegen. Sie ist für Vertreter der Rohstoffoligarchie inakzeptabel, weil sich Ressourcen für eine Modernisierung des Landes nur durch Beschneidung ihrer sagenhaften Profite bilden lassen. Sie bedroht Bürokraten und *Silowiki*, die vom Zustand der Gesetzlosigkeit profitieren – während eine Modernisierung doch wirtschaftliche Initiative freisetzen soll. Sie ist unbequem für die herrschende Partei Einiges Russland, weil sie ein anderes Prinzip der Personalrekrutierung und Stellenzuweisung verlangt als das Kriterium der Nähe zu ihrem verehrten Führer auf Lebenszeit. Eine Modernisierung des Landes könnte sich insbesondere für die größten quasistaatlichen Unternehmen, die ihre Ineffizienz hinter bloßer Modernisierungsrhetorik verbergen, als katastrophal erweisen. Die an Modernisierung tatsächlich interessierten Gruppen sind weitaus kleiner und schwächer (das sollte nicht überraschen – Reformen wurden immer von Minderheiten angestoßen). Die spürbar verstärkten Bemühungen der letzten Monate, der Modernisierung die Spitze zu nehmen, könnten das Projekt am Ende im Sande verlaufen lassen. Erst wenn die Frage der Modernisierung die Gesellschaft polarisiert, kann man sagen, dass sie begonnen hat.

Zweitens ist die These, es gebe zur Modernisierung im heutigen Russland keine Alternative, im Land weit verbreitet. Diese Idee durchdringt die Arbeit der meisten Wissenschaftler, die sich als Modernisierungsexperten betrachten.¹¹ Das ist jedoch eine sehr gefährliche Überzeugung. Es ist keinesfalls klar, dass die Modernisierung erfolgreich sein wird – aber die tief verwurzelte Ansicht, dass sie gar nicht scheitern könne, wird sich aller Voraussicht nach in die Behauptung übersetzen, dass sie »im Großen und Ganzen« erfolgreich gewesen sei und das Thema somit recht bald von der Agenda genommen werden könne. Diese Art von Kurzschluss ist im heutigen Russland weit verbreitet: Wir haben erlebt, dass Verwaltungsreformen scheiterten und mussten uns später von den Regierenden belehren lassen, sie seien erfolgreich gewesen; die Armee reform, beinahe

von allen Experten als verheerend betrachtet, wird von den Oberen in jeder erdenklichen Weise gelobt; Neuerungen im Bildungswesen werden von Fachleuten und den Verantwortlichen diametral bewertet. Der Konsens, es gebe keine Alternative zur Modernisierung, arbeitet so den Regierenden in die Hände und schafft die Voraussetzungen dafür, dass es erst gar nicht zur Modernisierung kommt.

Drittens hat die ständige Identifizierung von Modernisierung mit technologischer Innovation eine verheerende Wirkung auf die Diskussion. Es wurde bereits erwähnt, dass die letzten Jahrzehnte die Hypothese vom schnelleren oder erfolgreicherem Wirtschaftswachstum von Staaten, die auf Innovation setzen, nicht stützen. Mehr noch, der Ruin der Forschungs- und Produktionsbasis in Russland raubt uns den letzten Grund zu der Hoffnung, dass ein breites Entwicklungsprogramm im innovativen Sektor Erfolg haben könnte. Für den Erfolg eines solchen Programms spielen auch demographische Faktoren eine Rolle. In den sechziger Jahren wurden verarmte Koreaner, die in die Städte strömten, zur treibenden Kraft hinter Südkoreas industrieller Revolution. In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren wurden chinesische Bauern zum Motor der Wirtschaftsreformen. Es reicht, daran zurückzudenken, um zu verstehen, dass die soziale Basis für eine Modernisierung so breit wie möglich sein sollte und nicht auf blasse, vor ihrem Monitor klebende Programmierer und Blogger beschränkt sein darf.

Betrachtet man den Diskussionsstand über Modernisierung im heutigen Russland, so lassen sich folgende Hauptpunkte identifizieren: Modernisierung wird nicht als ein radikaler Wandel des sozialen und ökonomischen Paradigmas wahrgenommen. Deshalb beschwört sie auch keinen sozialen Konflikt herauf, der der Entwicklung förderlich sein könnte. Modernisierung wird geschickterweise als partikulares Projekt präsentiert – auf den Industriesektor beschränkt oder auf Innovationen, die das Leben und die Interessen nur eines Teils der Bevölkerung berühren würden. Die Modernisierung wird als unausweichlich angesehen – und das bedeutet, dass sie keiner tieferen Debatte bedarf. Und schließlich misst sich die Modernisierung fast vier Jahre nach ihrem »Start« an keinen qualitativen oder quantitativen Zielen und Orientierungspunkten – es gibt keine Kriterien, mit denen sich der Grad des Fortschritts einschätzen ließe.

Ich wage daher die Behauptung, dass im heutigen Russland gar keine relevante Diskussion über Fragen der Modernisierung stattfindet. Es gibt

Gruppen von Fachleuten, die eilig die hohle, von Putin am Vorabend der Wirtschaftskrise eingeschlagene »Strategie 2020« abspulden. Es gibt auch alternative Zentren, die manchmal ziemlich radikale und, alles in allem, gerechtfertigte Reformvorschläge abgeben. Diese Positionen werden zwar bekannt gegeben, gelangen jedoch nicht in die öffentliche Sphäre. Es gibt von den Regierenden – einschließlich Präsident Medwedew – keine Direktive, die eine seriöse und tiefgreifende Untersuchung des gegenwärtigen Zustands der russischen Wirtschaft oder ihrer Entwicklungsperspektiven fordern würde. Von daher meine tiefe Skepsis, ob Russland heute dazu fähig ist, ein Modernisierungsprogramm auszuarbeiten und umzusetzen.

Gibt es Erfolgchancen?

Meine Antwort auf die grundlegende Frage, ob eine russische Modernisierung heute Aussicht auf Erfolg hat, ist folglich negativ. Der Grund dafür liegt nicht im Verlauf der russischen Geschichte, im archaischen Charakter der russischen Kultur, in der Unterdrückung des Volkes, in den Widrigkeiten des Klimas oder im Überfluss an natürlichen Rohstoffen. Es reicht, einen Blick auf Russen zu werfen, die im Ausland leben, um zu verstehen, dass unsere Landsleute in der Regel nicht weniger fähig zu kreativer Selbsterfüllung in der Wirtschaft oder der Forschung sind als Amerikaner oder Europäer. In den neunziger Jahren bewiesen die Russen keinen geringeren Erfindungsreichtum als in den dunkelsten Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie durchstanden Prüfungen, die mit den Kriegserfahrungen der Vergangenheit vergleichbar waren. Sie überdachten ihre alten Werte und eigneten sich neue Ideen an. Dies ist eine Nation, die zur Innovation und zum Unternehmertum fähig ist wie keine andere. Russlands Problem liegt nicht beim Volk, sondern bei den Regierenden, ihren Zielen und Zwecken.

Heute sind Russlands politische Machtzentren voller Unternehmer, die als Bürokraten geendet sind. Ihr selbst gestecktes Ziel lautet, genug zu verdienen, um ein komfortables Leben zu führen, im Idealfall außerhalb der Grenzen ihres eigenen Landes. Diese Tatsache allein mindert jede Chance auf Modernisierung beträchtlich, da sie einen massiven Zielkonflikt provoziert, der in den meisten Ländern, die sich erfolgreich modernisiert haben und in denen die Politik deutlich von der Wirtschaft getrennt war, nicht (oder praktisch nicht) existierte. Ein zusätzliches Problem

entspringt der Tatsache, dass die Interessen der meisten Mitglieder der politischen Führung, Minister und Abgeordneten mit dem Rohstoffgeschäft oder mit der Verteilung von Haushaltsmitteln, die aus ebendiesem Sektor geschöpft werden, verquickt sind. All das bedeutet, dass Politiker und Verwaltungsbeamte kein Interesse an einer Modernisierung haben können, denn diese würde den Abschied von der Rohstoffabhängigkeit verlangen. Dieses Motiv wiegt schwerer als jede Unterstützung, die sie für die Modernisierung äußern mögen.

Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, dass Putins Regime eine völlig neue Gesellschaft geschaffen hat, in der kollektivem Handeln kein Wert beigemessen wird. Es ist weitaus einfacher für die Menschen, sich individuell um ihre Probleme mit dem Staat zu kümmern, als das existierende System zu reformieren. Zudem ist die russische Gesellschaft heute weit freier als zu Sowjetzeiten, und die Menschen haben die Möglichkeit, jedem Nahkontakt mit dem Staat auszuweichen, indem sie sich ins Privatleben zurückziehen, Erfüllung in sozialen Netzwerken suchen oder schlicht das Land verlassen. Das ist ein gänzlich neues Phänomen – eine freie Gesellschaft in einem Land, das von einem autoritären Regime gelenkt wird¹² –, und es sorgt dafür, dass es fast unmöglich geworden scheint, das etablierte System »von unten« her zu zerstören, da das Protestpotential weitgehend verloren gegangen ist.

Schließlich darf man auch die rein wirtschaftlichen Aspekte nicht außer Acht lassen. Die russische Industrie wurde in den neunziger Jahren größtenteils privatisiert, und heutige Firmeneigentümer sind nicht an Innovationen interessiert, da sie praktisch Zugang zu freien Finanzierungsquellen für die Produktion haben. Es mag hier genügen, die Nickelproduktion eines der größten russischen Unternehmen, MMC Norilsk Nickel, zu erwähnen, die überhaupt nichts kostet, da alle Aufwendungen von den Erlösen der Platingruppenmetalle gedeckt werden, die bei der Förderung als Nebenprodukte anfallen. Das gilt auch für andere Unternehmen. Warum sollten die höchst erfolgreichen russischen Industriellen unter solchen Bedingungen in ihre Produktion investieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen? Die Wirtschaft wird überdies durch Monopole niedergewalzt, und der Staat leistet dieser Entwicklung noch Vorschub. So stimmte die föderale Kartellbehörde 2006 der Bildung des riesigen Aluminiumkonzerns UC Rusal zu. Die einzige Bedingung war, dass die neue Firma ihre Produkte in Russland zu Preisen verkauft, die das tägliche Fixing an der

London Metal Exchange (LME) um nicht mehr als fünf Prozent übersteigen. All das zeigt, dass Russland die Voraussetzungen für zwei Schlüsselemente der Modernisierung fehlen: Entwicklung des Wettbewerbs und Investitionen in wettbewerbsorientiertes Wachstum. Diese Bedingungen wurden von ebenjenem Regime beseitigt, das heute das Land regiert.

Ist Russland also verloren? Ich meine, nein. Das große Verdienst von Präsident Medwedews Modernisierungsprojekt ist in dem Umstand zu suchen, dass er einem weitgehend freien Land ehrgeizige Ziele vorgibt, einem Land, das sich wesentlich von der Sowjetunion unterscheidet. Das gilt ungeachtet des Schicksals, das dieser Initiative, ja dem Präsidenten selbst beschieden sein mag. Das Scheitern des Modernisierungsversuchs wird unzweifelhaft dazu führen, dass man sich eingehend mit seinen Gründen und möglichen Konsequenzen befasst – und dabei werden sich in Theorie und Praxis neue, erfolgreichere Modernisierungsansätze herausbilden. Ja, es gibt eine Alternative zur Modernisierung Russlands. Sie besteht darin, dass das Land in seiner Stagnation als Rohstofflieferant zunächst für Europa und später, wenn der Kontinent ökologischere Energiequellen entwickelt hat, für China gefangen bleibt. Der damit verbundene langsame Niedergang von Wirtschaft und Gesellschaft kann sich jahrzehntelang hinziehen – besonders, wenn seine Folgen durch die beträchtlichen Erlöse aus dem Exportsektor gemildert werden. Bei einem solchen Szenario würde sich mein Optimismus allein auf die Tatsache gründen, dass die meisten Länder, die sich erfolgreich modernisiert haben, weit ärmer, rückständiger und isolierter von der weltweiten Arbeitsteilung waren als Russland. Warum also sollte es nicht auch Russland schaffen?

Doch wann? Das ist heute vielleicht die wichtigste Frage, und alle warten auf eine Antwort. Ich fürchte, dass es unmöglich ist, einen zeitlichen Rahmen anzugeben – obgleich eine der Grundbedingungen für den Beginn einer erfolgreichen Modernisierung leicht zu identifizieren ist. Die Geschichte zeigt, dass alle Länder, die sich modernisiert haben, vor allem danach trachteten, die Vergangenheit hinter sich zu lassen. Korea versuchte, die Schrecken des Bürgerkriegs zu vergessen; Malaysia war bestrebt, sich aus seiner Rolle als bloßer Rohstofflieferant Großbritanniens zu befreien; Brasilien strebte danach, seine Beschränkung auf die Agrarwirtschaft zu überwinden und die Jahre der Militärdiktatur zu vergessen und China wollte das Erbe der Kulturrevolution und die Jahrzehnte des Hungers und der Armut hinter sich lassen. Vor diesem Hintergrund

liegt Russlands Problem darin, dass es keine allergische Reaktion auf die Vergangenheit zeigt – und die gegenwärtige Regierung unternimmt alles, um sicherzustellen, dass es auch nicht dazu kommt. Aber je mehr die Sowjetzeit gefeiert wird, je heftiger die neunziger Jahre stigmatisiert und je lauter antiamerikanische oder antiwestliche Ressentiments propagiert werden, desto geringer wird die Chance auf eine Modernisierung. Innovationen lassen sich nur einführen, wenn der Blick auf die Vergangenheit furchteinflößend ist. Das ist der Grund, warum die wirkliche Modernisierung Russlands erst beginnen wird, wenn das Land am Rande des Zusammenbruchs steht und die Ära Putin als eine Zeit angesehen wird, in der das Land eine schlimmere Ausplünderung über sich ergehen lassen musste als in jeder anderen Epoche der letzten Jahrhunderte. Was auch geschehen mag, es ist unwahrscheinlich, dass Russlands Modernisierung in der kommenden Dekade stattfinden wird.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkungen

- 1 Näheres dazu siehe Vladislav Inozemtsev, »Dilemmas of Russia's Modernization«, in: Ivan Krastev u.a. (Hg.), *What Does Russia Think?*, London 2009, S. 46f; ders., »Istoria i uroki rossiiskikh modernizatsiy« (Geschichte und Lehren russischer Modernisierungen), in: *Rossia i sovremennyi mir*, Nr. 2 (67), April-Juni 2010, S. 6-11.
- 2 Vgl. Theodore Von Laue, »Die Ausbreitung der ›westlichen‹ Kultur als Weltrevolution betrachtet«, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, 17, 2 (1987), S. 5-26; ders., *The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective*, Oxford/New York 1987; Serge Latouche, *Die Verwestlichung der Welt*, Frankfurt a.M. 1994.
- 3 Vgl. Vladislav Inozemtsev, »O tsennostiakh i normakh« (Über Werte und Normen), in: *Nezavisimaja gazeta*, 5. März 2010, S. 3.
- 4 Vgl. Fareed Zakaria, *Das Ende der Freiheit? Wieviel Demokratie verträgt der Mensch?*, Frankfurt a.M. 2005.
- 5 Vgl. den Beitrag von Yekaterina Kuznetsova in diesem Heft. (Anm. d. Red.)
- 6 Vgl. Vadim Malkin, »Vysokotekhnologicheskaja Iovushka. Zachem Rosii innovatsii« (Die Hightech-Falle. Braucht Russland Innovationen?), in: *Vedomosti*, 17. November 2010, S. 6.
- 7 Vgl. Vladislav Inozemtsev, »Izderzhavshaiasia strana« (Verausgabtes Land), in: *Vedomosti*, 31. Mai 2010, S. 6; ders., »Princhiny sverkhkrashodov« (Die Gründe für Ausgabenüberschreitung), in: *Vedomosti*, 1. Juni 2010, S. 4.
- 8 Vgl. Vladislav Inozemtsev, »Nineteen Eighty-Five«, in: *Russia in Global Affairs*, Bd. 8, Nr. 4, Oktober-Dezember 2010, S. 8-21.

- 9 Vgl. Jagdish Bhagwati, *Verteidigung der Globalisierung*, Bonn 2008.
- 10 Zitiert unter www.kremlin.ru/news/8882.
- 11 Für eine detaillierte Bewertung der einschlägigen Literatur vgl. Iosif Diskin, *Krizis ... I vse zhe modernizatsiia!* (Krise ... Und doch ist es immer noch Modernisierung!), Moskau 2009, S. 7-16.
- 12 Vgl. Vladislav Inozemtsev, »Russie, une société libre sous contrôle autoritaire«, *Le Monde diplomatique*, Nr. 10, Oktober 2010, S. 4f.

Ekaterina Kuznetsova
 RUSSLAND IN DIE EUROPÄISCHE UNION?
 VIELLEICHT, VIELLEICHT AUCH NICHT

Gegenargumente

Wie realistisch ist es, dass Russland Mitglied der Europäischen Union wird? Viele sagen, dass dies schon deshalb keine Option sei, weil sein Staatsgebiet zum größten Teil in Asien liegt. Ein anderes, weit verbreitetes Argument ist, dass Russland schlicht zu groß sei: Da seine Fläche ein Vielfaches aller Länder der EU zusammen ausmacht, sei es von der EU nicht »verdaubar«.¹ Die große Landmasse im Osten, einst Objekt der Begierde westlicher Eroberer, wird heute als eine Last gesehen, zu schwer zu schultern, geschweige denn mitzuschleppen. In der Tat birgt die besondere geographische Lage Russlands mehr politische und gesellschaftliche Implikationen als die Geographie irgendeines anderen Landes. Zum einen gehören dazu soziale Widersprüche (ähnlich denen, die in den 1950er und 1960er Jahren mit den »Gastarbeitern« in die Kernstaaten der EU importiert wurden), die eine rasch anwachsende, sich in Ghettos an der Peripherie der großen Ballungsräume konzentrierende muslimische Bevölkerungsgruppe mit sich bringen. Auf dem Staatsgebiet Russlands leben heute mehr Muslime als in jedem anderen europäischen Land, und der Islam ist die zweitstärkste Religion. Zum anderen ist zu bedenken, dass das Land infolge der Instabilität und des nicht eindeutig definierten Verlaufs seiner östlichen Grenzen jahrhundertlang verwundbar war für Einmischungen und Aggressionen von außen. Seine territoriale Expansion hat Russland auf Konfrontationskurs mit dem erwachenden Riesen China gebracht, dem wahrscheinlich größten wirtschaftlichen Rivalen Europas in den kommenden Jahrzehnten.

Ein weiteres Gegenargument stützt sich auf kulturelle Faktoren: die Andersartigkeit des russischen Christentums, seine byzantinische Tradition, die Konflikte mit weltlichen Herrschern vermeiden konnte und die Entwicklung einer unabhängigen politischen Autorität ebenso hemmte wie die Durchsetzung des Rechts auf Privateigentum oder die Herausbil-

derung unternehmerischer Initiative. Die Geschichte Russlands sei besonders, sagen wieder andere, insofern hier das nationale Interesse traditionell über Menschenrechte und Menschenwürde gestellt werde, das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft gestört sei, die russische Gesellschaft sich noch immer nicht mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt habe und stattdessen eine nostalgische Verklärung des Stalinismus grassiere.²

Was Europäern darüber hinaus Verständnisprobleme bereitet, ist die komplizierte und schwer durchschaubare Verfasstheit Russlands als Föderation oder gar Konföderation (wenn man die Sonder- und Vorrechte mancher zu Russland gehörender nordkaukasischer Republiken betrachtet), die aber auch das Antlitz eines monolithischen Einheitsstaats zeigen kann.

Die Reihe der Gegenargumente lässt sich mit der Diagnose fortsetzen, Russland leide unter der Last seiner sowjetischen Vergangenheit. In seiner kommunistischen Ära war Russland das Kernland einer ehrgeizigen Union, innerhalb welcher die einzelnen Sowjetrepubliken ein wirtschaftliches Geflecht bildeten. Sie waren in den politischen Entscheidungsgremien vertreten, hatten aber kein Vetorecht, und das Regime bemühte sich, eine gemeinsame sowjetische Identität zu schmieden – einen von nationalen und ethnischen Vorurteilen befreiten »sowjetischen Menschen« zu schaffen. Das sowjetische Vermächtnis lastet bis heute auf den Schultern der herrschenden Klasse Russlands. Aufgewachsen als Elite einer Supermacht, die in der Lage war, die Welt zu vernichten und riesige Territorien unter der Idee eines neuen Staats, einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen zusammenzufügen, stehen ihre Erben nun vor den Trümmern dieses Experiments.

Der letzte, aber nicht unwichtigste Grund, weshalb Russland nicht der EU angehört, ist, dass es niemals eingeladen wurde, Mitglied zu werden. Die Ursachen hierfür führen uns zu schwerwiegenderen Argumenten gegen einen Beitritt als die oben genannten.

In der Tat scheint es gleichermaßen sinnlos, Russland in die bestehenden institutionellen Strukturen, die die EU ausmachen, integrieren zu wollen, zu überprüfen, ob das Land die Kopenhagener Kriterien erfüllt, oder die Kosten und Nutzeffekte einer russischen Mitgliedschaft zu analysieren. Die bestehenden Strukturen sind Resultat eines langen und schwierigen Einigungs- und Erweiterungsprozesses, der mehr als einmal in eine politische Krise zu entgleisen drohte. Sie würden schlicht und einfach kol-

labieren, wenn Russland als 29. Mitgliedsland der EU beitreten würde. Traditionelle Allianzen würden zerfallen, wenn ein Mitspieler den Kreis beträte, der stark genug ist, seine eigenen Regeln durchzusetzen. Grundlegende Spezifika europäischer Politik würden durch einen Beitritt Russlands in Frage gestellt. Die institutionellen Strukturen der EU sind, wenn überhaupt, schlecht für einen Beitritt Russlands gerüstet, das eine zwar schrumpfende, mit 140 Millionen aber noch immer die bei weitem größte Bevölkerung in Europa hat. Die gemeinsame Agrarpolitik wäre bankrott, wenn die russischen Bauern ihren Anteil an den landwirtschaftlichen Subventionen fordern würden. Die Entscheidungsprozesse sowohl in der Kommission als auch im Parlament der EU müssten einer die bisherigen Proportionen sprengenden Repräsentation Russlands angepasst werden. Eingespielte Konstellationen von Mehrheiten und Minderheiten würden sich umkehren, die Prioritätenliste der EU müsste umgeschrieben werden. Und nicht zuletzt: Falls Russland Vollmitglied würde, könnte die EU sich ihr bisheriges Defizit an außenpolitischen und diplomatischen Ressourcen nicht mehr leisten; sie müsste sich eine globale Ausrichtung zulegen, schon weil die Außengrenzen Russlands eurasische Grenzen sind und die EU sich den Implikationen dieser Tatsache nicht entziehen könnte.

Kurz, die Europäische Union ist heute auf einen Beitritt Russlands nicht vorbereitet – und das ist das einzige stichhaltige Argument dagegen. Das Alptraum-Szenario, dass die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts verspielt werden könnte, reicht aus, um jeden Gedanken an die Chancen für eine russische Mitgliedschaft im Keim zu ersticken. Die berechnete Befürchtung, die Kosten einer solchen EU-Erweiterung würden den Nutzen übersteigen und die EU könnte in eine neue, noch dramatischere politische und wirtschaftliche Krise geraten, beantwortet die Frage, weshalb Russland nicht auf der Kandidatenliste steht, zwingender als alle anfangs referierten Argumente.

Angesichts der gegenwärtig in der Europäischen Union – und, wie wir sehen werden, auch in Russland – vorherrschenden Bedenken ist ein Beitritt in absehbarer Zeit also kaum realistisch. Doch weil die Union in ständigem Wandel begriffen und Russlands Prozess des Übergangs und der Modernisierung noch im Gang ist, kann man diese Option nicht für alle Zeiten ausschließen. Im Folgenden will ich daher kurz auf einige der anfangs genannten Gegenargumente zurückkommen, um dann zu untersuchen, welche Einstellungen sich zum einen auf Seiten der EU ändern

müssten, zum anderen, in welche Richtung Russland umdenken müsste, um einen Beitritt am Ende doch möglich und erstrebenswert erscheinen zu lassen.

Zu groß für die EU?

Sind Geographie und Größe Russlands tatsächlich unüberwindliche Hindernisse für eine EU-Mitgliedschaft? Grenzen stehen oft mit natürlichen Barrieren in einem Zusammenhang. Solche Barrieren – Flüsse, Gebirgsketten, Meere – haben den Erweiterungs- und Integrationsprozess der EU allerdings bisher nie gehemmt. Anders verhält es sich mit Grenzen. Sie können von unterschiedlicher Beschaffenheit sein – wirtschaftliche, politische, kulturelle, religiöse oder ideologische Grenzen –, aber sie sind immer ein imaginäres Konstrukt. Die Westgrenze der Türkei ist auch eine religiöse Grenze, die Christen von Moslems trennt. Sie scheint vielen unüberbrückbar und liefert den Hauptgrund für die Vorbehalte gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft. Eine andere Grenze trennt die neuen EU-Mitglieder von den alten entlang wirtschaftlicher Divergenzen und regionaler Disparitäten. Die nationalen Verschuldungskrisen Griechenlands, Spaniens, Portugals und sogar Italiens haben das notorische Gefälle zwischen Nord- und Südeuropa einmal mehr zutage treten lassen. Die innereuropäischen Meinungsverschiedenheiten über den Einmarsch in den Irak 2003 ließen die Umrise eines »neuen Europa« sichtbar werden, das sehr viel interventionsfreudiger erscheint als das »alte Europa«, das sich einem gewaltsamen Regimewechsel im Irak vehement widersetzte. Es gibt des Weiteren alte Grenzen, die schon der Geschichte angehören, aber im Gedächtnis der Menschen noch lange nachleben. Die bei der Bevölkerung der baltischen Staaten weit verbreitete Angst vor Russland, die dazu geführt hat, dass die russischen Minderheiten, die in zweien dieser Länder mehr als ein Viertel der Bevölkerung stellen, benachteiligt werden, reflektiert die Fragilität nationaler Identitäten und zugleich die alte Grenze zwischen vom Kommunismus angetriebenen und dem Kommunismus ausgelieferten Ländern.

Die Ostgrenze einer um Russland erweiterten EU scheint die heute vorherrschende Vorstellung europäischer Identität in Frage zu stellen, wenn wir darunter eine auf universale Werte, christliche Traditionen und ein gemeinsames kulturelles und geschichtliches Vermächtnis gegründete Ge-

meinschaft verstehen. Mit Recht beklagen russische Stimmen allerdings, dass es unfair und kurzsichtig sei, Europa als zivilisatorische Einheit auf die heutigen EU-Grenzen zu reduzieren und damit einen wichtigen und unveräußerlichen Teil des europäischen Kosmos auszugrenzen. Diese Sichtweise ist wohl vor allem dem politischen Siegeszug der Europäischen Union in den zurückliegenden Jahrzehnten geschuldet. Er war so spektakulär, schnell und umfassend, dass die Union fast zu einem Synonym für Europa geworden ist. Der Eintritt früherer Satellitenstaaten der UdSSR in die EU schien den endgültigen Beweis dafür zu liefern, dass sie der Inbegriff von Modernität, Fortschritt und europäischer Identität ist. Der Umstand, dass Russland von dieser tiefgreifenden Metamorphose Europas ausgeschlossen blieb, obwohl es konfessionell, kulturell und geschichtlich immer schon europäisch bzw. europäisiert war und ist, macht das Land in den Augen westlicher Europäer paradoxerweise »uneuropäischer« als es ist.

Hoffen lässt indes, dass Grenzen ebenso schnell verschwinden können, wie sie gezogen werden. Die Europäische Union ist auf einem von historischen Bruchlinien durchzogenen Fundament errichtet worden, auf das neue Institutionen gebaut wurden, deren Evolution durch Verhandlungen unter Gleichberechtigten vorangetrieben wurde. Ideologische Grenzbarrieren, die in Europa zwischen den 1920er und den 1940er Jahren errichtet worden waren, zerbröselten spätestens beim Zerfall des Sowjetsystems, während zugleich der Beitritt ehemals kommunistischer Länder Mittel- und Osteuropas zur EU die Spannungen und potentiellen Bruchlinien innerhalb der EU verstärkte. Seit Anbeginn der europäischen Integration ist die Union damit beschäftigt, innere Gegensätze verschiedenster Art auszugleichen. Sie hat es geschafft, das Vereinigte Königreich mit seiner ausgeprägt atlantischen Ausrichtung ebenso einzubinden wie das durch Nachkriegsdiktaturen geprägte Spanien und Portugal oder die skandinavischen Länder mit ihrer besonderen Arbeitsethik und ihrer starken Wertschätzung des Gemeinnsinns.

Im Übrigen definiert sich die EU nicht über territoriale Ausdehnung, sondern über Normen, Institutionen und Regeln, insbesondere über Rechtsstaatlichkeit. Aus dem alten Selbstverständnis des europäischen Nationalstaats – den Idealen der Aufklärung verpflichtet und auf der Bühne der europäischen Machtpolitik agierend – hat sich eine neue Identität entwickelt, die sich durch die Zugehörigkeit zur EU definiert.

Die transformierende Kraft der Europäischen Union hat sich neuerlich darin bewiesen, dass sie so unterschiedliche Länder wie Bulgarien, Slowenien oder Finnland unter der Ägide gemeinsamer, für alle geltender Regeln und Richtlinien vereinigt. Die Übernahme europäischer Normen durch Umsetzung des *acquis communautaire* in die nationalen Rechtssysteme ist der Motor der Modernisierung, ganz besonders für Länder, die unter Militärdiktaturen gelitten oder das kommunistische Experiment durchlaufen haben. Ihre Fähigkeit, Institutionen wie die Rechtsstaatlichkeit, die parlamentarische Demokratie, die Unterordnung unter internationale und supranationale Verpflichtungen oder die Schaffung effizienter Verwaltungsstrukturen zu fördern, macht die EU zum erfolgreichsten Modell eines friedlichen Übergangs zur Demokratie bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Modernisierung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Wenn also der gegenwärtige Zustand der Europäischen Union und das post-imperiale Syndrom, an dem Russland leidet, einen EU-Beitritt Russlands in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich machen, so könnten die Aussichten darauf auf mittlere oder längere Sicht doch günstiger erscheinen, wenn wir uns die von beiden geteilten Werte, die Komplementarität ihrer Interessen und die Bedrohungen vergegenwärtigen, denen beide ausgesetzt sind.

Herausforderungen für die Europäische Union

Ein Beitritt würde allerdings auf beiden Seiten ein Umdenken voraussetzen. Auf Seiten der EU stehen einer Mitgliedschaft Russlands zwei Faktoren im Wege.

Der erste Faktor ist das Defizit an geostrategischem Denken auf der Ebene der EU. Die Union als politische Entität hat sich bisher außenpolitisch nicht besonders exponiert. Dass sie sich heute nicht in der Lage sieht, eine gemeinsame Haltung gegenüber Russland zu formulieren, ist bezeichnend für den Unwillen vieler europäischer Staaten, ihre individuellen Strategien gegenüber dem Land aufzugeben und ihr nationales Interesse zum Nutzen der europäischen Sache hintanzustellen. Es ist offenbar so, dass »Russland« in unterschiedlichen Teilen Europas unterschiedliche Assoziationen und Reaktionen auslöst, weshalb es sehr schwierig ist, den kleinsten gemeinsamen Nenner für eine mehrheitsfähige (oder gar für alle EU-Länder akzeptable) Russlandpolitik der EU zu finden.³ Für Berlin

ist Russland in erster Linie von wirtschaftlichem Interesse. Paris sieht in Moskau einen wichtigen politischen Verbündeten, während London ihm gern Menschenrechtsverletzungen vorhält. Aus diesen Gründen ist der Weg zu einem EU-weiten außenpolitischen Konsens gegenüber Russland noch weit.

Der zweite Faktor ist der Umstand, dass die Europäische Union irgendwann eine Wahl zwischen zwei gegensätzlichen strategischen Optionen treffen muss. Sie muss sich, verkürzt gesagt, zwischen Ost und Südost entscheiden, will sagen, zwischen Russland und der Türkei. Eine Entscheidung zugunsten der Türkei könnte schwerwiegende und nachhaltig fatale Folgen für die Union haben, denn ihre Außengrenze würde sich in diesem Fall in eine Region verlagern, die von Instabilität, ethnischen Konflikten, territorialen Forderungen, Intoleranz und schwachen Staaten gekennzeichnet ist. Die regionalen Prioritäten der EU würden sich verschieben; der Integrationsprozess würde um eine neue – religiöse – Dimension erweitert; die Stabilität an den EU-Grenzen wäre gefährdet; der Nahostkonflikt würde von da an unmittelbare Auswirkungen auf die Innenpolitik der EU haben. Der Beitritt der Türkei würde eine neue zivilisatorische Mission für Europa bedeuten: die Aufgabe, der problematischsten Region der Welt Frieden, Stabilität, Wohlstand und eine Kultur der Toleranz zu bringen.

Im Gegensatz dazu würde ein Beitritt Russlands ein eher vertrautes Szenario nach sich ziehen. Russland war jahrhundertlang Rezipient und Vermittler europäischer kultureller und zivilisatorischer Errungenschaften. Dank der Expansion des zaristischen und später des sowjetischen Imperiums strahlte Europa bis in die entferntesten asiatischen und fernöstlichen Regionen aus. Sollte sich die EU für eine Zukunft mit Russland als Mitglied entscheiden, wäre das eindeutig eine Bestätigung der bisherigen Strategie, seine Einflussphäre durch den Export seiner Werte, Normen und Regeln zu erweitern. Die Türkei und Russland stehen für zwei unvereinbare Strategien, die eine Entscheidung fordern zwischen einem Dialog der Zivilisationen und einer zivilisatorischen Festung mit einem enormen transformatorischen Potential. Diese beiden Strategien lassen sich schwerlich parallel verfolgen. Russland hat keine Chance, sich vor der Ukraine der EU anzuschließen, aber es nach der Türkei zu tun, würde keinen Sinn ergeben.

Herausforderungen für Russland

Es ist paradox, dass Überlegungen zu einer möglichen EU-Mitgliedschaft Russlands überall angestellt werden, nur nicht in Russland selbst. Ungeachtet aller Bedenken haben sich europäische Politiker, EU-Amtsträger, Botschafter von EU-Mitgliedsländern in Moskau und angesehenen politische Beobachter immer wieder für einen mittelfristigen Beitritt Russlands ausgesprochen. In Russland selbst jedoch stößt diese Idee seit jeher auf bestenfalls halbherzigen Beifall. Niemand dort getraut sich, das Thema öffentlich anzusprechen. Der verstorbene Viktor Tschernomyrdin, Premierminister unter Präsident Jelzin, war der einzige, der die Frage einer russischen EU-Mitgliedschaft aufwarf – und damit im Lager der EU für helle Aufregung sorgte. In einem Land, das dabei ist, unter der autoritären Führung eines ehemaligen KGB-Agenten, unter dem warmen Regen hoher Ölpreise und im Zeichen einer allgemeinen Reformmüdigkeit sein nationales Selbstbewusstsein wiederzugewinnen, ist die Europäische Union nicht à la mode. »Es ist wahr, dass wir, aus Gründen, die auf der Hand liegen, in der überschaubaren Zukunft weder die Absicht haben, der EU beizutreten, noch irgendeine Form von institutionalisierter Assoziation mit ihr zu errichten«, erklärte Putin 2007, ohne diese Gründe je konkret zu benennen.⁴ Was tatsächlich auf der Hand liegt, ist, dass sich laut Meinungsumfragen eine wachsende Mehrheit für eine EU-Mitgliedschaft Russlands erwärmen kann. Nach Erhebungen im Auftrag der Deutschen Welle konnten sich im Dezember 2010 23 Prozent aller Russen einen EU-Beitritt innerhalb von zwei Jahren vorstellen, 16 Prozent einen Beitritt innerhalb der nächsten fünf Jahre.⁵

Was Russland betrifft, so gibt es auch hier zwei Faktoren, die derzeit noch ein Hindernis für einen EU-Beitritt darstellen. Zum einen scheinen die Elite und die politische Führung Russlands heute kaum bereit, auf einen Teil der nationalen Souveränität zu verzichten und die supranationale Regierungskompetenz der EU zu akzeptieren. Ebenso wenig wären sie wohl geneigt, den *acquis communautaire* anzuerkennen, obgleich der russische Staat wesentliche Teile davon bereits übernommen hat, um seiner Wirtschaft die Türen zum europäischen Markt zu öffnen. Dennoch – ein politisches Umdenken der russischen Elite wird vielleicht schneller kommen, als wir denken. Und niemand kann ausschließen, dass sich auch in der politischen Führung etwas ändert.

Zum anderen hegt Russland Ambitionen als Regionalmacht. Diese angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der postsowjetischen Sphäre aufzugeben, würde es Europa annähern. Drei plausible Szenarien lassen sich ausmalen, wenn man von einer Abschreibung der für Russland wichtigsten Regionen – die Ukraine, Zentralasien und der südliche Kaukasus – ausgeht. Die russischen Eliten sehen sich als Europäer, allerdings mit einer Besonderheit: Sie sind überzeugt, Russland sei traditionell mit einer zivilisatorischen Mission betraut, die aus seiner einzigartigen Lage zwischen Westeuropa und Eurasien resultiert. Der fortschreitende Zerfall des postsowjetischen Blocks hat freilich dazu geführt, dass Russland von ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion umlagert ist, die sogleich zur Bühne eines Wettbewerbs und geopolitischer Rivalitäten zwischen den sich überschneidenden Interessen Russlands, der EU und der NATO wurden. Die chaotischen Zustände in der postsowjetischen Sphäre, wo sich die geopolitischen Prioritäten noch nicht herauskristallisiert haben, befeuern das Streben Russlands nach Autarkie und seinen Anspruch, ein selbstständiger Gravitationspol im Kraftfeld der globalen Machtverteilung zu werden. Jede Störung des gegenwärtigen Status quo in der postsowjetischen Sphäre wird jedoch zeigen, wie naheliegend die Option einer Annäherung Russlands an die europäischen Strukturen ist. Zu ergründen bleibt lediglich noch, wo, wann und wie das bestehende fragile Gleichgewicht kippen wird.

Es ist interessant, sich zu vergegenwärtigen, dass trotz des postmodernen Charakters des europäischen Integrationsprozesses die Art und Weise, wie die EU expandiert und ihre Werte, ihre Regeln und ihren wirtschaftlichen Einfluss nach außen projiziert, einem höchst traditionellen Pfad folgt, der sich an territorialer und geographischer Nachbarschaft orientiert. Robert Cooper⁶ hat darauf hingewiesen, dass die Erweiterungsschritte der EU (abgesehen von der Aufnahme Griechenlands) zuerst und vor allem die jeweiligen unmittelbaren Anlieger umfassten. Sobald ein Mitglied im europäischen Club bestätigt ist, beginnt es, sich um die Sicherheit an seinen Grenzen zur Welt außerhalb der EU zu sorgen; damit leistet es einen Beitrag zur Stabilisierung der Nachbarregionen und bereitet den Boden für weitere Erweiterungsschritte.

Das erste Szenario geht von der Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine aus. Bleibt es bei dem genannten geographischen Erweiterungsmuster, können wir annehmen, dass die Frage einer russischen Mit-

gliedschaft so lange irrelevant bleibt, bis »Pufferstaaten« wie die Ukraine dem Club beigetreten sind. Eine europäische Ukraine würde den aktuellen Bemühungen Russlands, das Land wirtschaftlich (über eine Zollunion) und militärisch (über die Kollektive Verteidigungsorganisation CSTO) in die postsowjetische Machtsphäre zu integrieren, den Todesstoß und der russischen Elite einen Schock versetzen. Die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union würde Russland näher rücken lassen, auch wenn die damit der Ukraine zufallende Mission, ihrem östlichen Nachbarn den (Rück-)Weg nach Europa zu ebnen, vermutlich einige Zeit brauchen wird, um Früchte zu tragen.

Das zweite Szenario fußt auf der Annahme, dass der wirtschaftliche und finanzielle Vormarsch Chinas in den postsowjetischen Republiken Zentralasiens sich früher oder später in politischem Einfluss niederschlagen und dass dies zu einem faktischen Rückzug Russlands aus dieser Region führen wird. »Der Übergang zu institutionellen Formen der Verflechtung Chinas mit den meisten seiner Nachbarn in der Region ist nur eine Frage der Zeit«, schreibt ein russischer Experte für den postsowjetischen Raum.⁷ Schon heute können wir einen Rückgang des russischen Einflusses in Zentralasien beobachten. In Kasachstan und Tadschikistan hat China Russland den Rang als wichtigster Investor abgelaufen und kontrolliert mittlerweile 40 Prozent der kasachischen Öl- und Gaswirtschaft. China treibt mit Hochdruck den Bau von Autobahnen, Eisenbahnstrecken und Pipelines voran, die eine enge Vernetzung der zentralasiatischen Republiken mit dem Reich der Mitte herstellen werden. Russland hat bis heute von der chinesischen Führung keine klaren Signale über die Absichten Chinas erhalten, was die Konsolidierung seines politischen Einflusses in Zentralasien betrifft. Wenn sich das Bild klärt, wird Russland vor schwierigen Entscheidungen stehen, die zwangsläufig zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit Europa führen werden.

Das dritte Szenario geht von der Möglichkeit aus, dass es im Südkaukasus zu einer Explosion kommen könnte, wenn sich das dort seit dem Zerfall der UdSSR glimmende Konfliktpotential entzündet. Bis heute spielt Russland in der postsowjetischen Sphäre eine wichtige stabilisierende Rolle, indem es verhindert, dass die immer wieder ausbrechenden lokalen Konfrontationen sich zu einem größeren militärischen Konflikt auswachsen. Falls Russland jedoch nicht in der Lage ist, den nächsten ernststen zwischenstaatlichen Konflikt in seiner südlichen Nachbarschaft

im Zaum zu halten, würde das seine Ansprüche auf eine Führungsrolle in der postsowjetischen Sphäre und auf einen eigenen eurasischen Weg zunichtemachen. Die Fähigkeit Russlands, mit den Mitteln sanfter Macht Konfliktprävention und -management zu betreiben, scheint im Schwinden begriffen zu sein. Das zeigt sich z.B. daran, dass Moskau es nicht schafft, die festgefahrenen Verhandlungen zwischen Aserbaidshan und Armenien über Berg-Karabach wieder in Schwung zu bringen oder andere regionale Akteure wie die Türkei daran zu hindern, in den Verhandlungsprozess einzugreifen. Das Unvermögen, den ehemaligen Sowjetrepubliken Stabilität und Frieden zu garantieren, wird den Einfluss Russlands an anderen Stellen seines »nahen Auslands« mindern und seinen gegenwärtigen Status als Regionalmacht untergraben. Diesem Szenario zufolge würde Russland gar nichts anderes übrig bleiben, als sich Europa anzunähern, weil es die EU als Mediatorin und politische Verbündete für die Stabilisierung des Südkaukasus braucht.

*

Die Russen haben eine Art und Weise, schwierige Fragen zu beantworten, die Ausländer manchmal ratlos macht: »Da net, navernoe.« Man kann das ungefähr mit »Vielleicht, vielleicht auch nicht« übersetzen. Diese Redewendung signalisiert den Widerwillen dagegen, etwas zu tun, und zugleich die Bereitschaft nachzugeben, wenn die andere Seite beharrlich bleibt. Es bedeutet, anders gesagt: Alles ist möglich. Vielleicht ist das im Augenblick die beste Antwort auf die Frage, wie es um die Aussichten für einen EU-Beitritt Russlands bestellt ist: »Da net, navernoe.«

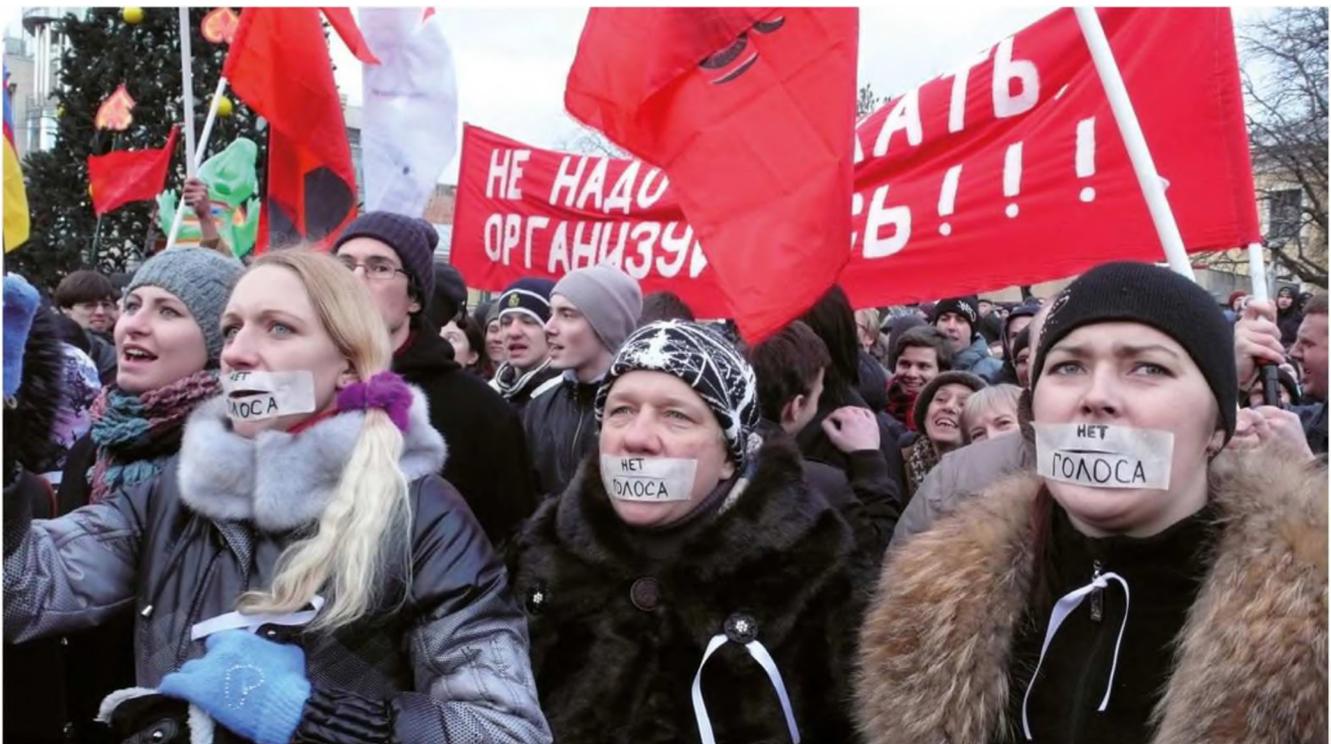
Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber

Anmerkungen

- 1 Graham Avery, »EU Expansion and Wider Europe«, in: Elizabeth Bomberg / John Peterson / Richard Corbett (Hg.), *The European Union: How does it work?*, Oxford UP 2011.
- 2 Siehe auch Richard Pipes, *Russian Conservatism and Its Critics. A Study in Political Culture*, Yale UP 2005; Michael Emerson, *The Wider Europe Matrix*, Centre for European Policy Studies, Brussels 2004.
- 3 Matthes Buhbe, *Germany in international relations. Aims, instruments, prospects*, Reihe Kompass 2020. *The Main Features of a German Strategy towards Russia*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2007, S. 6 und 16.

- 4 Vladimir Putin, »50 Years of European Integration and Russia«, Artikel, erschienen am 25. März 2007 u.a. in *The Sunday Times*, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und *Le Monde*.
- 5 <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14771971,00.html>
- 6 Robert Cooper, *The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century*, London 2003.
- 7 Yury Távrovsky, »China Fills in the Post-Soviet Vacuum«, in: *L'Atlas du Monde Diplomatique* (russ. Ausgabe), Moskau 2010, S. 214.

Anna Jermolaewa
Ohne Titel. Russland 2011/2012



Anti-Putin-Demonstrationen
„Ich glaube ihm nicht“, Moskau, 25. September 2011
„Ohne Stimme“, St. Petersburg, 10. Dezember 2011



Gastarbeiter, Moskau



Anti-Putin-Demonstration in Moskau, 25. September 2011

„Putin - Dieb“
„Putin - Tod für Russland“



U-Bahn-Station „Chistye Prudy“, Moskau
Memorial für den Fußballfan Juri Wolkow

Plakat: „Wladimir gegen Dmitri/ Dmitri gegen Wladimir austauschen – reine Zeitverschwendung“



Gastarbeiter, Moskau



OMON-Einsatz auf der Demonstration in St. Petersburg, 10. Dez. 2011



Innenhof in Moskau, 2011
Demonstration in Moskau, 25. September 2011



Gastarbeiter, Moskau

Samuel A. Greene
GESELLSCHAFT OHNE BÜRGER?

Verfolgt man die aktuellen Diskussionen über Russland, so fällt ins Auge, wie wenig die russische Gesellschaft thematisiert wird.¹ Es gibt Ausnahmen: Zum einen untersuchen die Kulturhistoriker seit Langem die Entwicklung, die Demontage und das teilweise Überdauern von Institutionen, die den Unterbau der Gesellschaft bilde(te)n; zum anderen ließ die Auflösung der Sowjetunion das Interesse an der langen Geschichte der sowjetischen Gesellschaft wiedererwachen. Doch haben die Schwierigkeiten, die Russland mit dem Übergang in die postsowjetische Ära hat, insbesondere, was seine Demokratisierung betrifft, offensichtlich viele Beobachter veranlasst, das Thema Gesellschaft auszublenden. Weil die gesellschaftlichen Faktoren, die an der Herausbildung von Russlands neuer Autokratie beteiligt sind, so deterministisch und pfadabhängig zu sein scheinen, ziehen es viele Sozialwissenschaftler vor, sie erst gar nicht zur Kenntnis zu nehmen und befassen sich stattdessen lieber mit politischem Handeln bzw. mit den politischen Institutionen der Vergangenheit und der Gegenwart. Seit Langem wird das angebliche Defizit an »Sozialkapital« bei den Russen und der allgemeine Mangel an Vertrauen in der russischen Gesellschaft diskutiert, aber selbst diese Phänomene werden kaum als Ergebnis gesellschaftlicher Faktoren verstanden, sondern als Folge politischer Weichenstellungen durch die Eliten im Verlauf hauptsächlich des 20. Jahrhunderts.

Lassen wir die Frage beiseite, ob solche methodologischen Präferenzen nicht nur politisch korrekt, sondern auch intellektuell stichhaltig sind; vieles, was in den zurückliegenden Jahren in den russischen Sozialwissenschaften geleistet wurde, ist hervorragend und erhellend. Und ich will auch nicht unterstellen, dass der russischen Gesellschaft keine (oder nicht genug) Beachtung geschenkt wird; tatsächlich legen Soziologen und Anthropologen der diversen Schulen nach wie vor faszinierende Arbeiten vor. Gleichwohl hat der Trend zur Beschäftigung mit Politik und politischer Ökonomie zur Folge, dass man diese soziologische Forschung, wenn man sie in den allgemeineren Kontext von Studien über

das postsowjetische Russland stellt, fast zwangsläufig auf den Status einer abhängigen Variablen reduziert. Politik und politische Ökonomie sind zweifellos Faktoren, die gesellschaftliche Wirkungen entfalten. Im Folgenden möchte ich zeigen, dass gesellschaftliche Faktoren umgekehrt auch politische Wirkungen hervorrufen können.

Auf den ersten Blick scheint dies auf der Hand zu liegen. Das Umschlagen wirtschaftlicher Missstände in politische Mobilisierung in Pikalevo, Zabaikalsk und anderen *Monogoroda* – Städte in denen die Arbeitsplätze und das Einkommen der Bewohner in hohem Grad von einer einzigen Firma oder Branche abhängen – wie auch in größeren Städten wie Wladiwostok und Kaliningrad zwang die russische Regierung, auf die Proteste mit einer Kombination aus Kooptierung und Repression zu reagieren, obwohl sie es wahrscheinlich vorgezogen hätte, sich herauszuhalten. Die Regionalwahlen vom Herbst 2009 lieferten eine weitere Illustration der Hypothese, dass man von der Bevölkerung kaum Stillhalten erwarten kann, wenn der Staat seinen Teil des Vertrags nicht erfüllt. Vielleicht noch wichtiger ist indes, dass die Wahlen auch demonstrieren haben, wie hoch bei einem großen Teil der Bevölkerung, wenn nicht bei der Mehrheit, die Bereitschaft ist, dem System selbst dann noch Kredit zu gewähren, wenn es ins Wanken gerät. In jüngster Zeit hat das Wiedererstarken der russischen Autofahrerbewegung – mit neuer Taktik und unter neuer Führung, aber mit einem unveränderten Forderungskatalog – gezeigt, dass die russische Gesellschaft sehr wohl in der Lage ist, basisdemokratische Bewegungen hervorzubringen und zumindest einen Teil der politischen Agenda nachhaltig zu bestimmen – ganz im Gegensatz zu dem, was wir über den Mangel an Sozialkapital und Vertrauen zu wissen glauben.

Diese Beispiele sind freilich fast zu offenkundig. Die Frage, der ich hier nachgehen möchte, ist folgende: Sind in Russland fundamentale gesellschaftliche Entwicklungen im Gang, die das Zeug haben, die Reformierung des russischen Staates voranzubringen? Und wenn ja, wie könnte diese Reformierung in den nächsten zehn Jahren verlaufen?

Viereinhalb gesellschaftliche Schlüsselphänomene

Vorausschickend möchte ich zwei Annahmen erläutern, die meinem Verständnis der russischen Gesellschaft zugrunde liegen. Die erste hat etwas mit der »De-Institutionalisierung« Russlands zu tun. Russland hat sich

noch nicht voll und ganz seiner gesellschaftlichen Institutionen entledigt, ist aber nahe daran. Ich halte mich hier an die soziologische Definition einer Institution als eines Bündels von eingespielten Regeln und Normen, die das Verhalten von Individuen oder Gruppen bestimmen, so dass man einigermaßen genau vorhersagen kann, wie sie auf eine bestimmte Aktion reagieren werden. Wenn ich also von einem Schwund der Institutionen in Russland spreche, meine ich weniger die zahllosen staatlichen Einrichtungen, die nach dem Buchstaben des Gesetzes existieren, ihren Sitz in Gebäuden haben, mit Haushaltsmitteln ausgestattet sind etc.; vielmehr beziehe ich mich auf den Tatbestand, dass es keine dieser Einrichtungen – sei es das Gesetz, der Staatsapparat, das höhere Bildungswesen oder die russisch-orthodoxe Kirche – den Bürgern Russlands erlaubt, einigermaßen genau vorherzusagen, wie der Staat oder die Gesellschaft auf ein bestimmtes Handeln reagieren wird. Der Sowjetunion war es gelungen, so gut wie alle horizontalen gesellschaftlichen Institutionen, die früher existierten – religiöse, ethnische, familiäre oder sonstige –, auszubluten, und der chaotische Umbruch nach ihrem Ende beseitigte die letzten Reste. (Das gilt allerdings nur für Russland im engeren Sinn, nicht für die Kaukasusregion und andere traditionell von ethnischen Minderheiten geprägte Gemeinschaften im Ural, in Sibirien und im hohen Norden Russlands.)

Die zweite Annahme ergibt sich aus der ersten: In einer de-institutionalisierten Umgebung ist Gewissheit ein kostbares Gut und der Saldo aus Gewissheit und Ungewissheit wird zur Schlüsselware eines jeden gesellschaftlichen Tauschgeschäfts. Damit wird das relative Vertrauen zu Menschen gestärkt, die als *nashi* – »die Unseren« betrachtet werden, und das Vertrauen zu jenen gemindert, die als *chuzhie* – »die Anderen« – empfunden werden. Das verleiht denen, die dank ihres Status oder ihrer gesellschaftlichen Stellung in der Lage sind, Ungewissheit zu erzeugen oder zu manipulieren, eine große Machtfülle. Und das wiederum senkt in einem fatalen Maß die Bereitschaft zum Risiko.

Dies bringt uns direkt zum *ersten* Schlüsselphänomen. Durch alle Diskussionen über Politik in Russland – und insbesondere über Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement – zieht sich das Klischee, Russen seien passiv. Das stimmt nicht – Russen sind auf aggressive Weise unbeweglich. Der Unterschied ist nicht nur semantischer Natur. Passive Menschen mögen nicht leicht hinter dem Ofen hervorzulocken sein, aber

sie lassen sich relativ leicht in eine Richtung drängen. Aggressiv-unbewegliche Menschen sind in jeder Situation und Hinsicht schwer in Bewegung zu bringen, eben weil ihre Unbeweglichkeit eine strategische und rationale ist. Eine Gesellschaft ohne Institutionen bietet keine verlässlichen, allen offen stehenden Wege zum Erfolg. Infolgedessen ist der relative Wohlstand, den ein russischer Bürger erworben hat, das Resultat einer singulären, einmaligen Konstellation von Umständen und verdankt sich allein der Fähigkeit der oder des Betreffenden, mit ihrer/seiner unsicheren Umgebung zurande zu kommen (wobei Frauen das in Russland generell besser schaffen als Männer). Jede Veränderung droht das, was man erreicht hat, zu gefährden, so dass der Bürger wieder der Ungewissheit ausgeliefert wäre und möglicherweise wieder bei null anfangen müsste – eine ganz und gar unattraktive Perspektive. Das gilt sowohl für die Makro- als auch für die Mikroebene. Wenn Bewohner einer verfallenden Stadt wie Pikalevo also zögern, wegzuziehen, dann nicht, weil sie dort zuversichtlich in die Zukunft sähen, sondern weil sie keine Gewähr dafür haben, sich in einer neuen Konstellation bürokratischer und anderer formeller und informeller Beziehungen zurechtzufinden, die sie anderswo erwarten würde. Das erklärt auch, warum sich viele Russen freiheitlichen und demokratischen Reformen widersetzen: nicht, weil sie mit dem Status quo einer staatsmonopolistischen Politik und Wirtschaft glücklich und zufrieden wären, sondern weil jede größere Veränderung das Risiko birgt, das mühsam Erreichte zu verlieren.

Das *zweite* Phänomen ist die spezifische Art und Weise, wie der sogenannte Ressourcenfluch sich in Russland manifestiert: Der Überfluss an Bodenschätzen und die daraus resultierenden finanziellen Erträge haben in Russland weder ein repressives Regime wie in Myanmar hervorgebracht noch einen autoritären Populismus wie in Venezuela, sondern die »Scheidung« von Staat und Volk abgefedert, mit der beide Seiten nach sieben Jahrzehnten eines übermäßig innigen Miteinanders gut leben können. Es wird oft gesagt, der stillschweigende Gesellschaftsvertrag der Ära Putin beinhalte die Bereitschaft der Bevölkerung, sich als Gegenleistung für wirtschaftliches Wachstum aus der Politik herauszuhalten. Ich würde das ein wenig modifizieren und sagen, dass dieser Vertrag, wenn es denn einen gibt, beiden Seiten ein Maximum an Autonomie zugesteht, solange keine Seite den Interessen und der Bequemlichkeit der anderen zu Leibe rückt. Freilich ist dies ein von inneren Spannungen durchzogenes

Arrangement, ähnlich wie die »Scheidungsehen« in der sowjetischen Ära, als heillos zerstrittene Paare weiterhin in einer Wohnung zusammenleben mussten. Reibungen sind unvermeidlich, und auch wenn Öl und Erdgas samt dem Wirtschaftswachstum, das sie generieren, Schmiermittel liefern, ändert das nichts daran, dass Entfremdung nur bis zu einem gewissen Grad erträglich ist. Eine schlagende Illustration bieten die Autostraßen Russlands, wo die Elite und die Normalbürger sich auf zwei Seiten einer fast institutionalisierten Gesetzlosigkeit finden: Die Elite hält sich an keine Vorschriften und Verbote und die Normalbürger verfügen über so gut wie keine Mittel, sich zur Wehr zu setzen.

Das *dritte* Phänomen ist die aus dieser Situation resultierende zunehmende Spannung. Je mehr die Elite und die Nicht-Elite auskristallisieren und Privilegien verteidigt werden müssen – man denke an die Konvois gepanzerter Fahrzeuge oder die hohen Schutzzäune um selbst relativ bescheidene private Landsitze –, desto zwangsläufiger wird es zu Konflikten kommen. Die Entwertung des öffentlichen zugunsten des privaten Raums, für die Michael Burawoy den Ausdruck »involution« geprägt hat, half den Menschen, mit den Turbulenzen des Umbruchs fertigzuwerden, aber in dem Maß, wie Russlands »neue Normalität« sich gesetzt hat und beim Essen der Appetit zurückkehrt, beginnt eine schleichende Privatisierung von Gemeingütern einzureißen.² Nicht nur, dass die Straßen scheinbar zum privaten Revier der Elite geworden sind (mit u.U. lebensgefährlichen Folgen für andere, die sich zufällig darauf bewegen). Moskaus Gehwege und Innenhöfe werden ständig und gewohnheitsmäßig von jedem, der sein Auto abstellen will, privatisiert. Naturschutzgebiete werden zu privaten Jagdgründen von Leuten, die sich einen Hubschrauberflug leisten können, und die Wälder Russlands sind von den Abfällen zahlloser Picknickpartys übersät, als sei der Wald selbst ein Wegwerfartikel. Diese rücksichtslose Privatisierung des öffentlichen Raums durch die Elite wie auch durch die Masse ist ein Ärgernis für alle Beteiligten – jeder Einzelne wird Zeuge oder Opfer von Verhaltensweisen, die seinen eigenen entsprechen, aber zugleich seinen persönlichen Interessen widersprechen. Die natürliche Reaktion hierauf besteht in dem Versuch, die eigenen – zwar lauthals verkündeten, aber nicht gelebten – Normen des Sozialverhaltens anderen vorzuschreiben – ein Unterfangen, das angesichts des Fehlens gesellschaftlicher Institutionen zum Scheitern verurteilt ist und nur immer mehr Konfliktpotential produziert.

Das *vierte* Phänomen ist ein relativ neues Mittel, mit dem die Russen versuchen, mit dem zweiten und dritten Phänomen zurechtzukommen – ich nenne es die »individuelle Modernisierung«. Die Globalisierung – hier meine ich weniger die wachsende wirtschaftliche Interdependenz als die Entgrenzung von Kommunikation und Kultur – eröffnet Wege, die den Dissidenten der sowjetischen Ära nicht zu Gebote standen. Für sie war die Kontaktaufnahme mit der Welt außerhalb der UdSSR durch das illegale Abhören ausländischer Radiosender und das Verbreiten von Samisdatliteratur ein wichtiges Kampfmittel gegen die Willkür des Sowjetregimes und für den Aufbau eines autonomen moralischen Freiraums, der zwar jenseits der ideologischen Grenze der Sowjetunion angesiedelt war, aber doch innerhalb ihrer politischen Grenzen gefangen blieb. In den letzten zwei Jahrzehnten aber haben in Russland die Öffnung der Grenzen und die zunehmende Verfügbarkeit des Internets den Boden für eine explosionsartige Vermehrung individueller Strategien und Möglichkeiten der Identitätsfindung bereitet. Nicht nur in Moskau findet man heute Jünger aller Moderichtungen, Denkschulen, Subkulturen, politischen und gesellschaftlichen Strömungen oder wirtschaftlichen Modelle, die sich auf der Welt tummeln. Junge gebildete, dynamische und mobile Russen – und mit ihnen nicht wenige ihrer älteren Landsleute – scheinen mindestens ebenso bereit und gerüstet, sich mit globalen sinnstiftenden Ideen zu identifizieren wie mit einheimischen Werten. Das gilt für die Menschen in großen Teilen der Welt, aber vor dem russischen Hintergrund der De-Institutionalisierung, der Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft und des ständigen konflikträchtigen Missbrauchs des öffentlichen Raums entfaltet dieses Phänomen eine besondere Wucht. Die moderne Russin und der moderne Russe mögen sich zwar physisch in Russland befinden (oder dort zumindest einen Wohnsitz haben), aber sozial, politisch und geistig sind sie nicht mehr an den russischen Raum gebunden. Das hat widersprüchliche Folgen: Auf der einen Seite ist es für viele der tüchtigsten und intelligentesten Russinnen und Russen eine enorm befreiende Entwicklung, auf der anderen Seite vermindert es beträchtlich die Bereitschaft, ihre Fähigkeiten und Talente in die Modernisierung der eigenen Gesellschaft zu investieren.

Zu guter Letzt das »*halbe*« Phänomen, das irgendwo zwischen dem dritten und dem vierten liegt: Trotz seiner Fehler hat das gegenwärtige russische System der gesellschaftlichen und politischen Beziehungen seine

Anhänger. Es sind nicht nur diejenigen, die dank ihrer Zugehörigkeit zur Elite oder zu ihrem Fußvolk in der Lage sind, immer wieder Nutzen aus der Herstellung und Manipulierung von Unsicherheit zu ziehen. Selbst Leute, die nicht auf der Gewinnerseite dieses Systems stehen, investieren in sein Überleben. Im Juni 2010 wandte sich eine Gruppe von Schullehrern aus dem Städtchen Woskresensk unweit von Moskau mit einem Appell an Präsident Dmitri Medwedew. Die Lehrer waren als lokale Wahlleiter und Wahlhelfer für die Kommunalwahlen im Oktober 2009 dienstverpflichtet worden und stehen jetzt im Mittelpunkt von Ermittlungen wegen Wahlfälschung. Sie gaben selbst zu, an Manipulationen mitgewirkt zu haben, doch was sie nun von Präsident Medwedew forderten, war nicht etwa eine nachträglich Richtigstellung des Wahlergebnisses, sondern die Einstellung des gegen sie laufenden Verfahrens. Der Menschenrechtsaktivist Sergej Kowalew sagte dem Radiosender *Ekho Moskvy* im Hinblick auf die Hunderttausenden von gewöhnlichen russischen Bürgern, die, wie die Lehrer von Woskresensk, bei der Fälschung der Wahlergebnisse mithalfen: »Das Lügen hat aufgehört, ein Mittel zum Verdecken der Wahrheit zu sein; es ist zu einem Ritual der Loyalität und des Patriotismus geworden.« Das mag eine Übertreibung sein – die Lehrer von Woskresensk haben sich vermutlich nicht aus patriotischen Pathos als Wahlfälscher betätigt, sondern weil ihnen die Entlassung oder zumindest Lohnabzüge angedroht wurden, wenn sie nicht mitmachen würden. Tatsache ist jedoch: In einer Situation, in der sie durchaus die Chance gehabt hätten, ohne Gefährdung ihrer beruflichen Stellung mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten und sich in den Dienst der Wahrheitsfindung zu stellen, entschieden sie sich dafür, den Schutz der die Lüge verkörpernden Regierung zu erbitten. Das ist eine tiefer greifende Vereinnahmung, als wir sie bei den jungen Männern und Frauen sehen, die in die *Nashi*-Bewegung und andere staatlich gelenkte Jugendgruppen eintreten, weil dafür eine Urlaubsreise oder eine Gutschrift auf einem Handykonto winkt. Diese jungen Leute handeln schlicht opportunistisch, wohingegen das Verhalten der Lehrer kalkuliert ist.

Flucht aus der Politik

Diskussionen über Staat und Gesellschaft – also auch über Politik – berufen sich in der Regel auf die zum Standard gewordene Definition Max Webers, wonach das legitime Gewaltmonopol ein konstitutives Element

des Staates ist. Aus dieser Sicht wird der Staat fast immer als der aktive Teil gesehen, der Macht zu generieren und zu maximieren versucht, während der Gesellschaft bestenfalls die Rolle zufällt, die Macht des Staates zu akzeptieren oder sich gegen sie zu wehren, jedenfalls aber das Gewaltmonopol des Staates zu legitimieren. Der systemtheoretische Ansatz, den Talcott Parsons entwickelte, hat einiges Licht in die komplexen Wechselbeziehungen zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren und den ihnen zugrunde liegenden Institutionen gebracht; er ist jedoch kritisiert worden, weil seinem Denken eine teleologische Annahme innewohnt, nämlich dass es entwickelte und weniger entwickelte Systeme gibt, deren Fluchtlinien alle auf einen (und zwar westlichen) Endpunkt zulaufen.

Ich lasse mich in diesem Abschnitt von einer etwas anderen Konzeption leiten, die Joel Migdal unter der Überschrift »Staat in der Gesellschaft« vorgelegt hat. Er hinterfragt die Annahme, der Staat entspringe der Gesellschaft, die zu regieren seine Aufgabe sei, und legt den Akzent auf das »Prozessuale – das ständige Ringen wechselnder Koalitionen um die Regeln für das tägliche Verhalten«:

Diese Prozesse entscheiden darüber, wie Gesellschaft und Staat bestimmte Praktiken für die Strukturierung des Alltagslebens entwickeln und aufrecht erhalten – das Wesen der Regeln, die das Verhalten der Menschen leiten, wem sie nützen und wen sie benachteiligen, welche Typen von Elementen die Menschen einen und welche sie spalten, welche Auffassungen Leute über ihr Verhältnis zueinander und zu anderen wie auch über ihre Stellung in der Welt teilen. Und diese Prozesse bestimmen auch darüber, ob und wie Regeln und Muster der Beherrschung und Unterordnung in Frage gestellt und verändert werden.³

Migdal schöpft wesentlich aus dem Konzept der Gemeinschaft, wie Edward Shils es vorgeschlagen hat:

Eine Gemeinschaft ist nicht nur eine Gruppe konkreter und bestimmter Personen, sie ist, fundamentaler gesehen, eine Gruppe von Personen, die ihre Bedeutung dadurch gewinnt, dass sie Werte verkörpert, die ihre je eigene Existenz transzendieren, und dass sie sich Maßstäben und Regeln unterwirft, aus denen sie ihre Würde bezieht.⁴

Für Migdal ist es dieser Prozess der Generierung von Bürgersinn, der letzten Endes die Staatsbildung vorantreibt. Besonders deutlich zeigt sich dies in einer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Situation,

in der sich, wie in Russland, ein rascher Wandel vollzieht. Unter solchen Umständen muss man vielleicht Verständnis dafür haben, dass sich die Bürger – individuell *und* kollektiv – schwer tun, den Weg zu von allen geteilten Verhaltensregeln und Werten zu finden, die Bürgersinn erst entstehen lassen. Migdal schreibt dazu:

Unter solchen verwirrenden und fragmentierten Voraussetzungen müssen die Einzelnen auf Beschränkungen und Chancen reagieren, die nicht nur von einer Organisation ausgehen, sondern von vielen. Manche dieser Organisationen existieren friedlich nebeneinander, andere jedoch streiten aktiv miteinander darüber, welche Spielregeln gelten sollen. Der Einzelne sieht sich daher mit einem grundlegenden Mangel an Kohärenz in seiner sozialen Welt konfrontiert, mit einer Pluralität von Organisationen, die gegensätzliche Werte und Verhaltensnormen propagieren. Modelle, die einen fundamentalen Konsens unterstellen, der dem Handeln, Fühlen und Denken des Einzelnen zugrunde liegt, sind nicht in der Lage, die vielfältigen Strategien zu erklären, die Menschen im Rahmen solcher heterogenen strukturellen Verhältnisse anwenden.⁵

Die »viereinhalb« gesellschaftlichen Phänomene, die ich hier skizziert habe, illustrieren, wie sich dieses Dilemma im heutigen Russland niederschlägt. Als Reaktion auf den Zerfall des öffentlichen Raums, auf die Einbnung der Hierarchien, die die Interaktion im Sowjetsystem bestimmten, und auf den Abbau der Sicherheit gewährenden gesellschaftlichen Institutionen zogen sich die Bürger aller Schichten der Gesellschaft aus dem öffentlichen Raum zurück, verbarrikadierten sich in ihrer Privatsphäre und machten sich an die Privatisierung des Gemeineigentums. Diese spektakuläre Entwertung der Gemeinschaft und der damit einhergehende Verlust des Bürgersinns ist ein sich selbst verstärkender Prozess, der alle Beteiligten darin bestätigt, dass ihre Strategie gerechtfertigt und richtig ist, eben weil die anderen denselben Individualismus verfolgen und mit ihrer Absage an den Gemeinnsinn zur Bedrohung werden.

Damit soll keineswegs suggeriert werden, Russen hätten keine Werte. Angesichts der Verflüchtigung gesellschaftlicher Institutionen greifen Bürger und Eliten gleichermaßen auf das zurück, was übrig geblieben ist. Partikularistische Netzwerke, wie sie Familie, Freundschaft, Sippe oder ethnische Zugehörigkeit darstellen, erscheinen in einer solchen Situation werthaltiger als andere Arrangements – wie gesetzlich gebundene Institutionen –, die den Menschen universelle Werte einpflanzen könnten. Eine ausgezeichnete Illustration dafür bietet die anthropologische Studie

einer entlegenen Lebensgemeinschaft in Sibirien: David Anderson fand dort zahlreiche Beispiele für Institutionen, die zivile, politische und wirtschaftliche Interessen vermitteln, ohne den formalen Kriterien zu genügen, welche die einschlägige Literatur postuliert.⁶ Die Institutionen, die er im alltäglichen Leben der Stadt aufspürte, sind »partikulär« insofern, als sie auf ethnische oder auf lokale wirtschaftliche und gesellschaftliche Zustände zugeschnitten sind. Die Herausforderung für Russland besteht darin, das durch solche Institutionen gebildete Vertrauen in Formen zu gießen, die sich auf der nationalen Ebene miteinander verknüpfen und verbreiten lassen.

Die mangelnde Vertrauensbildung in Russland wird gerne mit kulturellen Faktoren erklärt, deren Wurzeln wesentlich tiefer reichen als die Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Verhältnisse. Wenn wir in die Zukunft blicken wollen (wie tentativ auch immer), müssen wir uns fragen, inwieweit sie von der Vergangenheit bestimmt wird. Die radikalsten Argumente für die Pfadabhängigkeit der Entwicklung in Russland haben bisher Oleg Kharkhordin, Michail Afanas'ev und Richard Pipes vorgelegt, die (jeder für sich) die These vertreten, dass es christlich-orthodoxe, absolutistische und patrimoniale Modelle der sozialen Interaktion sind, die, um Pipes zu zitieren, »das Unvermögen der russischen Staatlichkeit [begründen], sich von einer privaten zu einer öffentlichen Institution zu entwickeln«, und so eben nicht die Festigung von Gemeinschaft und Bürgersinn fördern, sondern die Diffusion des zivilgesellschaftlichen Lebens (Kharkhordin).⁷ Über die Herkunft solcher »archaischen« Tendenzen wird kontrovers diskutiert. Während Kharkhordin und andere die These vertreten, die Dominanz des Alten sei Folge des Versagens des Neuen, argumentiert Afanas'ev, das Neue versage just wegen der Dominanz des Alten. Dieser grundlegende und unversöhnliche Meinungsunterschied zeigt, dass das historistische Argument kaum einen Erklärungswert für die Probleme des heutigen Russland bietet. Die Russen sehen sich gleichzeitig und untrennbar voneinander mit der Dominanz des Alten und dem Scheitern des Neuen konfrontiert. Als Orientierung in der gesellschaftlichen Interaktion hat keines von beiden einen Vorrang vor dem anderen. Anders gesagt: Russische Bürger treffen ihre Entscheidungen auf der Grundlage von Faktoren, die *heute* gegeben sind, und es ist diese Unmittelbarkeit, die sowohl der Vergangenheit Bedeutung verleiht als auch die Zukunft vorzeichnet.

Unmittelbarkeit ist bekanntlich ein grundlegender Begriff der Spiel-

theorie, die soziales Verhalten als schnelle Lösung aktueller Dilemmata auf der Grundlage einer Evaluation vergangener Erfahrungen und künftiger Konsequenzen erklärt. Die Spieltheoretikerin Margaret Levi hat die These entwickelt, der Bürger begegne den Forderungen des Staates – der in unserer Begrifflichkeit die Manifestation der von Gemeinschaften festgelegten oder akzeptierten Regeln ist – mit einer »bedingten Zustimmung«. Die Konsensfreudigkeit nimmt in Levis Modell in dem Maße zu, wie der Bürger »den Staat als vertrauenswürdig wahrnimmt«, wie hoch »der Anteil der Konsensbereiten unter den übrigen Bürgern« ist und wie ausgeprägt die Fähigkeit der Bürger ist, sich Informationen über die beiden vorgenannten Indikatoren zu verschaffen.⁸

An Levi anknüpfend stellt Charles Tilly die Frage: »Wie haben Mitglieder von Vertrauensnetzwerken sich und ihre Ressourcen gegen Raub geschützt?« – eine Frage, die von besonderer Relevanz für Russland ist, wo Raub zur Hauptstrategie der Elite geworden ist. Die Antwort, gestützt auf eine breit angelegte Studie, lautet: durch eine Kombination dreier Strategien.

Die Strategie des Verbergens (...) befestigt die Grenze zwischen Insidern und Outsidern durch Geheimhaltung und Verstellung. Die Strategie des Klientelwesens (...) beruht darauf, dass man die Protektion eines Mächtigen genießt, der einen, gewöhnlich zu einem nicht allzu bescheidenen Preis, vor anderen potentiellen Räubern schützt. Die Strategie der Verstellung (...) beinhaltet, dass man sich den Erwartungen der Herrschenden in einem Maß fügt, das gerade ausreicht, einen vor einer zu strengen Überwachung und vor Enteignung zu bewahren.⁹

Alle diese Strategien stellen im Grunde eine Flucht aus der Politik dar. Anders gesagt: Was wir in Russland beobachten, lässt sich als eine natürliche Reaktion erklären – sowohl auf die gemeinschaftsfeindlichen Verhaltensregeln, die autoritäre Herrschaft fördern, als auch auf die Art und Weise, wie diese autoritäre Herrschaft ausgeübt wird. Unter solchen Bedingungen heißt Demokratisierung Re-Integration der Bürger in die Politik durch die Wiederbelebung eines sinnvollen politischen Gemeinwesens:

Wenn die Menschen ihre Vertrauensnetzwerke in die öffentliche Politik einbauen, verlassen sie sich irgendwann darauf, dass das Regierungshandeln für die Erhaltung dieser Netzwerke sorgt. Sie gewinnen auch Macht – individuelle und kollektive – durch die über diese Netzwerke vermittelten Kontakte und Beziehungen zur Regierung. Sie gewinnen ein dauerhaftes Interesse an einer guten Regierungsarbeit. Dabei spielen die politischen Einsätze eine wichtige

Rolle. Das Zahlen von Steuern, der Kauf von Staatsanleihen, die Weitergabe persönlicher Informationen an Behörden, das Angewiesensein auf staatliche Beihilfen (...) all das festigt das Interesse an der Politik und fördert das aktive Verhandeln über die Bedingungen ihrer Umsetzung.¹⁰

Es wäre demzufolge ein Fehler, anzunehmen – wie es normative und historistische Theorien tun –, dass Regeln sich aus Werten ableiten. In Wirklichkeit verhält es sich andersherum: Regeln werden geschrieben, um menschliche Interaktionen effektiver und berechenbarer zu machen (zumindest für diejenigen, die die Regeln aufstellen), und wenn sie sich als hinreichend vorteilhaft für eine ausreichend große (oder mächtige) Gruppe in der Gemeinschaft erweisen, entwickeln sie sich im Lauf der Zeit zu Werten. Wir müssen uns also fragen: Was sind die Faktoren, die in Russland eine Wende von der Dominanz des Individuellen hin zu einer Aufwertung des Gemeinwesens und des Bürgersinns vorantreiben könnten?

Russland 2020: Szenarien für die Zukunft

Aus heutiger Warte scheint es zwei mögliche Szenarien für die Zukunft zu geben: ein »träges« Szenario, bei dem sich die derzeitigen Trends fortsetzen, bis sie in eine Krise münden, und ein zweites, bei dem sich ein paar Schlüsselfaktoren ändern und das Geschehen eine positivere Wendung nimmt.

Wenn ich das *erste* Szenario als »träge« bezeichne, heißt das nicht, dass es ein statisches wäre: Gesellschaftliche Prozesse kommen nicht einfach zum Stillstand und es ist kein Szenario vorstellbar, in dem sich im Verlauf der nächsten Jahre überhaupt nichts ändern würde. Wenn sich nichts ändert an der aggressiven Unbeweglichkeit, der Entfremdung zwischen Staat und Gesellschaft, am Rückzug ins Private auf Kosten des öffentlichen Raums und an der rapiden individuellen Modernisierung bei einer zunehmend konservativen Wählerschaft, werden die sozialen Spannungen in dem Maß zunehmen, wie der rückwärtsgewandte Staatsapparat immer ineffektiver wird und die politischen und wirtschaftlichen Monopole das Wirtschaftswachstum auf nahezu null reduzieren.

Wir sind schon heute Zeugen dieses Szenarios. Die nationalistischen Unruhen, die Moskau im Dezember 2010 erfassten,¹¹ ließen die oben beschriebenen Phänomene plastisch hervortreten: Tausende Randalierer, von denen sich viele als Opfer von Marginalisierung und Deprivation se-

hen, ausgeschlossen von dem wirtschaftlichen Glanz, in dem die russische Hauptstadt erstrahlt, fielen in den öffentlichen Raum ein und reklamierten ihn für sich. Die Behörden taten ihr Möglichstes, sie zu ignorieren; Präsident Dmitri Medwedew twitterte zuerst über ein Konzert von Elton John und erst dann über die Unruhen und machte halbherzige Versprechungen, die Schuldigen zu bestrafen. Ministerpräsident Wladimir Putin schwieg mehrere Tage lang zu dem Thema. Schließlich ließen sich die Ereignisse nicht länger ignorieren und die Bereitschaftspolizei griff ein, es gab politische Interventionen, Druck wurde ausgeübt.

Die wichtigste Lektion, die die Ereignisse auf dem Manegeplatz erteilt haben, ist jedoch, dass der öffentliche Raum, wie die Natur, das Vakuum scheut. Die Einzelnen, ob einfache Bürger oder Mitglieder der Elite, mögen die Illusion hegen, der Raum zwischen ihren privaten Refugien – die Straßen, die sie befahren, die Metro, in der sie zum Arbeitsplatz pendeln, die Plätze, über die sie spazieren – sei leer. Er ist es nicht. Die reale Anwesenheit von Randalierern auf den Straßen und in der Metro, die allgegenwärtige, aber weitgehend unsichtbare Bedrohung durch physische Gewalt verwandelten, zumal unter der erschwerenden Bedingung, dass es an vertrauenswürdigen Informationsquellen mangelte, den öffentlichen Raum vorübergehend in einen Dschungel, einen Naturzustand, wo den Menschen »ein einsames, kümmerliches, rohes und kurzes Leben«¹² erwartet. Und bis zu dem Zeitpunkt, da die Randalierer aus freien Stücken nach Hause gingen, hatte niemand – weder die Öffentlichkeit noch der Staat – die Macht, die Ordnung wiederherzustellen.

Die zunehmenden Spannungen treiben den Staat zum Ausbau der Kontrolle über die Gesellschaft – zunächst zu Maßnahmen, die die Privilegien der Elite besser schützen, dann dazu, die sozialen Verhältnisse selbst in einer die Stabilität sichernden Weise zu regulieren. Weil sich aber innerhalb des Staates selbst nichts ändert – die konservative Wählerschaft reicht aus, um jedem Druck seitens der kreativen und unternehmerischen Kräfte widerstehen zu können –, läuft das auf eine Re-Privatisierung des Gemeineigentums hinaus anstatt auf seine De-Privatisierung. Die Folge ist, dass, wer nicht der Elite angehört, im Namen von Harmonie und Stabilität aus dem öffentlichen, allen gehörenden Raum gedrängt wird. Die Betroffenen werden zunehmend von dessen Zugang und Nutzung abgeschnitten, die vom Staat unter Bevorzugung der Elite neu verteilt werden.

Ist es nicht denkbar, dass die russischen Bürger angesichts dieser Entrechtung und Entmündigung einen Umsturz fordern, wie es die Bürger in vielen Ländern des arabischen Raums kürzlich getan haben? Dass es den Russen – wie auch den Bevölkerungen unterentwickelter Länder in aller Welt – nicht gelingt, das Gemeineigentum für sich zu reklamieren, wird oft mit dem Hinweis auf Armut erklärt, die angeblich dazu führt, dass partikulare und materielle über universelle und ephemere Interessen gestellt werden. Unglücklicherweise gibt es zu wenig stringente Forschung über Armut – oder, breiter gesprochen, Deprivation – in Russland und ihre Auswirkungen auf die politische Partizipation. Untersuchungen über Indien zeigen indes, dass Armut weder mit einem Mangel an Unterstützung für die Demokratie einhergeht noch mit weniger politischer Partizipation; dagegen korreliert sie signifikant mit den Faktoren Bildungsniveau, Informiertheit, Sozialkapital und Zugang (*access*). Ähnliche Befunde wurden in Afrika und in Teilen Südasiens erhoben¹³ und die jüngsten Entwicklungen in Nordafrika scheinen diese Ergebnisse zu bestätigen.

Die Dinge liegen jedoch nicht ganz so einfach. Jedes Aufbegehren von unten wird eine Reaktion von oben auslösen. Adam Przeworski vertritt den Standpunkt, das eigentliche Problem von Armut und Demokratie liege nicht bei den Armen, sondern bei den Reichen:

Verstärkte politische Partizipation der Armen ist eine Gefahr für die Demokratie nur in Situationen, in denen die Elite sich aus Furcht vor einer drastischen Umverteilung versucht fühlt, die Demokratie aufzukündigen. Für die Armen ist die Demokratie vermutlich das einzige nutzbare Instrument, um sich das zu verschaffen, was sie wollen. Doch wenn sie übereilt handeln, laufen sie Gefahr, auch diese Chance zu verspielen.¹⁴⁺⁵

Die Situation, die Przeworski hier skizziert, passt gut auf Russland. Eine sich allmählich verschärfende Krise könnte Spaltungen innerhalb der Elite fördern: Diejenigen, die sich ihrer Zukunft weniger sicher sind, könnten entweder aus dem System auswandern oder sich für einen schrittweisen Wandel stark machen, wie es die sogenannte 60er-Generation in der UdSSR getan hat. Ein solcher »lethargischer« politischer Wandel wird den Massen freilich wie ein Stillstand erscheinen, und falls es zu einem Aufstand kommt, würden dessen Protagonisten den feinen Unterschied zwischen konservativeren und weniger konservativen Angehörigen der alten Garde nicht beachten. (Die russische Gesellschaft hat diese Unterscheidung einmal gemacht und ist überzeugt davon, dass es nichts gebracht

hat.) Das Ergebnis wird eine Re-Konsolidierung der Elite sein (unter Verlust einiger weniger, die abspringen), die um die Bewahrung ihres Status und ihrer Privilegien kämpft. Es wird zu einer Kraftprobe zwischen ihr und den mobilisierten Teilen der Bevölkerung kommen – mit unvorhersehbarem Ausgang.

In diesem Szenario steigert sich die Entfremdung bis zum Extrem, erzeugt Konflikte und treibt den Staat in eine kontraproduktive autoritäre Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Das Ergebnis wird, auf das Jahr 2020 extrapoliert, ein Russland mit einem stark fragmentierten politischen und sozialen Raum sein, mit einer stagnierenden Wirtschaft und einer extrem geringen Identifikation der Menschen mit dem Staat, dessen Bürger sie nominell sind. Wegen der aggressiven Unbeweglichkeit sowohl der Massen als auch der Elite wird der einzige Ausweg aus dieser Situation der Weg durch eine tiefgreifende und langwierige Krise sein, in deren Verlauf der Wohlstand und der Lebensstandard vieler so stark sinkt, dass die Perspektive eines radikalen politischen Wandels an Attraktivität gewinnt. Bedenkt man, dass ein solcher Wandel, wenn er denn käme, in einem Klima der politischen Entfremdung stattfinden würde, in einem Land, dem es an einer demokratischen Öffentlichkeit ebenso gebricht wie an legitimen, eingewurzelten horizontalen gesellschaftlichen Institutionen, dann erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass er einen demokratischen Verlauf und Ausgang nimmt.

Das *zweite*, optimistischere Szenario beruht ebenfalls auf der Annahme, dass alle im Anfangsteil vorgestellten viereinhalb gesellschaftlichen Schlüsselphänomene bestehen bleiben, geht jedoch von einem entscheidenden Unterschied aus. Nehmen wir an, die russische Regierung beschließt schon bald angesichts wachsender sozialer (und auch elite-interner) Spannungen und einer kontinuierlich abnehmenden Wirtschaftsleistung, mit voller Kraft auf eine ökonomische Integration mit dem Westen, insbesondere mit der Europäischen Union, hinzuarbeiten, und Letztere geht darauf ein. Russland wird Mitglied der Welthandelsorganisation WTO, schließt mit der EU ein Investitions- und Handelsabkommen, schafft die Visumpflicht für EU-Bürger ab und erhält im Gegenzug Reisefreiheit für seine Bürger in die Länder der EU. Im Lauf der Zeit würden immer mehr Russen ihren neuen, ungehinderten Zugang zum europäischen Wirtschaftsraum als Ersatz für den Mangel an Institutionen im eigenen Land nutzen, um institutionelle Beziehungen zu knüpfen und Strategien für die

Wahrnehmung von Bildungschancen, für unternehmerische Aktivitäten, Investitionen etc. zu entwickeln.

Russen mit Unternehmergeist – ob ihr Betätigungsfeld nun die Wirtschaft, das Bildungswesen oder die Forschung ist – leiden nicht an einem Mangel an guten Ideen. Was ihnen fehlt, ist ein institutionelles Umfeld, das es für sie attraktiv machen würde, daheim in diese Ideen zu investieren. Es genügt nicht, staatliche »Modernisierungsprojekte« wie die Forschungsstadt Skolkowo aus dem Boden zu stampfen. Wir haben keinen Anlass anzunehmen, dass solche neuen Einrichtungen, die in Russland unter dem Banner der Modernisierung ins Leben gerufen werden, nicht dasselbe Schicksal erleiden werden wie viele bestehende russische Institutionen, die sich den Ruf erworben haben, die Gesetze zu verdrehen, um die Bürokraten zu bedienen und die Bürger zu entmündigen.

Bis heute sind die Ansätze zu einer »Demokratisierung« Russlands darauf ausgerichtet, potentielle Nutznießer und Interessenten neuer Institutionen auszumachen und sie für eine Reform der bestehenden Institutionen zu mobilisieren. Dieser Ansatz lässt die Tatsache außer Acht, dass die bestehenden Institutionen bereits ihre jeweils eigenen Nutznießer haben, die, anders als die Kandidaten für noch zu schaffende Institutionen, bereits Macht besitzen. Eine Senkung der Hürden, die bis heute eine breitere Integration der in Russland lebenden Russen in das Geflecht der europäischen Institutionen behindern, würde es ihnen erleichtern, an europäischen Institutionen teilzuhaben und ihre Leistungen zu genießen. Schon heute macht die russische Elite in erheblichem Umfang Gebrauch von der europäischen Gerichtsbarkeit, vom europäischen Finanzsystem etc. Viele besser situierte russische Bürger nutzen das europäische Bildungs- und Gesundheitswesen und gehören zu den ausgabefreudigsten Touristen.

Wenn die europäischen Politiker die Voraussetzungen dafür schaffen, dass modernisierungswillige Russen, um in ihre Ideen und Strategien zu investieren, sich auf die Stabilität und Funktionalität der europäischen Institutionen stützen können, wird dies in Russland selbst zwei wichtige Effekte haben: Zum einen wird es den Wohlstand der international integrierten Mitglieder der russischen Mittelschicht steigern und ihnen mehr politisches Gewicht verleihen (was für die Angehörigen der russischen Elite schon heute gilt). Sie werden sich damit zunehmend von der breiten konservativen Wählerschaft abheben und sich aus der oben beschrie-

benen aggressiven Unbeweglichkeit befreien können. Besonders wichtig ist, dass diese europäisch integrierten Bürger sich auf ein institutionelles Fundament für ihren neuen Wohlstand stützen können, das den nicht-integrierten Russen nicht zur Verfügung steht; das wiederum würde die Integration nach Europa hin für andere attraktiver machen und einen realistischen, erreichbaren und – ganz entscheidend – institutionalisierten Weg zum Erfolg aufzeigen.

Der zweite Effekt wäre, dass der Chancenverlust, unter dem diese international vernetzten Bürger infolge der De-Institutionalisierung Russlands leiden, deutlicher sichtbar wird. Auch unter der Annahme niedriger werdender Integrationsbarrieren wären die Transaktionskosten für eine Nutzung der europäischen Institutionen höher, als wenn es entsprechende und funktionierende Institutionen in Russland gäbe. Die daraus abzuleitende Forderung nach institutionellen Reformen und nach Harmonisierung mag auf den ersten Blick relativ unpolitisch erscheinen, hätte aber das Potential, das öffentliche Interesse am Gemeineigentum – und damit am Gemeinwesen und am Bürgersinn – wiederzubeleben, indem sie ein von allen geteiltes Interesse am Gemeinwohl demonstriert.

Zusammengenommen sollte dies ausreichen, um eine konsolidierte einheimische Klientel für den Wandel hervorzubringen, die in der Lage wäre, einen rückwärtsgewandten und widerspenstigen Staat Schritt für Schritt in die Moderne zu bugsieren. Es wird ein schwieriger Weg werden und das Ziel wird im Jahr 2020 sicher noch nicht erreicht sein, aber wenn Russland und seine Partner offen für Integration sind – und wenn wir es schaffen, die konventionelle Logik außer Kraft zu setzen, die Demokratisierung als Voraussetzung für mehr Integration fordert –, dann könnte es doch noch einen Weg aus der Trägheit geben.

Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber

Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. Valerie Bunce/Michael McFaul/Kathryn Stoner-Weiss (Hg.), *Democracy and Authoritarianism in the Postcommunist World*, Cambridge UP 2010. Von den 12 Kapiteln des Buches befasst sich nur eines zuvörderst mit der Gesellschaft (in Bulgarien).
- 2 Michael Burawoy/Pavel Krotov u.a., »Involution and destitution in capitalist Russia«, in: *Ethnography*, Bd. 1, Nr. 1 (2000), S. 43-69.
- 3 Joel S. Migdal, *State in Society*, Cambridge UP 2001, S. 11.

- 4 Edward Shils, *Center and Periphery: Essays in Macrosociology*, University of Chicago Press 1975, S. 138, zitiert nach Migdal, *State in Society*, a.a.O., S. 6.
- 5 Migdal, *State in Society*, a.a.O., S. 190.
- 6 David G. Anderson, »Bringing civil society to an uncivilised place«, in: Chris Hann / Elizabeth Dunn (Hg.), *Civil Society. Challenging Western Models*, London 1996, S. 115.
- 7 Mikhail N. Afanas'ev, *Gefährliches Russland. Autokratische Traditionen heute* (russ.), Moskau 2001; Oleg Kharkhordin, »First Europe-Asia Lecture. Civil Society and Orthodox Christianity«, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 50, Nr. 6 (1998), S. 949-68; Richard Pipes, *Russian Conservatism and its Critics. A study in political culture*, Yale UP 2005.
- 8 Margaret Levi, *Consent, Dissent, and Patriotism*, Cambridge UP 1997, S. 21, zitiert nach Tilly, *Trust and Rule* (Anm. 10), S. 19.
- 9 Charles Tilly, *Trust and Rule*, Cambridge UP 2005, S. 83 f.
- 10 Ebd., S. 135.
- 11 Siehe dazu den Beitrag von Budraitskis im vorliegenden Heft. (Anm. d. Red.)
- 12 Thomas Hobbes, *Leviathan*, Kap. 13, § 9.
- 13 Anirudh Krishna, »Do Poor People Care Less for Democracy?«, in: dies. (Hg.), *Poverty, Participation, and Democracy*, Cambridge UP 2008, S. 92.
- 14 Adam Przeworski, »The Poor and the Viability of Democracy«, in: Krishna (Hg.), *Poverty*, a.a.O., S. 126.

Rossen Djagalov

VOLKSVERÄCHTER

Der Antipopulismus der postsowjetischen Intelligentsia¹

In seinem kürzlich erschienenen Gedicht »Iwan Denissowitsch lebt noch« beschreibt der Moskauer Dichter Jewgenij Lesin, wie das Leben des Helden der 1959 erschienenen berühmten Erzählung von Alexander Solschenizyn 50 Jahre später aussieht.² Schon lange wohnt der fleißige Bauer in der Stadt, ist in Rente und mittlerweile depressiv. Auch wenn es seltsam klingt: Er ist Mitglied der russischen KP, der Nachfolgerin jener Partei, die ihn einst ins Lager geschickt hat. Verblüffend ist auch, wie er über die beiden sein Schicksal bestimmenden Figuren urteilt: »Stalin ist ein Lump, aber ein Kommandeur, / euer Solschenizyn hat mich durch den Dreck gezogen!«

Paradox sind diese Zeilen nur auf den ersten Blick. Die Wirkung des Gedichts beruht darauf, dass Iwan Denissowitsch – wenn es ihn denn gäbe – die Geschichte heute wohl tatsächlich so betrachten würde. Als dreiste Provokation werden diese Zeilen von der Intelligentsia empfunden, an die sich die Wendung »euer Solschenizyn« richtet. Die erbärmliche Pension von 3500 Rubel wird im Gedicht mehrmals erwähnt: »Kaputt ist sein Leben, kaputt sein Klo«. Lesins Iwan Denissowitsch wartet nur mehr auf den Tod, niemand interessiert sich für ihn und niemand denkt noch an ihn – nicht einmal *Memorial*, jene Bewegung, die sich doch um die Wahrung des Andenkens an die Opfer des Stalinterrors kümmert. Viele dagegen interessieren sich für seine winzige Wohnung und können es gar nicht erwarten, dass er endlich das Zeitliche segnet.

In den Schlusszeilen »Auf seinem Tisch das Buch ›Ein Tag / Im Leben des Iwan Denissowitsch‹ und – das Parteibuch« treffen sich zwei russische Tragödien des 20. Jahrhunderts: Der Gulag und die stalinistischen Verbrechen einerseits, die Verelendung von Millionen von Menschen in den neunziger Jahren andererseits. Zur Analyse des Stalinismus hat die spät- und postsowjetische liberale Intelligentsia einen differenzierten (und u.a. durch *Memorial* institutionalisierten) Menschenrechtsdiskurs entwickelt,

während der Protest gegen die heutige neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung seinen häufigsten Ausdruck unverändert im Gefühl der Nostalgie findet. Paradoxe Weise wird diese am weitesten verbreitete Form des Protests der Bevölkerung gegen den Verlust sozialer und ökonomischer Rechte von der liberalen Intelligentsia, die das Andenken an die Stalinopfer pflegt, verurteilt.

Im Folgenden soll versucht werden, eine historische Verschiebung zu untersuchen, die während der Epoche des Sozialismus im Bewusstsein der osteuropäischen Intelligentsia vor sich gegangen ist. Während sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend »volkstümlich« orientiert war, wird sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts von einem stark ausgeprägten »Antipopulismus«³ gekennzeichnet.⁴ Auf unterschiedlichen Wegen haben der Stalinismus und der Menschenrechtsdiskurs zum Bruch des »historischen Blocks« zwischen Intelligentsia und »Volk« geführt.⁵ Und wenn die sozialistischen Staaten auch der Vergangenheit angehören, der Antipopulismus der Intelligentsia lebt bis zum heutigen Tag fort. Seine Folgen lassen sich in der Sprache der Intelligentsia finden, in den Praktiken ihrer Selbstdarstellung, in ihrer geringen Empfänglichkeit für die Probleme sozialer Ungerechtigkeit und in ihrem Streben nach »Klassenmacht«.⁶

I. Nostalgie

In der Wissenschaft wird der Begriff der Nostalgie in der Regel negativ bewertet. Der ahistorische Charakter der Nostalgie und die rosarote Brille, durch die man die »gute alte Zeit« betrachtet, stoßen sowohl bei westlichen Kulturtheoretikern wie Fredric Jameson und Linda Hutcheon, als auch bei den Vertretern der postsozialistischen Intelligentsia und der westlichen Slawistik auf Ablehnung.⁷ Obwohl selten einer Meinung, in ihrer Kritik der Nostalgie sind diese beiden Gruppen sich einig. Wir werden hier ausschließlich die postsozialistischen Kulturen ins Auge fassen, doch lassen sich die angeführten Argumente auch auf den Westen beziehen. Nostalgie ist, wie wir behaupten, nicht nur eine Möglichkeit, die Vergangenheit wahrzunehmen, sondern auch eine Form der Kritik an der Gegenwart. In dieser Eigenschaft ist sie vieldeutig und wird zum kritischen Medium einer Vielzahl von Ideologien mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen als Adressaten.

Eine in allen Gesellschaften, darunter den postsozialistischen, verbreitete Art der Nostalgie ist der Ausdruck der Sehnsucht nach den in Auflösung begriffenen traditionellen Formen verwandtschaftlicher Beziehungen auf der einen Seite sowie des Widerstands gegen die neu entstehenden Formen auf der anderen. Eine andere, ebenso weit verbreitete Art der Nostalgie hat mit dem Verschwinden historischer Signifikanten wie des »Großen Staats«, der »Großen Nation« und des »Großen Führers« zu tun. Beide Arten sind in der postsozialistischen Nostalgie präsent. Ihre Spezifik hängt aber auch mit dem Verschwinden bestimmter Attribute des Staatssozialismus zusammen. Im Bereich des kulturellen Konsums nimmt diese Nostalgie unterschiedliche Formen an: von der Vorliebe für rote Sterne und sonstigen sozialistischen Kitsch bis hin zu Filmen, die die Vergangenheit positiv interpretieren, und den Erinnerungen derer, die während der Transformation zu den Verlierern zählten und nun den sozialen Garantien, die der Staat zuvor gewährt hatte, nachtrauern.

Neben medialen und generationsbedingten Varianten der postsozialistischen Nostalgie gibt es auch geographische. Für die Jugo-Nostalgie etwa sind ihr Internationalismus und Multikulturalismus kennzeichnend. Mit dem Begriff der »Ostalgie« werden ostdeutsche Gefühle gegenüber einer realen oder eingebildeten Vergangenheit beschrieben.⁸ Der heutige deutsche Film ist in viel größerem Maße als der Film in Bulgarien, Rumänien oder Russland ein Ort »ostalgotischer« Debatten. In Rumänien, wo das staatssozialistische Regime seine repressivste Form erreichte, hat die Nostalgie eine andere politische Wertigkeit als etwa in Tadschikistan, wo der Postsozialismus von der Erfahrung einer katastrophalen Verelendung der Bevölkerung geprägt ist. Die Nostalgie in Slowenien, einem der wohlhabendsten postsozialistischen Länder, hat wenig gemein mit der Nostalgie in Bosnien-Herzegowina, wo man einen Krieg erleben musste.

Dennoch bleibt, unabhängig von der Geographie, als wesentlicher Vektor der postsozialistischen Nostalgie die Erfahrung des Verlusts sozialer und ökonomischer Rechte in der Phase des Übergangs zur Marktwirtschaft. Die Sehnsucht nach dem relativen wirtschaftlichen Wohlergehen und der sozialen Stabilität, die der Spätsozialismus bot, ist die offensichtlichste und gleichwohl am wenigsten untersuchte Komponente heutiger kulturell-nostalgotischer Praktiken.

Wir beabsichtigen keine Rehabilitierung der postsozialistischen Nostalgie und teilen viele Argumente ihrer Kritiker. Nostalgie ist zudem

kein besonders wirksames Instrument im Kampf um soziale und ökonomische Rechte. Bestenfalls bietet sie vage Anhaltspunkte zur Analyse der wirklichen ökonomischen Probleme: Kapitalakkumulation und Einkommens-umverteilung, Umbruch des Alltagslebens (privat und beruflich), Zerstörung des bis 1989 existierenden Quasi-Sozialstaats mit seinen Normen und Institutionen. Wie wir sehen werden, kann Nostalgie in unserem Zusammenhang vom moralischen Standpunkt aus einigermaßen abstoßende Formen annehmen. Da aber Nostalgie im gesamten postsozialistischen Raum die einzige Form der Kritik an den sozialen Folgen des Übergangs zum neoliberalen sozioökonomischen Modell darstellt, die weiten Kreisen offensteht, verdient sie eine verständnisvollere Analyse, als dies bislang der Fall ist. Dabei ist nicht nur zu klären, weshalb die Opfer des Übergangs auf den Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Rechte mit Nostalgie reagieren – das ist nicht weiter verwunderlich –, sondern weshalb die postsozialistische liberale Intelligentsia diese Gefühle so eindeutig verurteilt. Sozialismusnostalgie gedeiht in der Regel am stärksten unter den sozial Schwachen (etwa Pensionisten und diskriminierten Minderheiten wie z.B. den rumänischen Roma), während sie die stärkste Ablehnung von Seiten der postsozialistischen Intelligentsia erfährt. Insofern setzt eine Untersuchung der Nostalgie ein Verständnis der Beziehungen zwischen Volk und Intelligentsia voraus.

Die Polyvalenz der Figur Stalins

Die enorme Popularität Stalins – die wohl inakzeptabelste Manifestation der postsowjetischen Nostalgie – wird in vielen (sowohl russischen als auch westlichen) Untersuchungen als symptomatisch für das Phänomen der Nostalgie insgesamt gesehen. Seit Dezember 2008 wird jährlich eine Konferenz über die Geschichte des Stalinismus abgehalten, in deren Umfeld bereits mehr als hundert Bücher über Stalins Verbrechen publiziert wurden. Dank der wöchentlichen Sendung »Im Namen Stalins« auf der Radiostation *Echo Moskvy* erfahren davon breite Schichten der Intelligentsia. Eines der führenden Meinungsforschungsinstitute Russlands, das unter der Moskauer Intelligentsia als Leitinstitution geltende Lewada-Zentrum, misst seit zehn Jahren regelmäßig die Popularität Stalins. Unter dem intellektuellen und moralischen Imperativ der Bekämpfung neostalinistischer Mythen reduziert der heutige antistalinistische Diskurs die wieder aktuell gewordene Stalin-Symbolik auf wenige, miteinander ver-

flochtene Erklärungsmuster: Wiederbelebung des Personenkults, Wunsch nach einer starken Hand und einem mächtigen Staat, Intoleranz gegen alles Fremde – mit einem Wort, auf totalitäre Bestrebungen.

Diese Erklärung liegt nicht weit von der Wahrheit entfernt, doch vermischt sie die historische Persönlichkeit Jossif Wissarionowitschs und die von ihm etablierte politische Ordnung mit deren heutiger Wahrnehmung, wodurch die Polyvalenz der Figur Stalins außer Acht gelassen wird. Ihre Attraktivität liegt unter anderem darin, dass sie es ermöglicht, in denkbar einfacher Form einen politisch undifferenzierten Protest gegen die heutige soziale und wirtschaftliche Ordnung zum Ausdruck zu bringen. Natürlich erschöpft sich darin nicht der Gebrauch, der heute von der Figur Stalins gemacht wird. Wenn man diesen symbolischen Protest jedoch nicht berücksichtigt, lässt sich weder die offen beleidigende Beschwörung von Stalins Geist durch den Helden in Lesins erwähntem Gedicht, noch überhaupt die Unterstützung Stalins »von unten« verstehen.

Die Popularität Stalins ist ein spezifisch russisches Phänomen. Natürlich werden auch in anderen Ländern umstrittene historische Persönlichkeiten zu Vehikeln des Protestes gegen die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Wandels gemacht. David Kideckel berichtet in seiner ethnographischen Studie über das Leben rumänischer Arbeiter im krisengeschüttelten Jiu-Tal der neunziger Jahre von Ceausescu-Porträts auf Drehmaschinen, Werkbänken und Kleiderspinden. Die Arbeiter gehören zu den Verlierern des Übergangs zur Marktwirtschaft im Hinblick auf ihr materielles, soziales und symbolisches Kapital. Wenn man sie nach Auswegen fragt, sagen sie »eine eiserne Hand muss her«, »ein halbes Jahr Militärdiktatur« oder »Hitler, Stalin und Graf Dracula in einer Person«.⁹ Der theatralische und hyperbolische Charakter dieser Aussagen lässt sich nur als Ausdruck einer radikalen, aber ohnmächtigen Ablehnung der existierenden Ordnung interpretieren, nicht aber als Zeugnis einer ideologischen Nähe zu Hitler oder Stalin, ganz zu schweigen von Graf Dracula.

Derartige Formen des Protests sind weder klar artikuliert noch wirksam und verkennen die realen sozialen und ökonomischen Faktoren der Transformation. Für andere Bevölkerungsgruppen, vor allem die liberale Intelligentsia und die Opfer der stalinistischen Repressionen samt deren Angehörigen, sind sie inakzeptabel.

Nostalgie als Mittel des Widerstands

Sozialer Protest äußert sich nicht nur mittels der Figur Stalins, sondern auch in anderen nostalgischen kulturellen Praktiken. Erstaunlicherweise wurden diese von der Wissenschaft bislang nur selten beschrieben. Anthony Enns behauptet, dass die vielerorts als »ostalgisch« geltenden deutschen Filme – der Meinung vieler Kritiker zum Trotz – politische Aussagen vor allem über die Gegenwart enthalten. Er vertritt die Auffassung, dass nostalgische Filme wie »Sonnenallee« (1999) oder »Helden wie wir« (1999) keinesfalls naiv sind, vielmehr bewusst Kritik an der postkommunistischen Transformation üben.¹⁰ Er schreibt:

(...) insofern ist Ostalgie nichts anderes, als eine – manchmal ironisch, manchmal ernst gemeinte – Umwertung der mit der deutschen Vereinigung verbundenen utopischen Hoffnungen und Erwartungen, wie auch der darauf folgenden Enttäuschung.¹¹

Auch Kristen Ghodsee zeigt anhand ihrer ethnographischen Untersuchungen und Auswertung von Meinungsumfragen in Bulgarien, dass die Wirtschaftsreformen der neunziger Jahre, in deren Folge der Status einiger sozialer Gruppen (vor allem von Frauen) objektiv gesunken ist, bei den Betroffenen eine Art »roter Nostalgie« entstehen ließ. Je mehr die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der sozialen und politischen Emanzipation der Frauen im Zuge der Transformation reduziert werden, desto stärker, im Vergleich zu den Männern, wird die Unterstützung linker politischer Parteien durch Frauen.¹²

Die in den Arbeiten von Ghodsee und anderen westlichen Forschern eingennommene ethnographische Perspektive erlaubt den Schluss, dass es sich bei dieser Art von Nostalgie um eine Strategie handelt, mit der soziale Gruppen auf die heutigen Probleme reagieren.¹³ Dieser Ansatz wird jedoch von den westlichen Slawisten, die sich traditionell nicht gerade durch Innovationsfreudigkeit auszeichnen, kaum aufgenommen. Auch das elitäre Kulturkonzept der postsowjetischen Intelligentsia und ihre antipopulistische Orientierung dürften keine geeignete Basis sein, von der aus man das Widerstandspotential nostalgischer kultureller Praktiken bewerten könnte.

*Postsozialistische Intelligentsia und westliche Slawisten
gegen die Nostalgie*

Von der liberalen Intelligentsia und den westlichen Slawisten wird Nostalgie gleichermaßen zumeist als Restphänomen betrachtet, das dem vollständigen Einzug der Moderne im Weg steht. Typisch dafür ist der Titel einer Arbeit von Sarah Mendelson und Ted Gerber: »Soviet Nostalgia: An Impediment to Russian Democratization«. ¹⁴ Dieselbe Haltung – wenn auch etwas abgeschwächt – finden wir in Svetlana Boyms Buch *The Future of Nostalgia*, dem vermutlich meistzitierten Werk zu diesem Thema. Auch wenn Boym im Vergleich zu anderen Kulturkritikern weniger normativ an die Sache herangeht, so erscheint Nostalgie in ihrem Modell doch vorwiegend als retrospektives Streben nach »einer vorgestellten ahistorischen Vergangenheit, einer Epoche der Stabilität und Normalität«; ein Streben, das nichts mit Protest gegen die Gegenwart zu tun hat. ¹⁵ Gleichwohl bleibt die Nostalgie, indem sie ein »emotionales Gegengift zur Politik« bietet, ihren Worten zufolge, ein »hervorragendes Instrument der Politik«. ¹⁶

Fairerweise ist festzuhalten, dass Boym im wesentlichen Phänomene der restaurativen Nostalgie untersucht, die viel mit Verschwörungstheorien und Plänen einer Rückkehr zur Vergangenheit zu tun hat. Boym unterscheidet aber auch einen anderen Typ von Nostalgie, nämlich Nostalgie reflexiver Natur. ¹⁷ Während restaurative Nostalgie an die Vergangenheit und die Zukunft der Nation appelliert, hat reflexive Nostalgie mehr mit dem kulturellen und individuellen Gedächtnis zu tun. Es ist die Nostalgie eines Nabokov, Proust oder Borges. In diesem Sinne entpuppt sich reflexive Nostalgie als ästhetische Praxis, die vor allem für Exilanten – innere und äußere Exilanten – charakteristisch ist, als produktive Entfremdung von der eigenen Vergangenheit. Freilich wird man die von Boym als »restaurativ« verurteilten kulturellen Praktiken von Durchschnittsbürgern, denen ihr Buch im Wesentlichen gewidmet ist, kaum hier einordnen können.

Wodurch ist die in öffentlichen Diskussionen, wissenschaftlichen Arbeiten und Kunstwerken sich manifestierende Ablehnung der postsowjetischen Nostalgie durch die liberale Intelligentsia erklärbar? Der in den neunziger Jahren erlittene teilweise Verlust ihrer sozialen Funktion und ihres symbolischen Kapitals haben zu einem Legitimationsdefizit geführt. Zu den wenigen Legitimationsquellen, die übrig geblieben sind, zählt ihre Rolle als Bewahrerin der Erinnerung. Im Grunde bestand diese Rolle

schon seit 1956, als Chruschtschow seine Geheimrede hielt, hauptsächlich darin, sich den Versuchen einer Rehabilitierung von Stalins Regime zu widersetzen. Deshalb, und um weiterhin ihre aufklärerische Mission zu erfüllen und ihr kulturelles Kapital wiederherzustellen, muss die post-sozialistische Intelligentsia den Neostalinismus bekämpfen, auch wenn gerade dieser Kampf die Gefahr einer Wiederbelebung birgt.

Und was die westlichen Slawisten betrifft, so sind sie in gewisser Weise Profiteure der Wiederbelebung des Stalinismus im postsowjetischen Raum: Sie rücken wieder in ihre traditionelle Rolle als Kritiker und Interpreten des Sowjetregimes, und das seit Ende des »Kalten Kriegs« erlahmte Interesse für ihren Gegenstand nimmt wieder zu. Und auch der heutige russische Staat, den man zu Recht beschuldigt, mit Stalin zu kokettieren, ist Nutznießer des Stellenwerts, den diese historische Figur neuerlich in den öffentlichen Debatten einnimmt, und der damit einhergehenden Ambivalenz: Einerseits dient die Kultivierung von Stalins Bild als starkem Führer und fähigem Manager (so wurde sein Wirken in dem berüchtigten Schulbuch von Filippov gepriesen) der Legitimierung der heutigen russischen Regierung, andererseits bestätigt das Zögern des Staates, Stalin zu einem offiziellen Symbol zu machen, die liberale Intelligentsia in ihrer Rolle als erfolgreicher Wächter gegen eine Restauration des Stalinismus. Und nicht zuletzt ist es für den heutigen russischen Staat von Vorteil, wenn statt realer Debatten über Politik und Wirtschaft symbolische Debatten über Stalin geführt werden.

So gibt es neben überzeugten Stalinisten, die eine Rehabilitierung ihres Helden fordern, Akteure, die bewusst oder unbewusst die öffentliche Präsenz der Figur Stalins verstärken: der russische Staat, aber auch – paradoxerweise – die postsowjetische Intelligentsia und die westliche Slawistik.

Das lässt sich anhand der oben erwähnten Arbeit von Mendelson und Gerber demonstrieren, deren analytischer Teil auf Meinungsumfragen basiert, die von den Autoren 2005 durchgeführt wurden. Danach würden 19% der jungen Russen mit großer Wahrscheinlichkeit oder ganz sicher Stalin wählen, wenn sie vor einer solchen Entscheidung stünden. Das ist zweifellos beunruhigend, doch wird die Gefahr des Stalinismus durch eine derart hypothetische Fragestellung allererst konstruiert. Tatsächlich spiegelt die große Anzahl von Umfragen, die westliche Slawisten und postsowjetische liberale Institutionen (wie das Lewada-Zentrum) zum Thema

Stalin veranstalten, nicht so sehr das Interesse der Wissenschaft an einer objektiven Einschätzung von Stalins Beliebtheit wider, als das Interesse der Intelligentsia, weiter von ihrem Kampf um das historische Gedächtnis zu profitieren.¹⁸ Letztendlich vernebelt die Stalin-Debatte aber die öffentliche Auseinandersetzung mit den aktuellen sozialen und ökonomischen Fragen und ist insofern geeignet, die Kluft zwischen Intelligentsia und Volk weiter zu vergrößern.

II. Der Antipopulismus der Intellektuellen

Die heutigen Auseinandersetzungen um die historische Erinnerung setzen fort, was der reale Stalinismus (oder in einem weiteren Sinn der Staatssozialismus) begonnen hat, nämlich die Aufweichung des historischen Blocks (im Sinne Gramscis) zwischen Intelligentsia und Volk. In seinem Buch *Perevjornutaja stranica* (Gewendete Seite, im Sinne von »abgeschlossenes Kapitel«) beschreibt Georgij Knabe plastisch die Unannehmlichkeiten der Nachbarschaft von Intelligentsia und Volk, wie sie schon vor dem Krieg in den Kommunalkas (Gemeinschaftswohnungen) und im Gulag gegeben war.¹⁹ Die allzu enge Tuchfühlung mit dem Volk führte bei der sowjetischen Intelligentsia offensichtlich zu einem Verlust jener Empathie, die sie in der Vergangenheit ausgezeichnet hatte. Die finstersten Passagen seiner *Erzählungen aus Kolyma* widmet Warlam Schalamow eben diesem Volk: in der Regel abgebrühte Verbrecher oder Lageraufseher, aber auch durch die Lagerhaft moralisch verkommene Arbeiter und Bauern. Die Aufseher ihrerseits und allen voran deren Chefs haben Interesse daran, die Klassengegensätze und kulturellen Differenzen zwischen den Gefangenen nach Kräften zu schüren.

In einer seiner Erzählungen begegnet ein Intellektueller im Lager einem jüngeren Mitgefangenen wieder, dem Bauernsohn Ljoscha Tschekanow, dem er Jahre zuvor geholfen hatte, im Gefängnis zu überleben. Inzwischen hat Tschekanow es zum Vorarbeiter gebracht, dem sein ehemaliger Mentor nun unterstellt ist. Zur Begrüßung sagt er: »Was denn, du Scheißkerl (...), glaubst Du, wenn wir aus demselben Gefängnis kommen, dann brauchst Du nicht zu arbeiten?« Und im Namen seiner Klasse beschuldigt er den Untergebenen: »Dabei habt ihr Kanailen uns zugrunde gerichtet. All die acht Jahre habe ich hier gelitten wegen dieser Dreckskerle – den Studierten!«²⁰

Schalamows Schilderungen kontrastieren scharf mit der auf Dostojewskij, Tolstoj und Tschechow zurückgehenden humanistischen Tradition der Darstellung von Verbrechern. Er spricht ihnen prinzipiell Menschlichkeit ab, was nicht folgenlos für spätere Darstellungen von Verbrechern in der Literatur oder im Film blieb.

Für Schalamow stellt der Gulag keinen Ausnahmezustand dar, sondern legt das Wesen der *condition humaine* frei. Antagonismen gab es freilich auch auf der anderen Seite des Stacheldrahts. Der stalinistische Staat behandelte Intelligentsia, Bauern und Arbeiter mit Absicht unterschiedlich, um so die traditionelle Bereitschaft zur Solidarisierung (in erster Linie natürlich von Seiten der Intelligentsia) aufzuweichen. Während die russische Bauernschaft im Zuge der Kollektivierung schon Anfang der dreißiger Jahre gebrochen wurde, war für die Moskauer und Leningrader Intelligentsia das weitaus einschneidendere Ereignis der Große Terror der Jahre 1937 und 1938. Nach der Entstalinisierung widmeten die Kulturschaffenden folglich den Opfern der Kollektivierung der Landwirtschaft wenig Aufmerksamkeit, obwohl deren Zahl um ein Vielfaches höher war als die der Opfer des Großen Terrors.

Der stalinistische Staat hetzte Intelligentsia und Volk auch gegeneinander auf, indem er ihnen unterschiedliche Privilegien gewährte. Die neu etablierte soziale und ökonomische Hierarchie führte dazu, dass sich viele Frauen aus der Bauernschaft – oft waren sie vor der Hungersnot Anfang der dreißiger Jahre geflüchtet – als Kindermädchen und Hausangestellte in den Häusern der privilegierten Intelligentsia verdingen mussten. Andererseits richtete sich die Kampagne gegen »Volkfeinde« in erster Linie gegen Angehörige der Intelligentsia. Auch der offizielle Antisemitismus des Spätstalinismus, der sich in weniger manifesten Formen bis zum Ende der Sowjetperiode hielt, sollte dem Antiintellektualismus im Volk Vorschub leisten. Als Reaktion darauf verfestigte sich bei vielen Intellektuellen die bis heute noch anzutreffende Überzeugung, dass das Volk aus rückständigen Antisemiten bestehe.

Zufallsoffer des Dissidententums

Um gegen die Normen anzukämpfen, die der Staat für die Darstellung von »Arbeitern und Bauern« verbindlich vorgab, schufen Künstler Figuren, wie den von dem Liedermacher Alexander Galitsch erdachten Klim Kolomijtsew, ein exemplarischer Proletarier und Träger zahlreicher Orden,

energiegeladen und lebenslustig.²¹ Mit Beginn der Perestroika und der Lockerung der Zensur tritt sogar in der offiziellen Kultur an die Stelle des vormals politisch bewussten patriotischen Muskelprotzes das neue Bild des Arbeiters als (halb)kriminellen Lumpenproletariers. Überzeugend illustrieren lässt sich dieser Wandel anhand des Films *Assa* von Sergej Solowjow aus dem Jahr 1987. In einer Szene wird der Künstler Bananan wegen seiner Weigerung, einen Ohrring abzunehmen, von der Miliz verhaftet. Sein Zellengenosse ist Baranow, dessen Kleidung und Sprache ihn als Arbeiter verraten, und den man verhaftet hat, weil er seine Frau regelmäßig schlägt. Baranow bestreitet gar nicht, was man ihm vorwirft, doch ist er sicher, dass man seinen Fall schließlich vertuschen wird: »Ich bin ein arbeitender Mensch, lauter Schwielen an den Händen« (zeigt sie der Kamera). Später sehen wir, wie ihm der Milizionär ein Tauschgeschäft vorschlägt: die Freiheit im Austausch dafür, dass er Bananan verprügelt. Bevor er zuschlägt, versucht Baranow, Hassgefühle gegen Leute wie Bananan in sich hervorzurufen: »Eine Schande für unseren Staat. Das Volk füttert dich durch... Scheißkerle, alle hasse ich euch... Ja, ich bin Arbeiter... Schau dir meine Hände nur an (...). Du hasst das Volk.«

Ähnlich verläuft die Konfliktlinie zwischen Scharikow und Schwonder einerseits und Professor Preobraschenskij und Doktor Bormental andererseits in Michail Bulgakows Erzählung »Hundeherz« von 1925, die in der Sowjetunion erst 1987 erscheinen konnte. In ihrer Studie zur Rezeption dieser Erzählung sowie der ein Jahr später folgenden Verfilmung erklärt Michele Rivkin-Fish die Beliebtheit dieses Werks bei der spätsowjetischen Intelligentsia damit, dass es als Rechtfertigung für die wachsende soziale Ungleichheit Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre gelesen wurde. Dass Professor Preobraschenskij's Plan, aus einem sympathischen Hund einen Menschen zu machen, in der Schöpfung eines ungehobelten und aggressiven Proletariers resultiert, wurde gern als Parabel von der Vergeblichkeit des sowjetischen, traditionell aber auch von der Intelligentsia verfolgten Projekts verstanden, die sozialen Unterschichten »aufzuklären«. Ein Rüpel bleibt ein Rüpel, und kein noch so guter Wille kann daran etwas ändern.²²

Diese Einstellung hat auch im Wortschatz ihre Spuren hinterlassen. In keiner osteuropäischen Sprache bringt man heute noch Wörter wie »Volk«, »Proletarier« oder »die Würde des arbeitenden Menschen« ohne ironischen Tonfall über die Lippen. An die Stelle von Wörtern, die den

Arbeiter priesen, heute jedoch ihren politischen Sinn verloren haben, sind neue getreten, die einen groben und bösartigen Lumpenproletarier bezeichnen, der ausschließlich materielle Interessen verfolgt: russische Wörter wie »schlob« (ein gieriger, grober Mensch), »bydlo« (Vieh) oder »cham« (Rüpel) haben Äquivalente in allen osteuropäischen Sprachen.

Allerdings weist der Antipopulismus der Intelligentsia in den einzelnen Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers nationale Spezifika auf. So ist er in Polen weniger spürbar, wo Intellektuelle als Reaktion auf staatliche Repressionen gegen Streiks und Proteste 1976 das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) gründeten, aus dem die *Solidarność* hervorgehen sollte. Und auch in der Tschechoslowakei hatte die Allianz zwischen Dissidenten und Volk aufgrund der antisowjetischen Stimmung nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten eine breitere soziale Basis als in der UdSSR.

Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der »Zweiten Welt« 1989 waren die Verbindungen zwischen Intelligentsia und Volk deutlich geschwächt. Auf 20 Jahre im Gulag zurückblickend, kommt Warlam Schalamow zu dem Schluss:

Und soll mir keiner was vom ›Volk‹ singen, von den Bauern. Ich weiß, was das ist. Soll mir kein übler Geschäftemacher und Gauner daherkommen und davon singen, dass die Intelligentsia vor irgendjemandem Schuld trägt. Die Intelligentsia trägt vor niemandem Schuld. Es ist umgekehrt – das Volk, wenn es denn überhaupt existiert, trägt untilgbare Schuld vor der Intelligentsia.²³

Diese Worte, denen die eigene Erfahrung im Lager und das Leiden von Tausenden Intellektuellen moralisches Gewicht verleihen, markieren einen radikalen Bruch mit der traditionellen moralischen Verpflichtung, die die Intelligentsia gegenüber dem von ihr bewunderten Volk empfand.

Menschenrechte in Zeiten des Kalten Krieges

An die Stelle der Verbeugung, welche die »volkstümlich« orientierte Intelligentsia traditionell vor dem Volk machte, trat unter der liberalen Intelligentsia ein neues Ideal, das Ideal der Menschenrechte. Es sollte sich zeigen, dass man damit sehr wirkungsvoll Forderungen an despotische Regime richten konnte. Die Schlussakte von Helsinki wurde 1975 auch von der Sowjetunion und ihren Satelliten unterzeichnet. Dies legte der Intelligentsia des Sowjetblocks ein neues Instrument in die Hand, mit dem sie sich gegen Verfolgungen, Verhaftungen und andere Verletzungen der

Menschenrechte durch den Staat wehren konnte. Natürlich hatten ihre Forderungen meist nur symbolischen Charakter: Der Staat hörte keineswegs auf, Dissidenten unter irgendeinem Vorwand von der Arbeit zu entlassen, in psychiatrische Anstalten zu stecken oder aus dem Land zu werfen. Allerdings sollte der Preis, den der Staat für derartige Praktiken sowohl im Inland als auch im Ausland zu entrichten hatte, zu einem ernstzunehmenden Hemmfaktor werden.

Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die dem Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Menschenrechte und dem Kalten Krieg gewidmet sind.²⁴ Erinnern wir uns daran, dass dieser Kampf zu einer regionalen Differenzierung der, wie man meinen sollte, doch universalen und unveräußerlichen Rechte geführt hat, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgeschrieben sind. Zwar bediente sich die Propaganda der UdSSR und der Volksdemokratien nicht direkt der Menschenrechtsrhetorik, doch verwies sie oft auf die Armut und soziale Ungerechtigkeit in den Ländern des Westens, denen sie die Verletzung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte ihrer Bürger vorwarf. Das Interesse der westlichen Regierungen und Medien hingegen konzentrierte sich auf die Verletzungen der bürgerlichen und politischen Grundrechte im Sowjetblock. Und auch die oppositionell eingestellte sowjetische Intelligentsia fokussierte ihr Engagement auf die Verteidigung dieser Rechte. Erstens wäre es schwierig gewesen, das rhetorische Monopol der sozialistischen Staaten auf die Geltendmachung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte herauszufordern, und zweitens litt die Intelligentsia als Klasse eben am meisten unter der fehlenden Meinungs- und Pressefreiheit. Einige Oppositionelle, wie Ljudmila Aleksejewa von der Moskauer Helsinki-Gruppe, insistierten darauf, dass der Kampf um die allgemeinen Bürgerrechte nicht vom Kampf um die Rechte der Arbeiter zu trennen sei. Indem sie augenzwinkernd Lenin zitierte, warf sie ihren Kollegen von der Menschenrechtsbewegung vor: »Herrschaften, wie weit ihr doch vom Volk entfernt seid.« Wie Sheila Fitzpatrick treffend bemerkte, litten die Dissidenten in ihrem Kampf mit der Sowjetmacht an »Verkennung« (*misrecognition, méconnaissance*). Dieser von Bourdieu vorgeschlagene Terminus bedeutet die Unfähigkeit eines Individuums oder einer sozialen Gruppe, die wahre Natur der eigenen privilegierten Stellung zu erkennen, die man als Resultat der eigenen »Tugend oder moralischen Überlegenheit« wahrnimmt.²⁵ Tatsächlich beruht auch heute das am weitesten

verbreitete Selbstverständnis der Intelligentsia auf der Behauptung ihrer Überlegenheit nach ethischen und ästhetischen Kriterien, womit sie sich selbst aus ihrem realen sozialen und historischen Kontext ausklammert.

Um die Dissidenten und vor allem die wachsende Zahl der Mitglieder der Helsinki-Gruppen in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren, griff das Sowjetregime zu jedem Mittel: Man stellte den Patriotismus der Dissidenten in Frage, machte Anspielungen auf die jüdischer Herkunft vieler von ihnen, entwickelte, mit einem Wort, eine ganze Anti-Intelligentsia-Rhetorik. Eine der Folgen ist, dass man heute in den postsowjetischen Staaten Menschenrechte in der Regel eng fasst und ihre soziale und ökonomische Dimension nur selten in Betracht zieht.

Nach dem Staatssozialismus

Hervorragend illustriert hat diese Selbstbeschränkung der Soziologe Gil Eyal in seiner Arbeit »Antipolitics and the Spirit of Capitalism: Dissidents, Monetarists, and the Czech Transition to Capitalism«²⁶. Er versucht zu verstehen, warum frühere Oppositionelle und Menschenrechtsaktivisten wie Václav Havel Technokraten und Schocktherapie-Verfechter wie Václav Klaus unterstützten. Eyal findet eine Reihe von Gemeinsamkeiten, die Anfang der neunziger Jahre eine solche Koalition ermöglichten. Er behauptet, den tschechischen Dissidenten seien nach 1968 die Segnungen, die der sozialistische Staat seinen Bürgern gewährte, vorenthalten worden, oder sie hätten sie bewusst nicht angenommen. So machten sie – wie Max Webers Protestanten – Askese und materielle Opfer zu Tugenden. Die Dissidenten waren nicht abgeneigt, diese Tugenden auch der restlichen Bevölkerung näherzubringen, die man in ökonomischer wie in moralischer Hinsicht für allzu lax hielt, abhängig geworden von staatlichen Leistungen. So lieferten sie nach 1989 nicht nur für die Argumente der Monetaristen eine ethische Begründung, sondern investierten auch ihr symbolisches Kapital in unpopuläre Wirtschaftsreformen, die eine Senkung des Lebensstandards, eine verstärkte Abhängigkeit von den Arbeitgebern und eine Zurücknahme der Verpflichtungen des Staats gegenüber seinen Bürgern, d.h. – in der Sprache der Menschenrechte – eine bewusste Beschneidung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der Bevölkerung nach sich zogen.

In seinem posthum erschienenen Buch *The Russian Intelligentsia* kommt Andrej Sinjawschik auf ganz anderem Wege zu ähnlichen Schluss-

folgerungen, was die Einstellung der Intelligentsia zur Schocktherapie betrifft. Als er von ehemaligen Oppositionellen und nun führenden Demokraten aus dem Kreis der Intelligentsia eine Rechtfertigung für die Armut verlangt, die sich auf Moskaus Straßen breitgemacht hat, bekommt er folgende Antworten:

»Das ist eben die primäre Akkumulation des Kapitals. Das läuft auf der ganzen Welt so«, meint Jurij Ryschow, ehemals Rektor der Moskauer Hochschule für Flugzeugtechnik und nun russischer Botschafter in Frankreich. »Auch in Europa gibt es genug Arme«, gibt mir Jurij Karjakin zur Antwort, heute Mitglied des Präsidentenrats. »Die sollen nur schwitzen, sollen was tun, wenigstens Leergut sammeln oder ihre Wohnungen vermieten«, meint, sorglos lächelnd, der legendäre Dissidenten-Verteidiger Boris Solotuchin, später (noch vor dem Sturm auf das Weiße Haus) Mitglied des Obersten Sowjets. »Ich bin keine Ökonomin«, verkündete voller Stolz Marietta Tschudakowa, Mitglied des Präsidentenrats.²⁷

Sinjawskij lässt nicht locker. Er führt seinen Moskauer Freunden – Dichtern, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten – Theresa Obrichts Dokumentarfilm *Sterben in Moskau* vor. »Ist nichts Neues«, sagte mir mit gleichgültiger Stimme einer meiner Freunde, der Anwalt ist, »brauchst uns nicht zu erschrecken! Überleben ja doch alle, diese Leute. Bisher ist noch keiner gestorben.«²⁸

Sinjawskij stellt die Gleichgültigkeit der Intelligentsia-Elite dem Verhalten ihrer Vorgänger im 19. Jahrhundert gegenüber, doch unterscheidet sich seine Erklärung von der Eyals. Er hält der russischen Intelligentsia keine moralischen Motive zugute, sondern ist davon überzeugt, dass sie Jelzins Politik ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Folgen unterstützte, weil sie unter dem neuen Regime Zugang zur Macht erhielt.

Allerdings trifft diese These nur auf einen kleinen Teil der hauptstädtischen Intelligentsia zu, da viele – wenn nicht die meisten – osteuropäischen Wissenschaftler und Künstler eher zu den Opfern der Wirtschaftsreformen gehören. Doch haben weder ihre Armut noch die Beschneidung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Rechte die Intellektuellen dazu veranlasst – und hier treffen sie sich mit dem Volk –, sich aktiv für Gerechtigkeit zu engagieren. Erstens zwang sie die starke Abwertung ihres sozialen und kulturellen Kapitals in den neunziger Jahren, wie Andrew Wachtel es in seinem Buch *Remaining Relevant after Communism* detailliert beschreibt, sich um Strategien des Überlebens und der diskursi-

ven Selbstbehauptung zu kümmern.²⁹ Zweitens wäre es naiv zu glauben, die Kulturschaffenden hätten nach dem Zusammenbruch des Sowjet-systems künstlerische Autonomie erlangt. Eher wurde die Zensur, die für die Einhaltung des sozialistischen Kanons gesorgt hatte, nun durch Einschränkungen abgelöst, die der Markt und die neuen Realitäten der kulturellen Produktion diktierten. Und drittens sind die postsowjetischen Kulturschaffenden – ganz gleich, wie groß ihr Freiraum ist – nicht allzu gewillt, sich um die Verteidigung der positiven Rechte des Volkes zu kümmern. In ihrer Ablehnung des Sowjetregimes als Ganzem lehnen die meisten von ihnen auch die traditionelle Rolle der Intelligentsia ab, die vor allem darin bestand, sich für die Rechte der Mehrheit der einfachen Menschen einzusetzen.

Als die bekannte Moskauer Schriftstellerin, Journalistin und Vertreterin des demokratischen Anti-Putin-Lagers Julia Latynina die Wahl Viktor Janukowytschs zum ukrainischen Präsidenten kommentierte, wählte sie den provokanten Titel: »Arme wählen lassen, ist gefährlich«. Der erste Absatz ihres Artikels gibt den Ton vor:

Viktor Janukowytsch hat die Wahlen in der Ukraine gewonnen. Dieser Sieg – genauso wie die Siege von Salvador Allende, Mahmud Ahmedinejad und Adolf Hitler – lässt einmal mehr am Grundprinzip der Demokratie zweifeln: dass die Leute in der Lage sind, sich ihre Regierenden selbst zu wählen. Leider sind nur reiche Leute fähig, dies in verantwortungsvoller Weise zu tun. Arme wählen Politiker wie Janukowytsch oder Hugo Chavez.³⁰

Mit dieser Aussage spitzt Latynina einen unter der postsozialistischen Intelligentsia weit verbreiteten Standpunkt nur zu. Ähnliches habe ich oft von russischen oder bulgarischen Freunden gehört – überzeugten Demokraten, die der Fähigkeit des Volkes, sich selbst zu regieren, zutiefst misstrauen.

Diese Weigerung, fremdes Leiden, besonders jenes am unteren Ende der sozialen Hierarchie, zu teilen, hat ihren Ursprung im Kampf gegen den Sozialismus, den viele postsowjetische Intellektuelle (vor allem der älteren Generation) bis heute führen. Der Sozialismus hatte ihnen rituelle Sympathiebezeugungen mit den Verdammten dieser Erde und den Lobpreis von Gleichheit und Brüderlichkeit abverlangt. Es ist kein Zufall, wenn es gerade bei den Dissidenten, die die Sowjetmacht am entschlossensten bekämpften, zuweilen zu geradezu grotesken Aussagen kommt, welche die Logik und die Werte des verhassten Regimes reproduzieren.

So fiel Vladimir Bukovskij bei einem Vortrag in Bulgarien über den Feminismus und andere westliche Bewegungen her, die für die Rechte von Minderheiten kämpfen:

(...) diese Pseudowissenschaften von angeblichen männlichen Verfehlungen haben sich katastrophal breitgemacht: Wir schauen die Frauen falsch an, behandeln sie falsch. (...) Mit denselben Forderungen kamen dann auch andere Minderheiten: Homosexuelle, Schwarze, Sekten etc. Je schlechter es den Minderheiten geht, desto besser geht es ihren Anführern, die dann etwas zu verteidigen haben. Ihr Ziel ist aber die Zerstörung unserer Gesellschaft, und das ist eine neue, besonders bösartige Version des Marxismus.³¹

In ähnlicher Weise kommentierte die Menschenrechtsaktivistin und Dissidentin Valerija Novodvorskaja, die zu Sowjetzeiten wie Bukovskij für ihre unbeugsame Haltung in einer psychiatrischen Klinik festgehalten worden war, die demokratischen Reformen im Südafrika Anfang der neunziger Jahre: »Apartheid ist eine normale Sache. Südafrika wird schon sehen, welche Ordnung die eingeborene Mehrheit, die sich die Zeit mit Brandstiftung, Mord und Gewalt vertreibt, errichten wird. Das wird kein Honiglecken.«³²

Natürlich teilen diese Haltung und diese Denkweise bei weitem nicht alle postsowjetischen Intellektuellen. Doch wurde die mangelnde Sensibilität für Hierarchien und Ungleichheit – ob wirtschaftlich, geographisch, ethnisch, gender- oder rassenbezogen – zu einem Merkmal der heutigen osteuropäischen Intelligentsia, was sich im Übrigen auch durch ihre wissenschaftlichen und literarischen Hervorbringungen belegen lässt.

Die Abkehr vom Populismus (verstanden im Sinne eines sozialen Verantwortungsgefühls der Intelligentsia) in den letzten 50 Jahren ist nicht nur für Osteuropa typisch. In den USA wurde die Solidarität zwischen Arbeiterklasse und Intelligentsia während des Vietnamkriegs ernsthaft in Frage gestellt. Das für die Frankfurter Schule charakteristische Misstrauen gegenüber den Massen, der Verlust des Glaubens an Aufklärung und Fortschritt und der Verzicht auf den Appell, für die Bildung des Volkes Sorge zu tragen, haben auch den Populismus der westlichen Intellektuellen beträchtlich gedämpft. Unter der postsozialistischen Intelligentsia jedoch hat der Antipopulismus besonders ausgeprägte Formen angenommen. Craig Calhoun hat die Studentenproteste in China untersucht und kommt bei aller Sympathie für die chinesischen Aktivisten, die bisweilen in Begeisterung übergeht, doch nicht umhin festzustellen, dass ihr Demokra-

tieverständnis die Bauern, die schließlich die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung bilden, nicht mit einschließt.³³ Im Umgang mit Bauern und Arbeitern zeigten sich die ansonsten so unglaublich mutigen und prinzipientreuen chinesischen Studenten nicht von ihrer besten Seite:

Während der Demonstration am 27. April auf dem Tiananmen-Platz kam es zur Konfrontation der Studenten mit Soldaten, die zumeist aus bäuerlichen Familien stammten. »Geht heim auf eure Felder«, wurden sie von den Studenten aufgezo- gen, »ihr habt hier nichts zu suchen.« Und als am 30. Mai der Anführer der Arbeiter Han Dongfang vor dem Denkmal der Helden des Volkes sprechen wollte, wurde er von den Studenten ausgepiffen: »Wer soll das sein?«, »Die Avantgarde sind wir!«, »Verschwinde!«³⁴

Statt wie ihre Vorgänger im 19. Jahrhundert dem Volk zu helfen, eine Sprache zu finden, die der Verteidigung seiner Interessen dient, unterstreicht die postsozialistische Intelligentsia ihre Distanz zu den »Massen«, indem sie deren ungereimte und widersprüchliche sozialen und politischen Praktiken verurteilt. Die Aufkündigung des historischen Blocks mit dem Volk hat dazu geführt, dass die Rhetorik des Populismus und der Anspruch auf »Volkstümlichkeit« zur Domäne einer marginalen Gruppe innerhalb der Intelligentsia wurden, nämlich der Nationalisten.

In der Tat verdanken, wie Zsuzsa Gille zeigt, die Intellektuellen der Rechten in Ungarn ihre Popularität nicht nur ihrem Appell an nationalistische Gefühle, sondern auch ihrer Rhetorik der sozialen Gerechtigkeit. Sie erheben Forderungen, von denen sich die Intellektuellen aus anderen ideologischen Lagern weitgehend verabschiedet haben: »Wenn man fragt, welches Ende des politischen Spektrums im postsozialistischen Ungarn konsequenter gegen Privatisierung und wirtschaftliche Liberalisierung argumentiert und generell den Neoliberalismus kritisiert, ist die Antwort eindeutig: Es ist der rechte Flügel.«³⁵

Die Abkehr der postsowjetischen Intelligentsia von ihrer langen Tradition sozialer Verantwortung könnte aus ihr tatsächlich ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte machen.

Aus dem Russischen von Harald Fleischmann

Anmerkungen

- 1 Diese Arbeit entstand im Rahmen der Arbeitsgruppe für Globalisierung und Kultur an der Yale University. Der Autor dankt deren Mitgliedern Michael Denning, Eli Jelly-Schapiro, Monica Martinez, Yenisey Rodriguez, Henrietta Rytz und Raisa Sidenova, sowie Marci Shore und Katerina Clark.
- 2 Der Autor trägt das Gedicht in einem Video des Internetportals »polit.ru« vor (www.polit.ru/culture/2008/08/11/videon_stix_lesin.html, nach der sechsten Minute). Alexander Solschenizyns *Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch* war die erste – im Jahr 1961, zwei Jahre nach ihrer Abfassung – in der Sowjetunion erschienene literarische Auseinandersetzung mit dem Gulag.
- 3 »Antipopulismus« wird in diesem Artikel als Gegenbegriff zu »Populismus« in der Tradition der sozialrevolutionären Narodniki (Volkstümler oder Volkstreue) gebraucht, nicht als Gegenbegriff zu »Populismus« im heute gängigen Sinne. (Anm. d. Red.)
- 4 Unter »Intelligentsia« wird hier die einflussreichste Gruppe dieser ziemlich breiten Schicht verstanden. Obwohl zahlenmäßig nicht in der Mehrheit, übte diese Gruppe – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es die Narodniki, im Spätsozialismus die Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten und in der postsozialistischen Periode die liberaldemokratische Intelligentsia – immer große kulturelle Anziehungskraft auf die übrigen Gruppen der Intelligentsia und die Gesellschaft insgesamt aus. Der Gegenbegriff »Volk« muss im Folgenden stets auch als Konstrukt verstanden werden, selbst wenn er nicht in Anführungszeichen steht.
- 5 Antonio Gramsci definiert sein Konzept des »historischen Blocks« (Klassenallianz) u.a. in seinen *Gefängnisheften*. Vgl. *Selections from the Prison Notebooks*, ed. and transl. by Quentin Hoare and Geoffrey Nowell Smith, London 1971, S. 366 und 689f. (Dt. Ausgabe: Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, hg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, 10 Bde., Hamburg 1991ff.)
- 6 György Konrad / Ivan Szelenyi, *The Intellectuals on the Road to Class Power*. New York 1979 (dt.: *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt a.M. 1981). Obwohl ich mich in dieser Arbeit weitgehend auf Konrad und Szelenyi stütze, gibt es einen methodologischen Unterschied: Mein Interesse gilt hier nicht den Klassenbeziehungen, sondern der Kulturgeschichte. Entsprechend sind die Kategorien »Intelligentsia« und »Volk« weniger scharf definiert. Was aber an soziologischer Präzision verloren geht, wird durch die autoethnographische Qualität ausgeglichen: Die Selbstreflexion meiner Protagonisten erfolgt über kulturelle Konstrukte, nicht über sozioökonomische Kategorien. Die umfassendste Studie zur Klassenstruktur der sowjetischen Gesellschaft findet sich in: Stephen Resnick / Richard Wolff, *Class Theory and History: Capitalism and Communism in the USSR*, New York 2002. Szelenyi selbst und einige seiner Schüler wie Lawrence King, Gil Eyal und Eleanor Townsley haben im übrigen Szelenyis und Konrads ursprüngliche Analyse von 1979 den geänderten Verhältnissen regelmäßig angepasst. Siehe insbesondere Szelenyi / King, *Theories of the New Class: Intellectuals and Power*, University of Minnesota Press 2004 sowie Eyal / Szelenyi / Townsley, *Making Capitalism without Capitalists: The New Ruling Elites in Eastern Europe*, London 1998.
- 7 Fredric Jameson, *Postmodernism or the Cultural Logic of Late Capitalism*, Duke

- UP, 1991, S. 279-297; Linda Hutcheon, »Irony, Nostalgia, and the Postmodern«, in: Raymond Vervliet / Annemarie Estor (Hg.), *Methods for the Study of Literature as Cultural Memory*, Amsterdam 2000, S. 185.
- 8 Anthony Enns, »The Politics of Ostalgie: Post-Socialist Nostalgia in Recent German Film«, in: *Screen*, Bd. 48, Nr. 4 (2007), S. 475-491.
- 9 David A. Kideckel, »The Unmaking of an East-Central European Working Class«, in: Chris M. Hann (Hg.), *Postsocialism: Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*, London 2002, S. 114-132.
- 10 Enns, a.a.O., S. 481f.
- 11 Ebd., S. 480.
- 12 Kristen R. Ghodsee, »Red Nostalgia? Communism, Women's Emancipation, and Economic Transformation in Bulgaria«, in: *L'Homme*, Bd. 15, Nr. 1 (2004), S. 23-36.
- 13 Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen auch andere Anthropologen. Siehe z.B. Neringa Klumbyte, »The Soviet Sausage Renaissance«, in: *American Anthropologist*, Bd. 112, Nr. 1 (2010), S. 22-37; Daphne Berdahl, »(N)ostalgie for the Present: Memory, Longing, and East German Things«, in: *Ethnos*, Bd. 64, Nr. 2 (1999), S. 192-211.
- 14 In: *The Washington Quarterly*, Bd. 29, Nr. 1 (Winter 2005-06), S. 83-96.
- 15 Svetlana Boym, *The Future of Nostalgia*, New York 2001, S. 58.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd., S. 41-49 (zur restaurativen Nostalgie), S. 49-57 (zur reflexiven).
- 18 Vgl. die vielen unterschiedlichen Formulierungen zahlreicher Fragen zu Stalin in den Umfragen des Lewada-Zentrums unter www.levada.ru/press/2010040102.html.
- 19 Georgij Knabe, *Perevjornutaja stranica*, Moskau 1999, S. 35. Das Buch enthält einen kritischen Abriss der Geschichte der sowjetischen Intelligentsia. Er trägt viel zum Verständnis der Beziehungen zwischen Intelligentsia und »Volk« bei, doch deckt sich die Hauptthese des Buchs, wonach die sowjetische Intelligentsia den Übergang zur Marktwirtschaft nicht überdauert hat, nicht mit den Schlussfolgerungen unserer Untersuchung.
- 20 Warlam Schalamow, »Ljoscha Tschekanow, oder Mitangeklagte an der Kolyma«, in: *Die Auferweckung der Lärche. Erzählungen aus Kolyma 4*, Berlin 2010, S. 365.
- 21 Alexander Galitsch lebte von 1919 bis 1977. Eine Auswahl seiner Werke erschien deutsch in: *Der Strick zum Paradies. Gedichte und Lieder*, Frankfurt a.M. 1988. (Anm. d. Red.)
- 22 Michele Rivkin-Fish, »Tracing Landscapes of the Past in Class Subjectivity: Practices of Memory and Subjectivity in Marketizing Russia«, in: *American Ethnologist*, Bd. 36, Nr. 1 (2009), S. 79-95.
- 23 Warlam Schalamow, *Cetvertaja Vologda*, Vologda 1994, S. 135; dt. Ausgabe: *Das vierte Wologda*, in Vorbereitung bei Matthes und Seitz, Berlin.
- 24 Samuel Moyn, *The Last Utopia: Human Rights in History*, Harvard UP 2010, S. 120-176.
- 25 Sheila Fitzpatrick, »Cultivating their Dachas«, Rezension von Vladislav Zubok's *Zhivago's Children: The Last Russian Intelligentsia*, Harvard UP 2009, in: *London Review of Books*, September 10, 2009; www.lrb.co.uk/v31/n17/fitz03_.html.

- 26 Gil Eyal, »Antipolitics and the Spirit of Capitalism: Dissidents, Monetarists, and the Czech Transition to Capitalism«, in: *Theory and Society*, Bd. 29, Nr. 1 (2000), S. 49-92.
- 27 Andrej Sinyavsky, *The Russian Intelligentsia*, Columbia UP 1997, S. 31.
- 28 Ebd., S. 33.
- 29 Andrew Baruch Wachtel, *Remaining Relevant after Communism: the Role of the Writer in Eastern Europe*, University of Chicago Press 2006, S. 44-72.
- 30 *The Moscow Times* vom 10. Februar 2010; <http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/letting-poor-people-vote-is-dangerous/399397.html>.
- 31 Vladimir Bukovskij, »Politkorrektnost chuže leninizma«, in: *ZMAN*, 9. August 2010; www.zman.com/news/2010/08/09/80990.html.
- 32 Valerija Novodvorskaja, »Ne ot dadim naše pravo nalevo«, in: *Novyj vzgljad*, 28. August 1993; <http://ds.ru/vnstat.htm>.
- 33 Craig Calhoun, *Neither Gods nor Emperors: Students and the Struggle for Democracy in China*, University of California Press 1997.
- 34 Ebd., S. 262.
- 35 Zsuzsa Gille, »Is there a Global Postsocialist Condition?«, in: *Global Society*, Nr. 24 (2010), S. 26f.

Ilya Budraitskis
UNMÖGLICHE UMWÄLZUNGEN
Staatsgewalt und »Extremismus« in Russland

Heute, da diese Zeilen zu Papier gebracht werden, liegen die Ereignisse, die sich am 11. Dezember 2010 auf dem Manegeplatz im Moskauer Stadtzentrum zugetragen haben, mehr als ein halbes Jahr zurück. Aus dieser nicht sehr großen, aber doch spürbaren Distanz sieht manches anders aus als damals, als sich die Moskauer des Gefühls nicht erwehren konnten, Zeugen eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchs zu sein, dessen Anzeichen auf Schritt und Tritt wahrzunehmen waren.

Den ethnischen Zusammenstößen, die sich auf das ganze Gebiet der Stadt ausbreiteten, folgte eine rasch wachsende Flut mehr oder minder zuverlässiger Informationen. War es schon nicht leicht, sich ein Bild von den Fakten zu machen, so war es noch viel schwieriger, sich vorzustellen, welchen Platz der 11. Dezember in der Geschichte einnehmen würde, und zu beurteilen, was tatsächlich anders geworden war und nie mehr sein würde wie früher.

Wie sich herausstellen sollte, war die Einschätzung der Situation und ihrer Folgen überzogen. Zwar waren alle Elemente einer Konstellation, die zu einer radikalen Änderung der Lage hätte führen können, vorhanden: die Bereitschaft der Machtstrukturen, nach den Regeln des Ausnahmezustands zu spielen, eine breite Resonanz in der städtischen Bevölkerung und gewaltbereite Massen, um die Konflikte auf den Straßen eskalieren zu lassen. Dennoch hat der 11. Dezember keinen Umbruch bewirkt – und konnte es auch gar nicht.

Als einen Monat später ein Teil der radikalen Nationalisten mit ihrer »Strategie-11« die Menschen erneut auf dem Manegeplatz versammeln wollte, folgten nur wenige Aktivisten ihrem Aufruf, und die Polizei löste die Demonstration rasch auf. Die Welle der Repressionen und Verbote gegen die Rechten wurde schon bald von einer Haltung der vorsichtigen Gleichgültigkeit abgelöst, die nach nur wenigen Monaten in die Bereit-

schaft der Obrigkeit übergang, sich angesichts der nahenden Wahlen von neuem der nationalistischen Agenda und ihrer Protagonisten zu bedienen.



Kreml-Chefideologe Wladislaw Surkow (im Hintergrund):
 »Keine Angst! Das ist nicht das Volk, das sind nur Fußballfans.«

Stabilität durch Instabilität

Was damals auf dem Manegeplatz geschehen ist, hat nicht nur die Lage nicht verändert, sondern fügt sich im Gegenteil nahtlos in das russische Modell der Herrschaft einer politischen Elite ein. Als größten Vorzug dieses Modells, das sich im Laufe des letzten Jahrzehnts unter der Bezeichnung »gelenkte Demokratie« entwickelt und konsolidiert hat, preisen seine Verfechter die Fähigkeit, Stabilität zu garantieren. Die meisten Kritiker des Systems setzen Stabilität traditionellerweise mit Berechenbarkeit gleich, einem Spiel nach bestimmten, im Vorhinein festgelegten Regeln. Eine derartige Gleichsetzung ist legitim im Falle gefestigter parlamentarischer Demokratien, in denen der Prozess der Herausbildung einer herrschenden Klasse längst abgeschlossen und der unvermeidliche Konkurrenzkampf zwischen ihren unterschiedlichen Gruppierungen fest in den geordneten Bahnen der öffentlichen Institutionen verankert ist.

In der postsowjetischen Situation jedoch, wo die Wunden der primären Akkumulation des Kapitals noch frisch sind, wo die junge herrschende Klasse den Geruch nach Blut noch nicht losgeworden ist, kann ein Konkurrenzkampf zu gleichen Bedingungen, also Demokratie im klassischen

Sinne, die Herrschenden hinwegfegen. So muss man sowohl der politischen Elite als auch der Bevölkerung permanent eindringliche Bilder der katastrophalen Folgen eines solchen Machtwechsels vorhalten.

Ständige Begleiter auf dem Weg der Errichtung und Festigung von Putins »Machtvertikale« sind daher wiederkehrende Ausnahmesituationen, Terroranschläge und plötzliche Ausbrüche massenhafter Gewalt. Diese für die Epoche Putins charakteristischen Ereignisse dienen nicht nur der Usurpation der Macht und der Unterdrückung der Opposition, sondern stellen auch ein natürliches Produkt des Zerfalls von Gesellschaft und Staat dar.

Der Staatsapparat und insbesondere die Polizei treten hier nicht als Kräfte auf, die diesem Zerfall Einhalt gebieten, sondern als Akteure, die unter den gegebenen Bedingungen am wirkungsvollsten zu agieren vermögen. Der Apparat ist bereit, es mit jedem Gegner nach dessen eigenen Regeln aufzunehmen und ihn auf seinem eigenen Terrain zu schlagen: sich im Kampf mit dem Terrorismus wie der grausamste Terrorist zu verhalten, die Gewalt auf den Straßen mit noch größerer Gewalt zu beantworten, die Kriminalität mit den raffiniertesten kriminellen Methoden zu bekämpfen.

Jede Aktion dieser Art dient als augenfälliger Beweis für die Vorzüge der Stabilität vor der Instabilität – im Sinne eines militärischen Sieges ersterer über letztere. Die permanente Präsenz destabilisierender Kräfte ist dabei ebenso unverzichtbar wie es die Instrumente zu ihrer Niederschlagung sind.

Regelmäßige Gewaltinjektionen, auf die ebenso regelmäßig staatliche Maßnahmen folgen, sind eine notwendige Existenzbedingung der im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts etablierten politischen Ordnung in Russland. Jede dieser Injektionen bildet ein weiteres Glied in der Kette von Destabilisierung und Stabilisierung.

Eine dieser Ketten – und zweifellos deren wichtigste – geht von der terroristischen Bedrohung bzw. dem islamistischen Untergrund im Nordkaukasus aus. Der erste und der zweite tschetschenische Krieg, der unter dem offiziellen Titel »Antiterror-Operation« geführt wurde, das Übergreifen der gegen den Staat gerichteten Gewalt auf die nordkaukasischen Regionen und die von ihr ausgehende Instabilität sind wesentliche Faktoren für die Entstehung und den Charakter des heutigen russischen Staates. Auf jeden neuen Terroranschlag folgte eine neue Serie außeror-

dentlicher Maßnahmen, zu denen die konsequente Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten gehört, die Einschränkung der politischen Freiheiten und die Durchführung zentralistischer Reformen (wie die Abschaffung der direkten Wahl der Gouverneure). Und je verheerender die Anschläge der Terroristen sind, desto weiter kann der Machtapparat bei der Festigung seiner Macht gehen.

Vormarsch der Rechten, Aufrüstung des Staates

Die zweitwichtigste – und sich übrigens immer häufiger mit der ersten überschneidende Kette geht vom russischen ethnischen Nationalismus und Rassismus aus. So wie die Islamisten können auch die radikalen Nationalisten zu Recht als Mitbegründer des modernen russischen Staates, seiner Institutionen und Praktiken betrachtet werden. Ihre Aktivitäten haben dazu geführt, dass sich in der polizeilichen Praxis der Begriff des »Extremismus« verankert hat – als universelles Etikett für jedwede Überschreitung der (staatlich definierten) Grenzen des Erlaubten.

Ein wichtiger Unterschied der russischen extremen Rechten zu den Islamisten liegt in ihrer tiefen und organischen Verbindung zur Staatsmaschinerie, deren Wurzeln man bis in frühere Epochen zurückverfolgen kann (vom Liebäugeln des spätsowjetischen KGB mit der »Russischen Partei« bis hin zu den Schwarzhundertschaften am Beginn des 20. Jahrhunderts, für deren Aktivitäten die Polizei des in Auflösung begriffenen Imperiums fruchtbaren Boden bot). Die Entwicklung der heutigen russischen extremen Rechten (sowohl der legal agierenden als auch der offen und systematisch Gewalt anwendenden) vollzog sich in all ihren Etappen in direkter Abhängigkeit von staatlichen Strukturen (vor allem den sogenannten *Silowiki*, »Machtministerien«), für die sie als Teil dieser oder jener manipulativen Strategie dienlich waren. Diese Strategien umfassten das ganze Spektrum von fallweiser Zusammenarbeit bis hin zu direkter und regelmäßiger finanzieller und infrastruktureller Unterstützung. Leicht erkennbar ist auch der Zusammenhang bestimmter Aktivitäten der extremen Rechten mit dem Herannahen von Wahlen. Außerdem gab und gibt es offensichtlich personelle Verbindungen zwischen Staat und der extremen Rechten: Viele ihrer Anführer und Aktivisten haben entweder selbst Erfahrung im Staatsdienst oder zumindest nahe Angehörige, die für den Staat arbeiten.

Wie Alexander Verkhovsky, führender Experte für den russischen Rechtsradikalismus, feststellt, »kann es sein, dass bestimmte Leute [aus dem Staatsapparat] in einem bestimmten Moment mit (...) Neonazis politische Spiele spielen; dann ändert sich die Lage, so dass man die Neonazis entweder nicht mehr braucht oder für einen anderen Zweck benötigt, oder sie sind doch zu weit gegangen (...), dann kommen andere Leute und beginnen, nach anderen Methoden mit ihnen zu arbeiten, nun als Beschuldigten«¹.

Diese Abhängigkeit zeigt, dass die extreme Rechte im heutigen Russland keinen selbständigen politischen Faktor darstellt – im Unterschied etwa zum klassischen europäischen Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der erfolgreich darauf aus war, den Staatsapparat zu erobern. Gleichzeitig hat die Lenkbarkeit des heutigen russischen Rechtsradikalismus ihre offensichtlichen Grenzen. Nicht nur, dass er keine gehorsame Marionette in den Händen der staatlichen Bürokratie ist, durch seine Existenz bestätigt er auch die Heterogenität des Staatsapparats selbst. Diese Dynamik – das ständige Schwanken zwischen der Illusion der Kontrolle der extremen Rechten durch den Staat und dem Gefühl des Außer-Kontrolle-Geratsens – spielt eine immer größere Rolle für die spezifisch russische »Stabilität«.

Genauso, wie die vom Kaukasus ausgehende Bedrohung für den Staat ständig wuchs, von lokalem Separatismus bis zu ganz Russland erschütternden Terroranschlägen, ist auch die rechtsradikale Bedrohung ständig gewachsen.

Ohne hier auf die Details einzugehen, könnte man eine Chronologie aufstellen, welche die Logik der wachsenden Bedrohung durch rassistische Gewalt und politische Aktivitäten der extremen Rechten einerseits und der darauf reagierenden staatlichen Politik andererseits zeigt:

- 2001-2003: In dieser Zeit wird – sowohl für die Gesellschaft als auch für die Machtstrukturen – das Thema rassistischer Pogrome erstmals aktuell. Als Reaktion wird das »Gesetz zur Bekämpfung extremistischer Aktivitäten« erlassen und der urbane Raum unter verschärfte polizeiliche Kontrolle gestellt.
- 2005-2006: In diesem Zeitraum nehmen die öffentlichen Aktivitäten der Rechtsextremen signifikant zu. Die »Russischen Märsche« folgen einer Strategie der politischen Eroberung der Straße; bei den Ereignissen in Kondopoga (Karelien) wird die Taktik eingesetzt, auf spontane fremdenfeindliche

Ausschreitungen »aufzuspringen«. Der rechtsradikale Untergrund formiert sich, die Fälle von Gewaltanwendung erfolgen immer öfter straff organisiert und zielgerichtet. 2006 wird das Nationale Anti-Terror-Komitee (NAK) gegründet und die Duma verabschiedet ein neues Gesetz gegen den Extremismus, das die Bürgerrechte weiter aushöhlt und den Spielraum für staatliche Willkür vergrößert. Im Laufe der folgenden Jahre wird dieses Gesetz verschärft bzw. werden weitere Gesetze im Namen der Bekämpfung des Extremismus erlassen.

– 2008 beginnt eine Strategie des »gelenkten Nationalismus«, die günstige Bedingungen für eine legale Betätigung der extremen Rechten schafft, mit dem Ziel, sie aus dem Untergrund zu holen. Gleichzeitig wächst auch die antifaschistische Bewegung, die die eingespielte Interaktion zwischen Behörden und extremer Rechten aufbricht und damit ebenfalls rasch ins Visier des Staates gerät.

Bereits eine kursorische Übersicht über die Ereignisse lässt erkennen, dass jede neue Phase der Entwicklung der extremen Rechten, wie auch ihrer Bekämpfung, die meisten Elemente der vorangegangenen Phase übernimmt: Rassistische Übergriffe hatten schon einige Jahre vor dem Pogrom von 2001 in Zarizyno Massencharakter angenommen, aber erst durch dieses wurde rechtsextreme Gewalt für die polizeiliche Praxis zu einem eigenen Thema. Lokale fremdenfeindliche Ausschreitungen gab es lange vor Kondopoga, aber genau dieses Ereignis wurde zu einem Markstein in der strategischen Entwicklung und öffentlichen Präsenz der extremen Rechten.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Verbindungen zwischen rassistischer Mobilisierung und dem Milieu der Fußballfans. »Gewaltbereitschaft und ausgesprochen ›männliche Werte‹ haben die Fangruppen für ultrarechte Einflüsse besonders anfällig gemacht (...) Auf dem Hintergrund einer hemmungslos antikommunistischen Propaganda und eines raschen Verfalls ›liberaler‹ Werte (...) nehmen unter den Fangruppen nationalistische Tendenzen rasch zu. Man kann festhalten, dass sich in den acht Jahren zwischen den Unruhen, die 2002 von Hooligans auf dem Manegeplatz initiiert wurden, und den Unruhen vom 11. Dezember diesen Jahres unter der Fan-Community eine klare rechtsextreme und fremdenfeindliche ideologische Ausrichtung herausgebildet hat«, schreibt der Publizist Pavel Smirnov unmittelbar nach den Ereignissen auf dem Manegeplatz 2010.²

Die Unruhen auf dem Manegeplatz – eine neue Stufe der Eskalation?

Wie war nun der Ablauf der Ereignisse rund um den 11. Dezember 2010? Am 6. Dezember kam es im Norden Moskaus zu einer Auseinandersetzung zwischen Spartak-Moskau-Anhängern und kaukasischen Jugendlichen, bei der ein Fußballfan, der 28-jährige Jegor Sviridov, ums Leben kam. Schon am nächsten Tag blockierten an die tausend »Spartakianer« eine Hauptverkehrsstraße und verlangten die Verhaftung aller an der Rauterei beteiligten Kaukasier.

Für das darauffolgende Wochenende, den 11. Dezember, wurde eine Gedenkveranstaltung angesetzt. Die offizielle Leitung der Fangruppen rief dazu auf, sich auf die Niederlegung von Blumen zu beschränken, doch die Rechtsextremen verfolgten einen anderen Plan. Tagelang wurde im Internet Stimmung gegen Kaukasier gemacht und dazu aufgerufen, sich im Zentrum Moskaus zu versammeln. Nachdem am 11. Dezember Blumen an dem Ort niedergelegt worden waren, an dem Sviridov umgekommen war, zogen Tausende Fans auf den Manegeplatz, um stundenlang zu kaukasierfeindlichen Parolen zu demonstrieren. Die Demonstranten verprügelten Passanten mit »nichtslawischem« Äußeren (mehr als 30 Personen wurden verletzt) und gingen auf Konfrontation mit der Polizei, die den Platz räumen wollte. Höhepunkt war der Auftritt des Chefs der Moskauer Polizei, Vladimir Kolokoltsev, der sich »als Russe an Russen« an die Versammelten wandte, und sie bat, nach Hause zu gehen.

Die erstaunlichen Schwankungen bei den Angaben über die Zahl der Teilnehmer beweisen, wie komplex die Zusammenhänge sind, die die Wahrnehmung des Ereignisses bestimmen – vom Zerrspiegel der Polizeiberichte über journalistische Reportagen bis hin zu widersprüchlichen Zeugnissen von Einzelpersonen. Teilnehmer und Beobachter gaben Zahlen zwischen drei- und zehntausend an, die Moskauer Polizei sprach von fünftausend und der Fernsehkanal *Rossija24* nannte die phantastische Zahl von fünfzigtausend. Durch diese Schwankungsbreite mit steigender Tendenz entstand der Eindruck, es müsse sich um eine außergewöhnliche Menschenmasse gehandelt haben, die alles übertraf, was man in den letzten Jahren an politischen Aktionen gesehen hatte.

Was auch immer die wahre Zahl war – als sich am Abend des 11. Dezembers der Platz geleert hatte und die Polizeistationen mit Verhafteten gefüllt waren, musste beim Durchschnittsbürger, der die Nachrichten

verfolgte, der Eindruck entstehen, dass etwas Entscheidendes geschehen war. In ihrer Kombination waren die Bemühungen der beiden Seiten nicht ohne Wirkung geblieben: Die radikalen Rechten hatten ihr Szenario durchgespielt, das aus einer lokal begrenzten Explosion von Fremdenfeindlichkeit ein Ereignis von gesamtnationaler Bedeutung machte, und die Behörden hatten alles unternommen, damit das Geschehen tatsächlich diesen Status erhielt.

Die Entwicklungen in der darauffolgenden Woche sollten die Tragweite des 11. Dezembers bestätigen: In den Folgetagen gab es in mehr als einem Dutzend Städten Gedenkveranstaltungen für Sviridov (die auffälligsten darunter in Sankt Petersburg und Rostow am Don), und am 15. Dezember wurde auf dem Europaplatz in Moskau ein zuvor in den sozialen Netzwerken groß angekündigter Versuch gestartet, die Zusammenstöße wieder aufleben zu lassen. In der Zwischenzeit hatte Präsident Medwedjew Fremdenfeindlichkeit mehrmals scharf verurteilt, Ministerpräsident Putin hatte den Fußballverantwortlichen offiziell sein Beileid ausgedrückt und Sviridovs gedacht, und Polizei und Antiextremismus-Behörde hatten mit einer in ihren Dimensionen beeindruckenden »prophylaktischen« Operation begonnen.

In Moskau war besonders stark zu spüren, wie eine neue Welle der Kontrolle über das Land hereinbrach. Am 15. Dezember, kurz vor den breit angekündigten neuen Aktivitäten, wurden etwa zweitausend Personen verhaftet. Dabei handelte es sich um meist junge Leute mit kaukasischem Aussehen, Fußball-Hooligans oder einfach Menschen, die das Pech hatten, sich zufällig in der Nähe des Kiewer Bahnhofs aufzuhalten, wo die Aktionen stattfinden sollten. Am 18. Dezember, als die Nationalisten in der Nähe des Fernsehentrums Ostankino demonstrieren wollten, wurden mehr als tausend Personen verhaftet. Im weiteren Verlauf des Dezembers wurden »im Zusammenhang mit den Unruhen auf dem Manegeplatz« Hunderte junger Leute, die zufällig ins Visier der Polizei geraten waren, verhaftet und verhört.

In dieser angespannten Atmosphäre verbreiteten sich verschiedene Versionen einer Verschwörung, die angeblich hinter den Ereignissen auf dem Manegeplatz stand. Als treibende Kraft wurde mal die Präsidentialadministration genannt, mal waren es die »Machtministerien« oder auch die Geheimdienste. Diese in der russischen Gesellschaft beliebte Art der Interpretation politischer Ereignisse mithilfe der Aufdeckung »verbor-

gener Triebfedern« ist gewiss ein Indiz ihrer extremen Desorientierung. Man sollte aber nicht vergessen, dass die Desorientierung und Ohnmacht der Gesellschaft Folgen einer geschlossenen, intransparenten Politik der herrschenden Elite sind. Die Menschen neigen nicht nur deshalb zum Glauben an Verschwörungen, weil ihnen dieser Glaube die Illusion gibt, die Geschehnisse verstanden zu haben, sondern auch, weil Verschwörungen in unserer postsowjetischen Geschichte tatsächlich eine gängige Erscheinung sind. Sie kommen viel häufiger vor, als sich die meisten vorstellen.

Das Maß an verborgenen Kräften und Widersprüchen innerhalb des russischen Staatssystems ist so groß, dass man die gleichzeitige Existenz von mehreren Interessengruppen annehmen kann, deren Manöver sich unversehens im selben Punkt treffen. Es gibt zu viele Akteure, die sich als politische Profiteure der Ereignisse auf dem Manegeplatz vermuten lassen, als dass man die Urheberschaft einem einzigen zuschreiben könnte. Ohne im Detail die Interessen der einzelnen Fraktionen der Elite zu analysieren, lässt sich aber mit Sicherheit sagen: Insgesamt hat sie gewonnen.

Eine unheilige Allianz

Der 11. Dezember 2010 hatte ein enormes Echo. Jede Seite, die die Ereignisse im eigenen Sinne nutzen wollte, reklamierte sie als entscheidenden Wendepunkt. Präsident, Premier und Polizei entdeckten darin einen Anlass, endlich »für Ordnung zu sorgen«. Die Nationalisten versuchten, die Erinnerung an diesen Tag als Ausdruck eines gewachsenen Nationalbewusstseins zu bewahren, während die Liberalen, die von den Ereignissen unvorbereitet überrascht worden waren, sich nun bemühten, die Anstifter der Pogrome für sich zu vereinnahmen, indem sie letztere zu Manifestationen einer zwar ungeschlachten, dafür aber authentischen und nicht von oben gegängelten Zivilgesellschaft erklärten.

Alle Seiten aber erläuterten immer wieder bereitwillig, dass der 11. Dezember für ein »reales Problem« stehe und dieser heftige Ausbruch antikaukasischer Regungen »nicht aus dem Nichts heraus« entstanden sei. »Ethnische Kriminalität« und »unkontrollierte Migration« wurden zum zentralen Thema der öffentlichen Diskussion, und dass man sich dazu zu Wort meldete, ohne auf die Regeln des guten Tons Rücksicht zu nehmen, war fast schon staatsbürgerliche Pflicht.

Die Ereignisse des 11. Dezembers führen vor Augen, von welcher Art unsere »Stabilität« ist und wie unser System der politischen Herrschaft funktioniert. Der Staat stellt nicht nur seine Unersetzlichkeit bei der Unterdrückung von Konflikten unter Beweis, er beansprucht auch die Deutungshoheit, indem er den Bürgern zu verstehen gibt, welcher Konflikt der entscheidende ist und wo sein Ursprung liegt.

Indem sie ihre Agenda aufzwingen, die Bedrohung durch Extremismus und Terrorismus beschwören und so eine ständig präsente Angst erzeugen, bewirken die herrschenden Eliten keine Mobilisierung der Gesellschaft, sondern ihre weitere Schwächung. Darin liegt der prinzipielle Unterschied zwischen dem Rassismus als politischer Kraft, wie er heute sowohl in Russland als auch in Westeuropa aktuell ist, und dem klassischen Faschismus des 20. Jahrhunderts. Letzterer war ein Krisenphänomen des bürgerlichen Staates, der aufgehört hatte, ein wirksames Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse zu sein. Der Faschismus kam von außen und setzte sich an die Stelle des Staates. Als Massenbewegung, deren Ziel die Machtübernahme war, entstand er in einer Situation extremer Mobilisierung der Gesellschaft oder, wie es Ernst Nolte ausdrückte, eines »europäischen Bürgerkriegs«. Der Rassismus hingegen wohnt im Inneren des Staates selbst und wird von oben nach unten weitergegeben. Das Signal der Überlegenheit und Diskriminierung wird von der Elite geschickt gehandhabt. Politische Forderungen, die noch vor Kurzem marginal und unvertretbar erschienen, können sehr schnell zum Mainstream werden.

Wie Emil Pain, ein führender liberaler Wissenschaftler auf dem Gebiet der russischen Nationalitätenpolitik, feststellt, »kann die Macht den Nationalismus nicht steuern, ist aber in der Lage, ihn anzustacheln (...) Nach dem ethnischen Pogrom in Kondopoga 2006 begannen die Behörden von der Notwendigkeit zu reden, der eingesessenen Bevölkerung Vorrechte einzuräumen. Nach dem Krieg mit Georgien 2008 sprachen sie von der Einführung von Quoten für die Niederlassung von Ausländern. Nach den Ereignissen auf dem Manegeplatz (...) war dann nicht mehr bloß von einer Beschränkung der Einreise ausländischer Bürger nach Russland die Rede, sondern auch von eingeschränkten Niederlassungsmöglichkeiten für Binnenmigranten, also für russische Staatsbürger, die innerhalb des eigenen Landes in eine andere Region übersiedeln wollen.«³

In der politischen Geschichte Westeuropas standen Wahlerfolge der extremen Rechten oft im Zusammenhang damit, dass Vertreter des

Establishments ihre Rhetorik übernahmen und ihr so erst das notwendige Gewicht verliehen. Man könnte hier an die berühmte Rede des konservativen Politikers John Enoch Powell aus dem Jahr 1968 erinnern, als er von »Strömen von Blut« sprach, die er durch Englands Städte fließen sah, sollte die Masseneinwanderung aus den ehemaligen Kolonien weitergehen. Die Rede ruinierte zwar Powells politische Karriere, verschaffte ihm aber enorme Popularität; seine Argumente änderten den Diskurs der führenden politischen Parteien, hatten Einfluss auf die Gesetzgebung und nahmen die Wende der siebziger Jahre im Zeichen Margaret Thatchers vorweg.⁴

Die von Sarkozy initiierte Diskussion über die »französische Identität« oder das Bedauern Merkels über das »Scheitern von Multikulti« in Deutschland sind typische Beispiele für den Zusammenhang von Macht und Fremdenfeindlichkeit. Die Linien, die die Gesellschaft spalten, werden von oben gezogen und von dieser Gesellschaft als natürlich und organisch anerkannt. Die Machthaber festigen ihre Macht, wenn sie sich der Rhetorik der Xenophobie bedienen, aber auch die Vertreter einer fremdenfeindlichen Politik werden stärker, wenn die Regierung ihre Agenda zur eigenen Priorität macht. Ereignisse wie das auf dem Manegeplatz sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Man sollte sich nicht davon täuschen lassen, dass die radikalen Rechten in Russland als organisierte politische Kraft eine vernachlässigbare Größe sind. Indem sie sich als zunehmend unverzichtbarer Faktor zur Aufrechterhaltung der Herrschaft des bestehenden Systems etablieren, werden sie allmählich zu einem Bestandteil der politischen Landschaft, an den man sich gewöhnt. In dem Maße, wie die Ideen der Rechtsradikalen, ihre Symbole und ihre Denkweise wachsende Akzeptanz in Politik und Gesellschaft finden, bereiten sie schließlich doch den Boden für Umwälzungen, deren Folgen wir uns heute noch nicht vorstellen können.

Aus dem Russischen von Harald Fleischmann

Anmerkungen

- 1 Alexander Verkhovsky, »Nacisty i kurator«, <http://grani.ru/blogs/free/entries/188629.html>. Vgl. auch »The Phantom of Manezhnaya Square: Radical Nationalism and Efforts to Counteract It in 2010« (with Galina Kozhevnikova), SOVA

- Center for Information and Analysis, www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2011/05/d21561/
- 2 Pavel Smirnov, »Ul'transilie«, <http://vpered.org.ru/index.php?id=691&category=5>
 - 3 Emil Pain, »Rossija: Uroven' nenvisti približaetsja k otmetke vzryv«, in: *Novaja gazeta*, 24.01.2011; www.novayagazeta.ru/data/2011/006/13.html
 - 4 Vgl. Stuart Hall, »The Great Moving Right Show«, in: *Marxism Today*, January 1979, S. 14-20, www.amielandmelburn.org.uk/collections/mt/pdf/79_01_hall.pdf

Zakhar Prilepin
REBELLEN

Zu Hause auf dem Tisch lag noch immer sein Zettel.

Mama, die nicht wusste, wohin und für wie lange er weggefahren war, hatte ihm eine Antwort darauf geschrieben: »Welche in Zivil mit roten Ausweisen und der Revierinspektor sind gekommen was tust du denn Sohn.«

Das Geschriebene war ohne Satzzeichen, weshalb Sascha die bittere mütterliche Intonation noch deutlicher auffiel. Er schob den Zettel aus seinem Blickfeld.

Ein angezündetes Streichholz an den Brenner haltend, den Wasserkessel mit automatischer Bewegung zum Feuer hebend, da er schon an dessen Gewicht erkannt hatte, dass genügend Wasser drinnen war, versuchte Sascha zu entscheiden, was jetzt zu tun wäre; mit dem Wasserkessel in der Hand erstarrte er, als es an der Tür klingelte.

Der Körper wurde von Schwäche befallen, ihm wurde übel, saurer Speichel floss in seinem Mund zusammen, die fast abgeheilte Lippe begann wieder zu brennen.

Die Wohnung lag im vierten Stock, weshalb er nicht durchs Fenster fliehen konnte.

»Und wenn ich sie einfach nicht reinlasse?«, schoss es ihm durch den Kopf. »Nein, sie wissen, dass ich hier bin. Wahrscheinlich haben sie gesehen, dass ich nach Hause gekommen bin ... Na und, die Tür werden sie ja wohl nicht aufbrechen? Dafür brauchen sie irgendeine Erlaubnis ... Oder hat der Revierinspektor das Recht dazu? Wenn die Staatssicherheit mit dem Revierinspektor kommt, brechen sie die Tür gleich auf ... Warum haben sie mich eigentlich nicht auf der Straße geschnappt?«

Schließlich stellte Sascha den Wasserkessel sorgfältig auf das Feuer und ging auf Zehenspitzen zur Tür.

Er stand da, lauschte. Es war still.

Nach einem kurzen Knacken ertönte noch einmal ein Klingelton, so laut, dass das Geschirr im Schrank klirrte.

Sascha machte einen entschlossenen Schritt nach vorne und beugte sich ans Guckloch.

Auf der anderen Seite stand Negativ, ein junger, siebzehnjähriger Bursche aus der lokalen Abteilung des »Sojus Sosidajuschtschich«.

»Hallo«, sagte er, als er Sascha am Guckloch sah.

»Bist du allein?«, fragte Sascha mit gedämpfter Stimme.

»Allein.«

Sascha öffnete die Tür. Negativ trat ein und drückte ihm die Hand, wie immer dabei seitlich nach oben schauend, als würde er etwas suchen; diesmal war es wohl die Deckenlampe, an der sein angewiderter Blick hängen blieb.

»Du musst das Licht im Vorzimmer abdrehen«, sagte er mürrisch. »Sonst sieht man, wenn du durchs Guckloch schaust.«

Negativ war fünf Jahre jünger als Sascha, ein Unterschied, der aber kaum zu bemerken war, vermutlich deshalb, weil der im Internat aufgewachsene Negativ, der rational und hart in seinem Verhalten war, für sein Alter ziemlich kräftig, wenn auch nicht sehr groß war.

Ein Schneidezahn war ausgebrochen, was Negativs ohnehin nicht gerade freundlichem Gesicht mit der niedrigen Stirn und den weit auseinanderstehenden Augen noch mehr Härte verlieh.

Er wurde Negativ genannt, weil er ewig mit allem und jedem unzufrieden war. Er war kein Nörgler, eher ein Dickkopf, mit eigenen und eindeutigen Vorstellungen vom Leben. Seine Unzufriedenheit war unjugendlich düster und schweigsam, oft wirkte sie wie Gleichgültigkeit, was sie aber nicht war.

Er lächelte nicht und schon gar nicht lachte er. Fast nie. Äußerst selten.

»Woher weißt du, dass ich zu Hause bin?«, fragte Sascha.

»Ich wusste es nicht, bin einfach so gekommen.«

»Wie geht's euch?«, fragte Sascha, der sofort in die Küche ging, laut.

»Na, ihr habt da ja was geliefert in Moskau.« Negativ beantwortete die Frage nicht. »Ich hätte auch hinfahren sollen. Sehr schön. Hast du dich in der Glotze gesehen?«

»Mich?« Sascha drehte das Gas unter dem nervig wackelnden Teekessel ab und drehte sich zu Negativ um, der die Schuhe ausgezogen hatte und in die Küche gekommen war.

»Du hast das nicht gesehen? Am Anfang hat man dich in der ersten

Kolonnen sehen können, und einer von euch hat einen Bullen mit einem Knüttel bearbeitet, dann rennen alle weg, Schaufenster klirren, ein Bulle liegt auf dem Boden, und du springst auf seine Kappe. Tolle Aufnahme. Warum nur auf die Kappe, denk' ich mir? Wenn du ihm gleich auf den Kopf gesprungen wärest? Ha?»

Sascha schauderte. Es ist nicht sehr angenehm, wenn einige Tausend, vielleicht sogar hunderttausend Menschen deine ... Späße ... gesehen haben.

»Und bin ich dort gut zu erkennen?«, fragte Sascha leise mit heiser gewordener Stimme.

»Na ja, nicht sehr ... Ich hab' dich aber erkannt ... Darf ich rauchen?« Sascha schaute Negativ eine Zeitlang an.

»Rauch nur. Und gib mir auch eine ...«

»Hör mal, deine Freunde sind gekommen«, setzte Negativ fort und machte einen tiefen Zug.

»Welche Freunde denn?« Sascha zündete sich auch eine Zigarette an und starrte Negativ abermals an.

»Der Moskauer Wenja und Rogow aus Sibirien.«

Sascha schauderte wieder, diesmal etwas weniger.

»Was für ein Teufel hat die denn geritten?«

»Sie sagen, dass sich jetzt alle in Moskau verkriechen, sie durchsuchen unsere Löcher. Wenja ist sowieso obdachlos und weiß nicht, wo er leben soll, und Rogow sagt, dass er ein bisschen Angst hat, mit dem Zug nach Sibirien zu fahren; man muss den Pass vorweisen, wenn man die Fahrkarte kauft; stattdessen mit der Lokalbahn zu fahren ... Das verstehst du ja wohl: Man wird verrückt, bis man ankommt. Deshalb sind sie ...« – Negativ machte einen tiefen Zug, ließ den Rauch heraus und verfolgte dessen Weg mit den Augen – »... deshalb sind sie zu uns gekommen. Warum bist du so aufgeregt?«

»Die Bullen waren schon zwei Mal bei mir.«

»Du hast sie nicht reingelassen?«

»Nein, ich war nicht da. Sie sind zur Mutter gekommen.«

»Und zu mir«, sagte Negativ.

»Und – was war?«

»Ich hab' ihnen nicht aufgemacht. Sie haben zwei Stunden lang geklopft und sind dann gegangen.«

»Und du hast in dieser Zeit mäuschenstill dagesessen.«

»Nein, wir haben uns durch die Tür herzlich unterhalten. Sie haben versprochen, dass sie mir den Arsch aufreißen und mich vermodern lassen.«

Sascha schaute Negativ an und wusste – wie schon so oft zuvor – dessen großen, glasklaren und ungeheuchelten Mut zu schätzen. Negativ fürchtete sich tatsächlich nicht davor, geschlagen zu werden, selbst grausam geschlagen zu werden; Drohungen waren ihm absolut gleichgültig. Er war mehrere Male mit Schlagstöcken verprügelt worden, weil er mit schwarzer Farbe freche Sprüche wie »Gouverneur, krepriere!« auf die Mauern der Gebietsverwaltung geschmiert oder selbigem Gouverneur eine Torte ins Gesicht geschmissen hatte. Etwa vor einem halben Jahr hatten sie ihn gefesselt und zwei Tage lang versucht, aus ihm Aussagen über seine Kumpel herauszudreschen; eine Woche davor hatte die lokale Abteilung des »Sojus Sosidajuschtschich« das Büro der Scientologen mit Molotowcocktails angezündet.

Die Feuerwehr war rechtzeitig zur Brandstelle gekommen, aber es geriet zum großen Skandal. Nach zweitägiger Folter hatten sie Negativ laufen lassen. Beim Essen, Anziehen und Schnürriemenbinden musste ihm sein jüngerer Bruder Posik eineinhalb Monate lang helfen. Seinen Namen hatte er, weil er das vollkommene Gegenteil von Negativ war, ein gerisener elfjähriger Bursche mit ewigem Grinsen auf dem frechen Maul, der jüngste der lokalen »Sojusniki« ...

Ja, sie nannten sich »Sojusniki«. Dieses anfangs sinnlose Wort bekam mit der Zeit Gewicht, Klang und Bedeutung.

Übrigens wurden sie von den Journalisten mit flinker Feder oft als »SS-ler« bezeichnet – nach den beiden Anfangsbuchstaben der Partei, und bisweilen titulierte man die Mitglieder des »Sojus«, wenn man die Burschen erniedrigen oder auf deren jugendliches Alter hinweisen wollte, als »Milch- und Schwanzschlecker«.

Negativ verriet keinen der »Sojusniki«, auch sich selbst nicht. Immerhin hatte ja er den Molotowcocktail geworfen. Und natürlich nicht allein.

»Die Tür wollten sie aber nicht aufbrechen?«, fragte Sascha und schaute auf Negativs Zahnücke, die ihm in einem blöden Streit geschlagen worden war.

»Nein, das wollten sie nicht.«

»Und warum hast du nicht aufgemacht?«

Negativ blickte Sascha entnervt an.

»Haben sie dir in Moskau auf den Schädel geschlagen? Ich sagte doch schon, Wenja und Rogow sind bei mir. Zuerst lagen sie unter dem Diwan. Dann haben wir Wenja in einen Teppich gewickelt und in eine Ecke gestellt, und Rogow ist in einen Schrank gekrochen ... Wir haben uns ganze zwei Stunden lang amüsiert.

Sascha trank den Tee rasch aus. Eigentlich hatte er essen wollen. Jetzt nicht mehr.

»Wo sind sie?«, fragte er,

»Sie sitzen im Café gegenüber. Trinken zu zweit eine Tasse Kaffee. Gehen wir?«

Sascha holte Geld aus dem Versteck, ein Stück Käse, Zwiebeln vom Dorf, Brot und eine Konservendose, wollte zurück, um der Mutter einige Worte zu schreiben, und ließ es dann bleiben. Noch mal schreiben, dass »alles in Ordnung« sei. Mehr als »in Ordnung« gab es nicht.

* * *

»Aha, da sind sie!« Sascha merkte plötzlich, dass er sich sehr freute, Wenja, der mit seiner nicht abgeheilten Nase noch immer schniefte, und den langen Ljoschka zu sehen. Er umarmte sie beide.

Man muss jetzt etwas unternehmen, die Jungs irgendwo unterbringen.

Sascha traute sich nicht, Bekannte von zu Hause aus anzurufen – das Telefon wurde abgehört, so hatte er einst eine Aktion der Partei vergeigt.

Und er hatte auch keine Bekannten, bei denen sie zu dritt hätten übernachten können.

»Und nicht einmal ich allein«, dachte Sascha plötzlich verwundert, ohne dass es ihn traurig machte.

Es hatte sich in den letzten Jahren so ergeben, dass sich Saschas Gesprächspartner auf die Parteigenossen beschränkten. Nicht, dass er für andere Freundschaften keine Zeit hatte, obwohl, nein, er hatte keine Zeit, aber das Wichtigste war, dass er sie nicht mehr brauchte, warum auch, es war nicht interessant. Es würde sich auch nicht lohnen, in die Wohnungen lokaler »Sojusniki« zu gehen – und zwar aus ganz offensichtlichen Gründen: Jederzeit könnten welche in Zivil hereinplatzen.

Auf der Straße begann es zu nieseln – dennoch verließen sie das verrauchte Café mit der lästigen Musik und den unfreundlichen Preisen und marschierten frohen Muts hinaus, schwelgten fröhlich in Erinnerungen

und übertrumpften einander damit, was in Moskau nicht alles geschehen war ...

Negativ hörte interessiert zu, manchmal blickte er dem, der gerade sprach, aufmerksam ins Gesicht.

Sie blieben an einem Kiosk stehen, Sascha kaufte eine Flasche Wodka und drei Plastikbecher – Negativ trank nicht, weil er vom Alkohol üblicherweise zum Tier wurde. Rogow erhob keinen Protest gegen den Kauf, Wenja zeigte sich erfreut.

Sie gingen auf einen Kinderspielplatz, wo Sascha in seiner frühen Jugend viele Stunden verbracht und unterschiedlich starken Alkohol ausprobiert hatte, um seine gefügigen oder nicht so gefügigen Altersgenossen genauer zu studieren.

Sie setzten sich auf ein Spielzeughäuschen, Sascha holte Käse und Brot aus der Tasche.

»Nur Messer haben wir keines«, sagte er und drehte die Konservenbüchse in der Hand.

Rogow zog schweigend ein Federmesser aus dem Rucksack. Geschickt öffnete er die Büchse. Sie schenkten ein, stießen an ...

Bald war es ihnen wohl zumute, nur die Arschbacken wurden auf der feuchten Bank kalt. Sascha stand immer wieder auf und ging herum, Rogow legte sich den Rucksack unter, Wenja war es offenbar egal.

Negativ setzte sich nicht, er hörte zu. Er nahm ein Stück Käserinde, nagte immer wieder ein kleines Stück davon ab und kaute langsam.

»Da, nimm.« Sascha gab ihm ein Stück Käse. Negativ nahm es. Er wartete, bis alle das Gespräch fortsetzten und legte es dann unbemerkt zurück.

»Wie viele haben sie genau geschnappt, weiß das jemand?«, fragte Sascha.

»Dreiundneunzig Personen hieß es in den Nachrichten«, antwortete Negativ, allerdings erst, nachdem Wenja und Rogow mit den Schultern gezuckt hatten. Negativ beeilte sich nie, als erster zu antworten.

»Was wird ihnen vorgeworfen?«

»Fast alle haben administrative Strafen bekommen. Je fünfzehn Tage.«

»Was sind sie denn so ... gnädig?«, wunderte sich Wenja, der das Wort »gnädig« von irgendwo hergeholt hatte, ein Wort, das ganz und gar nicht zu seinem Wortschatz passte.

»Kannst du dir vorstellen, was für ein Prozess das gegen dreiundneun-

zig Personen sein soll? Die ganze Welt wird das erfahren. Das brauchen die doch nicht einmal im Arsch ...«, meinte Sascha.

»Trotzdem werden sie zur Abschreckung fünf einsperren«, sagte Rogow.

Im »Sojus« wunderte man sich schon lange nicht mehr über neue Knastgänger – mehr als vierzig Personen waren schon erwischt worden und saßen hinter Gittern. Diese Liste wurde nie kürzer – kamen die einen heraus, saßen andere ein. Bezeichnenderweise waren fast alle Häftlinge »Terroristen mit Samtpfoten« – sie hatten Eier geworfen oder bekannte und unangenehme Personen mit Mayonnaise beschüttet. Trotzdem bekam man für ein beschädigtes Sakko einige Monate, vielleicht sogar ein Jahr Gefängnis.

Die einzig echte Strafe hatte ein Bursche aus der Ukraine erhalten, der sich mit Expropriation beschäftigt hatte und zehn Jahre verschärftes Lager bekam. Sie schwiegen einen Augenblick, bedauerten die Jungs, zumindest Sascha wusste genau, dass sie ihm leid taten, auch bei Ljoschka war eine Portion Bruderliebe und Mitleid zu spüren. Was Negativ und Wenja betraf, so war bei ihnen aus unterschiedlichen Gründen nicht alles ganz so klar.

Negativ empfand eher etwas wie Ärger, der in soliden, unhysterischen Groll überging, und dieser Ärger war gegen alle gerichtet, die in seinem Land die Macht repräsentierten – vom Milizionär an der Straßenecke bis zum Herrn Präsidenten.

Wenja war all das scheißegal, dachte Sascha. Und scheißegal war es ihm vermutlich nicht deshalb, weil sich Wenja nie selbst leid tat. Der Grund war vielmehr, dass Wenja das Gefängnis absolut gelassen nahm, er war immer bereit, ins Gefängnis zu kommen, wenn er sich auch nicht gerade darum riss. Dabei ergab das insgesamt eine ganz schöne Zeit, wenn man zusammenrechnete, wie oft Wenja schon fünfzehn Tage bekommen hatte.

Doch sie schwiegen alle ...

Sie schenkten ein, stießen ein letztes Mal an.

»Wir haben's einmal gemacht und werden es wieder machen!«, sagte Sascha, in dessen Worten nicht das geringste Pathos lag. Rogow nickte, Wenja lachte auf, Negativs Gesicht konnte Sascha nicht sehen.

Sie tranken rasch aus, schnupperten an den Ärmeln und gingen weiter. (Rogow sammelte den Müll in eine Plastiktüte und trug ihn zum Mistkübel.)

Sascha überlegte, wo man noch drei weitere Stunden verbringen konnte.

Ruhig und guter Laune gingen sie zum Gebäude der Universität. Sascha befahl allen, das Außenseiter-Gegrinse abzulegen und das offene Gesicht eines täglichen Besuchers einer höheren Lehranstalt aufzusetzen – entweder eines Studenten höheren Semesters oder eines Dissertanten. So kamen sie auch beim Wächter, der die Lippen streng zusammengepresst hatte, vorbei. Rogow, natürlich ruhig, weil er überhaupt kein Gesicht aufsetzte, sondern seines behielt, Negativ, der den Kopf zur Seite gedreht und das Kinn im Jackenkragen verborgen hatte, und Wenja, der durch die Anspannung der Gesichtsmuskeln plötzlich verdummte.

Den Philosophielehrer Aleksej Konstantinowitsch Besletow kannte Sascha schon lange. Die Bekanntschaft zwischen Sascha, der nirgendwo studiert hatte, und dem Dozenten der Geisteswissenschaft war leicht zu erklären: Besletow war ein Schüler von Saschas Vater.

Sascha war ungefähr vierzehn gewesen, als er den jungen, schmalen Besletow, der damals knapp über zwanzig war, zum ersten Mal gesehen hatte.

Besletow war einige Male zu ihnen auf Besuch gekommen. Er spielte lange mit seinem flauschigen Schal herum, den er mehrfach um seinen Hals gewunden hatte. Dann wurde Tee getrunken. Der Vater und er besprachen etwas, der Vater ruhig, Besletow zuckte manchmal mit den Schultern. Der Vater achtete nicht darauf.

Der Vater war überhaupt sehr ruhig, er sprach niemals über Politik, obwohl die wirre oder vielmehr dumme und daher noch widerwärtigere Zeit das durchaus begünstigt hätte.

Dass Besletow äußerst liberale Ansichten vertrat, hatte Sascha erst viel später erfahren. Und er war sich bis heute nicht im Klaren darüber, was er davon halten sollte, dass der Vater niemals über »Umbrüche« und »Schicksale« gestritten hatte. Wie ließ sich das erklären? Doch nicht mit Gleichmut ...

Besletow war der einzige von Vaters Freunden und Bekannten, der mit ins Dorf zum Begräbnis gefahren war.

Während des Begräbnisses gingen Sascha und Besletow zum »Du« über, sahen sich dann aber einige Jahre nicht, und in dieser Zeit verlor sich die kurzfristige Nähe wieder. Ihre Bekanntschaft wurde erneuert, als sich ganz unverhofft herausstellte, dass Saschas Freundin bei Aleksej Konstan-

tinowitsch Philosophie studierte. So fragte sie Sascha, als sie sich einmal nach dem Unterricht vor dem Hörsaal trafen:

»Bist du eigentlich mit Aleksej Konstantinowitsch, der bei uns Philosophie unterrichtet, bekannt?«

Im selben Moment gab Sascha Besletow die Hand und beschloss, aufgrund von dessen festem und gründlichem Händedruck sowie der lehrerhaften Körperhaltung zu vergessen, dass sie per Du waren.

»Ja, Aleksej Konstantinowitsch und ich ... wir sind miteinander bekannt.«

Einige Male begegneten Sascha und Besletow einander auf dem Gang der Universität und tauschten im Vorbeigehen einen Händedruck aus, bis Sascha sich mit seiner Freundin aus einem banalen und längst vergessenen Grund zerstritt und Besletow abermals für eine Weile aus dem Blick verlor. Vor kaum mehr als einem Monat hatte es eine lokale Veranstaltung des »Sojus« gegeben und Sascha war unmittelbar nach dem Ende der wie immer lautstarken und mit Provokationen gespickten Aktion mit Besletow zusammengetroffen.

»Ich habe beobachtet, wie ihr dort ... herumschreit«, hatte Besletow sanftmütig und mit professorenhaftem Lächeln gesagt. Sascha empfand wegen seiner sozusagen politischen Einstellungen schon lange keine Hemmungen mehr. (In Wirklichkeit ging es ihm niemals nur um Politik, sondern um das, was vielleicht den einzigen Sinn seines Lebens ausmachte.) Dieses Mal hatte er jedoch ein leises Gefühl von Peinlichkeit verspürt. Vielleicht wegen seiner rauen Kehle, die gerade erst gebrüllt hatte: »Präsident, hau ab!« Vielleicht auch wegen seiner tief sitzenden Verbitterung, die ihm immer noch ins Gesicht geschrieben stand. Er war nur zu vertraut mit der groben Miliz, die sie unverständlicherweise dieses Mal nicht hopsgenommen hatte. Normalerweise schleppten sie die »Sojusniki« am Ende einer Demonstration auf die Wache, wo sie zum hundertsten Mal fotografiert und ihnen die »Finger abgenommen« wurden.

Kurz gesagt, Sascha war es nicht gelungen, sich umzustellen, und er hatte Besletow mit einem mühsam ins Gesicht gezwungenen sonderbaren Lächeln angesehen. Dieser war plötzlich in ein gutes, weil jugendliches und ehrliches Lachen ausgebrochen und sagte:

»Ihr werdet's schwer haben.«

Besletow hatte Sascha eingeladen, in die Uni zu kommen, um miteinander zu sprechen (»Kannst auch Freunde mitbringen ...«), und er hatte

das so getan, dass Sascha tatsächlich kommen wollte. Es gab neben der gütigen Aufrichtigkeit von Besletows Tonfall noch andere Gründe für einen Besuch.

Saschas Vater war ein gebildeter Mensch gewesen – fast ein Professor, aber Sascha fühlte sich immer wie ein Straßenköter. Vielleicht, weil er nicht studiert und die richtigen Bücher erst nach der Armee zu lesen begonnen hatte, vor der ihn auch die Mutter, eine im Grunde einfache Frau, nicht hatte bewahren können.

Vielleicht fehlte es Sascha an Sicherheit, weil der Vater sich nie mit ihm beschäftigt hatte, er hatte sogar selten mit seinem Sohn gesprochen. So war es: Der Vater brauchte den Umgang nicht, und Sascha drängte sich nicht auf, vielleicht war's auch umgekehrt: Der Vater drängte sich nicht auf, und Sascha brauchte den Kontakt damals nicht.

Aber seit Kurzem zog es Sascha zu Menschen, die die Welt scheinbar besser verstanden – zumindest mithilfe jener gedruckten Quellen, bis zu denen Sascha es nicht geschafft hatte. Besletow hob die Augen oder genauer – er zog die Brauen hoch. Mit seinen Allüren erinnerte er immer mehr an einen pathetischen Theaterschauspieler.

»Sascha?«

»Wir sind einfach so gekommen.«

»Ach ja, ich hatte dich eingeladen, ich erinnere mich ...«

Sie standen auf dem Gang. Besletow schüttelte allen die Hand, schaute die Ankömmlinge dabei aufmerksam an und lächelte nicht. Er war nicht groß, hatte glatte, dunkle Haare und runde Schultern. Früher, konnte sich Sascha erinnern, mühte sich Besletow die ganze Zeit mit seinem Gesicht ab, als würde er sich in ständiger Suche nach der richtigen Emotion und dem genauen Wort befinden. Jetzt war er ruhig, und selbst seine Wangen hingen ein wenig herunter, wodurch das Gesicht leicht angewidert wirkte.

»Wisst ihr, ich sperre das Institut gerade zu«, sagte er. »Hier gegenüber gibt's ein billiges und ruhiges Café. Vielleicht setzen wir uns dorthin? Auf eine Tasse Tee?«

»Geh'n wir«, stimmte Sascha zu, obwohl er nicht mehr sehr viel Geld hatte.

»Ich schaue noch im Dekanat vorbei und ... komme gleich ...«, versprach Besletow. Die Jungs gingen wieder an dem strengen Wächter vorbei und waren zwei Minuten später im Café. Es war halb leer, und die Mu-

sik spielte tatsächlich leise. In der Ecke flimmerte ein Fernsehgerät. Auf dem Bildschirm waren Männer mit Helm auf Motorrädern zu sehen. Sie fuhren im Kreis, fielen oft hin und wirbelten in den Kurven Dreck auf.

Die Karte wurde gebracht, Sascha hob das erste Blatt des in Leder gebundenen Heftes mit dem Zeigefinger und wusste im Voraus, dass er nichts bestellen würde.

»Ich habe noch Geld«, sagte Rogow. Niemand hatte ihn danach gefragt, aber die Frage hatte in der Luft gehangen. Natürlich hob sich die Stimmung bei allen.

»Ein Bier?«, fragte Rogow.

»Ich nicht«, sagte Negativ.

»Tee?«

»Ich will nichts.« Negativ verstand es, so abzulehnen, dass niemand mehr etwas vorschlug.

Alle begannen zu rauchen und sahen sich um.

Besletow kam bald, streng, in einer kurzen Jacke, mit einer Aktentasche. Als er die Jacke auszog, bemerkte Sascha Besletows beginnenden Bauchansatz.

Er setzte sich schweigend, stellte die Aktentasche neben den Stuhl, holte seine Zigaretten hervor.

»Er hat keine Bartstoppeln«, fiel Sascha plötzlich auf, »Ein weißes Gesicht. Ein kluges und vermutlich schönes Gesicht. Und wie er die Brauen zusammenzieht ...«

Ohne dass man ihr Kommen gehört hätte, stand die Kellnerin vor ihnen. Besletow bestellte Kaffee.

Die Pause zog sich in die Länge.

Sascha schwieg absichtlich – ihm hatte das ganze Treffen schon nicht gefallen, als sie noch in der Universität gewesen waren.

»Was schaut er so?«, dachte er und sah in Besletows Gesicht. »Hab' ich etwa Geld von ihm geliehen?«

»Macht ihr immer noch Radau?«, fragte Besletow, der seine Zigarette angezündet hatte und Saschas eindringlichen Blick spürte.

»Was bleibt uns sonst übrig?«, antwortete Sascha rhetorisch. Er hatte sofort verstanden, dass es um die Moskauer Krawalle ging.

Besletow zog kräftig an der Zigarette und dankte, den Rauch dabei anhaltend, mit leicht gepresster Stimme der Kellnerin für den Kaffee.

»Denkt ihr, dass das, was ihr da angefangen habt, gut ist? Richtig?«

»Gut und richtig«, antwortete Sascha. Besletow zuckte mit den Schultern.

»Und der Sinn davon?«

»Das ist eine sehr lange Frage.«

»Es ist eine geradezu kurze Frage ... Gut, ihr verlangt: ›Gebt uns eine nationale Idee ...‹«

»Wie der jetzt redet ...«, dachte Sascha schnell und unterbrach Besletow sofort:

»Wir bitten um nichts. Ich bitte um nichts. Ich bin Russe. Das reicht. Ich brauche keine Ideen.«

»Ich bin Russe«, äffte Besletow düster nach. »Und was macht ihr mit den Nicht-Russen?«

»Hören Sie, Aleksej Konstantinowitsch, verdrehen Sie hier nichts ... Niemand wird die Nicht-Russen irgendwo hintun, Sie wissen das ganz genau.«

»Und warum, Sascha, beginnst du dann sofort mit den Worten ›Ich bin Russe?‹«

»So ist das also«, dachte Sascha abermals, »er ist mit mir per Du, aber ich mit ihm nicht ...«

»Ich beginne nicht ...«, erwiderte Sascha. »Ich sage nur, dass ich keine nationalen Ideen brauche. Verstehen Sie? Ich brauche weder eine ästhetische noch eine moralische Begründung dafür, meine Mutter zu lieben oder mich an meinen Vater zu erinnern ...«

»Ich verstehe. Aber warum bist du dann in diese ... in eure Partei eingetreten?«

»Sie braucht auch keine Ideen. Und keine Heimat.«

»Ach nein, all diese Wörter, mal ›Russe‹, mal ›Heimat‹. Bitte nicht.«

»Den Namen nicht verunehren, nicht wahr?«, sagte Sascha versöhnlich. »Ich bin einverstanden.«

»Was heißt zum Teufel ›nicht verunehren?‹« Besletow wurde wütend. »Ihr habt doch gar keine Beziehung zur Heimat. Und die Heimat keine zu euch. Es gibt keine Heimat mehr. Es ist vorbei, sie hat sich aufgelöst! Und noch viel weniger zahlt es sich aus, irgendjemanden mit euren Widerwärtigkeiten zu provozieren, mit dem Zertrümmern von Fenstern, irgendwelcher Visagen und was ihr noch so zerschlagt ...«

»Besser, leise zur Seite treten«, antwortete Sascha in Besletows Ton, nur um einen Halbton tiefer.

»Besser, leise zur Seite treten, als sich der Niedertracht hinzugeben.«

»Besser, leise in eine andere Welt hinübergehen«, sagte Sascha.

»Ja, stell dir vor. Das ist besser. Vor Gott ist das besser. Alle eure Körperbewegungen, euer Herumfuchteln – das hat schon lange keinen Sinn mehr. Ihr werdet gar nichts ändern. Aber wenn ihr damit anfangt, Blut zu vergießen ... wenn ihr nicht schon damit begonnen habt ...«, hier erhob Besletow abermals seine Stimme, »dann ...«

Besletow zog an der Zigarette und drückte sie dann wütend aus, als wollte er einen ekligen Wurm zerdrücken.

Alle saßen stumm da. Wenja bohrte mit einem Zahnstocher Löcher in die Zigarettenpackung, Negativ schaute zum Fernseher. Rogow sah auf den Tisch und wippte unter dem Tisch mit dem Bein.

»Und Ihnen, Ihnen gefällt das alles?«, fragte Sascha, der äußerst ruhig geworden war, in den Rhythmus des Gespräches gefunden hatte und Besletow interessiert musterte.

»Du willst nicht verstehen, Sascha. Hier gibt es nichts mehr, was einem gefallen könnte. Hier ist nur noch eine Leerstelle. Hier gibt's nicht mal einen ›Boden‹. Kein Vaterland, kein Land, an dem der Staat – wie es jetzt so modern heißt – geo-politisch interessiert wäre. Und Staat gibt es auch keinen.«

»Auf diesem Boden lebt aber das Volk«, sagte Sascha, der keinen Streit wollte, sondern verstehen, wovon Besletow sprach.

»Dein Volk« – er sprach das Wort »Volk« in die Länge gezogen aus – »ist unzurechnungsfähig. Um sich davon zu überzeugen, reicht es, sich ein beliebiges Gespräch in einem öffentlichen Verkehrsmittel anzuhören ... Denkst du, dass dieses Volk, das zur einen Hälfte aus Pensionisten und zur andern aus Alkoholikern besteht, einen Boden braucht?«

»Die am Leben sind, brauchen ihn.«

»Es gibt nicht genug Lebende für diesen Boden.«

»Genug.«

Besletow schaute Sascha ironisch an, bewegte sich nicht, um Wenja vorbeizulassen, der offenbar zur Toilette wollte; kaum hatte sich Wenja vorbeigedrängt, sagte er: »Lieber Sascha, darum geht es nicht.«

Sascha fiel auf, dass sich Besletows Tonfall unablässig änderte – von Gereiztheit zu Beflissenheit und leicht herablassender Milde. Im Übrigen waren diese Wechsel ziemlich artistisch, geradezu fließende Übergänge.

»Es geht darum, dass man gar nichts tun muss. Man muss nichts tun.

Denn solange die Russen leise vor sich hin saufen und ihnen alles scheißegal ist, geht alles seinen Gang. Der Wodka wird gekühlt, die Kartoffeln werden gebraten. Und sobald die Russen anfangen, sich an ihre verloren gegangene Größe und an das Schicksal der Heimat zu erinnern, an ... oder worüber spricht ihr die ganze Zeit eigentlich? ... dann fangt ihr an, euch gegenseitig abzustechen. Und ihr werdet so viel Blut fließen lassen, dass der halbe Kontinent damit überzogen wird. Das ist unausweichlich, Sascha. Ich denke freilich, dass sie euch schon davor niedermetzeln. Und wenn man das Blut einfach zynisch in Litern misst, dann ist das natürlich richtiger. Richtiger und weniger blutig.

»Aber dieses Land wird es bald nicht mehr geben, Aleksej ...« Sascha brach ab, ohne den Vatersnamen hinzuzufügen, weil er »Konstantinowitsch« nicht aussprechen wollte.

»Ich sagte dir doch, dass es schon jetzt nicht mehr existiert«, antwortete Besletow schnell. »Lasst die Menschen ruhig in ihren Ecken leben. Gebt diesen Russen, um die ihr so besorgt seid, die Möglichkeit, ihr Leben ruhig zu Ende zu leben. Ihr werdet ihnen nichts Gutes tun, versteht das doch. Ihr werdet ihnen stattdessen nur noch mehr Unglück bringen. Außerdem hofft ihr vergeblich auf sie. Sie sind genau solche Russen wie ... die heutigen Griechen im Vergleich zu den alten. Wie assyrische Schuhputzer in Moskau im Vergleich zu den assyrischen Kriegern.«

Sascha trank sein Bier aus und begann, auch in den Fernseher zu schauen, dessen Bild Negativ so angezogen hatte. Die Motorradfahrer fuhren weiterhin im Kreis. Dann schaute er auf Rogow, der den Kopf im Takt zu etwas bewegte, das in ihm selbst vor sich ging.

»Verstehst du, Sascha«, Besletow senkte abermals die Stimme. »Mir war das, was ihr macht, sympathisch. Es war ein ästhetisches Projekt, das gerade vor dem Hintergrund der herrschenden Schwermut und Wirren interessant war. Aber ihr habt die Grenze überschritten. *Jetzt gibt es kein Zurück mehr.* Hört jetzt auf. Macht das, was ihr früher gemacht habt. Das war äußerst lebendig – eure Flugblätter, eure Reden, eure Schreie in der Öffentlichkeit, die Fahnen. Eure Mädchen sind natürlich und haben feine Gesichter ... Das ist nicht ganz russisch, entspricht nicht unserer Tradition, aber es ist trotzdem lebendig. Überhaupt ist das Russisch-Sein heutzutage nicht allen eigen ...« Besletow wurde mit dem Laufe seiner Gedanken immer angeregter: »Die Russen haben ihr Russisch-Sein verloren. Erhalten hat es sich noch bei einigen konkreten Menschen, als ein

durchaus spirituelles Prinzip, und so, so Gott will, wird es noch einige Zeit erhalten bleiben. Vielleicht einige Jahrhunderte.«

»Wo ist es noch erhalten?« Sascha war aufrichtig verwundert. »In einem Land, das in dreißig Jahren ausgestorben und von Chinesen und Tschechenen besiedelt sein wird?«

»Nein, natürlich nicht. Aber die Juden haben ihr Judentum im Laufe von zweitausend Jahren auch irgendwie erhalten. Russische Gemeinden gibt es auf der ganzen Welt, niemand stört sie. Die noch immer lebendige Kultur ist der wichtigste und – ja, der einzige Faktor russischen Geistes. Der Geist lebt schon fast nirgendwo mehr – nur in einzelnen Trägern, die Bilder malen oder Bücher schreiben oder ... na ja, unwichtig. Das Volk ist nicht mehr Träger des Geistes und daher auch zu nichts imstande. Alles, was wir der Welt noch geben können, ist, das Leben unseres Geistes darzustellen.«

»Im Moment des Zerfalls dieses Geistes ...«, fügte Sascha müde hinzu.

»Sascha, alles hängt von euch selbst ab. *Wenn ihr das blutige Chaos, das ihr euch wünscht, tatsächlich anrichtet, wird der Zerfall nur beschleunigt.* Ruft nicht die bösen Geister herab. Ruft die Engel!« Besletow lächelte sanftmütig ob des Pathos seiner Aussage und schwächte damit dessen Beigeschmack ein wenig ab. »Wirkliche Ereignisse geschehen in der Welt des Geistes, Sascha. Der wahrhaft russische Mensch ist ›Geist‹. Bei jeder Wiederholung verstärkte er seine Stimme. »Der wahrhaft russische Mensch ist jener Mensch, der die Wahrheit sucht. Russland«, schloss er, »muss in eine geistige Dimension eintreten. So wird es besser sein.«

»Und wo sollen wir hingehen?«, fragte plötzlich Wenja, der zurückgekommen war und im Rücken von Besletow stand.

Besletow drehte sich halb um, ohne Wenja richtig anzusehen, und wandte sich sofort wieder seiner Tasse Kaffee zu. Er trank aus, blickte auf den Tassenboden, schwenkte die Tasse und stellte sie auf den Tisch, legte auf den Tisch einen frischen Geldschein, die Bezahlung für den Kaffee plus Trinkgeld, und ging nach einer raschen Verabschiedung hinaus.

Niemand sagte ein Wort. Negativ schaute nach wie vor in den Fernseher.

»Wie hat euch das ... Gespräch gefallen?«, fragte Sascha auf der Straße. Sascha am nächsten ging Negativ, und er musste als Erster antworten.

»Mir egal«, antwortete Negativ. »Ich verstehe nur nicht, warum du uns zum Teufel hierher gebracht hast.«

»Zum Teufel mit ihm«, meinte Wenja.

Rogow schwieg.

»Ljosch!« rief Sascha.

»Und hast du was Neues gehört?«, antwortete Rogow, der sich ganz offenkundig gerade von irgendwelchen Gedanken, denen er nachgehungen war, löste.

Sascha zuckte mit den Schultern.

»Er war«, sagte Rogow, »vor zehn Jahren sicherlich ein Liberaler und forderte ... all das, was sie damals verlangt haben ... den Sklaven bis auf den letzten Tropfen aus sich zu vertreiben ... die Sühne, all das andere ...«

»Ja«, stimmte Sascha zu, der wahrhaft innere Freude darüber verspürte, dass Besletows Worte den wie immer ruhigen Rogow nicht im Geringsten berührt hatten.

»Und damals hat er sich vermutlich nicht von jenen Ideen leiten lassen, die er jetzt verkündet. Davon, dass man sich distanzieren muss. Und dass ein schwerer chirurgischer Eingriff nicht gerade gottgewollt ist. Sie haben ja überhaupt immer gleich so gern den lieben Gott ins Spiel gebracht ... Als sie damals mit stumpfem Messer am lebendigen Leib herumschnip-pelten, da kam er ihnen sehr gelegen, und jetzt ist es das gleiche. Alles, was sie je gemacht haben ... Denen wurde Gott offenbar als Laufbursche für alles und jedes abgestellt ...«

Rogow blieb stehen und zündete sich eine Zigarette an.

»Und dann, hast du das bemerkt, Sascha, der hält dich und uns alle doch für assyrische Schuhputzer, sich selbst aber für den Hüter des russischen Geistes ... Na ja, soll er ...«

»Wohin gehen wir?«, fragte Wenja, dem das alles schon langweilig war.

»Wir gehen ins Volk. Wodka trinken«, antwortete Rogow. »Folgende Bedingungen: Der Raum muss warm sein und der Wodka billig. Wo gibt es bei euch den billigsten Wodka?«

»Beim Bahnhof«, antwortete Sascha. »Das ist ganz in der Nähe.«

* * *

Die Fleischfüllung der Pelmeni war – dem Geschmack nach zu schließen – durch gut zerkautes Papier, vermutlich Löschpapier, ersetzt worden. Die Mayonnaise, die wie graublauer Aufstrich am Tellerrand klebte, war sauer.

»Das Brot ist feucht ...«, sagte Rogow angewidert und schob das Stück Roggenbrot, das wie teurer Fisch fast durchsichtig war (und wohl auch nach Fisch roch), beiseite; Negativ hingegen ergriff das Brot und legte es mitten in die Mayonnaise auf seinem Teller.

Sascha hatte ordentlichen Appetit – nach den auf drei hohe, geschliffene Gläser aufgeteilten hundert Gramm Wodka wirkten auch die Pelmeni durchaus essbar. Ja, und dann erst recht mit dem Bier ...

Die Imbissstube beim Bahnhof war angefüllt mit lauten, scheußlich gekleideten Menschen vorwiegend männlichen Geschlechts. Auf ihren Tischen war kein Essen zu sehen – nur Wodka. Sie tranken die Gläser in einem Zug aus, bewegten dabei ihre Adamsäpfel und schauten dann lange grübelnd ins Glas.

Ein unrasierter und düsterer Mann unbestimmbaren Alters in einem schmutzigen Tarnanzug stach aus der Menge hervor. Anscheinend fehlte ihm ein Arm.

Sascha und Wenja bemerkten nicht, dass sie nach dem dritten Glas laut zu sprechen begonnen hatten und dabei heftig gestikulierten. Negativ schwieg wie immer und kaute sorgfältig an Brot und Pelmeni. Sascha bemerkte, dass immer, wenn er selbst ein Lokal betrat, er sich mehrmals umsah, welche Leute sich in seiner Umgebung befanden, Negativ hingegen sich überhaupt nicht dafür interessierte, wer da trank und aß. Es schien, als wäre Negativ zu sich nach Hause gekommen, wo er alles seit Langem kannte. Rogow machte keinen Lärm und wurde nicht betrunken, lediglich in seinem Gesicht bildeten sich rosafarbene, klar abgegrenzte Flecken. Sascha sah Rogow an, dabei bemerkte er mit trunkenem Erstaunen: Würde man den Fleck auf der linken Wange umranden, dann ergäbe das Afrika. Sascha reckte mehrmals den Hals, um die Form des Flecks auf Rogows rechter Wange zu beäugen, bis Ljoscha ihn fragend anschaute.

Sascha schüttelte den Kopf: »Nichts.«

Rogow lächelte sanft.

»Ljosch, erzähl weiter über dieses Gespräch«, bat Sascha. »Es ist gut, was du sagst.«

»Was gibt's da zu sagen ...?« Rogow war abermals ehrlich verwundert. »Ist leichter, sich hinzulegen und zu sterben, als diesem Typ zuzuhören. Die Russen sollen sich nach seiner Logik überhaupt alle hundert Jahre hinlegen und sterben. Sobald sie anfangen, ›Blut zu vergießen‹. Ich sehe keinen Unterschied zwischen heute und dem, was war ... vor langer Zeit.

Ich sehe auch keinen Unterschied zwischen mir und meinem Großvater.« Rogow sprach langsam, als würde er jedes Wort durch den Fleischwolf drehen.

»Nein, Ljosch, warte, was ist mit ›Blut vergießen‹? Wird das wirklich geschehen?«

»Alle tun das ...«

»Besletow würde sagen, dass alle das Blut der anderen vergießen, wir aber vergießen das unserer eigenen Leute.«

»Besletow ist sein Familienname?«, fragte Rogow nach und sagte, ohne auf eine Antwort zu warten: »Na und, ist das schlecht? Es ist ehrlicher, die eigenen Leute niederzumetzeln als in benachbarten Ländern herumzutrameln.«

»Sind wir etwa nicht dort herumgetrampelt?«

»Also, es ist eine Sache, einen Viehwaggon mit Balten auf die Kamtschatka zu transportieren, die vor Hitler ihre Beine breit gemacht hätten, wäre nicht der Rotarmist mit der Uschanka gekommen; etwas anderes ist es, eine Bombe auf eine Stadt mit Kindern zu werfen und alle sofort zu töten. Besteht da ein Unterschied?«

»Ja.«

»Wir bringen einander um, weil in Russland die einen die Wahrheit so, die anderen anders verstehen. Das ist sowohl Blutbad als auch Erkenntnis.«

»Eine Erkenntnis, ja«, wiederholte Sascha. »So eine Erkenntnis, dass ...«

»Ja, so eine.«

Die Jungs gingen zum Wasserlassen raus, Negativ blieb, um den noch nicht getrunkenen Wodka und die restlichen, kalt gewordenen Pelmeni zu bewachen.

Der Platz zum Austreten befand sich direkt hinter dem Café und war ob des heftigen Geruchs leicht zu finden.

Sie traten nicht in die Matsche, sondern stellten sich zu dritt an die graue Mauer eines Gebäudes unbekannter Bestimmung neben dem Café.

Erleichtert, frisch und frohen Mutes kehrten sie zurück.

»Noch ein Bier?«, schlug Sascha vor.

»Na klar«, antwortete Wenja. Rogow nickte.

Als Sascha mit den Flaschen zurückkam, stand der unrasierte Mann im Kampfanzug bereits am Tisch – und schwieg. Der linke Ärmel seiner Jacke hing herab, tatsächlich fehlte ihm ein Arm.

»Ich hab' gehört, ihr redet da ...« Er artikulierte mühsam, schwieg, stockte.

»Sehr genau bemerkt«, setzte Sascha fort. Im Rausch wurde er streitsüchtig.

Wenja lachte. Am Rand von Rogows Lippen hing ein Lächeln. Negativ blieb undurchschaubar.

»Ihr habt gesagt, dass wir nie irgendwo eingedrungen sind, ihr Grünschnäbel. Und was ist mit Afghanistan? Fahrer des einhundertsechundsiebzigsten motorisierten Gebirgsjägerregiments. Vierzehn Mal unter Beschuss. Zwei Verwundungen, ihr Grünschnäbel.«

Das »ihr Grünschnäbel« sagte er ohne beleidigenden Unterton – einfach wie »Jungs«.

Der Veteran sah Sascha, der ihm mit einer offenen Bierflasche in der Hand direkt gegenüberstand, in die Augen. Sascha verstand plötzlich, dass der Mann fast nüchtern war.

»Ich höre, ihr sprecht da über irgendeine Partei. Über Politik. Was versteht ihr Grünschnäbel denn von Politik? Diese Affen im Anzug warten nur darauf, uns in irgendeine Scheiße einzutunken ... Hat jemand was zu rauchen?« Sascha überlegte und gab dem Veteranen eine Zigarette.

»Hier ist Rauchen verboten«, warnte er grinsend.

»Ich rauche überall. Ihr seid doch aus einer Partei, oder?«, fragte er weiter.

»Aus einer Partei«, antwortete Sascha. »Sojus Sosidajuschtschich.«

»Ach, »Sojusnitschki«. Herr Kostenko und Genossen.« Der Veteran grinste tierisch. »Ihr wundert euch, dass ich euch kenne? Ihr habt geglaubt, da schnorrt irgendein Bahnhofs-Penner Wodka? Ich trinke gar nicht. Ich schaue mir hier die Leute an. Sie rennen den ganzen Tag herum und keiner weiß, wie ...« Er musterte sie alle plötzlich mit düsteren Blick, »... wie man die Arschbacken zusammenkneift, wenn eine Granate durch die Gegend fliegt. Das weiß ja keiner, dass man vor Angst nicht zittert, sondern kotzt. Die wissen das nicht, und ich fühl' mich deshalb manchmal gut, auch wenn's mitunter schmerzt.«

»Hör mal, Kumpel«, sagte Wenja, »geh wieder. Wir sitzen hier mit Freunden.«

»Nein, warte, was ich noch sagen möchte ...« Der Afghanistanveteran schob Wenjas Hand, die auf seiner Schulter lag, mit einer feindseligen Bewegung weg. »Ich halte euch nicht für »SSler«. Eure Fahne schaut aus

wie die der Faschisten, aber das ist alles Schwachsinn. Ihr wollt die Regierung stürzen, auch ich möchte diese Leute zertreten. Die, die unsere Truppen nach Afghanistan geschickt haben, und die, die sie dann abgezogen haben. Sowohl die, welche die Armee nach Tschetschenien geschickt haben, als auch die, die sie zurückholten. Und die, die sie schon wieder dorthin geschickt haben. Und die Tschetschenen dazu. Nur, was ich nicht verstehe – all diese Eier, die ihr da schmeißt, ist das euer Scheißernst? Mir fehlt zwar ein Arm, aber ich bin sofort bereit, eure Fahne auf dem Kreml zu hissen ... Ich kann auch mit einer Hand jemanden erwürgen und noch besser kann ich schießen. Nur werde ich das nicht tun, weil ihr Clowns seid. Alles klar, ihr Grünschnäbel?«

Rogow aß währenddessen die Pelmeni auf. Negativ drehte den Kopf hin und her – es sah aus, als suche er einen Fernseher. Nur Wenja sah die Jungs fröhlich an und fragte Sascha leise und mit sanftem Lächeln mitten im Monolog des Veteranen:

»Sollen wir ihn nicht doch lieber verdreschen?«

»Wart' ...«, entgegnete Sascha flüsternd.

»Wieso schweigt ihr?« Der Veteran erhob die Stimme.

»Was hast du gefragt?«, antwortete Rogow, der alles, was noch auf dem Teller war, schluckte und mit gequälter Grimasse mit Bier hinunterpülte.

»Ich, Grünschnabel...«

»Nenn mich nicht so«, bat Rogow fast liebevoll. Afrika auf seiner Wange bekam heiße, hellrosa Schattierungen.

»Ich frage: Was könnt ihr mir anbieten?« Der Afghanistanveteran starrte Rogow an. »Ja – mir! Ihr, die ›Sojusniki‹?«

In den Mundwinkeln des Veteranen klebte weißer Speichel.

»Ich habe bei Herat dem Rekruten Chasin Michail die Gedärme in den Bauch hineingestopft. Und danach soll ich mit euch Eier werfen gehen? Hast du irgendwem die Gedärme zurückgestopft?«

»Du wirst es mir nicht glauben«, sagte Rogow, »aber Eier werfen ist fürchterlicher als Gedärme zurückzustopfen.«

Der Veteran verkniff sich ein Grinsen.

»Hast du das gemacht?«

»Ja, und zwar viele Male. Herausgenommen, hineingestopft. Därme und Lungen, Leber, Magen.«

»Spaß-vo-gel?« Der Veteran zog die Silben auseinander.

»Ich bin kein Spaßvogel. Ich bin Pathologe.«

Der Afghanistanveteran öffnete den Mund, doch Rogow fuhr fort, ohne dabei die Stimme zu erheben:

»Ich war nicht bei Herat, aber ich war an anderen Orten unter Beschuss und sage dir nochmals: Eine Tomate auf den Premier zu schmeißen ist mindestens so fürchterlich wie eine Granate zu werfen. Verstehst du? Wenn du eine Granate wirfst, kannst du getötet werden. Wenn du eine Tomate wirfst, brechen sie dir aber ganz sicher den Kiefer und die Rippen, und danach ist es für sie kein Problem, dass du in der Zelle auch noch vergewaltigt wirst. Was ist für dich schlimmer – vergewaltigt oder getötet zu werden?«

»Du Kind ...«

»Und noch etwas: Wenn du anstatt einer Tomate eine Granate werfen willst – nur zu. Wir werden die Tat schätzen. Ich werde solches Handeln schätzen. Wenn du nicht willst, musst du nicht. Gut möglich, dass du es ja doch noch willst – soweit ich verstehe, ist es für dich wichtig, dass rundherum geschossen wird; dann ist es auch für dich leichter, damit anzufangen. Du brauchst die Menge, richtig? Ich hoffe, dass du sie bekommst.«

Jetzt grinste Rogow.

»Dawaj, Landsmann!« Ljoschka klopfte dem Afghanistanveteranen auf die Schulter. »Alles Gute. Bis bald. Bis bald, bis bald. Na dann.«

Alle drehten sich von dem Veteranen weg, obwohl er noch dastand, nur einen Schritt vom Tisch entfernt.

»Gehen wir mal rauchen?«, fragte Wenja.

Sie gingen auf die Straße hinaus, vorbei an dem Veteranen, der zu Boden schaute und den Kopf schüttelte.

Sascha zog die letzte Zigarette heraus und warf die leere Packung weg. Er zündete sie an und spürte sofort, dass er stark betrunken war.

»Ist da noch was übrig geblieben?«, fragte Sascha, hauptsächlich, um seine eigene Stimme zu hören und einzuschätzen, wie klar sie noch war.

»Das Bier hab' ich mitgenommen.« Wenja hob seine Arme und zeigte zwei angefangene Flaschen Bier. »Den Rest haben wir ausgetrunken.«

Sascha freute sich, dass die Frage verstanden worden war. Er bewegte die Lippen und kommandierte grinsend:

»Kehrt um, marsch!«

Sie nahmen noch Bier mit und dazu irgendwelches Zeug. Sascha hatte schon das Stadium erreicht, in dem man nicht mehr trinkt, sondern nach-

füllt. Wo man seine Existenz mit geschmackloser Flüssigkeit anfüllt.

Irgendwo fand sich noch Wodka – und während sie ihn tranken, mussten sie getrockneten Tintenfisch dazu essen, ein getrocknetes Schwänzchen zu dritt. Die Jungs verzehrten das Stück fein säuberlich, mit sehr ernstem, wenn auch ein wenig dämlichem Gesichtsausdruck. Sie betraten den Bahnsteig, lauschten, wie die Frachtzüge vorbeiratterten, und von diesem Gepolter wurde Sascha endgültig blöde im Kopf.

Der Bahnhof verschwamm, und nur für Momente tauchte vor den Augen überraschend klar eine helle Tafel auf, irgendjemandes Gesicht, eine nervige Absperrung, die überwunden werden musste, was den Gleichgewichtssinn überforderte. Das Gespräch fortzusetzen war nicht möglich, aber es machte Spaß, von Zeit zu Zeit irgendetwas herauszuschreien.

Als sie eine Milizpatrouille entdeckten, rannten die Burschen lachend und Unverständliches schreiend in die Richtung der leeren Marktstände, wo tagsüber mit allem Möglichen gehandelt wurde.

Sascha fiel auf alle viere und trank sogar ein bisschen aus einer Pfütze, in der sich sein Gesicht im Licht der Straßenlampe trübe und verzerrt spiegelte. Die vorneweg stürmenden Jungs hatten Saschas Ausrutscher nicht einmal bemerkt.

Die Marktstände bestanden aus eisernen, teilweise verbeulten Ladentischen. An jedem Ladentisch waren zwei Träger samt Dach aus verrostetem Blech angeschweißt.

Während die Jungs die Marktstände entlanggingen, war ein Scheppern zu hören und die Ladentische wackelten, einige schwankten sogar bedenklich und drohten umzufallen. Sie stießen wohl an den Ladentischen an, vielleicht traten sie auch dagegen.

Die Burschen trafen auf einen Mann kaukasischer Nationalität, der ihnen mit eingezogenen Schultern und gekrümmtem Rücken entgegenkam. Sie begrüßten ihn mit aufrichtiger Freude mit den Worten »Salam alaikum« sowie »Allah Akbar«.

Kaukasier kontrollierten diesen Markt, das wusste Sascha. Aber jetzt, knapp vor Mitternacht, hatten sich alle offenbar mit ihren Einnahmen schon verlaufen. Hier in der Nähe befanden sich übrigens zwei oder drei Bars und außerdem ein Kasino, in dem sich junge Menschen vergnügten, die guttural und laut sprachen, klein gewachsen waren, Lederjacken und schwarze spitze Stiefeletten trugen.

Hinter einem der Ladentische spielten die Jungs die Szene »Ein Sohn des Kaukasus verkauft eine nicht ganz ausgetrunkene Flasche Bier an russische Alkoholiker«.

Rogow, überdreht und mit rotem Kopf, stellte possierlich einen kaukasischen Händler dar, der die Vorzüge des Biers und die seltene Form der Flasche anpries. Wenja feilschte, tölpelte herum und feixte. Sascha, der trotz seines betrunkenen Zustandes an Rogow, der normalerweise nicht zu Scherzen neigte, einen guten Sinn für Humor bemerkte, half Wenja beim Feilschen; er fuchtelte mit den Armen, schrie herum und ließ in Sekundenschnelle die Zigarette aus dem Mund fallen, die er bei jemandem, bei wem, konnte er sich nicht mehr erinnern, geschnorrt hatte. Und selbst Negativ, der sich eine halbe Flasche Bier genehmigt hatte, verzog die Lippen und zwang sich, zu lächeln. Im Widerschein des blinkenden Schilds der nicht weit entfernten Bar war zu sehen, dass Negativs Augen wärmer geworden waren.

»Sie ist doch ... halb leer«, sagte Wenja und schnippte mit seinem gebogenen Finger gegen die Flasche.

»He-e, was bist du für einer? He-e ...«, antwortete Rogow kopfschüttelnd. »Ich will ja nur den Einsatz von dir.«

»Und Kappe gibt's keine ...«

»Was brauchst du eine Kappe, he? Willst du trinken oder mit der Kappe spielen?«

Niemand hatte bemerkt, wie sie auftauchten, die weißen Zähne bleckend, schwarz, ungefähr sechs Mann. Sie hatten auf den Stufen der Bar geraucht, der »Handel« hatte ihr Interesse geweckt, und sie waren ernstlich beleidigt, als sie das Gespräch verfolgten. Einer hatte eine offene Bierflasche in der Hand. Aus irgendeinem Grund schüttelte er sie.

Sie waren alle jung. Sascha bemerkte das sogar in seinem Halbdelirium, hatte aber keine Kraft mehr, darüber beunruhigt zu sein. Mit Erwachsenen hätte man sich arrangieren können, das ja, mit diesen Jungen da – nur mittels Entschuldigungen und Selbsterniedrigung; das war ihnen sofort klar.

Einige Momente lang standen sie alle schweigend da.

Sascha drehte den Kopf und spürte plötzlich, dass er ob der heftigen Erregung ein wenig nüchterner wurde.

Er war gewohnt, am Beginn einer Schlägerei wenigstens einige Worte zu sagen.

»Was wollen wir denn?«, fragte er und schmiss seinen fast zu Ende gerauchten, aber noch glimmenden Zigarettenstummel in den Hals einer Bierflasche; jener Bierflasche, die der Kaukasier in der Hand hielt. Sascha bemerkte sogar noch seine merkwürdig weißen, aber mit dichten schwarzen Haaren bedeckten Finger. Der Kaukasier schaute ungläubig dem Stummel im Hals der Bierflasche nach. Der Stummel gab, als er ins Bier fiel, ein leichtes Zischen von sich.

Dann ging alles sehr schnell.

Sascha atmete ein, warf den Kopf zurück und ließ seine Stirn gegen die Nasenwurzel des Kaukasiers donnern. Etwas zerbarst mit saftigem Klang, die Flasche fiel aus den weißen Händen und rollte davon, die Flüssigkeit lief aus. Der Kaukasier fiel auf die Knie, bedeckte das Gesicht mit den Händen und stand nicht mehr auf.

Sascha wollte einen zweiten Kaukasier flachlegen, erhielt aber selbst einen peitschenden, wenn auch nicht sehr starken Schlag gegen das Kinn. Er sprang einige Schritte nach hinten, sah, wie Wenja die Flasche, die eben noch das Objekt ihres scherzhaften Handels gewesen war, einem der Gegner ins Gesicht warf und traf.

... Sascha fiel, fluchte heftig, er traf selten, bekam selbst aber auch wenig ab, da er vor seinem Angreifer zurückwich und dabei, wie es ihm schien, immer bedrohlichere Kampfposen einnahm.

Aus den Augenwinkeln bemerkte er, dass Wenja sich schon mit zweien auf der Fahrbahn schlug, dass Fahrzeuge sie anhuperten, während sie versuchten, an den Raufenden vorbeizufahren.

... Außerdem bemerkte er Negativ, der auf einem der Niedergeworfenen saß und dem unter ihm auf dem Boden Liegenden harte und offenbar sehr schmerzhaft Schläge ins Gesicht versetzte. Das nächste Bild war ein Auto, das neben Wenja abgebremst hatte. Aus ihm stürzten fünf kräftige Typen heraus, die sofort, als würden sie Beute jagen, laut in ihrem Dialekt zu schreien begannen. Wenja sprang zurück und schwenkte ein Metallstück.

Aus der Bar kamen noch weitere Leute gelaufen, und sie hätten die Jungs wohl platt gemacht, hätte Rogow sie nicht aufgehalten, indem er einen, dann noch einen zweiten und dritten Ladentisch umwarf.

Die Ladentische versperrten nun den Weg zwischen einer Wand auf der einen und einem Zaun auf der anderen Seite, der nicht sehr hoch war, gerade bis zur Hüfte reichte und die Fahrbahn begrenzte. Während die

aus der Bar kommenden Kaukasier über den Zaun stiegen, um die von Rogow errichtete Barrikade zu umlaufen, gelang es Ljoscha, Negativ am Kragen zu packen, von seinem Opfer wegzuziehen und den Mann, mit dem Sascha sich erfolglos schlug, umzuwerfen.

»Wenja, hierher!«, schrie Rogow dabei.

Wenja schleuderte das Metallstück gegen seine Angreifer und sprang über den Zaun; gleich zwei Milizautos kamen von irgendwoher die Straße entlang angerast, und unter Sirenengeheul und dem Geschrei der Miliz rannten alle, die sich auf dem Markt versammelt hatten, in verschiedene Richtungen davon.

Sascha kam es vor, als würde er allen vorneweg laufen. Hinter seinem Rücken hörte er Trampeln und war überzeugt, dass es sich um Ljoscha und Negativ handelte und auch Wenja nicht weit entfernt sein konnte.

Es war sinnlos, sich umzudrehen. Sascha fluchte, drohte gegen irgendetwas zu stoßen. Es war dermaßen dunkel, dass er nicht einmal die Gesichter der hinter ihm Laufenden erkennen konnte. Er wäre gegen eine Betonwand gelaufen, hätte er nicht gehört, wie jemand gerade über sie kletterte ...

Er tastete vor sich – ja, eine Wand.

Sascha sprang hinauf und kletterte hinterher.

»Der Markt!«, kapierte Sascha und sprang auf der anderen Seite hinunter. »Ich bin auf dem Markt!«

Nach der Schlägerei und dem Laufen musste Sascha ausspucken und drehte den Kopf, um das, was im Gesicht hängengeblieben war, abzuschütteln. Es klebte am Kinn. Er wischte es mit dem Ärmel ab.

In der Umgebung erhoben sich Hallen, es gab praktisch keine Beleuchtung.

Schwer atmend tappte Sascha sinnlos im Dunkeln herum und glaubte, Kisten und leeres Verpackungsmaterial zu erkennen, das übereinander gestapelt und an die Mauer der nächstgelegenen Halle geschichtet war.

Sascha wollte genau dorthin, er suchte einen Unterschlupf, wo man sich hinter den Kisten verstecken konnte und atmen, atmen.

Völlig entkräftet von den Ereignissen und ebenso vom Alkohol, zwängte er sich zwischen den Kisten näher zur Mauer und trat auf etwas Weiches. Auf einen sitzenden Menschen.

»He«, sagte Sascha leise und ging in die Hocke, dann auf alle viere, um nicht zu fallen ... spuckte noch einmal lange aus und kniff die Augen zu-

sammen, um den Sitzenden zu erkennen. »Wer ist da? Nimm verdammt noch mal die Hände weg ...«

Der vor ihm Sitzende nahm die Hände vom Gesicht. Sascha sah, dass es ein Kaukasier war, ein junger, fast noch ein Kind, aber in Lederjacke, mit spitzen Stiefeletten und in Jeans.

»Was – Scheiße noch mal – tust du hier?«, fragte Sascha heiser und arglos. Der Bursche schaute verblüfft – entweder erschrocken oder frech.

Sascha atmete nochmals tief ein, senkte den Kopf und ließ die Zunge heraushängen.

»Rück zur Seite ...«, sagte Sascha, setzte sich neben dem Jungen hin und fasste ihn an der Schulter. »Scheiß dich nicht an. Wir bleiben jetzt hier sitzen und gehen dann ... Wo sind meine Freunde, der Teufel soll mich holen ... Weißt du nicht, wo meine Freunde sind?«

»Nein.«

»N-a-i-n«, äffte Sascha nach. »Wie heißt du?«, fragte er nach einer Pause.

»Sascha.«

»Ich heiße auch Sascha. Nur bist du nicht Sascha, sondern irgendein Sacha. Alchu. Aslachan. Richtig?«

Er bekam keine Antwort.

Sascha hatte die höchst russische Angewohnheit, im Suff sinnlose Gespräche zu führen. »Woher kommst du?«

»Jerevan.«

»Oh ...«, sagte Sascha unbestimmt. »Wieso habt ihr begonnen, uns zu prügeln, ha? Sacha!«

»Ich weiß nicht. Ich bin später gekommen.«

»Verspätet«, ätzte Sascha. »Ach was, sei nicht beleidigt ...«, sagte er und schwieg wieder. »Wir machen die Revolution, bringen alle Arschlöcher um – dann komme ich zu dir nach Almaty und wir trinken Tee auf der Veranda.«

»Ich bin aus Jerevan.«

»Wir kommen zu dir nach Teheran.« Sascha stellt sich weiter dumm, obwohl er alles gehört hatte. »Wir werden Tee trinken auf der Veranda. Hast du eine Veranda?«

»Still ... Da geht jemand ...«

Eine Minute später leuchtete ihnen eine Taschenlampe ins Gesicht.

»Aufstehen«, sagte der Milizionär.

Es waren zwei Mitarbeiter des Patrouillendienstes und zusätzlich ein Marktwächter, ein alter Mann.

Sie legten Sascha Handschellen an, ebenso Sacha.

Obwohl die Milizionäre wegen Letzterem kurz zögerten.

»Und den?«, fragte der eine.

»Ja, was?«, antwortete der zweite ohne besonderen Nachdruck in der Stimme. »Wohin mit ihm? Nehmen wir ihn auch mit.«

Sie führten die Verhafteten zum Patrouillenauto, das direkt zum Haupttor des Marktes gefahren war. Sie öffneten die hinteren Türen der grünen Minna, setzten sie einander gegenüber in den Käfig hinter dem Rücksitz, dann schlugen sie fünf Mal die Tür zu, die sich nicht schließen lassen wollte.

Wenn Sascha bei Schlaglöchern hochgeschleudert wurde und in den Kurven umkippte, berührte er mit der Stirn die Stoffverkleidung des Fahrzeuges. Aus einer gewissen Distanz dachte er, dass sein freies Leben jetzt beendet war. Sie bringen ihn jetzt weg, und im Laufe der Überprüfung wird sich rasch herausstellen, dass er in Moskau randaliert hatte, und das würde dann das Ende sein.

Es gelang ihm nicht, ernsthaft darüber zu erschrecken.

Man brachte sie aufs Revier. Aus dem verglasten Journalzimmer, in dem ein schnauzbärtiger Milizhauptmann am Telefon sprach, während er zugleich mit einem Löffel den Tee umrührte, kam ein schläfriger, sich vor Müdigkeit streckender Milizsergeant heraus, offenbar der Assistent des Diensthabenden ...

Sascha betrachtete mürrisch die violetten Wände der Abteilung, die alten, sich an der Oberfläche wellenden Tische; wieder dachte er, dass er sich sein ganzes Leben lang daran erinnern würde. Und außerdem dachte er, dass es noch – wie letztes Mal – die Möglichkeit gab, auszureißen, durch die offene Tür hinauszulaufen, in irgendeinen Hof zu verschwinden, irgendwohin ... aber irgendwie hatte er weder Kraft noch Lust dazu. Man nahm Sascha die Handschellen ab, und wie jeder Mensch, dem man die Handschellen abnimmt, rieb er sich die Handgelenke.

»Auch vom Bahnhof?«, fragte der Sergeant jene vom Patrouillendienst leise, als sei er sehr müde.

»Vom Bahnhof ...«, antworteten sie.

»Haben wir Waffen, Drogen, spitze und scharfe Gegenstände?«, fragte der Sergeant bei Sascha und dem kaukasischen Bürschchen nach.

Der Kaukasier schüttelte verneinend den Kopf.

»Hab' alles bei der Verhaftung weggeworfen«, antwortete Sascha und erkannte am melancholischen Gesichtsausdruck des Sergeanten, dass auch der diesen Scherz schon Hunderte Male gehört hatte.

Sie mussten den Inhalt ihrer Taschen auf den Tisch legen. Sascha hatte nichts bei sich, der Kaukasier ein Mobiltelefon und einen fetten Geldbeutel.

Sie klopfen Sascha an den Seiten, Beinen und Arschbacken ab, überprüften die Ärmel, baten ihn, die Hosenbeine anzuheben, um zu sehen, ob er nicht in den Schuhen verbotene Gegenstände bei sich trug.

Ein Riegel klirrte, man schob Sascha in einen kleinen Raum, der an drei Seiten von einer Steinmauer und an der vierten von einem Gitter begrenzt war.

Sascha sah Wenja, Negativ und Rogow sofort.

Wenja und Negativ saßen in der Hocke – es gab weder Stühle noch Bänke im Raum. Rogow stand, er lehnte sich an die grün gestrichenen Stäbe. Durch die Stäbe hindurch waren ein Tisch und ein Safe zu sehen, in den der Sergeant den Geldbeutel und das Mobiltelefon des Kaukasiers legte.

»Oho, Sanja haben sie auch gefesselt!«, sagte Wenja und lächelte. Auch Rogow lächelte.

Negativ hob den Kopf und schüttelte ihn – Sascha verstand nicht, was er damit sagen wollte.

»Was machst du denn hier, Täubchen?«, fragte Wenja jemanden, der hinter Sascha stand.

Sascha drehte sich um und sah, dass sie nach ihm den Knaben aus dem Kaukasus hineingestoßen hatten.

Der blickte sich um, suchte, wo er unterkommen könnte, so weit wie möglich entfernt von denen, die bereits in der Zelle waren.

Neben Saschas Genossen saß hier noch, das Gesicht auf die Knie gedrückt und direkt auf dem Boden, ein Alkoholiker mit zugeschwollener Visage, einem kraushaarigen und verdreckten Kopf. Der Kaukasier blieb bei der Tür stehen, die unter wildem Klirren geschlossen wurde.

»Heißt das, sie haben nur uns erwischt?«, fragte Sascha, dem vom Anblick der Genossen gleich leichter ums Herz wurde.

»Genau das«, sagte Wenja.

»Haltet alle das Maul, wie oft soll ich das noch sagen!«, schrie plötzlich der Sergeant; das Geschrei ließ den Trinker seinen Kopf heben. Er

stützte sich mit dem Rücken gegen die Wand, stand schwerfällig auf und rannte – mühsam das Gleichgewicht haltend – fast bis zum Gitter, von wo aus der Tisch und der erboste Sergeant zu sehen waren.

»Warum bin ich hier, Chef? Mach auf, du Widerling!«, schrie der Kerl. Der Assistent stieß einen Fluch aus und ging, die Tür zuknallend, in den benachbarten Raum, offenbar das Journalzimmer.

»Siehst Du, Sanja«, sagte Wenja und deutete in Richtung Sergeant, »entweder flüstert er oder er schreit, normal sprechen kann er nicht. Ein Idiot.«

Der Alkoholiker schrie noch eine Weile und trat dabei gegen das Gitter.

»Setz dich, Väterchen«, bat ihn Negativ.

»Gut, aber wo sind eigentlich unsere Brüder aus dem Süden geblieben?« Sascha konnte sich nicht beruhigen.

»Sie haben sie gleich wieder freigelassen«, antwortete Rogow. Sascha fand tatsächlich keine Worte.

Der Assistent kam mit dem Zugangsregister für Festnahmen zurück, irgendwoher kamen auch die beiden von der Patrouille, die Sascha verhaftet hatten. Offenbar wollten sie das Protokoll schreiben ... Alle drei wurden plötzlich von einem durchdringenden Läuten an der Tür der Wachstube aufgeschreckt.

Zuerst ging der Sergeant – wahrscheinlich, um die Tür zu öffnen. Eine Minute später hörte Sascha deutlich gutturale Stimmen mit dem charakteristischen Akzent.

»Sacha, sie sind da, um dich rauszuholen!«, dachte er laut vor sich hin. Tatsächlich, die Zellentür wurde rasch geöffnet und der Kaukasier hinausgeführt.

Die Burschen lachten ein wenig über das Geschehene. Ein Wort gab das andere – sie erinnerten sich an die Schlägerei; Wenja erzählte belustigt, wie er das lange Metallstück direkt auf der Straße gefunden und damit – wie ein Verrückter die Mücken – alle von sich weggescheucht hatte.

»Sonst hätten sie dich mit ihren gekrümmten Nasen massakriert ...«, feixte plötzlich der melancholische Negativ, für den Scherze absolut untypisch waren.

»Nein, jetzt überlegen wir mal!« Sascha kehrte noch einmal zu dem Thema zurück, das er noch nicht verdaut hatte. »Haben sie uns für die Schlägerei verhaftet? Aber wo ist ...«

»Das Objekt unseres Rassenhasses«, setzte Rogow im selben Tonfall fort. Es war natürlich ein Scherz.

»Ja, wo sind sie?«, fragte Sascha. »Das heißt, wir haben uns gegenseitig verprügelt?«

»Wenja, zu welchem Zweck hast du das Metallteil eigentlich mitten auf der Straße geschwungen?«, interessierte sich Rogow und verfiel in lyrische Ironie. »Hast du damit jemanden erschrecken wollen?«

»Es hat die vorbeifahrenden Autos behindert, und ich wollte es entsorgen«, antwortete Wenja.

Sie hätten so bis zum Morgen weiterpalavert, aber die Tür knarrte abermals, zuerst im Schloss, dann in den ungeölten Scharnieren, und der plötzlich aufgetauchte Sergeant sagte leise:

»Kommt zum Teufel raus.«

»Sollen wir das Väterchen da auch wecken?«, fragte Negativ und zeigte auf den Trinker.

»Was kümmert er dich, dieses Wrack?«

Der Kerl bewegte sich nicht. Er hatte sich auf den Boden gelegt und schlief. Alle gingen hinaus, der Typ blieb allein in der Zelle zurück.

Die Jungs standen unsicher im Vorraum der Milizstation herum.

»Ich würde diese schwarzarschigen Wanzen selber verprügeln ...«, sagte der Sergeant und öffnete die Tür zur Straße.

»Wir haben sie nicht geschlagen«, sagte Sascha, »sie haben selbst ...«

»Ja, klar, nicht geschlagen«, lachte der Sergeant und erhob plötzlich, wenn auch mit freundlicher Intonation, die Stimme. »Einem von denen wurde das halbe Gesicht wie eine Tomate zermatscht ... Aber sie haben keine Anzeige gegen euch erstattet. Und es gibt auch keinen Rapport wegen euch. Verschwindet, Kämpfer ...«

Sascha war der familiäre Ton des Milizionärs unangenehm, auch dessen Überzeugung, dass die Jungs die Schlägerei begonnen hatten. Und überdies war es irgendwie abstoßend, dass der Milizionär offenbar dachte, die Jungs könnten mit ihm einer Meinung sein – in Bezug auf jene, die er als »schwarzarschig« bezeichnete. Nur waren sie darin ganz und gar nicht einer Meinung ...

Auf der Straße stand das Milizauto mit den Typen vom Patrouillendienst, die Sascha verhaftet hatten. Kaum waren die Burschen hinausgegangen, erlosch im Auto das Licht.

»Ich glaub's nicht, die zählen dort gerade Geld ...«, sagte Wenja.

Sich erst einmal dehnend und streckend machten sich die Jungs auf den Weg. Sie beschlossen, bei Sascha zu übernachten.

»Und wenn sie uns abfangen, San?«, fragte Negativ.

»Wie?«, fragte Sascha nach, er zitterte vor Kälte. »Sie haben uns doch eben erst laufen lassen.«

»Ich meine es ernst.«

»Sie werden uns nicht abfangen. Irgendwo müssen wir übernachten. Richtig, Burschen?«

»Natürlich müssen wir irgendwo übernachten«, bestätigte Rogow.

»Und fressen möchte ich jetzt auch was ...«, sagte Wenja.

Aus dem Russischen von Erich Klein

Zu den Autorinnen und Autoren

Ilya Budraitskis studiert am Institut für Weltgeschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften. Derzeit schreibt er seine Dissertation über die Interaktion zwischen der westeuropäischen Linken und der Dissidentenbewegung in der UdSSR. Er ist Mitherausgeber des *Moscow Art Magazine*.

Rossen Djagalov ist Lehrassistent für Geschichte und Literatur in Harvard. 2011 promovierte er in Yale mit der Arbeit *The People's Republic of Letters: Towards a Media History of Socialist Internationalism*. Forschungsschwerpunkt: Kulturtheorie und -geschichte Osteuropas und der internationalen linken Bewegung.

Samuel A. Greene war bis 2011 stellv. Direktor des Carnegie Moscow Center und ist nun Gastprofessor für Politikwissenschaft an der New Economic School (NES) in Moskau, wo er auch das Zentrum für neue Medien und Gesellschaft leitet. 2010 promovierte er an der London School of Economics über *Russia in Movement: Civil Society and the State in Putin's Russia*. Zahlreiche Untersuchungen u.a. zur Bürgergesellschaft, zu sozialen Bewegungen und zu den Medien im post-sowjetischen Russland.

Stephen Holmes ist Walter E. Meyer Professor of Law und Faculty Advisor am Center on Law and Security an der New York University School of Law. Von 1993 bis 2003 war er Chefredakteur des *East European Constitutional Review*. Zahlreiche Publikationen zur Theorie und Geschichte des Liberalismus. In letzter Zeit hat er sich insbesondere mit den Schwierigkeiten des Übergangs vom Kommunismus zur Demokratie beschäftigt. Zuletzt erschien *The Matador's Cape: America's Reckless Response to Terror* (Cambridge UP 2007).

Vladislav Inozemtsev ist Direktor des Centre for Post-Industrial Studies in Moskau, Chefredakteur der Monatszeitschrift *Svobodnaia mysl'* (Freies Denken), Präsidiumsmitglied des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik (SVOP) und Vorstandsvorsitzender des Annual Global Political Forum in Jaroslavl.

Anna Jermolaewa, geboren in St. Petersburg, lebt und arbeitet in Wien. Sie studierte Kunstgeschichte sowie Malerei, Graphik und Neue Medien in Wien und lehrte von 2005 bis 2011 Medienkunst an der Universität für Kunst und Design in Karlsruhe. Einzelausstellungen u.a.: Institute of Contemporary Art, Sofia (2011), Kunstverein Friedrichshafen (2009), XL Gallery Moscow (2008), Museum moderner Kunst, Passau (2004), Magazin 4, Bregenz (2002), Blickle Stiftung, Kraichtal (2002), Institute of Visual Arts, Milwaukee (2000); beteiligt an zahl-

reichen internationalen Gruppenausstellungen, darunter: ZKM / Museum für neue Kunst, Karlsruhe (2011), National Centre for Contemporary Arts, Moskau (2009), Herzliya Museum of Contemporary Art, Tel Aviv (2008), Mumok, Wien (2005), Kiasma Collection, Helsinki (2005), Sprengel Museum, Hannover (2003), Frankfurter Kunstverein (2002), Stedelijk Museum (2001) und Venedig Biennale (1999).

Ivan Krastev ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies in Sofia und Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), wo er den Schwerpunkt *Die Zukunft der Demokratie* leitet. Er ist Gründungsmitglied des European Council on Foreign Relations (ecfr.eu) und Mitglied des International Institute for Security Studies IISS, London. Zahlreiche politische Analysen und Kommentare in der internationalen Presse. Zuletzt erschien *The Anti-American Century* (hg. mit Alan McPherson, Budapest, CEU Press 2007); zusammen mit Stephen Holmes bereitet er derzeit ein Buch über das gegenwärtige Russland vor.

Ekaterina Kuznetsova leitet das Programm für Europaforschung am Centre for Post-Industrial Studies in Moskau. In ihren Untersuchungen beschäftigt sie sich u.a. mit der politischen Transformation Europas, neuen Formen von Souveränität und Citizenship in der EU sowie mit Demokratie und Modernisierung. Für die russische und westeuropäische Presse hat sie zahlreiche Artikel über die Beziehungen zwischen der EU und Russland geschrieben. Sie ist Mitherausgeberin der russischen Ausgaben des *Atlas du Monde Diplomatique* 2010 sowie des *Bertelsmann Transformation Index* 2010.

Gleb Pawlowski studierte Geschichte und Politikwissenschaft in Odessa und schloss sich 1977 der Dissidentenbewegung an. 1982 wurde er verhaftet und ins Exil in die Sowjetrepublik Komi geschickt. Nach seiner Rückkehr 1986 nach Moskau engagierte er sich in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen und wurde als Publizist tätig. Herausgeber u.a. des *Russischen Journals* und der literarischen Zeitschrift *Puschkin*. Er ist Präsident des Russischen Instituts und lehrt an der Higher School of Economics (HSE) in Moskau. 1995 gründete er den Fonds für effektive Politik, den er bis heute leitet. Von 1996 bis 2011 war er Berater im Büro des russischen Präsidenten, wo er an der Konzeption der Wahlkampagnen 1996, 2000, 2004 und 2008 beteiligt war.

Zakhar Prilepin, vielfach ausgezeichnete Schriftsteller und Journalist, studierte in Nischni Nowgorod und nahm am ersten Tschetschenienkrieg teil. Zu seinen bekanntesten Werken zählt der Roman *San'kya*, der 2012 auf Deutsch erscheint (Berlin, Matthes & Seitz). Er ist Herausgeber der *Novaya Gazeta* für Nischni Nowgorod.

Walter Seidl, Autor, Kurator und Künstler, lebt und arbeitet in Wien. Studium der Amerikanistik, Kulturwissenschaften und Zeitgeschichte (Promotion) in Graz, New York, Paris und Seattle. Kurator für Ausstellungsprojekte in verschiedenen

Ländern: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Hongkong, Japan, Kanada, Montenegro, Rumänien, Österreich, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei und den USA. Publiziert regelmäßig in internationalen Kunstzeitschriften wie *Camera Austria*, *springerin* oder *život umjetnosti*. Seit 2004 betreut er die Kunstsammlung der Erste Group.

Tatiana Zhurzhenko ist derzeit Eugene and Daymel Shklar Research Fellow am Harvard Ukrainian Research Institute. Ihr letztes Forschungsprojekt galt der Gedächtnispolitik in postsowjetischen Grenzräumen. Zuletzt erschien *Borderlands into Bordered Lands: Geopolitics of Identity in Post-Soviet Ukraine* (Stuttgart, ibidem-Verlag 2010).



Besuchen Sie uns im Netz
www.iwm.at



Anna Jermolaewa, „Ohne Stimme“,
St. Petersburg, 10. Dezember 2011